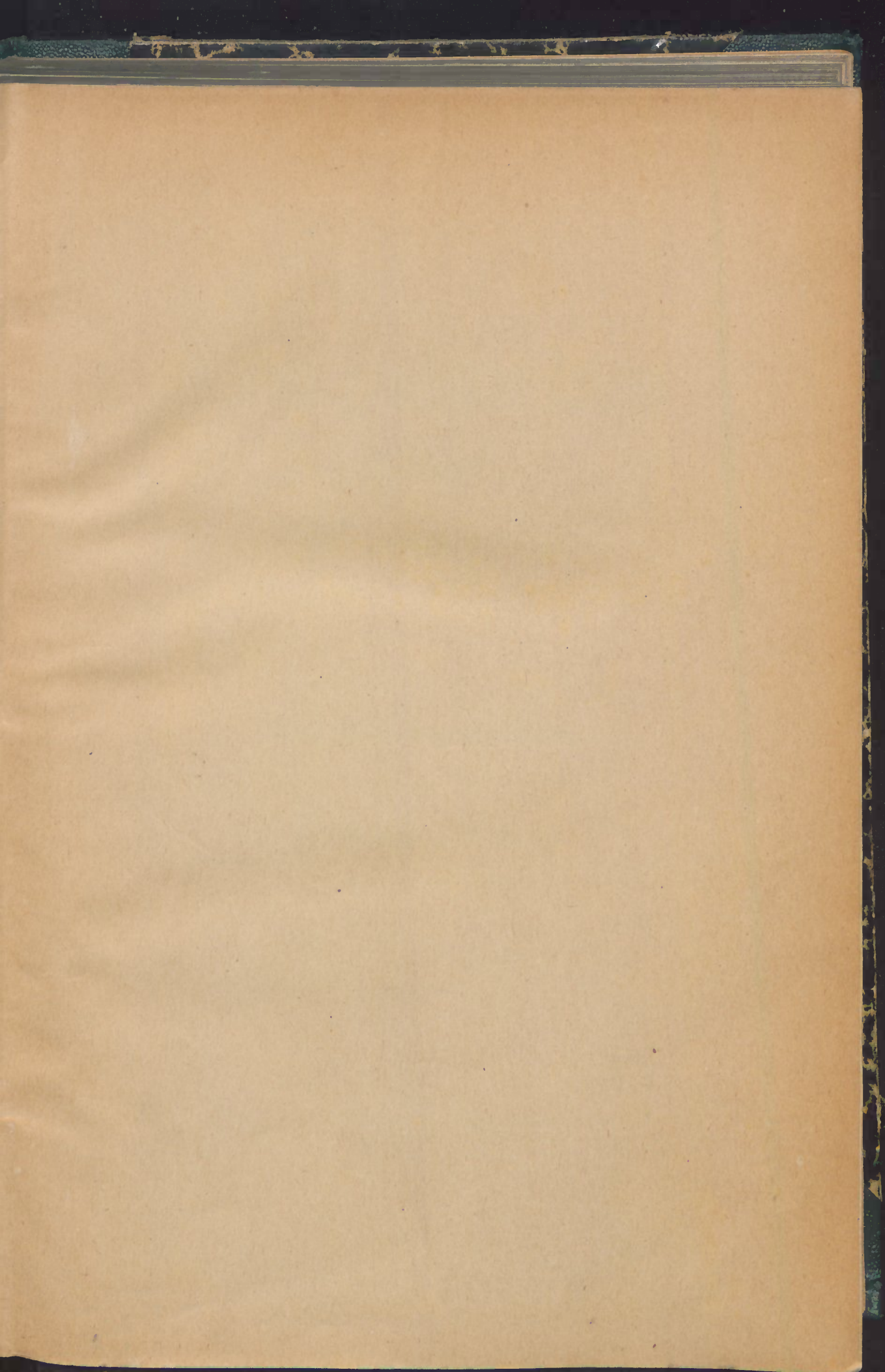


1924 I 1735

FR. V. D. WEHL
BUCHBINDEEI
• ELLERBEK •
KLAUSDORFERWEG 19



Das
Bayerisch-griechische Anlehen
aus den Jahren
1835, 1836, 1837.

Ein Rechtsgutachten

von

Dr. Hermann von Sicherer,
ordentlichem öffentlichem Professor der Rechte an der königlichen Ludwig-
Maximilians-Universität zu München.

München.

Druck der k. Hofbuchdruckerei E. Huber.
1880.



Uebersicht des Inhalts.

Einleitung.

Seite
1

ERSTER THEIL.

Die Geschichte des bayerisch-griechischen Anlehens.

Erster Abschnitt.

Die Schuldverträge.

§ 1.	Der Darlehensvertrag vom 30. Juni / 12. Juli 1835 . . .	19
§ 2.	Der Darlehensvertrag vom 10./22. März 1836	23
§ 3.	Der Darlehensvertrag vom 25. December 1836 / 6. Januar 1837	29
§ 4.	Die endgiltig festgestellte Schuld des griechischen Staates	43

Zweiter Abschnitt.

Die Rückzahlungsverträge.

§ 5.	Der Rückzahlungsvertrag vom 15./27. Januar 1838 . . .	46
§ 6.	Der Rückzahlungsvertrag vom 30. April / 12. Mai 1838 .	51
§ 7.	Der Rückzahlungsvertrag vom 14./26. Januar 1840 . . .	60
§ 8.	Der Rückzahlungsvertrag vom 14./26. Februar 1842 . .	65
§ 9.	Die nicht getilgte Schuld des griechischen Staates . . .	73

IV

Dritter Abschnitt.

Die Verhandlungen zwischen Bayern und Griechenland bis zum Jahre 1849.

	Seite
§ 10. Der Beschluss des griechischen Nationalcongresses vom 16./28. März 1844	77
§ 11. Die Erklärungen der griechischen Regierung in den Jahren 1846 bis 1849	83

Vierter Abschnitt.

Der Uebergang der Rechte des bayerischen Staates auf Seine Majestät den König Ludwig I. von Bayern

§ 12. Die Abtretungsurkunde vom 19. Mai / 18. Juni 1849	95
§ 13. Die Verhandlungen mit der griechischen Regierung in den Jahren 1850 bis 1860	105

Fünfter Abschnitt.

Der Uebergang der Rechte auf die durchlauchtigsten Erben weiland Seiner Majestät des Königs Ludwig I. von Bayern.

§ 14. Der Erbvergleich zwischen Ihren Königlichen Hoheiten den Prinzen Luitpold und Adalbert von Bayern vom 19. Juni 1868 / 6. April 1869	114
§ 15. Der gegenwärtige Gläubiger des griechischen Staates	118

ZWEITER THEIL.

Die einzelnen Rechtsfragen.

Erster Abschnitt.

Die rechtliche Natur der Forderung. Das anzuwen- dende Recht. Die Mittel zur Geltendmachung. 123

§ 16. Die Veränderungen auf Seite des Schuldners	124
§ 17. Die Veränderungen auf Seite des Gläubigers	126

V

Zweiter Abschnitt.

Seite

Die Einrede der Compensation.

136

- § 18. Der Vertrag zwischen Bayern und Griechenland vom
1. November 1832 138
- § 19. Der Vertrag zwischen Bayern und den Schutzmächten
Griechenlands vom 7. Mai 1832 140

Dritter Abschnitt.

Die Einrede des Vergleichs.

- § 20. Der Vertrag zwischen dem griechischen Staat und den
Erben weiland Seiner Majestät des Königs Otto von
Griechenland 158

Vierter Abschnitt.

Die Einrede der Verjährung.

170

- § 21. Die Verjährung nach dem griechischen Gesetze vom
1. October 1832 über das öffentliche Rechnungswesen . 174
- § 22. Die Verjährung nach römisch-griechischem Rechte . . 178

Fünfter Abschnitt.

Das Rechtsverhältniss des bayerischen Staates und seiner Rechtsnachfolger zu den übrigen Gläubigern Griechenlands.

- § 23. Das griechische Anlehen aus den Jahren 1824 und 1825 199
- § 24. Das grosse Anlehen aus dem Jahre 1833 und die Forder-
ungen der Schutzmächte 201
- § 25. Die griechischen Anlehen aus späterer Zeit 258

Sechster Abschnitt.

Die Grösse der Forderung.

- § 26. Die rückständigen Zinsen 261

Schluss.

263

VI

ANLAGEN.

	Seite
I. Vertrag zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu München am 30. Juni / 12. Juli 1835	3
II. Vertrag zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu Athen am 10./22. März 1836	7
III. Vertrag zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu München am 25. December 1836 / 6. Januar 1837 . .	12
IV. Schuldurkunde ausgestellt von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland zu Athen am 16./28. Februar 1837 . .	20
V. Vertrag zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu Athen am 15./27. Januar 1838	22
VI. Vertrag zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu Athen am 30. April / 12. Mai 1838	26
VII. Vertrag zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu Athen am 14./26. Januar 1840	30
VIII. Vertrag zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu Athen am 14./26. Februar 1842	32
IX. Note des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe von Gasser an den griechischen Minister Kolettis vom 21. November 1845	37
X. Note des griechischen Ministers Kolettis an den bayerischen Ministerresidenten von Gasser vom 12. 24. März 1846 . .	38
XI. Note des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe Freiherrn Pergler von Perglas an den griechischen Minister Kolokotronis vom 15. December 1848	39
XII. Note des griechischen Ministers Kolokotronis an den bayerischen Ministerresidenten Freiherrn Pergler von Perglas vom 4./16. December 1848	40
XIII. Note des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe Freiherrn Pergler von Perglas an den griechischen Minister Rhallis vom 29. März 1849	41
XIV. Note des griechischen Ministers Rhallis an den bayerischen Ministerresidenten Freiherrn Pergler von Perglas vom 20. März / 1. April 1849	42

VII

	Seite
XV. Urkunde Seiner Majestät des Königs Maximilian II. von Bayern über die Abtretung der Rechte des bayerischen Staates an Seine Majestät den König Ludwig I. von Bayern vom 18. Juni 1849	44
XVI. Note des griechischen Gesandten am bayerischen Hofe Schinas an den bayerischen Staatsminister von der Pfordten vom 6./18. Juni 1850	46
XVII. Note des bayerischen Staatsministers von der Pfordten an den griechischen Gesandten am bayerischen Hofe Schinas vom 15. Juli 1850	47
XVIII. Note des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe Freiherrn Pergler von Perglas an den griechischen Minister Païkos vom 8. / 20. Februar 1852	48
XIX. Note des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe Grafen Hompesch an den griechischen Minister Kunduriotis vom 11. September 1859	50
XX. Note des griechischen Ministers Kunduriotis an den bayerischen Ministerresidenten Grafen Hompesch vom 5./17. September 1859	52
XXI. Note des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe Grafen Hompesch an den griechischen Minister Zaïmis vom 14./26. Februar 1860	53
XXII. Note des griechischen Ministers Zaïmis an den bayerischen Ministerresidenten Grafen Hompesch vom 26. Februar / 9. März 1860	54
XXIII. Entschliessung des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern an den bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe Grafen Hompesch vom 25. Juli 1860	55

EINLEITUNG.

Durch den Vertrag vom 7. Mai 1832, abgeschlossen zu London zwischen den Herrschern von Frankreich, Grossbritannien und Russland auf der einen und dem König von Bayern auf der anderen Seite ist die Errichtung eines Königthums in dem von der türkischen Herrschaft befreiten Griechenland vereinbart und die griechische Krone in erblicher Weise auf den Prinzen Otto von Bayern und dessen Nachkommen mit der Massgabe übertragen worden, dass in Ermangelung von Leibeserben des Königs dessen Brüder die Prinzen Luitpold und Adalbert von Bayern und deren Nachkommen nach dem Rechte der Erstgeburt auf dem griechischen Throne folgen sollten.

So die Artikel I, II, III, IV und VIII des Vertrages vom 7. Mai 1832. Der Wortlaut des Vertrages ist oft abgedruckt, so in dem englischen Blaubuch *Convention relative to the Sovereignty of Greece, between His Majesty, the King of the French, and the Emperor of all the Russias, On the one part, and the King of Bavaria On the other, signed at London, May 7, 1832, presented to both Houses of Parliament, by Command of His*

Majesty, 1832; ferner in Verbindung mit der Ratification Seiner Majestät des Königs von Bayern vom 27. Mai 1832 im Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern 1832 S. 613—640, bei G. L. von Maurer, das griechische Volk, Bd. III S. 177 ff., bei G. F. de Martens, Supplément au recueil des principaux traités tom. XIV pag. 550 ff., bei *Ῥάλλη, Οἱ Ἑλληνικοὶ Κώδικες*, Ausgabe 4 Bd. IV S. 187 ff.

Um die Begründung des Königthums in Griechenland zu erleichtern, haben die vertragschliessenden Mächte durch den Vertrag vom 7. Mai 1832 wechselseitig bestimmte Verpflichtungen zum Theil politischer, zum Theil militärischer, zum Theil finanzieller Art übernommen. Diese Verpflichtungen werden in dem Vertrage selbst als «Bedingungen» bezeichnet, unter welchen der König von Bayern im Namen seines noch minderjährigen Sohnes des Prinzen Otto die von den drei Grossmächten angebotene erbliche Herrschaft über Griechenland angenommen habe.

So im Artikel II des Vertrages vom 7. Mai 1832.

Unter den Verpflichtungen, welche die Grossmächte eingegangen haben, ist von besonderer Wichtigkeit die finanzielle Verpflichtung, welche durch den Artikel XII des Vertrages übernommen worden ist. Die Herrscher von Frankreich, Grossbritannien und Russland verpflichteten sich und zwar die beiden ersteren unter der Voraussetzung, dass die französischen Kammern und das britische Parlament die Zustimmung ertheilen würden, für ein von dem neuen König von Griechenland aufzunehmendes Anlehen bis zum Betrage von 60 Millionen Franken unter bestimmten Bedingungen Bürgschaft zu

leisten. Das Anlehen sollte in drei Abtheilungen oder Serien, eine jede zu 20 Millionen Franken ausgegeben werden. Für den Augenblick sollte nur die Ausgabe der ersten Serie bewilligt sein; die zweite und die dritte Serie sollten je nach den Bedürfnissen des griechischen Staates und nach vorgängigem Einverständniss zwischen den drei Höfen und Seiner Majestät dem Könige von Griechenland ausgegeben werden. Für die Entrichtung der Zinsen und für die allmälige Tilgung der aufgenommenen Beträge sollte eine jede der drei Mächte zu einem Drittheil die Bürgschaft übernehmen.

Artikel XII. Ziffer 1—5.

Der griechische Herrscher und der griechische Staat sollten gehalten sein, zur Entrichtung der Zinsen und zur planmässigen Tilgung des Anlehens die ersten Einkünfte des Staates zu verwenden, in der Art, dass die wirklichen Einnahmen des griechischen Schatzes vor allem zu jenen Zahlungen bestimmt und zu keinem anderen Zwecke zu verwenden seien, so lange nicht der Dienst des Anlehens für das laufende Jahr vollkommen gedeckt sei. Die diplomatischen Vertreter der drei Höfe in Griechenland würden den Auftrag erhalten, die Erfüllung der letzten Bestimmung zu überwachen.

Artikel XII. Ziff. 6.

Ausdrücklich war in dem Artikel XIII des Vertrages vom 7. Mai 1832 gesagt, dass aus dem Anlehen die Entschädigung an die ottomanische Pforte zu bestreiten sei, welche etwa in den zu Constantinopel eingeleiteten Ver-

handlungen über die Grenze Griechenlands vereinbart werden würde.

Die finanzielle Verpflichtung, welche die Schutzmächte Griechenlands durch den Vertrag vom 7. Mai 1832 gegenüber dem Könige von Bayern eingegangen haben, ist durch eine spätere Erklärung etwas erweitert worden, welche bei der Auswechslung der Ratificationen abgegeben worden ist. Der bayerische Gesandte in London war beauftragt, von der Conferenz der drei Schutzmächte eine bindende Zusage in irgend einer Form zu verlangen, dass sie keine Schwierigkeit erheben würden, auch für die beiden weiteren Serien des Anlehens die Bürgschaft zu übernehmen, sowie dieselbe erbeten werden würde. Der Gesandte entledigte sich dieses Auftrages in einer Note vom 18. Juni 1832. Die Vertreter der Schutzmächte erwiderten in einer Note vom 30. Juni 1832 im Namen ihrer Höfe, dass sie die Bürgschaft für die nicht begebenen Serien des Anlehens in dem Falle bewilligen würden, wenn die volle Begebung desselben durch die Umstände geboten und der Credit der griechischen Regierung noch nicht hinreichend befestigt sein würde, um der Bürgschaft der drei Mächte entbehren zu können; sie erklärten insbesondere, dass die drei Höfe die Bürgschaft für die zweite Serie sofort bewilligen würden, wenn die zu Constantinopel eingeleiteten Verhandlungen über die Grenzen Griechenlands dem griechischen Staate eine Geldentschädigung auferlegen würden.

Die Noten vom 18. und vom 30. Juni 1832 sind als Anlagen A und B dem Protokoll Nr. 48 der Conferenz zu London vom 30. Juni 1832 beigelegt, Protocols of Conferences held in

London relative to the affairs of Greece, presented to both Houses of Parliament by Command of His Majesty, 1832, pag. 79, 81.

Der letztere Fall trat wenige Wochen später ein. Am 9. 21. Juli 1832 wurde zu Constantinopel von den diplomatischen Vertretern der Schutzmächte und den Bevollmächtigten der Pforte eine Vereinbarung unterzeichnet, wodurch dem osmanischen Reiche gegen eine Verbesserung der griechischen Grenzen eine Entschädigung von 40 Millionen türkischen Piastern — etwa 11 Millionen Franken — aus dem griechischen Staatsschatze zugesprochen wurde.

Die Vereinbarung vom 9. 21. Juli 1832 ist als Anlage A dem Protokoll Nr. 52 der Konferenz zu London vom 30. August 1832 beigelegt, *Protocols of Conferences held in London relative to the affairs of Greece 1832—1837, presented to the House of Lords, by Command of Her Majesty, 1843, pag. 3.* Die Vereinbarung ist auch abgedruckt bei *Ῥάλλη Οἱ Ἑλληνικοὶ Κώδικες*, Ausgabe 4 Bd. IV S. 220.

In dem Augenblick, in welchem die Konferenz der Schutzmächte in London die Vereinbarung von Constantinopel genehmigte und dem bayerischen Gesandten mittheilte, erklärte sie zugleich, dass der König von Griechenland und die Regentschaft die Bürgschaft der drei Höfe für die zweite Serie des Anlehens, vorbehaltlich der Zustimmung der französischen Kammern, als bewilligt betrachten dürfe.

Vergl. die Note der Konferenz von London an den bayerischen Bevollmächtigten vom 30. August 1832, welche dem Protokolle Nr. 52 vom gleichen Tage als Anlage D beigelegt

ist, Protocols of Conferences held in London relative to the affairs of Greece 1832—1837 pag. 6.

Die britische Regierung war inzwischen durch eine Bill vom 16. August 1832 ermächtigt worden, die Bürgschaft für das griechische Anlehen unter den Bedingungen zu übernehmen, welche durch den Vertrag vom 7. Mai 1832 festgesetzt und in der Bill vom 16. August 1832 wörtlich wiederholt worden sind.

2 et 3 Guelmi IV c. 120, Statutes of the United Kingdom of Great Britain and Ireland vol. XII part. IV pag. 1047.

Die französische Regierung erhielt die gleiche Ermächtigung etwas später, durch Gesetz vom 14. Juni 1833,

Bulletin des Lois du Royaume de France IX^e série I^{re} partie tom. IV pag. 205,

und sprach die Uebernahme der Bürgschaft für ein Drittheil des griechischen Anlehens durch königliche Verordnung vom 9. Juli 1833 aus.

Bulletin des Lois IX^e série II^e partie I^{re} section tom. VII pag. 15.

Die russische Bürgschaft ist durch kaiserlichen Ukas vom 26. März alten Stils 1833 übernommen worden.

So nach der Angabe von Johann Ludwig Klüber, Pragmatische Geschichte der nationalen und politischen Wiedergeburt Griechenlands, Frankfurt am Main 1835, S. 511.

In der Zwischenzeit war es der griechischen Regierung gelungen, mit dem Bankhaus der Gebrüder von Rothschild zu Paris einen Anlehensvertrag abzuschliessen.



Der wesentliche Inhalt dieses Vertrages lässt sich aus einigen Berichten ermitteln, welche zu verschiedenen Zeiten in den parlamentarischen Körperschaften Frankreichs erstattet worden sind. Es sind die Berichte des Abgeordneten Dubois, erstattet in der Kammer der Abgeordneten am 21. März 1838, abgedruckt im *Moniteur Universel* 1838 pag. 668, des Herzogs von Broglie, erstattet in der Kammer der Pairs am 10. April 1838, *Moniteur Universel* 1838 pag. 918, des Abgeordneten Drouyn-de-Lhuys, erstattet in der französischen Nationalversammlung am 3. October 1848, *Moniteur Universel* 1848 pag. 2754, des Abgeordneten de Flavigny, erstattet in der gesetzgebenden Nationalversammlung am 7. November 1849, *Moniteur Universel* 1849 pag. 3627. Von einigen Artikeln des Vertrages ist der Wortlaut veröffentlicht und zwar von Artikel IV in einer Denkschrift der französischen Regierung, welche dem Protokoll Nr. 67 der Konferenz von London vom 17. August 1837 als Anlage beigelegt ist, *Protocols of Conferences held in London relative to the affairs of Greece 1832—1837* pag. 28, von Artikel X in dem oben erwähnten Berichte des Abgeordneten Drouyn-de-Lhuys vom 3. October 1848. Einige weitere Mittheilungen über den Inhalt des Anlehensvertrages finden sich bei Johann Ludwig Klüber, *Pragmatische Geschichte der nationalen und politischen Wiedergeburt Griechenlands*, Frankfurt am Main 1835, S. 511 ff. Eine französische Schrift, welche Johann Ludwig Klüber S. 513 Anmerk. 1, auch Georg Ludwig von Maurer, *das griechische Volk* Bd. II S. 302 Anm. 86 erwähnt, *Note explicative sur l'emprunt grec de 60,000,000 francs capital qui se négocie aux bourses de Paris et de Londres, suivie de documens authentiques*, Paris 1833, hat sich auch durch eine Nachfrage in Paris nicht mehr ermitteln lassen.

Darnach wurden die beiden ersten Serien des Anlehens, deren Begebung die Konferenz von London gestattet hatte, von dem Hause Rothschild fest übernommen und von der griechischen Regierung noch im Laufe des Jahres 1833 mit Zinsengenuss vom 1. September 1833 an begeben. Die Begebung der dritten Serie blieb

von einer weiteren Bewilligung der Schutzmächte abhängig. Die Uebernahme derselben wurde in die Wahl des Hauses Rothschild gestellt. Der Uebnahmecours war auf 94 von jedem Hundert festgesetzt. Eine jede der drei Abtheilungen oder Serien von 20 Millionen Franken wurde in drei Unterabtheilungen, eine englische, eine französische, eine russische, von je $6,666,666\frac{2}{3}$ Franken zerlegt. Die griechische Regierung stellte unter der Bürgschaft der Schutzmächte drei Hauptschuldurkunden, eine jede zu 20 Millionen Franken, auf den Namen des Hauses Rothschild und zum Zwecke weiterer Begebung Partialobligationen auf den Inhaber eine jede zu 1024 Franken oder 40 Pfund Sterling aus. Die Papiere der dritten Serie blieben einstweilen, bis zur Uebernahme durch das Haus Rothschild, mit Vollmacht der griechischen Regierung bei dem Hause Eichthal in Verwahrung. Die Zinsen zu 5 Procent sollten in halbjährigen Terminen, am 1. März und am 1. September eines jeden Jahres, bis zur völligen Tilgung des Anlehens bezahlt, die allmälige Tilgung des Anlehens sollte in 72 (?) oder 74) halbjährigen Terminen am 1. März und am 1. September eines jeden Jahres bewirkt werden. Mit der Tilgung der beiden ersten Serien sollte die Tilgung der dritten Serie, wenn dieselbe einmal ausgegeben worden wäre, gleichen Schritt halten. Die Tilgung sollte, wenn die Obligationen unter Pari ständen, durch Rückkauf von Obligationen in dem bestimmten Betrage, wenn ein Rückkauf unter Pari nicht möglich wäre, auf dem Wege der Verloosung bewirkt werden. Die erste Tilgung hat «vertragsmässig» (conformément au contrat d'emprunt) am 1. März 1835,

vergl. das Protokoll über die Verloosung vom 10. September 1834
«pour le premier semestre d'amortissement dudit emprunt» im
Moniteur universel 1834 pag. 1832, 1849,

die letzte Tilgung hat im Sommer 1871 für den Termin
vom 1. März 1871 stattgefunden,

vgl. Artikel 35 des französischen Gesetzes vom 27. Juli 1870
über das Budget der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1871,
wodurch dem französischen Finanzminister ein eventueller Credit
von 108,107 Frs. 35 c. eröffnet wurde, «pour le payement du
dernier semestre des intérêts et de l'amortissement exigible, en
1871, de la part afférente à la garantie de la France dans l'em-
prunt négocié en 1833 par le gouvernement grec», Bulletin des
Lois de l'Empire français XI série partie principale tom. XXXVI
pag. 101, sowie eine Erklärung, welche der britische Schatz-
kanzler Lowe am 7. August 1871 auf eine Anfrage im Hause
der Gemeinen abgab, Hansard's Parliamentary Debates Third
series vol. CCVIII pag. 956,

nachdem am 1. März 1839 eine doppelte Tilgung vorge-
nommen worden war.

Vergl. das Protokoll über die Verloosung vom 4. October 1838
«pour le 9^e semestre d'amortissement de l'emprunt grec» im
Moniteur Universel 1838 pag. 2310, sowie den Auszug aus dem
Protokoll über die Verloosung vom 24. Januar 1839 im Moni-
teur Universel 1839 pag. 106. In beiden Protokollen ist gesagt,
dass «les . . . obligations portant les numéros détaillés ci-dessus . . .
désignées pour être amorties, seront remboursées au pair le
1^{er} mars 1839, avec le coupon à échoir ledit jour».

Neben der Bürgschaft, welche die Schutzmächte über-
nommen hatten, bestellte die griechische Regierung in
Artikel IV des Anlehensvertrages eine weitere Sicher-
heit und ein Generalpfandrecht an den sämtlichen

Gütern und Einkünften des Staates, insbesondere an dem vollen Ertrag der Steuern. Die Beträge für die Entrichtung der Zinsen und die planmässige Rückzahlung sollten von der griechischen Regierung sechs Monate vor dem Verfalltag an das Haus Rothschild eingezahlt, wenn dieses unterblieben wäre, von den Schutzmächten auf eine Anzeige des Hauses Rothschild zur Verfügung gestellt werden. Für die vier ersten Halbjahre, d. h. für die Jahre 1834 und 1835 wurden die erforderlichen Summen sofort aus den Anlehensgeldern zurückbehalten, es war daher für die erste Zeit weder erforderlich, auf die regelmässigen Einkünfte des griechischen Staates zu greifen, noch die Bürgschaft der Schutzmächte anzurufen.

Aber schon im Jahre 1835 befand sich die griechische Regierung in finanziellen Verlegenheiten. Die Geldmittel, welche die beiden ersten Serien des grossen Anlehens ergeben hatten, waren zum Theil zur Bestreitung ausserordentlicher Ausgaben, zum Theil zur Deckung des Deficits verbraucht.

Eine Uebersicht über die Verwendung der Geldmittel aus den beiden ersten Serien des grossen Anlehens bis zum 31. December 1834 ist in der Allgemeinen Zeitung 1835 Nr. 114 ausserordentliche Beilage Nr. 159 und 160 S. 636 veröffentlicht worden. Die Uebersicht ist in eine Denkschrift eingerückt, welche von dem damaligen griechischen Gesandten am bayerischen Hofe, dem ehemaligen griechischen Finanzminister Alexander Maurokordatos ausgearbeitet worden war und von der bayerischen Regierung nach London, Paris und St. Petersburg, sowie auch nach Wien mitgetheilt wurde. Weitere Aufschlüsse gewährt eine Denkschrift über die finanzielle Lage Griechenlands, welche von dem Cabinetsrath Frey verfasst, von der griechischen Regierung der

Conferenz in London vorgelegt und auszugsweise in der Allgemeinen Zeitung 1835 No. 356, 357, 358, ausserordentliche Beilage Nr. 530 und 531, 532 und 533, 534 und 535 S. 2117, 2127, 2135 veröffentlicht worden ist.

Eine erhebliche Summe von mehr denn 4 Millionen Franken war der griechischen Staatskasse entzogen worden durch einen Coursverlust von 6 Procent bei der Aufnahme des Anlehens, durch eine Commissionsgebühr von 2 Procent für das Haus Rothschild und durch die sonstigen Kosten, welche mit der Ausgabe der Papiere, mit der Vereinnahmung und Uebersendung der Gelder verbunden waren. Ein Betrag von etwas mehr denn 11 Millionen Franken musste nach der Vereinbarung von Constantinopel vom 9. 21. Juli 1832 zum Theil an die Türkei, zum Theil an Russland bezahlt werden, welchem die Türkei einen Theil ihrer Forderung abgetreten hatte. Von dem übrig bleibenden Betrage gingen die Summen für Verzinsung und Tilgung des Anlehens während der beiden ersten Jahre 1834 und 1835 ab, so dass die griechische Staatskasse nicht einmal die Hälfte des Anlehens zur Bestreitung anderweitiger Ausgaben verfügbar hatte. Auch von diesem Reste mussten ausserordentliche Ausgaben gedeckt werden, welche dem griechischen Staatsschatze zum Theil durch den Vertrag von London vom 7. Mai 1832, zum Theil durch den Freundschafts- und Bündnissvertrag mit Bayern vom 1. November 1832 auferlegt worden waren, so die Kosten für die Anwerbung und Ausrüstung eines griechischen Truppencorps in Bayern nach Artikel XIV des Vertrages von London, die Kosten für die Entsendung eines bayerischen Truppencorps nach Grie-

chenland nach Artikel VIII des Freundschafts- und Bündnisvertrages mit Bayern.

Der Wortlaut des Freundschafts- und Bündnisvertrages mit Bayern vom 1. November 1832 in Verbindung mit der Ratification Seiner Majestät des Königs von Bayern vom 9. December 1832 ist veröffentlicht im Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern 1833 S. 17—29, in griechischer Uebersetzung bei *Ῥάλλη, Οἱ Ἑλληνικοὶ Κώδικες*, Ausgabe 4 Bd. IV S. 384 ff.

Was hienach noch übrig blieb, diente dazu, die Kosten für die erste Einrichtung der neuen Regierung, für die Land- und Seemacht, für die Ordnung des Münzwesens, für den öffentlichen Unterricht, für die Erbauung von Strassen und für andere dringende Anlagen zu bestreiten, so dass sich bei der völligen Erschöpfung der griechischen Staatskasse ein Deficit im Staatshaushalt kaum mehr vermeiden liess. So musste die griechische Regierung schon in den ersten Monaten des Jahres 1835 daran denken, die Mittel zur Deckung des öffentlichen Bedarfs durch eine neue Darlehensaufnahme und zwar zunächst durch die Begebung der dritten Serie des grossen Anlehens zu beschaffen.

Der Auftrag an den griechischen Gesandten in London, die Einwilligung der Schutzmächte zur Ausgabe der dritten Serie nachzusuchen, ist am 10./22. Februar und wiederholt am 6./18. Mai 1835 von der Regentschaft erlassen worden, welche bis zur Grossjährigkeit des Königs, d. h. bis zum 1. Juni 1835 mit der Verwaltung des Landes betraut war. Zu gleicher Zeit wurde die diplomatische Mitwirkung der bayerischen Regierung angerufen, um die Erfüllung derjenigen Zusicherung zu erlangen, welche die

Schutzmächte in Artikel XII des Vertrages vom 7. Mai 1832 gegeben hatten. Die bayerische Regierung wies auch sofort ihre diplomatischen Vertreter in London, Paris und St. Petersburg an, auf Grund der Rechte, welche sie als vertragschliessende Macht erworben habe, die Flüssigmachung der dritten Serie zu betreiben. Es zeigte sich aber, dass eine Einigung der Schutzmächte, wie sie in Artikel XII des Vertrages von London vorgesehen war, nicht so rasch und nicht so leicht herzustellen sei. Nur das britische Cabinet vertrat die Rechtsauffassung, dass die Schutzmächte durch den abgeschlossenen Vertrag verpflichtet seien, die Einwilligung zur Ausgabe der dritten Serie ohne weiteres zu ertheilen, sowie dieselbe von der griechischen Regierung nachgesucht werde; das französische wie das russische Cabinet waren dagegen gesonnen, ihre Zustimmung zum Theil von der Verwirklichung der vertragsmässigen aber noch nicht verwirklichten Garantien, zum Theil von der Erfüllung weiterer Bedingungen politischer und finanzieller Art abhängig zu machen.

Aufschlüsse gewährt der oben erwähnte Bericht des Herzogs von Broglie vom 10. April 1838, *Moniteur Universel* 1838 pag. 918.

So kam es, dass die Einwilligung zur Ausgabe der dritten Serie, welche der griechische Gesandte in London am 19. Juni 1835 amtlich erbeten hatte, am Ende des Jahres von der Konferenz der Schutzmächte noch nicht ertheilt worden war.

In der Zwischenzeit war die griechische Regierung gerade in dem Augenblick, in welchem der junge König die Leitung der Geschäfte übernehmen sollte, von

einer Geldverlegenheit bedroht, welche die regelmässige Führung der öffentlichen Verwaltung unterbrechen konnte. Sie versuchte daher eine augenblickliche Geldhülfe da zu erlangen, wo sie schon ein Mal eine solche gefunden hatte, bei dem bayerischen Staat.

Auch die Ausgabe der beiden ersten Serien des grossen Anlehens hatte sich geraume Zeit verzögert. Um nicht ohne Geldmittel in Griechenland einzutreffen, hatte die Regentschaft noch vor ihrer Abreise einen Vorschuss von 1,800,000 Gulden aus der bayerischen Staatskasse ausgewirkt. Die Bedingungen, unter welchen dieses Darlehen gewährt wurde, waren in einem Vertrage zusammengefasst, welcher am 3. November 1832 zwischen der bayerischen und der griechischen Regierung abgeschlossen worden ist. Die griechische Regierung verpflichtete sich in diesem Vertrage, unmittelbar nach dem Empfang der zugesicherten Summen Schuldurkunden auszustellen, worin sie das bayerische Darlehen als einen Vorschuss auf Rechnung des grossen von den Schutzmächten garantirten Anlehens anerkennen, der bayerischen Regierung das Recht aus der Bürgschaft der Grossmächte und auf die Verwendung der ersten Einnahmen des griechischen Staates zur Tilgung von Capital und Zinsen einräumen, auf jede Einrede, insbesondere auf die Einrede des nicht empfangenen oder nicht zum Zwecke gebührend verwendeten Geldes verzichten würde. Zur weiteren Sicherheit sollte das gesamte von Grossbritannien garantirte Drittel der ersten Serie als Pfand bestellt und die treffenden Partialobligationen unmittelbar nach deren Ausfertigung der

bayerischen Regierung als Deckung übergeben werden, es müsste denn die bayerische Regierung vorziehen als Deckung gute Wechsel in Verbindung mit einer Expromissionsurkunde der griechischen Regierung anzunehmen.

Artikel II.

Endlich sollte dem bayerischen Hofbankier Simon Freiherrn von Eichthal in München, welcher bereits mit der Negociation des grossen Anlehens betraut war, von der griechischen Regierung eine ausschliessliche und unwiderrufliche Vollmacht zur Erhebung und Einsendung der aus jenem Anlehen eingehenden Gelder ausgestellt und von der bayerischen Regierung die eidliche Verpflichtung abgenommen werden, aus diesen Geldern die bayerischen Vorschüsse mit 4 Procent Zinsen zurückzuzahlen.

Artikel IV.

Nach diesen Vereinbarungen wurde dann auch verfahren; die Schuldurkunden der Regentschaft wie die Vollmacht für den Freiherrn von Eichthal wurden am 6. December 1832 zu München ausgestellt; das Darlehen selbst aber wurde in drei Raten noch im Laufe des Jahres 1833 mit den verfallenen Zinsen an die bayerische Regierung zurückbezahlt.

Vergl. auch die Bemerkungen von G. L. von Maurer, das griechische Volk Bd. II S. 13, sowie die Mittheilungen, welche der bayerische Staatsminister von Abel vom 2. März 1840 dem zweiten Ausschuss der Kammer der Abgeordneten machte, Verhandlungen

der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtages im
Jahre 1849 Beilagen-Band II S. 205.

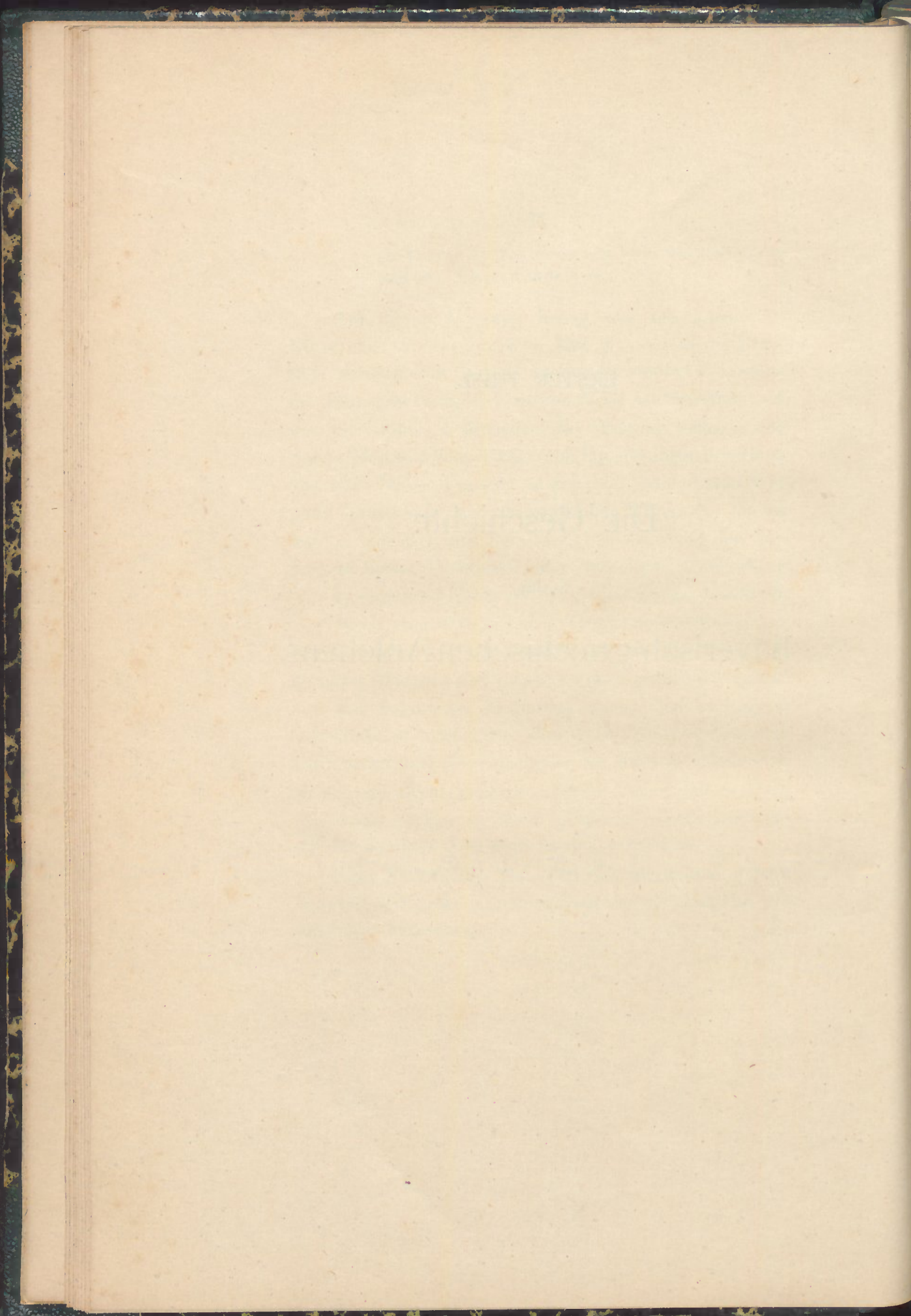
Auf diesen Vorgang bezog sich die griechische Regierung, als sie am 6. 18. Mai 1835, gleichzeitig mit dem wiederholten Auftrag an den Gesandten in London die Flüssigmachung der dritten Serie zu betreiben, an den Gesandten in München die Weisung erliess, von Seiner Majestät dem Könige von Bayern einen Vorschuss von einer Million Franken zu erbitten. Auf diesen Vorgang bezog sich auch die bayerische Regierung, als sie am 13. Juni 1835 ihre Bereitwilligkeit erklärte, den verlangten neuen Vorschuss unter denselben Bedingungen und in derselben Form wie den früheren zu gewähren.

Noch zwei Mal sah sich die griechische Regierung in den beiden folgenden Jahren veranlasst, einen Vorschuss in München nachzusuchen; noch zwei Mal verstand sich die bayerische Regierung dazu, den verlangten Vorschuss zu bewilligen. Auf diese Weise ist eine neue Darlehensschuld Griechenlands an Bayern entstanden, welche zu einem kleineren Theile in den Jahren 1840, 1841, 1842 getilgt, zu einem grösseren Theile aber bis auf den heutigen Tag nicht bezahlt worden ist.

Die Entstehung und den Rechtsbestand dieses Schuldverhältnisses zu untersuchen, ist die Aufgabe der folgenden Erörterung.

ERSTER THEIL.

Die Geschichte
des
bayerisch-griechischen Anlehens.



ERSTER ABSCHNITT.
Die Schuldverträge.

§ 1.

Der Darlehensvertrag vom 30. Juni | 12. Juli 1835.

Am 30. Juni alten, 12. Juli neuen Styls 1835 wurde zu München von dem bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeussern Friedrich August Freiherrn von Gise und dem griechischen Gesandten am bayerischen Hofe Alexander Maurokordatos der erste von den neuen Darlehensverträgen unterzeichnet.

Der Wortlaut des Vertrages zwischen Bayern und Griechenland vom 30. Juni | 12. Juli 1835 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. 1 mitgetheilt.

Kraft dieses Vertrages bewilligte Seine Majestät der König von Bayern «zur Deckung dringender Bedürfnisse des griechischen Staates» einen zu 4 vom Hundert verzinslichen bei der bayerischen Centralstaatskasse zu erhebenden Vorschuss von 466,666 Gulden 40 Kreuzer oder einer Million Franken, um welchen

«die griechische Regierung» nachgesucht hatte. Die griechische Regierung bedurfte, wie sie selbst in dem ersten Artikel des Vertrages erklärte, einer augenblicklichen Geldhülfe, um «das Deficit in den laufenden Einkünften des Staates zu decken», «die regelmässige Führung der öffentlichen Verwaltung zu sichern», und «dem ersten und dringendsten Bedürfniss des Staates zu genügen». Sie erwog zugleich, wie der erste Artikel des Vertrages ferner besagte, dass die Ausgabe der dritten Serie des grossen Anlehens noch von der Erfüllung einiger Förmlichkeiten abhängen, dass die Entnahme eines Vorschusses von einem Bankhause der Negociation der dritten Serie Nachtheil, dem griechischen Staate und seinen finanziellen Interessen in sehr empfindlicher Weise Verlust und Schaden bereiten könnte.

Artikel I.

Sie verpflichtete sich durch den zweiten Artikel der Uebereinkunft, bei der Erhebung des Geldes der bayerischen Regierung eine Schuldurkunde auszuhändigen, welche die folgenden vertragsmässigen Bestimmungen enthalten sollte: ein Versprechen der griechischen Regierung, die empfangene Summe als einen auf die dritte Serie des garantirten Anlehens anzurechnenden Vorschuss zurückzuzahlen, eine Anerkennung, dass der bayerischen Regierung für den geleisteten Vorschuss das Recht aus der durch die Schutzmächte übernommenen Bürgschaft zustehe, eine Erklärung, wodurch der bayerischen Regierung die gleichen Rechte eingeräumt werden, welche den Schutzmächten durch die früher

erwähnte Bestimmung in Artikel XII Ziffer 6 des Vertrages von London am 7. Mai 1832 zugesichert worden waren, einen Verzicht auf jede Einrede, insbesondere auf die Einrede des nicht empfangenen oder nicht zum Zwecke gebührend verwendeten Geldes, eine Zusicherung, die bayerische Regierung gegen jede Einsprache oder Einwendung zu decken, welche aus irgend einer gesetzlichen Verfügung oder bestehenden Einrichtung des griechischen Staates abgeleitet werden könnte, und alle Förmlichkeiten zu erfüllen, welche in dieser Beziehung erforderlich sein würden, eine Verpfändung der von der dritten Serie des garantirten Anlehens eingehenden Summen, endlich das Versprechen, die ersten Partialobligationen dieser Serie bis zum Betrage von zwei Millionen Franken unmittelbar nach deren Emission der bayerischen Regierung als Unterpfand auszuhändigen, es müsste denn die bayerische Regierung an Stelle dieser Deckung sichere und acceptirte Wechsel verbunden mit einer Expromissionsurkunde der griechischen Regierung vorziehen.

Artikel II.

Zur weiteren Sicherheit verpflichtete sich die griechische Regierung, dem Bankier Freiherrn von Eichthal, welchem bereits die Negociation des grossen Anlehens mit Einschluss der dritten Serie anvertraut sei, eine ausschliessliche und unwiderrufliche Vollmacht zur Erhebung und Versendung der von der dritten Serie eingehenden Summen zu ertheilen und diese Vollmacht oder deren etwa erforderliche Bestätigung der bayeri-

schen Regierung zur Uebermittlung an den genannten Bankier zuzustellen; der letztere sollte sich bei Empfang der Vollmacht eidlich oder auf eine andere für genügend erachtete Art der bayerischen Regierung gegenüber verpflichten, die ersten von der dritten Serie des garantierten Anlehens eingehenden Gelder zur Bezahlung von Capital und Zinsen an den bayerischen Staat zu verwenden.

Artikel IV.

Als Tag der Zahlung von Capital und Zinsen wurde vertragsmässig der 1. October 1836 festgesetzt, der griechischen Regierung das Recht früherer Zahlung vorbehalten, der Zinsenlauf bis zum Tage der geleisteten Zahlung ausbedungen, endlich der bayerischen Regierung die Befugniss eingeräumt, im Falle der Noth die in ihrer Hand befindlichen Unterpfänder auf Rechnung der griechischen Regierung zu veräussern.

Artikel III.

Der Vertrag ist von Seiner Majestät dem König von Griechenland am 29. August alten, 10. September neuen Styls 1835 zu Athen, von Seiner Majestät dem König von Bayern am 19. November 1835 zu München ratificirt, die Ratificationen sind zu München am 20. November 1835 ausgetauscht worden. Bei der Auswechselung der Ratificationen ist der bayerischen Regierung zugleich eine nach Artikel II des Vertrages ausgestellte von Seiner Majestät dem König von Griechenland vollzogene Schuldurkunde vom 29. August

alten, 10. September neuen Styls 1835, ebenso die in Artikel IV des Vertrages vorgesehene von Seiner Majestät dem König von Griechenland an dem gleichen Tag unterzeichnete Vollmacht für den Bankier Freiherrn von Eichthal übergeben worden. Die Ausbezahlung des Darlehens im vollen Betrage von 466,666 Gulden 40 Kreuzer war unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages, am 16. Juli 1835, durch die bayerische Centralstaatskasse an den Freiherrn von Eichthal gegen eine vorläufige Quittung desselben vom 14. Juli 1835 bewirkt worden.

§ 2.

Der Darlehensvertrag vom 10. | 22. März 1836.

Die Einwilligung der Schutzmächte zur Ausgabe der dritten Serie war in den ersten Wochen des Jahres 1836 noch nicht erteilt. Immer noch wurden von dem französischen wie von dem russischen Cabinet politische Zugeständnisse als Gegenleistung für die Ertheilung der Einwilligung gefordert. Die Geldverlegenheit der griechischen Regierung war in den ersten Monaten des Jahres 1836 so gross, dass sie den Bedarf nur noch für wenige Wochen gedeckt sah. «Um die nachtheiligen Folgen einer möglichen Stockung in dem Finanzhaushalte des griechischen Staates um so gewisser zu verhüten», erklärte sich Seine Majestät der König von Bayern «auf angelegentliches Ersuchen Seiner Majestät des Königs von Griechenland» bereit,

«dem griechischen Staate für den Fall, dass demselben die vollständige oder theilweise Verwirklichung der dritten Serie obenerwähnten Anlehens die nöthigen Geldmittel nicht zu rechter Zeit gewähren sollte, nochmals mit einem Vorschusse zu Hülfe zu kommen». Zu dem Ende ist während der Anwesenheit Seiner Majestät des Königs von Bayern in Griechenland ein neuer Vertrag abgeschlossen und am 10./22. März 1836 von dem bayerischen Gesandten am griechischen Hofe Staatsrath Egid Ritter von Kobell und dem griechischen Staatskanzler Joseph Ludwig Grafen von Armandsparg zu Athen unterzeichnet worden.

Der Wortlaut des Vertrages zwischen Bayern und Griechenland vom 10./22. März 1836 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeußern sich befindet, in der Anlage Nr. II mitgetheilt.

Kraft dieses neuen Vertrages verpflichtete sich Seine Majestät der König von Bayern, «der königlich griechischen Regierung beim längeren Ausbleiben der dritten Serie Vorschüsse auf die laufenden Zehentgefälle, namentlich die Zehentpachtschillinge des Jahres 1836 bis zum Betrage von einer Million Franken oder 466,666 Gulden 40 Kreuzer im vierundzwanzig Gulden-Fusse», jedoch «nur dann und in dem Masse» «leisten zu lassen», «als die dritte Serie des Anlehens von 60 Millionen Franken nicht ganz oder theilweise vor dem Eingehen der Zehentgefälle von 1836 emittirt werden sollte.»

Artikel I und II.

Die Auszahlung der Vorschüsse sollte durch Wechsel des Bankhauses Freiherrn von Eichthal in München bewirkt werden, welche die bayerische Gesandtschaft am griechischen Hofe der griechischen Generalkasse je nach Bedarf auszuhändigen hatte.

Artikel III.

Die griechische Generalkasse war dagegen verpflichtet, «für den jedesmal zu empfangenden Betrag eine von dem königlich griechischen Staatssecretär der Finanzen oder dessen gehörig ermächtigten Stellvertreter contrasignirte Kasseanweisung auf die Zehentgefälle des laufenden Jahres auszufertigen und der königlich bayerischen Gesandtschaft zur Verfügung einzuhändigen».

Artikel IV.

Ein Formular der Kasseanweisungen war der Uebereinkunft beigelegt. Es besagte, dass «der Betrag gegenwärtiger Kasseassignation nebst den hievon verfallenen Zinsen nach 4^o/_o» «aus den Zehentgefällen, namentlich den Zehentpachtschillingen des Jahres 1836» «an den rechtmässigen Inhaber derselben unverzüglich und unweigerlich» «in dem Masse» «zurückbezahlt» werde, «als diese Zehentgefälle eingehen werden». Eine weitere Bestimmung des Vertrages ermächtigte die bayerische Regierung, die erhaltenen Anweisungen, «wenn sie beim Eingange der Zehentgefälle und auf erfolgte Anmeldung von der griechischen Generalkasse nicht sofort eingelöst werden sollten», auf Rechnung der

griechischen Regierung «auch unter ihrem Nennwerthe zu veräussern».

Artikel V.

Um eine spätere Anfechtung auszuschliessen, leistete die griechische Regierung auf alle Einreden, «ebenso Vezicht» wie dieses in Artikel II des Vertrages vom 30. Juni | 12. Juli 1835 «hinsichtlich des früheren Vorschusses geschehen» war, «und so als ob diese Verzichtleistung wörtlich» in die neue Vertragsurkunde «eingedrückt wäre».

Artikel VII.

Endlich wurde auch über den früheren Vorschuss von 466,666 Gulden 40 Kreuzer oder einer Million Franken, welcher vertragsmässig am 1. October | 19. September 1836 zur Rückzahlung fällig war, eine Bestimmung getroffen. «Wenn zur Verfallzeit die dritte Serie des Anlehens von 60 Millionen Franken nicht ganz oder theilweise eingegangen und die Rückzahlung ebenbesagten Vorschusses geleistet wäre», so sollte die griechische Generalkasse bis zum Betrage von einer Million Franken nebst den verfallenen Zinsen Kasseanweisungen von der in der neuen Uebereinkunft bestimmten Form, «gleichfalls aus den zuerst eingehenden Zehentgefällen des Jahres 1836 zahlbar» ausstellen und der bayerischen Gesandtschaft am griechischen Hofe zu weiterer Verfügung behändigen.

Artikel VI.

Der neue Vertrag wurde von Seiner Majestät dem Könige Otto von Griechenland sofort am 19. 31. März 1836 zu Athen, von Seiner Majestät dem Könige Ludwig I. von Bayern nach dessen Rückkehr am 2. Juni 1836 zu München ratificirt; die Ratificationen sind am 27. Juli alten, 8. August neuen Styls 1836 in München ausgewechselt worden.

Die Sicherheit, welche dem bayerischen Staate durch die Uebereinkunft vom 10. 22. März 1836 für die Rückzahlung des zweiten dem griechischen Staate zu leistenden Vorschusses geboten werden sollte, wurde durch eine «Erklärung» verstärkt, zu welcher sich Seine Majestät der König Otto von Griechenland persönlich herbeiliess. In einer besonderen Urkunde, «gegeben zu Athen den 10. 22. März 1836», erklärte der König, dass er für den Vorschuss von einer Million Franken oder 466,666 Gulden 40 Kreuzer, welcher «der königlich griechischen Generalkasse auf die laufenden Zehentgefälle des Jahres 1836» «vertragsmässig zur Entfernung allenfallsiger Zahlungsstockung zugesichert» sei, die Haftung mit seiner «aus der königlich bayerischen Hofkasse zu beziehenden Apanage von jährlich 80,000 Gulden» übernehme, «für den Fall, wenn es nämlich erforderlich würde, diese Garantie geltend zu machen».

Die griechische Regierung sah sich veranlasst, den durch die Uebereinkunft vom 10. 22. März 1836 zugesicherten Vorschuss dem vollen Betrage nach in Anspruch zu nehmen. Schon am 9. April 1836 waren dem Freiherrn von Eichthal «als Bevollmächtigten der königlich griechischen Regierung» 233,333 Gulden 20 Kreuzer,

die eine Hälfte des versprochenen Vorschusses von der bayerischen Centralstaatskasse gegen Quittung ausbezahlt worden, nachdem derselbe wenige Tage vorher, am 5. April 1836 Wechsel im gleichen Betrage auf die griechische Generalkasse indossirt und der bayerischen Gesandtschaft in Athen zur vertragsmässigen Verfügung übersendet hatte. Auf amtliches Ersuchen des griechischen Staatskanzlers an die bayerische Gesandtschaft vom 27. April | 9. Mai 1836 wurden die Wechsel bereits am 30. April | 12. Mai 1836 von dem bayerischen Consul Frederik Strong, welchem nach der Abreise des bayerischen Gesandten die Abwicklung des Geschäftes übertragen worden war, an den griechischen Finanzdirector ausgehändigt und dafür Kasseanweisungen im gleichen Betrage eingetauscht. Die zweite Hälfte des Vorschusses im gleichen Betrage von 233,333 Gulden 20 Kreuzer wurde dem Freiherrn von Eichthal am 15. August 1836 bei der bayerischen Centralstaatskasse zur Verfügung gestellt und zwei Tage später am 17. August gegen Quittung von demselben erhoben, nachdem er noch am 15. August die entsprechende Summe in 54 Wechseln der griechischen Regierung übersendet hatte. Am 19. October 1836 zeigte er der bayerischen Regierung an, dass er die Summe erhoben habe, und legte zugleich eine von dem griechischen Finanzdirector unterzeichnete Kasseanweisung vom 19. | 31. August 1836 vor, welche ihm durch die griechische Gesandtschaft zugestellt worden war.

§ 3.

Der Darlehensvertrag vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837.

Im Laufe des Jahres 1836 wurde von der Conferenz der Schutzmächte in London die Ausgabe eines Theiles der dritten Serie bewilligt, jedoch nur bis zu demjenigen Betrage, welcher erforderlich war, um für den 1. März und den 1. September 1836 die verfallenen Zinsen und die planmässige Tilgung des grossen Anlehens zu decken.

Vergl. die Protokolle Nr. 60, 61, 62 der Conferenz von London vom 16. April, 23. Juli, 30. August 1836, *Protocols of Conferences held in London relative to the affairs of Greece 1832—1837* pag. 23—25.

Das britische Cabinet, welches in der Conferenz von London die Erlaubniss zur Ausgabe eines grösseren Theiles der dritten Serie wegen des entschiedenen Widerspruchs der russischen Regierung nicht durchzusetzen vermochte, fasste den Entschluss, sein Verfahren von dem Verfahren der beiden anderen Schutzmächte zu trennen. Es erbat und erhielt von dem Parlament durch eine Bill vom 19. August 1836 die Ermächtigung, die Ausgabe des noch nicht begebenen Theiles der dritten Serie britischer Unterabtheilung auch dann zu gestatten, wenn von den beiden anderen Schutzmächten die Einwilligung zur Ausgabe eines gleich grossen Betrages der dritten Serie französischer und russischer Unterabtheilung nicht ausgesprochen werde.

6 et 7 Gulielmi IV c. 94, Statutes of the United Kingdom of Great Britain and Ireland vol. XIV part. I pag. 296. Ueber die Gründe, welche das britische Cabinet zu dieser Massregel bestimmten, gewähren die Erklärungen Aufschluss, welche Lord Palmerston am 28. Juli und 12. August 1836 im Hause der Gemeinen und Lord Melbourne am 16. August 1836 im Hause der Lords abgegeben hat, Hansard's Parliamentary Debates third series vol. XXXV pag. 645, 1144, 1239.

Das britische Cabinet machte jedoch von der erhaltenen Ermächtigung nicht sofort, sondern erst nach einem vergeblichen Versuche der Verständigung mit der französischen Regierung, und auch dann nicht für den gesammten noch nicht begebenen Betrag der dritten Serie britischer Unterabtheilung, sondern vorläufig nur für den Betrag von einer Million Franken Gebrauch.

In den letzten Monaten des Jahres 1836, während des Aufenthaltes Seiner Majestät des Königs Otto von Griechenland auf deutschem Boden, knüpfte die griechische Regierung in München neue Verhandlungen wegen eines weiteren Vorschusses an. Sie liess zugleich durch ihren Gesandten am bayerischen Hofe Alexander Maurokordatos und durch den Bankier Simon Freiherrn von Eichthal vorstellen, dass die Ausgabe der bereits bewilligten Beträge der dritten Serie an der eidlichen Verpflichtung zu scheitern drohe, welche der genannte Bankier nach Artikel IV des Vertrages zwischen Bayern und Griechenland vom 30. Juni | 12. Juli übernommen habe. Kraft dieses Eides war der Freiherr von Eichthal, welcher die Partialobligationen der dritten Serie in Verwahrung hatte, verpflichtet, die aus dem grossen Anlehen eingehenden Gelder zur Abtragung des ersten

von der bayerischen Regierung gewährten Vorschusses von einer Million Franken zu verwenden. Die Conferenz der Schutzmächte hatte aber die Ausgabe eines Theiles der dritten Serie nur zu dem Ende bewilligt, um das Haus Rothschild wegen der verfallenen Zinsen und der planmässigen Tilgung des grossen Anlehens zu decken. Das britische Cabinet verlangte seinerseits eine Sicherheit dafür, dass der Betrag von einer Million Franken, welcher von der britischen Unterabtheilung der dritten Serie ausgegeben werden sollte, nach Athen gelange und im Lande verwendet werde. In diesem Augenblick entschloss sich Seine Majestät der König von Bayern, dem griechischen Staatsschatz in dringender Geldverlegenheit von neuem zu Hülfe zu kommen. Er erklärte sich zu einem doppelten Zugeständniss bereit; er wollte dem griechischen Staate einen weiteren Vorschuss von einer Million Gulden gewähren und durch einen Verzicht auf die Rückzahlung des ersten Vorschusses von einer Million Franken aus den Geldern der dritten Serie die Ausgabe der bewilligten Beträge ermöglichen. Zu dem Ende sollte das alte Schuldverhältniss aus dem Jahre 1835 gelöst, durch ein neues Schuldverhältniss ersetzt und damit die eidliche Verpflichtung des Bankiers von Eichthal als gegenstandslos beseitiget werden. Die beiden Zugeständnisse der bayerischen Regierung wie die Bürgschaften, welche die griechische Regierung zur Sicherung des vor wenigen Monaten erhaltenen und der beiden neu bewilligten Darlehen anbot, wurden in einer Vertragsurkunde zusammengefasst, welche noch wäh-

rend der Anwesenheit Seiner Majestät des Königs Otto von Griechenland am bayerischen Hofe am 25. December 1836 alten, 6. Januar 1837 neuen Styls zu München von dem bayerischen Staatsminister August Freiherrn von Gise und dem griechischen Gesandten Alexander Maurokordatos unterzeichnet worden ist.

Der Wortlaut des Vertrages zwischen Bayern und Griechenland vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. III mitgetheilt.

Nach dem neuen Vertrage sollte das ursprüngliche, durch die erste Uebereinkunft vom 30. Juni | 12. Juli 1835 begründete Schuldverhältniss zwischen den Königreichen Bayern und Griechenland endgiltig gelöst werden. Der Vorschuss von einer Million Franken, welcher dieser Uebereinkunft gemäss auf das grosse von den Schutzmächten garantirte Anlehen geleistet worden war, sollte spätestens binnen zwei Monaten, gerechnet von dem Tage, an welchem die Ratificationen der neuen Uebereinkunft ausgewechselt würden, an Bayern zurückbezahlt werden.

Artikel I § 2.

Dagegen sollte die gleiche Summe von einer Million Franken «dem griechischen Staate auf neue Rechnung» und unter neuen Bedingungen darlehensweise vorgestreckt werden.

Artikel II Absatz I § 1.

Bis zur Tilgung des ursprünglichen Vorschusses und der verfallenen Zinsen sollten die Bürgschaften, welche dem bayerischen Staate kraft der Uebereinkunft vom 30. Juni | 12. Juli 1835 durch die Verpfändung bestimmter Einkünfte des griechischen Staatsschatzes gegeben waren, auf die bis dahin eingehenden späteren Einkünfte gleicher Art erstreckt sein.

Artikel I § 3.

Ueber das Schuldverhältniss, welches kraft der zweiten Uebereinkunft vom 10. | 22. März 1836 durch die leihweisen Zahlungen vom 9. April und 17. August 1836 begründet worden war, traf die neue Uebereinkunft eine doppelte Bestimmung. Einmal wurde der Zahlungstag, welcher ursprünglich auf den 1. October 1836 neuen Styls festgesetzt war, um den Zeitraum eines Jahres gerechnet von dem Tage, an welchem der neue Vertrag unterzeichnet worden ist, somit auf den 25. December 1837 | 6. Januar 1838 hinausgerückt.

Artikel II Absatz 1 § 2.

Sodann wurden die Bürgschaften, welche dem bayerischen Staate für diesen zweiten Vorschuss kraft der Uebereinkunft vom 10. | 22. März 1836 durch die Verpfändung bestimmter Einkünfte des griechischen Staates, nämlich der Zehentgefälle des Jahres 1836 gegeben waren, auf die in den späteren Jahren eingehenden Einkünfte gleicher Art, somit auf die Zehentgefälle der folgenden Jahre bis zur völligen Tilgung von Capital und Zinsen erstreckt.

Artikel 1 § 3.

Für die beiden Schuldgattungen, die ältere durch die Uebereinkunft vom 30. Juni | 12. Juli 1835 begründete und die jüngere auf der Uebereinkunft vom 10. | 22. März 1836 beruhende Schuld wurde verabredet, dass die verfallenen Zinsen so rasch als möglich, spätestens bis zum 1. April 1837 bezahlt werden sollten.

Artikel I § 1.

Zu den bisherigen Vorschüssen, dem auf die Zehentgefälle des Jahres 1836 geleisteten und dem durch die neue Uebereinkunft bewilligten, im Gesamtbetrage von zwei Millionen Franken sollte Griechenland ein weiteres zu 4 vom Hundert verzinsliches Darlehen von einer Million Gulden aus dem bayerischen Staatsschatz gewährt werden.

Artikel II Absatz 1 § 3.

Mit der theilweisen Rückzahlung der beiden neu bewilligten Darlehen, des einen zu einer Million Franken, des anderen zu einer Million Gulden, sollte spätestens binnen zwei Jahren vom Tage der gegenwärtigen Uebereinkunft an, somit spätestens am 5. Januar 1839 neuen Styls begonnen, die Rückzahlung selbst in möglichst grossen Summen und in möglichst kurzen Terminen bewirkt werden.

Artikel II Absatz 2 § 2.

Seine Majestät der König von Griechenland verpflichtete sich ausdrücklich und förmlich, zu diesen Theilzahlungen die ergiebigsten und bereitesten Staatseinkünfte zu verwenden.

Artikel II Absatz 2 § 3.

Immerhin blieb der griechischen Regierung das Recht vorbehalten, die beiden neu bewilligten Vorschüsse auch zu einer früheren Zeit und durch eine einmalige Zahlung zu tilgen.

Artikel II gegen Ende.

Für die sämtlichen Darlehen zu zwei Millionen Franken und einer Million Gulden sollten die Zinsen zu 4 Prozent zur jedesmaligen Verfallzeit ohne Schwierigkeit und ohne besondere Mahnung an Bayern bezahlt werden.

Artikel II Absatz 2 § 1.

Die Auszahlung der Vorschüsse an die griechische Regierung konnte auf den Wunsch derselben in Wechseln geleistet werden; ebenso die Zahlung von Capital und Zinsen an Bayern, vorausgesetzt, dass das damit betraute Bankhaus im voraus bezeichnet werde. Ein etwaiger Coursverlust fiel der griechischen Regierung zur Last.

Artikel III.

Gegen Rückgabe der älteren Schuldurkunden verpflichtete sich Seine Majestät der König von Griechenland, eine neue Schuldurkunde in rechtsgenügender Form auszustellen, welche die sämtlichen durch den neuen Vertrag übernommenen Verpflichtungen enthalten sollte.

Artikel IV.

Die griechische Regierung verpflichtete sich überdies, die rechtliche Giltigkeit der neuen Uebereinkunft gegen

jede Einsprache oder Einwendung von irgendwelcher Seite, insbesondere gegen jeden Angriff zu vertheidigen, welcher auf Formen der griechischen Gesetzgebung oder Verwaltung gestützt werden könnte.

Artikel V.

Auch in diesem Falle liess sich die bayerische Regierung herbei, noch vor der Auswechselung der Ratificationen mit dem Vollzuge des Vertrages zu beginnen. Sie glaubte jedoch, da bis zum Eintreffen der griechischen Ratification in üblicher Form aus Athen mehrere Wochen verstreichen konnten, darauf bestehen zu müssen, dass Seine Majestät der König von Griechenland noch während seiner Anwesenheit am bayerischen Hofe eine provisorische Ratificationsurkunde ausfertige und dem griechischen Gesandten am bayerischen Hofe schriftliche Vollmacht ertheile, die aus dem bayerischen Staatsschatz ausbezahlten Summen zu quittiren. Bei der Auswechselung der Ratificationen sollte die provisorische Ratificationsurkunde, bei der Aushändigung der neu auszustellenden Schuldurkunde sollte die provisorische Quittung des griechischen Gesandten zugleich mit der königlichen Vollmacht an Griechenland zurückgegeben werden.

Artikel VI.

Die provisorische Ratificationsurkunde und die schriftliche Vollmacht für den griechischen Gesandten zur Erhebung und Quittirung der zugesicherten Vorschüsse wurde von Seiner Majestät dem Könige

von Griechenland sogleich am Tage nach der Unterzeichnung des neuen Vertrages, am 26. December 1836 alten, 7. Januar 1837 neuen Stils zu Tegernsee ausgefertigt und noch am gleichen Tage von dem griechischen Gesandten dem bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeussern übersendet. Schon am 10. Januar 1837 hatte der Bankier Simon Freiherr von Eichthal der griechischen Regierung den Betrag von 500,000 Gulden in Solawechseln zur Verfügung gestellt und dafür bei der bayerischen Centralstaatskasse den gleichen Betrag gegen Quittung erhoben. Drei Monate später, am 12. April 1837, wurde demselben Bankier auch die zweite Hälfte des zugesicherten neuen Darlehens mit 500,000 Gulden gegen Quittung von der bayerischen Centralstaatskasse ausbezahlt. Dagegen nahm die bayerische Centralstaatskasse an dem gleichen Tage die Zinsen in Empfang, welche von den beiden älteren Schuldgattungen zu je einer Million Franken bis zum 31. März 1837 aufgelaufen und nach Artikel I § 1 der neuen Uebereinkunft spätestens am 1. April 1837 zu entrichten waren, nicht minder zog sie die Stückzinsen ab, welche von dem neuesten Vorschuss zu 500,000 Gulden vom 10. Januar bis zum 31. März 1837 zu berechnen waren. So war die neue Uebereinkunft zu einem guten Theile bereits vollzogen, als man am 18./30. April 1837 zur Auswechselung der Ratificationen schritt. Der griechische Gesandte Alexander Maurokordatos übergab dem bayerischen Staatsminister August Freiherrn von Gise die Ratification Seiner Majestät des Königs von Griechen-

land, ausgestellt zu Athen am 16./28. Februar 1837 und die in Artikel IV des Vertrages vorgesehene Schuldurkunde seines Souveräns über den Gesamtbetrag von 1,933,333 Gulden 20 Kreuzer, ausgestellt zu Athen an dem gleichen Tage 16./28. Februar 1837. Das Datum in beide Urkunden mit eigener Hand einzusetzen war der Gesandte durch besondere Entschliessung des Königs vom 16./28. Februar 1837 ermächtigt worden. Er empfing dagegen:

1) die Ratification Seiner Majestät des Königs von Bayern ausgestellt zu München am 3. März 1837,

2) die provisorische Ratification Seiner Majestät des Königs von Griechenland und die schriftliche Vollmacht für den griechischen Gesandten zur Erhebung und Quittirung der neuen Vorschüsse, beide Urkunden ausgestellt zu Tegernsee am 26. December 1836 | 7. Januar 1837,

3) die frühere Schuldurkunde Seiner Majestät des Königs von Griechenland, ausgestellt zu Athen am 29. August alten, 10. September neuen Stils 1835 über das erste Darlehen von 466,666 Gulden 40 Kreuzer oder einer Million Franken,

4) die Quittungen des Bankhauses Freiherrn von Eichthal und zwar:

eine Quittung vom 16. Juli 1835 über 466,666 Gulden 40 Kreuzer,

eine Quittung vom 9. April 1836 über 233,333 Gulden 20 Kreuzer,

eine Quittung vom 17. August 1836 über 233,333 Gulden 20 Kreuzer,

eine Quittung vom 10. Januar 1837 über 500,000 Gulden,

eine Quittung vom 12. April 1837 über 500,000 Gulden, endlich

5) eine Entschliessung an die bayerische Gesandtschaft in Athen, wodurch dieselbe angewiesen wurde, die in ihrer Verwahrung befindlichen Kasseanweisungen vom 20. April | 1. Mai 1836 der griechischen Regierung auszuhändigen.

Das Protokoll über die Auswechselung der Ratificationen vom 18. | 30. April 1837 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. III mitgeteilt.

In der neuen Schuldurkunde vom 16. | 28. Februar 1837 bezeugte Seine Majestät der König von Griechenland, «dass die griechische Regierung von der bayerischen Regierung gemäss der Verträge zwischen Griechenland und Bayern vom 30. Juni | 12. Juli 1835, 10. | 22. März 1836, 25. December 1836 | 6. Januar 1837 zur Bestreitung laufender und unvermeidlicher Staatsausgaben in baarem Gelde die Summe von 1,933,333 Gulden 20 Kreuzern Reichswährung oder 4,640,000 Drachmen erhalten habe». Seine Majestät erklärte ferner, dass «die griechische Regierung» den Empfang dieser Summe quittire, auf jede Einrede, insbesondere auf die Einrede des nicht empfangenen oder nicht zum Zwecke gebührend verwendeten Geldes verzichte, das Darlehen mit 4 vom Hundert jährlich zur Verfallzeit verzinsen und die Rückzahlung wenn nicht früher, so doch in der Art bewirken werde, dass binnen

Jahresfrist vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 an die Summe von 466,666 Gulden 40 Kreuzer oder einer Million Franken und der Rest von 1,466,666 Gulden 40 Kreuzer in Theilzahlungen von möglichst grossem Betrage und in möglichst kurzen Terminen abzutragen sei, mit welchen Theilzahlungen binnen zwei Jahren vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 an begonnen werden solle. Als «Specialhypothek» für die beiden Vorschüsse von zwei Millionen Franken oder 933,333 Gulden 20 Kreuzer, welche kraft der Verträge vom 30. Juni | 12. Juli 1835 und vom 10. | 22. März 1836 gegeben worden seien, verpfände die griechische Regierung der bayerischen Regierung die Zehentgefälle des griechischen Staates, welche in den folgenden Jahren bis zur völligen Tilgung von Capital und Zinsen eingehen würden, für den neuen Vorschuss von einer Million Gulden die ergiebigsten und bereitesten Staatseinkünfte, welche zugleich als «Generalthypothek» für die beiden zuerst erwähnten Vorschüsse dienen sollten.

Der Wortlaut der Schuldurkunde vom 16. | 28. Februar 1837 ist nach dem Original, welches im Besitze der bayerischen Staatsregierung sich befindet, in der Anlage Nr. IV mitgetheilt.

Vergleicht man den Wortlaut der Schuldurkunde vom 16. | 28. Februar 1837 mit den Bestimmungen des Vertrages vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837, so ergibt sich, dass dieselbe in einer doppelten Beziehung dem bayerischen Staate mehr einräumte, als in dem Vertrage versprochen war. Die griechische Regierung verpfändete die Zehentgefälle der folgenden

Jahre als «Specialhypothek» nicht nur für denjenigen Vorschuss, welcher in Kraft der jüngeren Uebereinkunft vom 10. | 22. März 1836 gegeben worden war, — wie dieses Artikel I § 3 des neuen Vertrages vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 zusicherte, — sondern auch für denjenigen Vorschuss, welcher auf der älteren Uebereinkunft vom 30. Juni | 12. Juli 1835 beruhte. Es war derselbe Vorschuss, für welchen ursprünglich die zuerst eingehenden Gelder aus der dritten Serie des grossen Anlehens verpfändet waren, welcher nach Artikel I § 2 des neuen Vertrages spätestens binnen zwei Monaten nach dem Austausch der Ratificationen getilgt und nach Artikel II Absatz 1 § 1 sofort auf neue Rechnung gewährt werden sollte. Eine ausdrückliche Erklärung, dass der alte Vorschuss als getilgt und als neu gewährt betrachtet werde, ist weder in der Schuldurkunde enthalten, noch bei der Auswechslung der Ratificationen, noch in späterer Zeit abgegeben worden; sie kann nur aus dem Wortlaut der neuen Schuldurkunde in Verbindung mit der Rückgabe der älteren Schuldurkunde vom 29. August | 10. September 1835 gefolgert werden. Sodann unterstellte die griechische Regierung kraft der neuen Schuldurkunde die ergiebigsten und bereitesten Staatseinkünfte nicht nur als Specialhypothek für den neuen Vorschuss von einer Million Gulden, welchen der neue Vertrag vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 zugesichert hatte, und als Generalhypothek für den eben besprochenen Vorschuss, welcher auf der ersten Uebereinkunft vom 30. Juni | 12. Juli 1835 beruhte, sondern auch als

Generallhypothek für den älteren Vorschuss, welcher kraft der zweiten Uebereinkunft vom 10. | 22. März 1836 auf die griechischen Zehentgefälle geleistet worden war, — eine Einräumung, welche über das Versprechen in Artikel II Absatz 2 § 3 des neuen Vertrages hinausging.

Die eidliche Verpflichtung des Freiherrn von Eichthal betrachtete die bayerische Regierung nach Empfang der provisorischen Ratificationsurkunde Seiner Majestät des Königs von Griechenland ihrem vollen Inhalte nach als gelöst, nachdem sie schon einige Wochen früher den ebengenannten Bankier ermächtigt hatte, diejenigen Partialobligationen der dritten Serie zu begeben, welche zur Deckung des Hauses Rothschild erforderlich waren. Es sind denn auch am 5. April 1837 die Partialobligationen der dritten Serie, deren Ausgabe die Konferenz der Schutzmächte in London während des Jahres 1836 bewilligt hatte, und am 5. August 1837 die Partialobligationen der dritten Serie britischer Unterabtheilung, deren Ausgabe die britische Regierung während des Jahres 1836 bewilligt hatte, in Umlauf gesetzt worden.

So nach dem Protokoll über die siebente Verloosung des griechischen Anlehens vom 12. September 1837, abgedruckt im *Moniteur Universel* 1837 pag. 2121.

§ 4.

Die endgiltig festgestellte Schuld des griechischen Staates.

Mit der Auswechselung der Ratificationen und der Schuldurkunden am 18. | 30. April 1837 war das Schuldverhältniss zwischen den Königreichen Bayern und Griechenland endgiltig festgestellt. Die gesammte Schuld Griechenlands an Bayern belief sich auf 1,933,333 Gulden 20 Kreuzer. Die Zinsen zu 4 vom Hundert liefen für den Betrag von 1,433,333 Gulden 20 Kreuzer vom 1. April 1837, für den Restbetrag von 500,000 Gulden vom 12. April 1837 an.

Eine rechtliche Frage kann sogleich an dieser Stelle besprochen und erledigt werden.

Die Darlehensverträge vom. 30. Juni | 12. Juli 1835, 10. | 22. März 1836, 25. December 1836 | 6. Januar 1837 sind von den Herrschern der Königreiche Bayern und Griechenland in der Form der völkerrechtlichen Verträge eingegangen worden.

Aus der Form allein könnte nicht mit Sicherheit erschlossen werden, ob das Darlehen aus dem Vermögen des Staates oder aus dem Vermögen des Herrschers gegeben, für das Vermögen des Staates oder für das Vermögen des Herrschers empfangen worden sei. Denn auch Verträge über die Eingehung eines persönlichen Darlehensverhältnisses können und werden unter Herrschern in der Form der völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden.

Vergl. beispielsweise die Bemerkung von August Wilhelm Heffter, das Europäische Völkerrecht der Gegenwart § 82 Anm. 2 Aufl. 6 S. 167.

Nach dem Inhalt der Darlehensverträge kann aber kein Zweifel darüber obwalten, wer der Gläubiger und wer der Schuldner aus dem Darlehen geworden ist. Denn es ist schon in dem ersten Darlehensvertrag vom 30. Juni | 12. Juli 1835 ausdrücklich gesagt, dass die griechische «Regierung» das Darlehen nachgesucht habe, um das Deficit in den laufenden Einkünften des «Staates» zu decken, die regelmässige Führung der «öffentlichen» Verwaltung zu sichern und dem ersten und dringendsten Bedürfniss des «Staates» zu genügen; es ist ebenso gesagt, dass das Darlehen der griechischen «Regierung» bewilligt worden sei, um dringende Bedürfnisse des griechischen «Staates» zu decken und dem griechischen «Staate» einen erheblichen Nachtheil zu ersparen. In gleicher Weise sind alle Versprechen über die Sicherung und Rückzahlung des Darlehens im Namen der griechischen «Regierung» gegeben. Nicht minder ist in dem zweiten Darlehensvertrag vom 10.|22. März 1836 gesagt, dass der König von Bayern, um die nachtheiligen Folgen einer möglichen Stockung in dem Finanzhaushalte des griechischen «Staates» zu verhüten, sich geneigt gefunden habe, dem griechischen «Staate» mit einem «neuen» Vorschuss zu Hülfe zu kommen, welcher auf Verlangen der griechischen «Regierung» an die «Generalkasse» des «Königreichs Griechenland» ausbezahlt werden sollte. Endlich ist auch in dem dritten Darlehensvertrag vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837

gesagt, dass «Griechenland» ein Darlehen von einer Million Gulden neu, der «griechische Staat» ein Darlehen von einer Million Franken auf neue Rechnung erhalten solle, wie denn auch in dieser Uebereinkunft alle Versprechen über die Sicherung und Rückzahlung beider Darlehen im Namen der griechischen «Regierung» gegeben worden sind.

In Uebereinstimmung damit bezeugte Seine Majestät der König von Griechenland in der Schuldurkunde vom 16./28. Februar 1837, dass die griechische «Regierung» in Gemässheit der Verträge zwischen Bayern und «Griechenland» zur Bestreitung laufender und unvermeidlicher «Staatsausgaben» ein Darlehen erhalten habe, und gab die vertragsmässigen Erklärungen über Sicherung und Rückzahlung des Darlehens im Namen der griechischen «Regierung» ab.

Nur daraus, dass nicht Seine Majestät der König Otto von Griechenland persönlich, sondern der griechische Staat Darlehensschuldner geworden ist, lässt sich denn auch erklären, dass Seine Majestät der König Otto von Griechenland für das zweite Darlehen von einer Million Franken durch die oben erwähnte Urkunde vom 10./22. März 1836 eine Bürgschaft mit einem Bestandtheil seines Privatvermögens übernommen hat.

Wie der griechische Staat der Schuldner, so ist nach dem Wortlaut der Darlehensverträge aus den Jahren 1835, 1836, 1837 und der Schuldurkunde vom 16./28. Februar 1837 der bayerische Staat der Gläubiger aus dem Darlehen geworden.

ZWEITER ABSCHNITT.

Die Rückzahlungsverträge.

§ 5.

Der Rückzahlungsvertrag vom 15. | 27. Januar 1838.

Am 25. December 1837 alten, 6. Januar 1838 neuen Styls war der Vorschuss von 466,666 Gulden 40 Kreuzer oder einer Million Franken, welcher kraft der zweiten Uebereinkunft vom 10. | 22. März 1836 von Bayern an Griechenland geleistet worden war, zur Rückzahlung fällig. Schon im October 1837 sah die griechische Regierung voraus, dass sie bis dahin wohl die aufgelaufenen Zinsen, dagegen den fälligen Capitalbetrag überhaupt nicht oder doch nicht auf ein Mal werde entrichten können. Die bestehende Handelskrise, eine völlige Missernte an Oliven hatte einen erheblichen Ausfall in den griechischen Staatseinkünften bewirkt; der Betrag von einer Million Franken, welchen die britische Regierung von dem Reste der dritten Serie bewilligt hatte, musste sofort zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse verwendet werden; zur

Deckung der verfallenen Zinsen und zur planmässigen Tilgung des grossen Anlehens für den 1. März und den 1. September 1837 musste die Conferenz der Schutz-mächte in London abermals die Ausgabe eines entsprechenden Theiles der dritten Serie gestatten.

Vergl. die Protokolle Nr. 64 und 66 der Conferenz von London vom 9. Februar und vom 8. August 1837, *Protocols of Conferences held in London relative to the affairs of Greece 1832—1837* pag. 25, 26.

Vertrauliche Unterhandlungen, welche der griechische Ministerpräsident von Rudhart im October 1837 in München anknüpfte, liessen hoffen, dass die bayerische Regierung die Abtragung der fälligen Million in vier vierteljährlichen Fristen zu je 250,000 Franken bewilligen werde, wenn zu gleicher Zeit die Termine für die Rückzahlung der beiden anderen Darlehen durch eine neue Vereinbarung geregelt würden. Die amtlichen Eröffnungen, mit welchen im November 1837 der griechische Gesandte am bayerischen Hofe Alexander Maurokordatos betraut wurde, führten zum Abschluss einer neuen Uebereinkunft. Sie wurde am 15./27. Januar 1838 zu Athen, nachdem in der Zwischenzeit ein Wechsel des griechischen Ministeriums eingetreten war, von dem bayerischen Geschäftsträger Clemens August Grafen von Waldkirch und zwei griechischen Ministern, dem Justizminister Paikos, welcher interimistisch auch das Ministerium des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten verwaltete, und dem Finanzminister Spaniolakkis, welchem

der Vollzug der Vereinbarung oblag, unterzeichnet. Die Ratification wurde von Seiner Majestät dem König von Bayern am 8. März 1838 zu München, von Seiner Majestät dem König von Griechenland am 13./25. März 1838 zu Athen vollzogen; die Ratificationsurkunden sind am 14./26. März 1838 zu Athen ausgetauscht worden.

Der Wortlaut des Vertrages zwischen Bayern und Griechenland vom 30. April | 12. Mai 1838 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. V mitgetheilt.

Die neue Uebereinkunft bezeichnete sich im Eingange selbst als eine «ergänzende und zusätzliche Uebereinkunft zu den drei früheren Vereinbarungen», dazu bestimmt, die Fristen und die Art der Zahlung von Capital und Zinsen zu regeln, ohne an den vertragsmässigen Bürgschaften für die bayerischen Vorschüsse etwas zu ändern. Die gesammte Schuld von 1,933,333 Gulden 20 Kreuzer sollte hienach bis zum 30. September 1842 durch Theilzahlungen in folgenden Fristen getilgt werden: der zweite durch die Uebereinkunft vom 10. 22. März 1836 gewährte Vorschuss von einer Million Franken, für dessen Rückzahlung bereits durch den jüngsten Vertrag vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 ein Aufschub von einem Jahre gewährt worden war, im Laufe des Jahres 1838 durch vier Zahlungen von je 250,000 Franken am Ende eines jeden Kalendervierteljahres mit Hinzurechnung der Zinsen bis zum jeweiligen Zahlungstag,

Artikel I Ziffer 1, Artikel II Ziffer 1,

die beiden andern Vorschüsse, nämlich das Darlehen von einer Million Gulden, welches durch die jüngste Uebereinkunft vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 neu, und jenes von einer Million Franken, welches durch dieselbe Uebereinkunft auf neue Rechnung gewährt worden war, im Laufe der Jahre 1839, 1840, 1841, 1842 durch vierteljährliche am Ende eines jeden Kalendervierteljahres zu entrichtende Zahlungen, von denen eine jede im Jahre 1839 125,000 Franken, in den folgenden Jahren aber bis zur Tilgung der Schuld 250,000 Franken betragen sollte.

Artikel I Ziffer 2, Artikel II Ziffer 1.

Die Zinsen von den noch geschuldeten Beträgen sollten in jedem Jahre ohne Schwierigkeit und ohne besondere Mahnung am Ende des ersten Kalendervierteljahres, am 19./31. März entrichtet werden.

Artikel II Ziffer 2.

Die griechische Regierung behielt sich auch in dieser Vereinbarung das Recht früherer und das Recht einmaliger Zahlung vor, ging jedoch die Verpflichtung ein, die gesammte Schuld spätestens bis zum 19./31. März 1840 abzutragen, wenn bis dahin die ganze dritte Serie des grossen Anlehens untergebracht sein würde.

Artikel II Ziffer 3.

Für die im Laufe des Jahres 1838 verfallenden Beträge waren der bayerischen Gesandtschaft bereits vier an

den festgesetzten Terminen zahlbare griechische Kassenscheine eingehändigt,

Artikel I Ziffer 1,

die späteren Theilzahlungen sollten entweder durch Anweisungen auf die Einnahmen der dritten Serie des grossen Anlehens oder durch Wechsel oder griechische Kassenscheine bewirkt werden, welche von der griechischen Regierung drei Monate vor dem jeweiligen Verfalltage auszuhändigen seien;

Artikel II Ziffer 3,

ein etwaiger Coursverlust fiel der griechischen Regierung zur Last.

Artikel II Ziffer 4.

Ausdrücklich wurde vereinbart, dass alle anderen Bestimmungen der vorausgehenden Verträge, insbesondere die der bayerischen Regierung gegebenen Bürgschaften für die Rückerstattung der Vorschüsse in Kraft bleiben.

Artikel II Ziffer 5, Artikel III.

Endlich verpflichtete sich die griechische Regierung, die rechtliche Giltigkeit des neuen Vertrages gegen jeden Angriff in derselben Weise zu vertheidigen, wie sie in Artikel V des unmittelbar vorausgehenden Vertrages vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 zugesichert hatte.

Artikel IV.

Unmittelbar vor dem Abschluss der neuen Uebereinkunft waren von der griechischen Regierung die Zinsen für das verfallene Darlehen von einer Million Franken bis zum 31. December 1837 neuen Styls bezahlt worden.

§ 6.

Der Rückzahlungsvertrag vom 30. April | 12. Mai 1838.

Ehe noch die Ratificationen der eben abgeschlossenen Uebereinkunft ausgewechselt waren, erhoben sich neue Schwierigkeiten.

Schon am 5. Januar 1838 hatte die britische Regierung durch ihren Geschäftsträger in München Richard Bingham förmliche Einsprache dagegen erheben lassen, dass von jener Million Franken, welche Grossbritannien im vergangenen Jahre für sich allein ohne die Mitwirkung Frankreichs und Russlands auf Rechnung des grossen Anlehens garantirt habe, irgend etwas zur Rückzahlung der griechischen Schuld an das Königreich Bayern verwendet werde. Vier Wochen später, am 3. Februar 1838, beschwerte sich Lord Palmerston, der erste Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten, in einer amtlichen Note bei dem bayerischen Gesandten in London Freiherrn von Cetto darüber, dass dem bayerischen Geschäftsträger in Athen von der griechischen Regierung vier Wechsel mit einer Verfallzeit von drei, sechs, neun und zwölf Monaten zur theilweisen Rückzahlung der bayerischen Vorschüsse

eingehändig worden seien; er erblickte in diesem Verfahren einen Bruch derjenigen Zusicherungen, welche die bayerische wie die griechische Regierung im verflossenen Jahre über die Verwendung der von Grossbritannien garantirten Million gegeben habe. Aehnliche Erklärungen wurden von dem britischen Gesandten in Athen Sir Edmund Lyons in einer Note vom 17. Februar 1838 an den griechischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Zographos gerichtet. In mündlichen Unterredungen mit dem griechischen wie mit dem bayerischen Gesandten zu London, dem Fürsten Soutzos und dem Freiherrn von Cetto, wie in einer amtlichen Note an den letzteren vom 29. März 1838 beharrte Lord Palmerston unerschütterlich darauf, dass die Rückgabe der vier Wechsel an die griechische Regierung die Bedingung sei, deren Erfüllung allein der britischen Regierung ermögliche, für irgend einen weiteren Vorschuss an Griechenland die Bürgschaft zu übernehmen.

Weniger schroff trat die französische Regierung auf. Sie liess durch den französischen Gesandten in München Baron de Bourgoing der bayerischen Regierung eröffnen, dass sie Ende Januar 1838, unmittelbar nachdem der Rücktritt des Herrn von Rudhart bekannt geworden war, ihren Botschafter in London den General Sebastiani beauftragt habe, der Londoner Konferenz einen neuen Vorschlag über die Emission des Restes der dritten Serie zu machen. Sie knüpfte jedoch ihren Antrag auf die Emission des vollen Restbetrages an die Bedingungen, dass im griechischen Staatshaus-

halt vom Jahre 1839 an das Gleichgewicht hergestellt und dass die flüssig gemachten Summen, soweit sie nicht zur Deckung des Deficits bis zur Herstellung des Gleichgewichts erforderlich seien, zur Bildung eines dauernden Reservefonds sowie zur Unterstützung einer zu errichtenden Bank verwendet werden. Sollten diese Bedingungen erfüllt werden, unter denen allein dem griechischen Staat in der augenblicklichen Krisis die letzte noch übrige Hülfe gewährt werden könne, so müsse Bayern sich herbeilassen, für die beiden Jahre 1838 und 1839 auf eine Rückerstattung der geleisteten Vorschüsse zu verzichten. Der Inhalt dieser Vorschläge wurde der bayerischen Regierung durch eine Note des französischen Gesandten vom 1. Februar 1838 mitgetheilt.

Die Beschuldigungen, welche die britische Regierung erhoben hatte, wurden von Bayern wie von Griechenland entschieden zurückgewiesen. Der bayerische Minister der auswärtigen Angelegenheiten erwiderte dem britischen Geschäftsträger in einer Note vom 4. März 1838, dass Bayern auf Rechnung jener Million, welche von der britischen Regierung garantirt wurde, keine Rückzahlung verlangt und keine Rückzahlung erhalten habe; er erinnerte daran, dass Bayern aus dem Artikel XII der Uebereinkunft von London vom 7. Mai 1832 ein vertragsmässiges Recht gegen die Schutzmächte Griechenlands auf Garantirung des grossen Anlehens wie auf Erfüllung der sämtlichen Vertragsbedingungen erworben habe, unter denen es dem neugegründeten Staate eine Dynastie zu geben sich entschlossen habe; er hob hervor, dass Bayern

durch Leistung von Vorschüssen in einem Augenblicke, in welchem die Schutzmächte über die Emission der dritten Serie sich nicht einigen konnten, die gemeinschaftliche Schöpfung der drei Mächte erhalten und sich dadurch Ansprüche auf ihre Anerkennung gesichert habe; er erklärte endlich, dass Bayern, um den griechischen Staat nicht zu bedrücken, bereits mehr als ein Mal einen Aufschub der Rückzahlung bewilligt habe. Er liess dieselben Erklärungen durch den bayerischen Gesandten in London wiederholen, welcher sie in einer Note an Lord Palmerston vom 16. März 1838 niederlegte. Er kam noch dringender darauf zurück in einer zur Mittheilung bestimmten Depesche an den Freiherrn von Cetto vom 29. April 1838. Auch der griechische Minister der auswärtigen Angelegenheiten erwiderte dem britischen Gesandten in einer Note vom 16. März 1838, dass jene Million, welche die britische Regierung garantirt habe, ausschliesslich für den inneren Dienst und nicht zur Rückzahlung der bayerischen Vorschüsse verwendet worden sei; er hob hervor, dass Griechenland auch Bayern gegenüber nicht die «heiligen Verpflichtungen» verletzen dürfe, welche es vertragsmässig wegen der «grossmüthig geleisteten Geldhülfe» übernommen habe; er erklärte, dass die griechische Regierung gehofft habe, zu gleicher Zeit die Zusage an Grossbritannien und die Verträge mit Bayern erfüllen zu können, die letzteren durch die Emission der dritten Serie unter der gemeinschaftlichen Garantie der Grossmächte, dass sie in dieser Hoffnung dem bayerischen Geschäftsträger die vier Wechsel im Betrage

von einer Million zur Verfügung gestellt habe; er bezog sich endlich darauf, dass die britische Regierung selbst in der Note des Gesandten vom 16. März 1837 die Verpflichtung Griechenlands zur Rückerstattung der bayerischen Vorschüsse anerkannt habe, sowie es dazu, sei es durch einen Ueberschuss im Staatshaushalt, sei es durch die Emission der dritten Serie unter der gemeinschaftlichen Garantie der Grossmächte, in den Stand gesetzt sei.

Die Lage der griechischen Regierung war eine überaus peinliche. Die Geldverlegenheit war sehr gross, die Aussicht auf eine weitere Emission der dritten Serie durch die von England und Frankreich aufgestellten Bedingungen getrübt. Einen Augenblick schwankte die Regierung, ob sie die jüngste Uebereinkunft mit der bayerischen Krone ratificiren solle; auf das Drängen des bayerischen Geschäftsträgers entschloss sie sich, die Ratificationen am 14./26. März 1838 auszuwechseln. Sie eröffnete jedoch in demselben Augenblick neue Unterhandlungen mit der bayerischen Regierung. Eine Note des Ministers Zographos an den Grafen von Waldkirch vom 14./26. März 1838, ein Schreiben des Königs Otto an seinen erlauchten Vater vom folgenden Tage erbat von der «Grossmuth» des Königs von Bayern einen neuen Aufschub der Rückzahlung. Die griechische Gesandtschaft in München hatte schon etwas früher den Auftrag erhalten, der bayerischen Regierung die gleiche Bitte vorzutragen. Die griechische Regierung — so schrieb der Minister Zographos an den Gesandten Maurokordatos in einer

Depesche vom 6. 18. März 1838 — habe «die verschiedenen Vorschüsse, welche sie unter schwierigen Verhältnissen von dem immer grossmüthigen Wohlwollen Seiner Majestät des Königs von Bayern erhalten habe, stets als eine geheiligte Schuld betrachtet»; sie habe gehofft, die übernommenen Verpflichtungen erfüllen zu können, sowie die Emission der dritten Serie ausreichende Hülfsmittel zu ihrer Verfügung gestellt habe. In dem gegenwärtigen Augenblick, bei den Bedingungen, an welche England und Frankreich ihre Einwilligung zur Emission der dritten Serie geknüpft hätten, hänge die Entscheidung über die finanzielle Zukunft Griechenlands von Seiner Majestät dem Könige von Bayern ab; von den Gefühlen der Grossmuth und des Philhellenismus, welche diesen Fürsten von jeher beseelt hätten, sei zu erwarten, dass er den bisherigen Wohlthaten eine neue Wohlthat hinzufügen werde. Die griechische Regierung sei bereit, wenn sie einen nochmaligen Aufschub der Rückzahlung erlange, Seiner Majestät alle erforderlichen Garantien zu geben, um die spätere Tilgung dieser «geheiligten Schuld» zu verbürgen. Die so dringend gestellte Bitte wurde in kürzester Zeit erfüllt. Schon am 19. April 1838 erklärte sich Seine Majestät der König von Bayern in einem Schreiben an den König von Griechenland bereit, für die Rückzahlung des Capitals einen weiteren Aufschub von zwei Jahren zu bewilligen, vorausgesetzt, dass die Zinsen regelmässig in jedem Jahre zur Verfallzeit bezahlt würden. Rasch folgte der Abschluss einer neuen Uebereinkunft in

diesem Sinn. Sie wurde am 30. April alten, 12. Mai neuen Styls 1838 zu Athen von dem bayerischen Geschäftsträger Grafen von Waldkirch und zwei griechischen Staatsmännern, dem Minister des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Zographos und dem Finanzminister Spaniolakkis unterzeichnet. Die Ratification ist von Seiner Majestät dem König von Bayern am 27. Juni 1838 zu Aschaffenburg, von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland am 22. Juni | 4. Juli 1838 zu Athen vollzogen, die Auswechsellung der Ratificationen am 12. | 24. Juli 1838 zu Athen bewirkt worden.

Der Wortlaut des Vertrages zwischen Bayern und Griechenland vom 30. April | 12. Mai 1838 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. VI mitgetheilt.

Auch die neue Uebereinkunft bezeichnete sich im Eingange als eine «zusätzliche Uebereinkunft zu den vorausgehenden Vereinbarungen», dazu bestimmt, die Fristen und die Art der Zahlung von Capital und Zinsen «weiter und endgiltig» zu regeln. In der Reihenfolge der Artikel wie in den einzelnen Bestimmungen war sie der unmittelbar vorausgehenden Uebereinkunft vom 15. | 27. Januar 1838 nachgebildet. Durch den ersten Artikel der neuen Uebereinkunft wurden die Verfalltermine für die allmälige Rückzahlung der gesamten Schuld, wie sie in dem ersten Artikel der unmittelbar vorausgehenden Uebereinkunft festgesetzt waren, um je zwei Jahre hinausgerückt. Demgemäss

sollten die Theilzahlungen, welche nach der bisherigen Uebereinkunft im Laufe des Jahres 1838 zu leisten waren, an den gleichen Tagen und mit den gleichen Summen während des Jahres 1840, ebenso diejenigen, welche im Laufe des Jahres 1839 zu leisten waren, während des Jahres 1841 u. s. w. bewirkt werden. Die erste Theilzahlung war hienach am 19. | 31. März 1840, die letzte am 30. September 1844 fällig. «Ausdrücklich» wurde jedoch die Bedingung hinzugefügt, dass bis zur völligen Abtragung des Capitals die verfallenen Zinsen von den geschuldeten Beträgen regelmässig in jedem Jahre zur Verfallzeit, d. h. am 19. | 31. März bezahlt werden sollten.

Artikel I.

Seine Majestät der König von Griechenland verpflichtete sich, die Zahlung des Capitals in den vertragsmässigen Fristen und Beträgen und ebenso die Zahlung der verfallenen Zinsen ohne Schwierigkeit und ohne besondere Mahnung zu bewirken.

Artikel II Ziffer 1 und 2.

Ausdrücklich behielt sich die griechische Regierung auch in dieser Vereinbarung das Recht früherer und das Recht einmaliger Zahlung vor.

Artikel II Ziffer 3.

Die Verpflichtung, die gesammte Schuld spätestens bis zum 19. | 31. März 1840 abzutragen, wenn bis dahin die ganze dritte Serie des grossen Anlehens unterge-

bracht wäre, wurde in der neuen Uebereinkunft beseitigt und durch die Verpflichtung ersetzt, vom 19. | 31. März 1840 an Theilzahlungen in grösseren Beträgen zu leisten, wenn bis dahin die flüssigen Geldmittel eine Rückzahlung in grösseren Beträgen gestatten würden.

Artikel II Ziffer 3.

Ebenso blieb die Bestimmung weg, dass die Theilzahlungen durch Anweisungen auf die Einnahmen aus der dritten Serie des grossen Anlehens bewirkt werden sollten; die neue Vereinbarung besagte lediglich, dass die Theilzahlungen entweder durch anerkannte und verbürgte Anweisungen oder durch Wechsel oder durch griechische Kassenscheine zu bewirken seien, welche von der griechischen Regierung drei Monate vor dem jeweiligen Verfalltage ausgehändigt werden sollten.

Artikel II Ziffer 3.

Ausdrücklich wurde aus der früheren Uebereinkunft die Bestimmung wiederholt, dass ein etwaiger Coursverlust der griechischen Regierung zur Last falle;

Artikel II Ziffer 4.

ebenso der Vorbehalt, dass alle andern Bestimmungen der vorausgehenden Verträge, insbesondere die der bayerischen Regierung gegebenen Bürgschaften für die Rückerstattung der Vorschüsse in Kraft bleiben.

Artikel II Ziffer 5, Artikel III.

Endlich verpflichtete sich die griechische Regierung, auch die rechtliche Gültigkeit des neuen Vertrages gegen

jeden Angriff in derselben Weise zu vertheidigen, wie sie in Artikel V des Darlehensvertrages vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 zugesichert hatte.

Artikel IV.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung der neuen Uebereinkunft, noch am 30. April | 12. Mai 1838, wurden jene vier Kassenscheine, welche die griechische Regierung zur Vermittelung der für das Jahr 1838 versprochenen Zahlungen dem bayerischen Geschäftsträger eingehändigt hatte, zurückgegeben. Dagegen wurden an demselben Tage die Zinsen für die gesammte Schuld bis zum 19. | 31. März 1838, soweit sie nicht durch die schon im Januar 1838 bewirkte Zahlung berichtet waren, von der griechischen Regierung dem bayerischen Geschäftsträger zur Verfügung gestellt. Im folgenden Jahre 1839 sind die am 19. | 31. März verfallenen Zinsen dem bayerischen Geschäftsträger von der griechischen Regierung rechtzeitig, schon am 29. März 1839 ausbezahlt worden.

§ 7.

Der Rückzahlungsvertrag vom 14. | 26. Januar 1840.

Als mit dem Jahre 1840 der nächste Termin für die Zahlung der Zinsen und zugleich der erste Termin für die theilweise Rückzahlung des Capitals herankam, trat die griechische Regierung mit einem neuen Anliegen hervor. Nach den beiden jüngsten Vereinbarungen vom

15./27. Januar und vom 30. April | 1. Mai 1838 sollte in dem ersten Jahre, in welchem die theilweise Rückzahlung des Capitals zu beginnen hatte, somit im Jahre 1840 ein Betrag von einer Million Franken, im zweiten Jahre, somit im Jahre 1841 ein Betrag von einer halben Million Franken, in jedem folgenden Jahre bis zur völligen Tilgung der Schuld der Betrag von einer Million Franken erlegt werden. In den letzten Wochen des Jahres 1839 wandte sich der Generalintendant der griechischen Finanzen Regny in mündlicher Eröffnung und durch Zustellung einer Verbalnote vom 25. November | 7. December 1839 an den bayerischen Geschäftsträger zu Athen mit dem Vorschlage, es möge die Vertheilung der Summen über die beiden ersten Jahre in der Art umgekehrt werden, dass im Jahre 1840 nur der Betrag von einer halben Million, im Jahre 1841 dagegen wie in jedem folgenden Jahre bis zur völligen Tilgung der Schuld der Betrag von einer Million Franken zu erlegen sei. Griechenland werde, so begründete Regny den Vorschlag, durch diese Vertheilung in den Stand gesetzt, im Jahre 1840 das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen. Es sei in der Lage, aus den Einkünften des Jahres 1840 nicht nur die laufenden Staatsausgaben, sondern auch die Zinsen für das grosse Anlehen zu decken und überdies eine halbe Million an Bayern zu zahlen, ohne ein Deficit in das Budget zu bringen. Die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt sei aber von grosser Wichtigkeit gegenüber den Schutzmächten, da Frankreich erklärt habe, unter dieser Voraussetzung den Rest der

dritten Serie zu bewilligen, und England auf eine Deckung der Zinsen durch die laufenden Einkünfte dringe. Der Vorschlag, welchen der bayerische Geschäftsträger unverzüglich seinem Monarchen unterbreitete, fand in München eine willfährige Aufnahme. Seine Majestät der König erklärte sich bereit, «damit der grosse Zweck der Gleichstellung der Ausgaben mit den Einnahmen Griechenlands schon erreicht werde», dieses neue Zugeständniss zu machen, und ermächtigte seinen Geschäftsträger zu Athen, in diesem Sinne einen neuen Vertrag mit der griechischen Regierung abzuschliessen.

Die neue Vereinbarung wurde von dem bayerischen Geschäftsträger Grafen von Waldkirch und dem griechischen Justizminister Païkos, welcher interimistisch auch das Ministerium des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten verwaltete, am 14. | 26. Januar 1840 zu Athen unterzeichnet. Sie bestand aus einem einzigen Artikel, welcher im Eingange ausdrücklich als ein «Zusatzartikel» zu der vorausgehenden Vereinbarung vom 30. April | 12. Mai 1838 erklärt wurde. Er enthielt eine dreifache Verfügung. Er bestimmte zunächst, dass die Summe von einer Million Franken, welche nach der Vereinbarung vom 30. April | 12. Mai 1838 im Laufe des Jahres 1840 in vier Terminen zu entrichten war, in denselben Terminen während des Jahres 1841, die Summe von einer halben Million Franken aber, welche nach der gleichen Vereinbarung im Laufe des Jahres 1841 zu entrichten war, während des Jahres 1840 zu erlegen sei, mit der Massgabe, dass die Zinsen von der einen wie von der

anderen Summe bis zum Zahlungstage zu laufen haben. Er erklärte sodann, dass alle anderen Bestimmungen und Vorbehalte der Vereinbarung vom 30. April | 12. Mai 1838 wie der früheren Vereinbarungen ihre Kraft und Anwendbarkeit auch für diejenigen Rückzahlungen behalten, deren Termine durch den gegenwärtigen Artikel versetzt worden seien. Es wurde endlich gesagt, dass der neue Vertragsartikel dieselbe Kraft haben sollte, wie wenn er wörtlich in die frühere Vereinbarung vom 30. April | 12. Mai 1838 eingerückt wäre.

Der Wortlaut des Vertrages zwischen Bayern und Griechenland vom 14. 26. Januar 1840 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. VII mitgetheilt.

Der «Zusatzartikel» ist von Seiner Majestät dem Könige von Bayern am 8. März 1840 zu München, von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland am 12. | 24. März 1840 zu Athen ratificirt, der Austausch der Ratificationen zu Athen am 12. | 24. März 1840 bewirkt worden.

Im Laufe des Jahres 1840 wurden die vertragsmässigen Zahlungen von der griechischen Regierung ohne Anstand, zum Theil sogar vor der Verfallzeit geleistet. Durch Anweisungen, welche der bayerische Geschäftsträger von dem griechischen Ministerium erhielt und bei der griechischen Generalkasse erhob, wurden rechtzeitig die am 19. | 31. März verfallenen Zinsen von der gesamten Schuld und mit denselben sogleich die beiden ersten am 19. | 31. März und am 18. | 30. Juni 1840 fälligen Capitalbeträge mit einer Summe von 250,000 Franken ausbezahlt. Schon am 8. | 20. Juli

folgte eine weitere, die am 18./30. September 1840 fällige Abschlagszahlung zu 125,000 Franken, am 28. November 1840 die letzte am 19./31. December 1840 fällige Abschlagszahlung in dem gleichen Betrage. Im Ganzen war die griechische Schuld während des Jahres 1840 um eine halbe Million Franken gemindert worden. Indem die griechische Regierung von dem ausdrücklich vorbehaltenen Rechte verfrühter Zahlung Gebrauch machte, ersparte sie einen Theil der laufenden Zinsen, welche vertragsgemäss bis zum jeweiligen Zahlungstag vergütet wurden.

Für das Jahr 1841 versuchte Griechenland einen neuen Aufschub zu erlangen. Die griechische Regierung — so schrieb der Minister Païkos an den Minister Freiherrn von Gise am 16./28. Januar 1841 — habe bei Abschluss der jüngsten Uebereinkunft darauf gerechnet, dass sie den Rest der dritten Serie erhalten und zur weiteren Entwicklung der Hülfsmittel des Landes verwenden könne. Nunmehr, da diese Hoffnung sich nicht erfüllt habe, würde die vertragsmässige Rückzahlung einer Million an die bayerische Regierung voraussichtlich Geldverlegenheiten nach sich ziehen, welche, wenn sie auch für den Augenblick weniger fühlbar seien, doch in der Folge verhängnissvoll werden könnten. Um für unvorhergesehene Ereignisse und für eine etwaige Verzögerung in der Erhebung der Staatseinkünfte einige Summen zur Verfügung zu haben, erbitte die griechische Regierung das Zugeständniss, dass die Rückzahlungen an Bayern für das Jahr 1841 ausgesetzt und erst im Jahre 1842 wieder aufgenommen werden sollten. Die

bayerische Regierung glaubte jedoch diese Bitte nicht erfüllen zu können. Die vertragsmässigen Rückzahlungen Griechenlands — so erwiderte Freiherr von Gise dem Minister Païkos am 21. Februar 1841 — seien bei der Feststellung des bayerischen Staatshaushaltes für den laufenden Dienst bestimmt worden; es sei unmöglich, ohne Verwirrung in die scharf überwachte Finanzverwaltung zu bringen, die getroffenen Verfügungen zu ändern.

So wurden denn im Laufe des Jahres 1841 ausser der Zahlung der Zinsen drei Abschlagszahlungen auf das Capital, eine jede im Betrage von 250,000 Franken in der bisher üblichen Weise geleistet und zwar am 12. | 24. März die erste für den 19. | 31. März fällige, am 14. | 26. Juni die zweite für den 18. | 30. Juni fällige, endlich am 18. | 30. September die dritte, welche an eben diesem Tage verfallen war.

§ 8.

Der Rückzahlungsvertrag vom 14. | 26. Februar 1842.

Die Mittel für die letzte Abschlagszahlung waren von der griechischen Generalkasse nur mit der äussersten Anstrengung aufgebracht worden. Schon im October 1841 sah die griechische Regierung voraus, dass sie für den vierten, am 19. | 31. December fälligen Capitalbetrag keine Mittel zur Verfügung haben werde. Sie eröffnete daher neue Unterhandlungen, zuerst in vertraulicher, dann in amtlicher Weise. Eine Note des griechischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten

Rizos an den bayerischen Geschäftsträger Grafen von Bray vom 31. October | 12. November 1841 schlug ein Doppeltes vor: Aussetzung der Rückzahlungen bis zum Jahr 1844, von da an vierteljährliche Abschlagszahlungen im Betrage von 500,000 Drachmen für jedes Jahr. Auf die entschiedene Erklärung, welche der bayerische Geschäftsträger abzugeben ermächtigt wurde, dass die bayerische Regierung in keinem Falle eine völlige Aussetzung der Rückzahlungen, sondern nur eine Herabminderung der vierteljährlich verfallenden Beträge zugestehen könne, liess sich die griechische Regierung zu einem weiteren Vorschlag herbei. Er war in zwei Noten des Ministers Rizos an den Grafen Bray vom 15. | 27. und vom 18. | 30. December 1841 enthalten und lautete: für die Jahre 1842 und 1843 eine gegen Ende November zu entrichtende Abschlagszahlung von je 250,000 Drachmen, vom Jahre 1844 an vierteljährliche Abschlagszahlungen im Betrage von 500,000 Drachmen für jedes Jahr.

Verschiedene Ursachen hatten zusammengewirkt, um Griechenland in die neue finanzielle Krisis zu stürzen. Einige davon hatte der Minister Rizos in seiner Note vom 31. October | 12. November 1841 genannt: die Nothwendigkeit, aus den laufenden Einkünften die Zahlungen für die Zinsen und die allmälige Tilgung des grossen von den Schutzmächten garantirten Anlehens und der bayerischen Vorschüsse zu bestreiten, die vertragsmässige Verpflichtung, die Pforte und die vormaligen osmanischen Grundeigenthümer zu entschädigen. In der That sind für die Jahre 1841 und

1842 die Beträge für die verfallenen Zinsen und die planmässige Tilgung des grossen Anlehens dem Hause Rothschild rechtzeitig von dem griechischen Staate zur Verfügung gestellt worden, während in den Jahren 1838, 1839, 1840 die erforderlichen Summen von Grossbritannien und Russland durch weitere Begebungen der dritten Serie gedeckt, von Frankreich aber aus seinem Staatsschatz vorgeschossen worden sind.

Aufschlüsse gewährt der Vortrag, mit welchem der französische Finanzminister Lacave-Laplagne am 29. April 1843 der Kammer der Abgeordneten einen Gesetzentwurf über das griechische Anlehen vorlegte, abgedruckt im *Moniteur Universel* 1843 pag. 989.

Andere Ursachen der neuen finanziellen Krisis, welche den griechischen Staat bedrohte, stellte der bayerische Geschäftsträger in einem Berichte an seine Regierung vom 30. December 1841 zusammen: die schlechte Ernte des Jahres 1841 an Oliven, Wein und Getreide, — eine der schlechtesten seit der Gründung des Königreiches, — der Rückgang der Preise für Korinthen in England und Amerika, wodurch die Staatseinkünfte einen Ausfall von 400,000 Drachmen erlitten, die völlige Erschöpfung des Reservefonds, welcher in früheren Jahren 3 Millionen Drachmen betragen hatte, die Rückstände aus den Zehentgefallen des laufenden Jahres, welche auf 6 Millionen Drachmen angewachsen waren. Die Geldverlegenheit war so gross, dass der Director des griechischen Finanzministeriums Tisaminos sich am 1. Januar 1842 förmlich ausser Stande erklärte, dem bayerischen Geschäftsträger den verfallenen Capital-

betrag von 250,000 Franken auszuzahlen. Unter diesen Umständen glaubte die bayerische Regierung, obgleich sie nur mit schwerem Herzen sich dazu entschloss, den jüngsten Vorschlag der griechischen Regierung mit der Massgabe annehmen zu sollen, dass die Rückzahlungen nicht in Drachmen, sondern wie bisher in Franken berechnet würden.

So kam es denn zum Abschluss einer neuen Uebereinkunft; es war in der Reihenfolge der Vereinbarungen zwischen Bayern und Griechenland die siebente und letzte. Sie wurde am 14. 26. Februar 1842 zu Athen von dem bayerischen Ministerresidenten Grafen von Bray und zwei griechischen Staatsmännern, dem Minister des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Rizos und dem Direktor des Finanzministeriums unterzeichnet. Sie schloss sich, einige nicht wesentliche Punkte ausgenommen, an den jüngsten Vorschlag der griechischen Regierung an.

Der Wortlaut des Vertrages zwischen Bayern und Griechenland vom 14. 26. Februar 1842 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. VIII mitgetheilt.

Demgemäss sollte die griechische Schuld in dem noch verbliebenen Betrage von 2,917,711 Franken nach Abzug der bisher geleisteten Theilzahlungen in den folgenden Fristen und Beträgen zurückerstattet werden: in jedem der beiden Jahre 1842 und 1843 eine Summe von 250,000 Franken am 18. 30. November eines jeden Jahres, in jedem der vier folgenden Jahre 1844, 1845, 1846, 1847 eine Summe von 500,000 Franken in drei

gleichen Theilen am 18. Februar | 2. März, 19. | 31. Mai, 18. | 30. November eines jeden Jahres, in dem siebenten Jahre 1848 der Rest von 417,711 Franken, ebenso in drei gleichen Theilen am 18. Februar | 2. März, 19. | 31. Mai und 18. | 30. November. Die Zinsen zu 4 Procent von den rückständigen Beträgen sollten für das letztverflossene Jahr am 19. | 31. März 1842, von da an jedoch an denselben Tagen wie die Abschlagszahlungen auf das Capital für die in der Zwischenzeit abgelaufenen Monate, somit das erste Mal am 19. | 31. März 1842 für acht Monate entrichtet werden.

Artikel I, Artikel II Ziffer 1 und 2.

Eine Reihe von Bestimmungen wurde aus der Ueberkunft vom 30. April | 12. Mai 1838 wörtlich wiederholt. So die Erklärung, dass Seine Majestät der König von Griechenland sich verpflichte, die Zahlung des Capitals in den vertragsmässigen Fristen und Beträgen und ebenso die Zahlung der verfallenen Zinsen ohne Schwierigkeit und ohne besondere Mahnung zu bewirken,

Artikel II Ziffer 1 und 2,

dagegen auch das Recht früherer und das Recht einmaliger Zahlung sich vorbehalte.

Artikel II Ziffer 3.

Mit einer Verschiebung des Termins wurde der griechischen Regierung auch in der neuen Vereinbarung die Verpflichtung auferlegt, vom 18. | 30. November 1842

an Theilzahlungen in grösseren Beträgen zu leisten, wenn bis dahin die flüssigen Geldmittel eine Rückzahlung in grösseren Beträgen gestatten würden.

Artikel II Ziffer 3.

Unverändert wurde die Bestimmung wiedergegeben, dass die Theilzahlungen entweder durch anerkannte und verbürgte Anweisungen oder durch Wechsel oder durch griechische Kassenscheine zu bewirken seien, welche von der griechischen Regierung drei Monate vor dem jeweiligen Verfalltag ausgehändigt werden sollten;

Artikel II Ziffer 3,

ebenso die Verabredung, dass ein etwaiger Coursverlust der griechischen Regierung zur Last falle.

Artikel II Ziffer 4.

Endlich wurde auch der Vorbehalt wiederholt, dass alle anderen Bestimmungen der vorausgehenden Vereinbarungen ihre Kraft und Anwendbarkeit für die noch zu leistenden Zahlungen behalten, dass insbesondere die der bayerischen Regierung gegebenen Bürgschaften, Unterpfänder und Sicherheiten anerkannt und erneuert sein sollten,

Artikel II Ziffer 5, Artikel III,

nicht minder das Versprechen der griechischen Regierung, die rechtliche Giltigkeit des neuen Vertrages gegen jeden Angriff in derselben Weise zu vertheidigen,

wie sie in Artikel V des Darlehensvertrages vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 zugesichert hatte.

Artikel IV.

Die neue Vereinbarung, welche sich selbst im Eingange und im dritten Artikel als eine «endgiltige» bezeichnete, wurde von Seiner Majestät dem Könige von Bayern am 30. März 1842 zu München, von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland am 13./25. April 1842 zu Athen ratificirt; der Austausch der Ratificationen ist am 15./27. April 1842 zu Athen bewirkt worden. Unmittelbar nach dem Austausch der Ratificationen ist von dem bayerischen Ministerresidenten an die griechische Regierung jene Anweisung zurückgegeben worden, welche demselben auf Grund der früheren Vereinbarung über den am 19./31. December 1841 verfallenen Capitalbetrag von 250,000 Franken eingehändigt worden war. Schon vor dem Austausch der Ratificationen waren die am 19./31. März 1842 fälligen Zinsen von der rückständigen Schuld von dem bayerischen Ministerresidenten ordnungsgemäss erhoben und an seine Regierung eingesendet worden.

Aber schon die nächste am 18./30. November 1842 fällige Zahlung von Zinsen und Capital erlitt zum Theil durch eine Veränderung im griechischen Finanzministerium, zum Theil durch die wachsende Geldverlegenheit der griechischen Regierung eine nicht unerhebliche Verzögerung. Der neue Finanzminister Rhallis erklärte dem bayerischen Ministerresidenten allerdings, dass «die griechische Regierung fest entschlossen sei, ihren Verbindlichkeiten gegen Bayern trotz aller Be-

drängniss des Augenblicks zu genügen». Doch gelang es ihm nach angestregten Bemühungen erst gegen Ende December 1842 einen Theil und zu Anfang Januar 1843 den Rest des verfallenen Capital- und Zinsenbetrages durch Wechsel auf London, Wien und Triest der bayerischen Gesandtschaft zu übermitteln. Da sich bei der Erhebung der Wechsel ein Verlust für die bayerische Staatskasse nicht ergab, so wurde im Mai 1843 von der bayerischen Regierung die jüngste Zahlung quittirt, wodurch die griechische Schuld auf 2,667,711 Franken oder 1,233,333 Gulden 20 Kreuzer herabgemindert worden war. Auf Verzugszinsen wegen der verspäteten Zahlung glaubte die bayerische Regierung in diesem Falle verzichten zu sollen.

Im Sommer des Jahres 1843 war die Geldverlegenheit der griechischen Regierung auf einen sehr hohen Grad gestiegen. Es war nicht möglich gewesen dem Hause Rothschild für den 1. März 1843 die Beträge zur Verzinsung und Tilgung des grossen Anlehens zur Verfügung zu stellen; nur mit äusserster Anstrengung und auf die dringenden Anforderungen der Schutzmächte konnte durch Ersparungen im Staatshaushalt für den 1. September 1843 ein Theil der erforderlichen Summen nach Paris geschickt werden.

Aufschlüsse gewährt der oben erwähnte Vortrag des französischen Finanzministers Lacave-Laplagne vom 29. April 1843, *Moniteur Universel* 1843 pag. 989; vergl. auch Gust. Friedr. Hertzberg, *neueste Geschichte Griechenlands*, Gotha 1879, S. 668 f.

Die bayerische Regierung wurde von Athen aus um eine neue Verschiebung der Verfalltage für die

Rückzahlung des Darlehens angegangen, wogegen die Zinsen fortlaufend gezahlt werden sollten. Nach ernster Berathung glaubte die bayerische Regierung dieser neuen Bitte um desswillen nicht entsprechen zu können, weil das griechische Anlehen im bayerischen Landtage Veranlassung zu peinlichen Erörterungen gegeben hatte.

In den ersten Septembertagen des Jahres 1843 stellte der bayerische Ministerresident an die griechische Regierung das amtliche Ersuchen, ihm vertragsmässig für die am 18./30. November 1843 verfallende Capital- und Zinsenzahlung eine Anweisung auf die griechische Staatskasse einzuhändigen. Ehe er von der griechischen Regierung eine Antwort erhalten hatte, brach die Revolution vom 3./15. September 1843 aus, welche in der Geschichte Griechenlands und ebenso in der Geschichte des bayerischen Anlehens einen Wendepunkt bildet.

§ 9.

Die nicht getilgte Schuld des griechischen Staates.

Die Schuld des griechischen Staates hat ursprünglich aus drei verschiedenen Darlehen bestanden, aus einem Darlehen von einer Million Franken, welches kraft des Vertrages vom 10./22. März 1836 gegeben, aus einem weiteren Darlehen von einer Million Franken, welches ursprünglich kraft des Vertrages vom 30. Juni | 12. Juli 1835 ausbezahlt, später aber kraft des Vertrages vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837

getilgt und auf neue Rechnung vorgestreckt, endlich aus einem Darlehen von einer Million Gulden, welches kraft desselben Vertrages vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 gewährt worden ist. Für die verschiedenen Darlehen sind durch den Vertrag vom 10./22. März 1836 und die Schuldurkunde vom 16./28. Februar 1837 verschiedene Sicherheiten bestellt worden, für die beiden Darlehen von je einer Million Franken ein Pfandrecht an den Zehentgefällen des griechischen Staates, welche in den folgenden Jahren bis zur völligen Tilgung von Capital und Zinsen eingehen würden, sowie an den ergiebigsten und bereitesten Staatseinkünften, für das Darlehen von einer Million Gulden ein Pfandrecht an den ergiebigsten und bereitesten Staatseinkünften.

Für das Darlehen von einer Million Franken, welches kraft des Vertrages vom 10./22. März 1836 ausbezahlt worden war, ist der Verfalltag ursprünglich auf den 19. September alten, 1. October neuen Styls 1836 festgesetzt, durch die späteren Verträge aber wiederholt hinausgerückt worden. Nach dem Vertrage vom 15./27. Januar 1838 sollte dieses Darlehen während des Jahres 1838, nach dem Vertrage vom 30. April | 12. Mai 1838 sollte dasselbe während des Jahres 1840, nach dem Vertrage vom 14./26. Januar 1840 sollte dasselbe während des Jahres 1841 in vier gleichen Theilbeträgen von je 250,000 Franken am Ende eines jeden Kalendervierteljahres bezahlt werden. Während des Jahres 1841 sind denn auch drei Abschlagszahlungen von je 250,000 Franken für die drei ersten Kalendervierteljahre geleistet, die vierte am 19./31. December

1841 fällige ist aber durch den neuen Vertrag vom 14. | 26. Februar 1842 bis zum 18. | 30. November 1842 nachgesehen und um die Jahreswende von 1842 auf 1843 bewirkt worden. Damit war das Darlehensverhältniss, welches kraft des Vertrages vom 10. | 22. März 1836 begründet worden ist, und das Pfandrecht, welches zur Sicherung dieser Darlehensschuld dienen sollte, getilgt. Damit war auch die Bürgschaft erloschen, welche Seine Majestät der König Otto von Griechenland für die Darlehensschuld vom 10. | 22. März 1836 durch die schon erwähnte Urkunde vom gleichen Tage mit seiner Apanage übernommen hatte.

Von den beiden anderen Darlehen sollte nach dem Vertrage vom 15. | 27. Januar 1838 zuerst der Vorschuss von einer Million Gulden, sodann der Vorschuss von einer Million Franken während der Jahre 1839 bis 1842 und zwar in der Art zurückbezahlt werden, dass im Jahre 1839 eine Summe von 500,000 Franken, in den folgenden Jahren bis zur gänzlichen Tilgung der Schuld eine Summe von je einer Million Franken in gleichen Theilbeträgen am Ende eines jeden Kalendarvierteljahres erlegt werden sollte. Durch den späteren Vertrag vom 30. April | 12. Mai 1838 sind die Verfalltermine um je zwei Jahre, jene des Jahres 1839 in das Jahr 1841, jene des Jahres 1840 in das Jahr 1842 hinausgerückt worden. Durch den Vertrag vom 14. | 26. Januar 1840 aber sind die Verfalltermine des Jahres 1841 in das Jahr 1840 zurückverlegt worden. Während des Jahres 1840 ist denn auch eine Summe von 500,000 Franken oder 233,333 Gulden 40 Kreuzer

zurückbezahlt worden, um welchen Betrag das Darlehen von einer Million Gulden herabgemindert worden ist.

Die nicht getilgte Schuld des griechischen Staates besteht somit

1) aus dem Restbetrag des Darlehens von einer Million Gulden, welches kraft des Vertrages vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 gewährt worden ist, mit 766,666 Gulden 40 Kreuzer,

2) aus dem Darlehen von einer Million Franken oder 466,666 Gulden 40 Kreuzer, welches kraft des Vertrages vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 auf neue Rechnung vorgestreckt worden ist.

Der Gesamtbetrag der nicht getilgten Schuld beläuft sich hienach auf 1,233,333 Gulden 20 Kreuzer.

Für beide Darlehen waren die Zinsen zu 4 Procent zum letzten Mal für den Verfalltermin vom 18. | 30. November 1842 entrichtet worden.

Für beide Darlehen bestehen die Pfandrechte fort, welche durch die Schuldurkunde Seiner Majestät des Königs Otto von Griechenland vom 16. | 28. Februar 1837 an den ergiebigsten und bereitesten Einkünften des griechischen Staates, für das Darlehen von einer Million Franken überdies an den Zehentgefällen des griechischen Staates bestellt worden sind.

DRITTER ABSCHNITT.

**Die Verhandlungen zwischen Bayern und
Griechenland bis zum Jahre 1849.**

§ 10.

Der Beschluss des griechischen Nationalcongresses vom
16. | 28. März 1844.

Die griechische Revolution vom 3. | 15. September 1843 übte auf das bayerische Darlehen eine doppelte Rückwirkung aus. Sie entzog, indem sie die finanzielle Lage des griechischen Staates verschlimmerte, der griechischen Regierung die Möglichkeit, die vertragsmässigen Fristen für die Rückerstattung der bayerischen Vorschüsse wie für die Entrichtung der verfallenen Zinsen einzuhalten. Sie gab zugleich die Veranlassung, dass von griechischer Seite der Versuch gemacht wurde, Gegenforderungen gegen den bayerischen Staat zu erheben, welche zur Compensation mit der bayerischen Darlehensforderung benützt werden konnten.

Am 8. | 20. November 1843 trat zu Athen der hellenische Nationalcongress zusammen, um eine Ver-

fassungsurkunde für den griechischen Staat zu entwerfen. Am vorletzten Tage der Berathungen, am 16. | 28. März 1844, vereinigte sich der Congress nach dreierlei verschiedenen Anträgen, von welchen der eine von dem Abgeordneten für Paros, Dimitrakopoulos, der andere von dem Abgeordneten für Apokouron, Tarkazikas, der dritte von verschiedenen Abgeordneten gemeinschaftlich eingebracht worden war, zu einem Beschlusse, auf welchen sich die griechischen Staatsmänner fortan von Zeit zu Zeit, jedoch nur in mündlichen Erklärungen, beriefen, wenn sie zur vertragsmässigen Rückzahlung des bayerischen Anlehens gedrängt wurden. Der Beschluss lautet:

«Die griechische Nationalversammlung in Athen vom 3. September beschliesst im Hinblick auf § 6 Artikel 105 der Verfassung:

1) Die Regierung ist unter Verantwortlichkeit des Ministerrathes verpflichtet, den amtlichen Schriftenwechsel zwischen dem bayerischen Hofe und der Conferenz der drei Grossmächte in London über die Errichtung des Königthums in Griechenland zu erwägen und in der ersten Session der Kammer einen genauen Ausweis über die Herstellung jeder aus diesem Schriftenwechsel abzuleitenden Rechnung vorzulegen.

2) Es wird der Kammer zur Pflicht gemacht, diese Rechnung zu prüfen und für die Rückforderung der daraus sich ergebenden Schuld Bayerns an Griechenland auf diplomatischem Wege und durch Vermittelung der Schutzmächte zu sorgen».

Der Beschluss ist veröffentlicht in den Verhandlungen des hellenischen Nationalcongresses *Πρακτικά τῆς ἐν Ἀθῆναις τῆς τρίτης Σεπτεμβρίου ἐθνικῆς τῶν Ἑλλήνων Συνελεύσεως, ἐκδοθέντα δημοσίᾳ δαπάνῃ*, Athen 1844 S. 681, 724 f., sowie im griechischen Regierungsblatt, *Ἐφημερίς τῆς Κυβερνήσεως τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος*, 1844 Nr. 8 S. 33, auch bei *Ῥάλλη, Οἱ Ἑλληνικοὶ Κώδικες*, Ausgabe 3 Bd. 1 S. 29; vergleiche auch die deutsche Uebersetzung in der Schrift von Alexander Clarus Heinze, der hellenische Nationalcongress zu Athen in den Jahren 1843 und 1844, Leipzig 1845, S. 375. Der Antrag des Abgeordneten für Paros ist ebendasselbst S. 356 f. mitgetheilt.

Der Beschluss ist erlassen «im Hinblick auf § 6 Artikel 105 der Verfassung». So lautet die Verweisung in den sämtlichen verfügbaren amtlichen und nicht-amtlichen Veröffentlichungen. Wie es scheint, ist dabei ein kleines Versehen begangen worden. Nach «§ 6 Artikel 105 der Verfassung» sollte durch besondere Gesetze für die zuständigen Gerichte zur Aburtheilung der Verbrechen der Seeräuberei und der betrügerischen Schiffbrüche gesorgt werden. Vielleicht wollte der Beschluss auf § 3 Artikel 105 der Verfassung verweisen, wonach durch besondere Gesetze für die Abtragung und Tilgung der inländischen und der auswärtigen Schulden gesorgt werden sollte.

Der Wortlaut von Artikel 105 der Verfassung vom 18. | 30. März 1844 ist abgedruckt im griechischen Regierungsblatt 1844 Nr. 5 S. 22, auch bei *Ῥάλλη, Οἱ Ἑλληνικοὶ Κώδικες*, Ausgabe 3 Bd. I S. 20.

Würde diese Vermuthung zutreffen, so würde in jener Verweisung eine Andeutung liegen, dass man durch Aufstellung der griechischen Forderungen ein Mittel

finden wollte, um die bayerischen Forderungen durch eine Gegenrechnung zu tilgen.

Immerhin, auch wenn man diese Vermuthung als richtig annimmt, ist durch den erwähnten Beschluss der griechischen Regierung keine Vorschrift ertheilt worden, wie sie gegenüber einer bayerischen Aufforderung zur Zahlung von Capital und Zinsen sich zu verhalten habe. Die ertheilte Vorschrift beschränkte sich auf die Forderungen, welche Griechenland gegen Bayern sollte erheben können. Auch in dieser Beziehung war der griechischen Regierung nun eine doppelte Verpflichtung auferlegt: Erwägung des amtlichen Schriftenwechsels zwischen dem bayerischen Hofe und der Conferenz von London, Vorlage eines genauen Ausweises über die hieraus sich ergebenden Rechnungen an die griechische Kammer. Alles weitere war der Kammer der Abgeordneten vorbehalten, die Prüfung der Rechnungen, der Beschluss, dass der diplomatische Weg zu beschreiten und die Vermittelung der Schutzmächte anzurufen sei. Der griechischen Regierung war demnach nur ein bestimmtes Verfahren gegenüber der Kammer, nicht aber ein bestimmtes Verhalten gegenüber der bayerischen Regierung oder gegenüber den Schutzmächten vorgezeichnet.

Aus dem Wortlaut des Beschlusses ergibt sich zugleich, dass die griechischen Forderungen die rechtliche Begründung und die ziffermässige Feststellung noch zu erwarten hatten. Die Forderungen sollten abgeleitet werden aus dem amtlichen Schriftenwechsel zwischen dem bayerischen Hofe und der Conferenz

von London, d. h. aus den amtlichen Erklärungen, welche dem Vertrage vom 7. Mai 1832 vorausgegangen waren. Die griechische Regierung sollte vorerst den Inhalt dieser Erklärungen «erwägen»; sie sollte hienach die den Kammern vorzulegende Berechnung aufstellen. Bei der Erwägung, welche der Regierung vorgeschrieben, wie bei der Prüfung, welche der Kammer vorbehalten war, konnten sich verschiedene Schwierigkeiten ergeben. Es konnte die Frage aufgeworfen werden, inwieweit amtliche Erklärungen, welche dem Abschluss eines Vertrages vorausgehen, vertragsmässige Verpflichtungen zu erzeugen geeignet sind? Es konnte die weitere Frage gestellt werden, ob aus dem Schriftenwechsel zwischen dem bayerischen Hofe und der Konferenz von London das Königreich Griechenland, obgleich es den Vertrag vom 7. Mai 1832 nicht mitunterzeichnet hatte, vertragsmässige Rechte gegen Bayern erwerben konnte? Die eine wie die andere Frage war zwar in dem Antrage des Abgeordneten von Paros, nicht aber in dem Beschluss des Nationalcongresses zum voraus entschieden. Wurden die beiden Fragen bejaht, so war es immer noch nothwendig, die einzelnen Forderungen zu belegen und festzustellen.

So erschien der Beschluss des griechischen Nationalcongresses in jeder Beziehung nur als die Einleitung zu einer etwaigen Erhebung, nicht als die Erhebung und noch viel weniger als die Begründung griechischer Forderungen an den bayerischen Staat.

Sechzehn Jahre verflossen, ehe die griechische Regierung irgend einen Schritt zur Durchführung jenes

Beschlusses unternahm. Erst im Jahre 1860 ist eine Commission in Athen eingesetzt worden, um zu untersuchen, ob Forderungen gegen den bayerischen Staat rechtlich zu begründen seien. Auch diese Commission hat den erhaltenen Auftrag nicht erledigt. Es ist demnach bei dem Versuche geblieben, vermögensrechtliche Ansprüche gegen den bayerischen Staat zu ermitteln. Daraus lässt sich denn auch erklären, warum die griechischen Minister in dem amtlichen Schriftwechsel mit den Vertretern der bayerischen Regierung bis zum Jahre 1860 niemals davon gesprochen haben, dass die Forderungen des bayerischen Staates durch eine Gegenrechnung getilgt werden sollen. Die griechischen Staatsmänner haben im Gegentheile in verschiedenen amtlichen Erlassen an den jeweiligen Ministerresidenten in Athen aus den Jahren 1846, 1849, 1859 die Forderungen des bayerischen Staates ohne jeden Vorbehalt anerkannt.

Von diesen Erklärungen sollen zunächst diejenigen zusammengestellt werden, welche das griechische Ministerium bis zum 19. Mai 1849, d. h. bis zu demjenigen Tage abgegeben hat, an welchem die Rechte des bayerischen Staates gegen völlige Deckung an Seine Majestät den König Ludwig I. von Bayern abgetreten worden sind.

§ II.

Die Erklärungen der griechischen Regierung in den Jahren
1846 bis 1849.

Am 18./30. Mai 1845 legte der griechische Finanzminister Metaxas der Kammer der Abgeordneten eine Uebersicht über die Ergebnisse der griechischen Finanzverwaltung in den elf ersten Jahren der königlichen Regierung, vom 20. Januar 1833 bis zum 31. December 1843 alten Styles vor. Diese Uebersicht — eingekleidet in die Form eines Berichtes an den König — war im Laufe der letzten acht Monate von einem Beamten des Rechnungshofes ausgearbeitet worden; sie sollte zugleich als Vorbereitung zur Berathung des Budgets für das Jahr 1845 dienen.

Der Bericht in französischer Sprache umfasst im Druck 46 Seiten in Quart; er ist benützt von Casimir Leconte, *étude économique de la Grèce*, Paris 1847, pag. 175 suiv.

In die Uebersicht war ein Ausweis über den ursprünglichen Betrag, die theilweise Tilgung, den gegenwärtigen Stand der auswärtigen Schuld sowie über die Summen der bisher bezahlten Zinsen aufgenommen. Er führte die auswärtigen Schulden, welche in den elf Jahren von 1833 bis 1843 entstanden waren, in drei Classen auf: das grosse Anlehen von 60 Millionen, soweit es in den Jahren 1833 bis 1842 begeben worden war, das bayerische Anlehen aus den Jahren 1835, 1836 und 1837, endlich die Schuld an Frankreich aus den Vorschüssen, welche von dieser Macht kraft der

übernommenen Bürgschaft in den Jahren 1838, 1839 und 1840 geleistet worden waren. Das bayerische Anlehen berechnete der Ausweis nach den Verträgen auf 4,651,165. 48 Drachmen oder 4,167,711 Franken, die bisher geleisteten Abschlagszahlungen auf 1,673,999. 97 Drachmen oder 1,500,000 Franken, sohin die noch verbliebene Schuld auf 2,977,165. 51 Drachmen oder 2,657,711 Franken. In der mündlichen Auseinandersetzung, mit welcher der Finanzminister die Vorlage des Berichts an die Kammer begleitete, begnügte er sich, den ursprünglichen Betrag des bayerischen Darlehens anzugeben.

So nach dem Protokoll über die Sitzung vom 18./30. Mai 1845, *Πρακτικά τῶν Συνεδριάσεων τῆς Βουλῆς τῶν Ἑλλήνων κατὰ τὴν πρώτην σύνοδον τοῦ ἔτους 1844*, Band III S. 1264.

Es war die erste amtliche Erklärung seit der Vereinbarung der Verfassung, welche die griechische Regierung der Kammer der Abgeordneten über den Stand der auswärtigen Schuld abgegeben hat. Sie enthielt eine vorbehaltlose Anerkennung der griechischen Schuld an den bayerischen Staat. Eine Gegenrechnung war in der mitgetheilten Uebersicht nicht enthalten; sie ist auch nicht, wie der Beschluss des Nationalcongresses vom 16./28. März 1844 gefordert hatte, in einer besonderen Vorlage an die Kammer der Abgeordneten aufgestellt worden.

In das Budget für das Jahr 1845 hatte die griechische Regierung einen Ansatz für die Zinsen und für die theilweise Rückzahlung der auswärtigen Schuld über-

haupt nicht aufgenommen, weder für das grosse von den Schutzmächten garantirte, noch für das bayerische Anlehen. Der Finanzminister Metaxas erläuterte das von der Regierung beliebte Verfahren in dem Berichte, mit welchem er am 18./30. Mai 1845 das Budget der Kammer der Abgeordneten vorlegte. «An der Spitze des Hauptstücks über die auswärtige Schuld» sei früher das Erforderniss für die Zinsen und die theilweise Rückzahlung des grossen Anlehens gestanden. Nur ein Mal, im Jahre 1841, seien die Mittel dafür aus den eigenen Hilfsquellen des Staates geschöpft, in den früheren Jahren seien sie aus dem Anlehen selbst entnommen, in den folgenden Jahren 1842 (?) und 1843 seien nur Abschlagszahlungen geleistet worden. Der Versuch, mit welchem im Jahre 1841 begonnen worden sei, habe die finanzielle Lage verschlimmert; denn er habe Griechenland erheblicher Geldmittel für die weitere Entwicklung seiner Volkswirtschaft beraubt. Um die üblen Folgen eines zweiten Versuches zu vermeiden, habe die Regierung von den Schutzmächten einen neuen Aufschub erbitten zu sollen geglaubt.

Der Bericht des Finanzministers Metaxas vom 17. 29. Mai 1845 ist veröffentlicht unter dem Titel "*Ενθεσις περί τοῦ Προϋπολογισμοῦ τῶν ἐσόδων καὶ ἐξόδων τοῦ 1845*", in französischer Uebersetzung im *Moniteur Grec* 1845 num. 23.

Auch die Commission der Kammer sprach den Wunsch aus, dass die Schutzmächte einen Aufschub von einigen Jahren zugestehen möchten, schlug aber gleichwohl vor, das Erforderniss für die Verzinsung und die theilweise Rückzahlung des grossen Anlehens in das Budget des

Jahres 1845 aufzunehmen, weil die Auslassung dieser Summe übel gedeutet werden könnte, weil es die Ehre des Landes erheische, öffentlich und amtlich die wirkliche Lage der griechischen Finanzen darzustellen. Die Kammer der Abgeordneten schloss sich dem Vorschlag der Commission an.

Vergl. die Protokolle über die Sitzungen der Kammer der Abgeordneten vom 18./30. October und vom 20. October | 1. November 1845, *Πρακτικά τῶν Συνεδριάσεων τῆς Βουλῆς τῶν Ἑλλήνων* 1844 Bd. IV S. 2856, 2894, sowie das Gesetz vom 5. November 1845 über den Staatshaushalt für das Jahr 1845 im Regierungsblatt, *Ἐφημερίς τῆς Κυβερνήσεως* 1845 S. 129.

Für das bayerische Anlehen wurde von der Kammer eine gleiche Rücksicht nicht geübt. Auch die Regierung wünschte, wie der Ministerpräsident Kolettis dem bayerischen Ministerresidenten von Gasser erklärte, noch beengt durch den Beschluss des Nationalcongresses, eine öffentliche Erörterung in diesem Augenblicke zu vermeiden. Für die bayerische Gesandtschaft aber boten diese Vorgänge den Anlass, die Rechte des bayerischen Staates durch eine amtliche Erklärung in Erinnerung zu bringen. Es geschah durch eine Note des Ministerresidenten von Gasser an den Minister Kolettis vom 21. November neuen Styls 1845.

Der Wortlaut der Note vom 21. November 1845 ist in der Anlage Nr. IX mitgeteilt.

Die Note erinnert daran, dass die griechische Regierung in dringender Geldverlegenheit, als die Begebung der dritten Serie des grossen Anlehens sich verzögerte,

von Bayern Vorschüsse erbeten und erhalten habe; sie wies darauf hin, dass die Fristen für die Rückzahlung des Capitals und die Entrichtung der Zinsen vertragsmässig festgesetzt, jedoch in Folge der Ereignisse vom September 1843 nicht eingehalten worden seien; sie hob endlich hervor, dass nicht einmal der Betrag der Schuld in das griechische Budget aufgenommen worden sei. Obwohl überzeugt, dass die griechische Regierung nicht beabsichtige, wohlerworbene und vertragsmässige Rechte zu verletzen, müsse der bayerische Ministerresident doch wünschen, seiner Regierung beruhigende Beweise dafür liefern zu können; er sehe sich daher veranlasst, das griechische Ministerium um eine «befriedigende Aufklärung» zu bitten. Es war die erste amtliche Anregung der bayerischen Forderung seit der Begründung der griechischen Verfassung; sie geschah mit jeder möglichen Rücksicht für die befreundete Regierung. Ausdrücklich hob die Note hervor, dass Seine Majestät der König von Bayern sich immer bereit gezeigt habe, diejenigen Erleichterungen zu gewähren, welche die schwierige Lage der griechischen Regierung erheischte; rücksichtsvoll schloss sie nicht mit einer Aufforderung zur Zahlung, sondern mit einer Bitte um «Aufklärung».

Mehr als vier Monate vergingen, ehe der griechische Minister eine Antwort ertheilte. Erst am 12./24. März 1846 erwiderte er in einer amtlichen Note, indem er in der Anlage eine Abschrift des «kurzen Exposé» mittheilte, mit welchem im Mai 1845 der damalige Finanzminister Metaxas der Kammer der Abgeord-

neten die Uebersicht über die Ergebnisse der griechischen Finanzverwaltung während der Jahre 1833 bis 1843 vorgelegt habe. Die Anlage enthielt denn eine französische Uebersetzung des Protokolles über die oben erwähnte Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 18./30. Mai 1845. Der bayerische Ministerresident, so schloss die Note, werde sich daraus überzeugen, dass das bayerische Anlehen in dem Exposé des Finanzministers wie in der vorgelegten Rechnungsübersicht ausdrücklich erwähnt worden sei.

Der Wortlaut der Note vom 12./24. März 1846 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. X mitgetheilt. In der Beilage zu der Note sind die Einnahmen des griechischen Staatsschatzes von den auswärtigen Gläubigern mit folgenden Summen berechnet: «Il a été perçu de l'emprunt Rothschild drs. 58,912,798 et lep. 18, de l'emprunt de Bavière drs. 4,658,186 et lep. 14, des avances faites par la France drs. 3,685,098 et lep. 24, total drs. 67,526,082 et lep. 56». In diesen Ziffern sind nicht die Nominalbeträge der beiden ersten Schuldgattungen, sondern die Summen wiedergegeben, welche effectiv in den griechischen Staatsschatz geflossen sind. Die effective Einnahme des griechischen Staatsschatzes aus dem bayerischen Anlehen berechnete sich hienach auf eine etwas grössere Summe als der Nominalbetrag der Schuld nach den Verträgen, 4, 658, 186 dr. 14 lep. gegen 4, 651, 165 dr. 48 lep., was sich aus einem für den griechischen Staatsschatz günstigen Wechselcours erklärt.

Die griechische Regierung hatte damit dem Vertreter des Königs von Bayern gegenüber die vorbehaltlose Anerkennung der griechischen Schuld an den bayerischen Staat wiederholt, welche sie im Mai 1845 gegenüber der griechischen Kammer ausgesprochen hatte.

Etwas weiteres, eine Abschlagszahlung auf das Capital oder auch nur eine Zinsenzahlung war unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu erlangen. Konnte doch selbst Grossbritannien durch wiederholte Drohungen nur eine geringe Zahlung auf das grosse von den Schutzmächten garantierte Anlehen erwirken, während Frankreich und Russland für den Augenblick auf jede Zahlung aus der griechischen Staatskasse verzichteten. So wartete denn die bayerische Regierung, um nicht die Schwierigkeiten der befreundeten griechischen Regierung zu vermehren, geduldig zwei weitere Jahre ab, bis sie im Sommer des Jahres 1848 durch die inneren Verhältnisse des eigenen Landes gedrängt wurde, die Frage von neuem in Anregung zu bringen. Seine Majestät der König Ludwig hatte am 20. März 1848 zu Gunsten seines Sohnes der Krone entsagt. Das bayerische Ministerium befand sich vor einem Budgetlandtag; es sah voraus, dass auf demselben das griechische Anlehen zur Verhandlung kommen, zu unerquicklichen und stürmischen Debatten Veranlassung geben würde. So erging am 12. Juli 1848 an den bayerischen Ministerresidenten in Athen Freiherrn Pergler von Perglas die Weisung, von der griechischen Regierung eine Zinsenzahlung oder doch die Einsetzung der Schuld in das griechische Budget zu verlangen.

Vertrauliche Besprechungen mit Seiner Majestät dem Könige von Griechenland und dessen Ministern ergaben, dass eine Zinsenzahlung für den Augenblick unmöglich sei. Die Aufnahme der Schuld in das Bud-

get glaubte die griechische Regierung ablehnen zu müssen, weil der Posten bei der gegenwärtigen Lage der griechischen Finanzen doch nicht zur Verausgabung bestimmt, somit nur geeignet sei, das Gleichgewicht im Voranschlag des Staatshaushalts in empfindlicher Weise zu verrücken. Sie glaubte daher ein anderes Verfahren wählen zu sollen: Vorlage eines Gesetzentwurfs, um einen anerkennenden Beschluss der Kammer der Abgeordneten und des Senates herbeizuführen. Dieses Verfahren entsprach der schon früher erwähnten Bestimmung in §. 3 Artikel 105 der griechischen Verfassung, wonach durch besondere Gesetze für die Regelung und Abtragung der auswärtigen wie der inländischen Schuld gesorgt werden sollte. Auf die vertragsmässigen Rechte des bayerischen Staates konnte das Verfahren allerdings keine Rückwirkung üben; denn diese Rechte waren durch völkerrechtliche Verträge begründet worden, welche der König von Griechenland vor der Vereinbarung der Verfassung abgeschlossen hatte. Sie bedurften zu ihrem Bestande einer Anerkennung der Kammer und des Senates nicht, wie sie auch durch eine Verweigerung der Anerkennung nicht zerstört werden konnten. Gleichwohl glaubte der bayerische Ministerresident das von der griechischen Regierung vorgeschlagene Verfahren annehmen zu sollen. In einer Note vom 3. | 15. December 1848 stellte der bayerische Ministerresident an die griechische Regierung das amtliche Ersuchen, «die formale Anerkennung des bayerischen Anlehens durch die griechischen Kammern» herbeiführen zu wollen. «Ein derartiger

Act der Gerechtigkeit und der Vertragstreue» könne der griechischen Regierung nicht schwer fallen; denn das Anlehen beruhe auf «geheiligten Verträgen», welche die geleisteten Vorschüsse beurkunden und die Fristen für die Rückzahlung des Capitals wie für die Entrichtung der Zinsen festsetzen.

Der Wortlaut der Note vom 3. | 15. December 1848 ist in der Anlage Nr. XI mitgetheilt.

Schon am folgenden Tage, am 4. | 16. December 1848 erwiderte der Minister des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Kolokotronis, er habe das Verlangen des bayerischen Vertreters sofort dem Ministerrath vorgetragen; der Ministerrath habe beschlossen, sich «unverzüglich» mit dem bayerischen Anlehen zu befassen, «um zu einer Regelung dieser Angelegenheit zu schreiten und die erforderlichen Arbeiten für die Vorlage eines Gesetzentwurfes an die Kammern vorzubereiten».

Der Wortlaut der Note vom 4. | 16. December 1848 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. XII mitgetheilt.

Der griechische Finanzminister Bulgaris deutete zugleich in vertraulicher Unterredung dem bayerischen Ministerresidenten an, die Regierung könne den bekannten Beschluss des Nationalcongresses nicht umgehen; sie werde daher die in dem Beschlusse geforderte Commission niedersetzen; er übernehme aber die «Garantie»,

«dass diese Commission Forderungen Griechenlands an Bayern als nicht bestehend erklären werde».

Drei Monate später hatte die griechische Regierung der Kammer der Abgeordneten noch keine Vorlage gemacht. Im Ausschuss der bayerischen Kammer der Abgeordneten war es aber am 5. März 1849 zu einschneidenden Beschlüssen gekommen. Eine Verhandlung in der Kammer selbst wurde durch die Vertagung des Landtages am 7. März 1849 hinausgeschoben. Um für diese Verhandlung ein, wenn auch nur geringes Ergebniss aufzeigen zu können, sandte die bayerische Regierung ihrem Ministerresidenten in Athen den Befehl, von der griechischen Regierung eine Abschlagszahlung zu verlangen. Der Ministerresident vollzog die erhaltene Weisung in einer amtlichen Note vom 29. März 1849. Er versicherte, dass seine Regierung die guten Gesinnungen der griechischen Regierung zu schätzen wisse; er hob hervor, dass die früher verheissenen Massregeln lediglich dazu dienen könnten, die unbestreitbare Giltigkeit der abgeschlossenen Verträge zu befestigen; er sprach die Hoffnung aus, dass die griechische Regierung in der Zwischenzeit sich genügend unterrichtet haben werde, und forderte kurz «auf Grund der abgeschlossenen Verträge» eine Abschlagszahlung.

Der Wortlaut der Note vom 29. März 1849 ist in der Anlage Nr. XIII mitgetheilt.

Auch dieses Mal zögerte die griechische Regierung nicht mit der Ertheilung einer Antwort. Der Justizminister Rhallis, welcher zugleich das Ministerium des

königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten verwaltete, erwiderte nach einem Beschluss des Ministerrathes in einer amtlichen Note vom 20. März | 1. April 1849. Er erinnerte daran, dass die Rückzahlungen an Bayern durch «politische Ereignisse» unterbrochen worden seien, welche die finanziellen Schwierigkeiten nur zu vermehren geeignet waren; er machte geltend, dass die Schutzmächte seit mehreren Jahren die Zinsen- und Capitalzahlungen für das grosse Anlehen aus ihren eigenen Mitteln bestritten hätten, ohne die sofortige Wiedererstattung der geleisteten Vorschüsse zu fordern. «Nichtsdestoweniger wagen wir uns zu schmeicheln, dass unsere täglichen Anstrengungen für die fortschreitende Entwicklung der Hilfsquellen des Landes uns bald in den Stand setzen werden zu beweisen, wie eifersüchtig die Regierung des Königs bestrebt ist, die Vertragstreue unversehrt zu wahren, und uns erlauben werden, von den Kammern die Ermächtigung zum Vollzuge des fraglichen Vertrages zu erbitten».

Der Wortlaut der Note vom 20. März | 1. April 1849 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. XIV mitgetheilt.

In mündlicher Verhandlung fügte der Minister Rhallis hinzu, das griechische Ministerium sei der Ueberzeugung, dass die Giltigkeit der Verträge, welche die vorausgehenden Regierungen nach den damals geltenden Gesetzen abgeschlossen hätten, nicht in Zweifel gezogen werden dürfe; es wäre eine Beleidigung für die grie-

chischen Kammern, auch nur zu vermuthen, dass sie diesen Rechtsgrundsatz jemals verkennen würden. Die Kammer der Abgeordneten habe niemals einen Zweifel an der Giltigkeit der Verträge über das bayerische Anlehen ausgesprochen; sie habe jenen Rechtsgrundsatz sogar förmlich anerkannt, als sie die erforderlichen Summen für den Dienst des grossen Anlehens in das Gesetz über den Staatshaushalt eingestellt habe.

Für die bayerische Regierung war dieses Ergebniss allerdings nicht genügend, um dem bevorstehenden Angriff in der Kammer der Abgeordneten zu begegnen. Nicht ohne Besorgniss sah sie für den 17. Mai 1849 dem Wiederausammentritt des bayerischen Landtags entgegen. Da entschloss sich Seine Majestät der König Ludwig I. von Bayern, die Forderung des bayerischen Staates gegen völlige Abfindung auf sein Privatvermögen zu übernehmen.

VIERTER ABSCHNITT.

**Der Uebergang der Rechte des bayerischen
Staates auf Seine Majestät den König
Ludwig I. von Bayern.**

§ 12.

Die Abtretungsurkunde vom 19. Mai | 18. Juni 1849.

Von dem Augenblick an, in welchem die bayerische Regierung auf eine rasche Rückzahlung des griechischen Anlehens verzichten musste, konnte sie voraussehen, dass es im bayerischen Landtage zu einer Erörterung der Angelegenheit kommen würde. In der That ist das griechische Anlehen seit dem Jahre 1840 auf den vier Landtagen von 1840, 1843, 1846, 1849 Gegenstand von Verhandlungen geworden, welche schliesslich zu einem verfassungsrechtlichen Streit sich zuzuspitzen drohten.

Die Geschichte dieser Verhandlungen, welche in den Jahren 1840, 1843, 1846 in geheimen Sitzungen geführt wurden, ist mitgetheilt in dem Vortrag des Abgeordneten Kollb aus Speyer Na-

mens des II. Ausschusses in der griechischen Anlehensfrage vom 5. März 1849, Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtages im Jahre 1849, Beilagen-Band I Beilage XXI S. 205 ff. Der Bericht des Abgeordneten Kolb vom 5. März 1849 ist zum Theil wörtlich einem Bericht des Abgeordneten Freiherrn von Lerchenfeld vom 8. Mai 1846 über das griechische Anlehen entnommen. Einen kürzeren Ueberblick über die Verhandlungen der bayerischen Landstände gibt der Vortrag des Reichsrathes Karl Freiherrn von Aretin im vierten Ausschusse der Kammer der Reichsräthe vom 18. Mai 1850, Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe im Jahre 1850 Beilagen-Band VI S. 5—7.

Ursprünglich sind die Gelder, welche dem griechischen Staate als Darlehen gegeben wurden, nicht der allgemeinen bayerischen Staatskasse, sondern einem besonderen Fond entnommen worden, welcher im Eigenthum und in der Verwaltung des bayerischen Staates sich befand, über welchen aber die bayerische Regierung den bayerischen Landständen ein Recht der Mitwirkung nicht zugestand. Es war der sogenannte französische Defensionsfond, gebildet aus denjenigen Summen, welche aus der französischen Kriegsentschädigung durch die völkerrechtlichen Verträge der Jahre 1815, 1816, 1819 dem bayerischen Staate als Eigenthum mit der Verpflichtung überwiesen worden waren, dieselben zur Erbauung von Festungswerken an der deutschen Westgrenze zu verwenden, welche aber bis zum Augenblick der vorgeschriebenen Verwendung von der bayerischen Regierung zinsbringend angelegt werden konnten.

Ueber die rechtliche Natur des sogenannten französischen Defensionsfonds und das Recht der bayerischen Landstände zur Mitwirkung bei dessen Verwaltung und Verwendung sind auf

den bayerischen Landtagen von 1831 und 1837 Verhandlungen gepflogen worden; amtliche Mittheilungen darüber finden sich in den Verhandlungen der zweiten Kammer der Ständeversammlung des Königreichs Bayern im Jahre 1831 Beilagen-Band X Beilage XLIV Unterbeilage Lit. E Abth. I S. 4 f., 18 ff., Band VII Protokoll XXXVIII S. 95, XXXIX S. 6 f., 40 f., 45, 62, Band XIX Protokoll CVII S. 11 ff., 20 f., 22 f., 27 ff., 35 ff., 63 ff., 71 f., 86 f., 101, Band XXI Protokoll CXXI S. 9 f., Band XXVI Protokoll CXLV S. 94 f., Band XXVII Protokoll CL S. 3, 11 ff., Protokoll CLII S. 5, Protokoll CLIII S. 64, Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten der Ständeversammlung des Königreichs Bayern im Jahre 1837 Band XIX S. 123—156, 207, Band XXII S. 426, Band XXIII S. 22 f., Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe des Königreichs Bayern im Jahre 1837, Beilagen-Band II S. 376 ff., Band IV S. 198—215, wozu noch zu vergleichen sind die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten im Jahre 1840, Beilagen-Band III S. 120 ff., Band III S. 216—237, 280, Band VIII S. 9, Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe im Jahre 1840, Beilagen-Band II, S. 146 f. Band II S. 148 f., 153 f. Die Entstehung des sogenannten französischen Defensionsfonds ist zurückzuführen auf Artikel IV des zweiten Friedens von Paris vom 20. November 1815, auf Artikel II des Protokolls vom gleichen Tage über die Vertheilung der französischen Kriegsentschädigung, auf Artikel VII und X eines zweiten Protokolls vom gleichen Tage über die Territorialverhältnisse und das Vertheidigungssystem Deutschlands, auf Artikel VI des Vertrages zwischen Bayern und Oesterreich vom 14. April 1816, endlich auf Art. XXXVIII des Territorialrecesses von Frankfurt vom 20. Juli 1819, sämmtlich abgedruckt bei Geo. Fréd. de Martens, nouveau recueil des traités tom. II pag. 688, 677, 671 suiv., tom. III pag. 14, tom. IV pag. 620.

Nach Darlegung der obwaltenden Verhältnisse wurde von dem zweiten Ausschuss der Kammer der Abgeordneten in einer «Erklärung» vom 7. April 1840 ausdrücklich anerkannt, «dass das Darlehen nicht aus

den in den Bereich der ständischen Wirksamkeit fallenden königlichen Staatskassen gemacht worden sei», worauf die Kammer der Abgeordneten am 9. April 1840 einstimmig beschloss, «von allen weiteren Erörterungen und Fragestellungen Umgang zu nehmen». Der Minister des Innern von Abel hatte in der Sitzung des zweiten Ausschusses als Vertreter des erkrankten Finanzministers von Wirschinger erklärt, dass den Landständen über den sogenannten Defensionsfond um so weniger Rechenschaft zu geben sei, «da an dieselben ganz und gar keine Verbindlichkeiten noch auch Haftungsverpflichtungen für die in den Bereich der ständischen Wirksamkeit fallenden königlichen Staatskassen in Anspruch genommen worden seien».

Vergleiche den erwähnten Vortrag des Abgeordneten Kolb S. 205 f.

Später aber, als für den fortschreitenden Ausbau der Festungswerke von Germersheim der letzte Rest des französischen Defensionsfonds erforderlich war, ergab sich für die bayerische Regierung die Nothwendigkeit, aus der allgemeinen Staatskasse dem französischen Defensionsfond dasjenige zu erstatten, was der griechische Staat als Darlehen empfangen, aber noch nicht zurückbezahlt hatte. Bei dieser Veränderung der Sachlage glaubte der zweite Ausschuss der Kammer der Abgeordneten im Jahre 1843 in einem Schreiben vom 11. Mai eine Aufklärung darüber erbitten zu sollen, welchen Weg die Regierung einzuschlagen gedenke, um die Angelegenheit einer verfassungsmässigen Er-

ledigung entgegenzuführen. Möge man die Verwendung von Geldern aus der allgemeinen Staatskasse rechnerisch als einen Vorschuss an den französischen Defensionsfond oder als ein Darlehen an den griechischen Staat behandeln, in jedem Falle sei nach der Verfassungsurkunde die nachträgliche Zustimmung der bayerischen Landstände erforderlich. Eine nachträgliche Anerkennung jener Verwendung glaube aber der zweite Ausschuss bei der Kammer der Abgeordneten nur dann beantragen zu können, wenn durch eine Erklärung der Regierung, welche mit den vorausgegangenen bündigen Zusicherungen im Einklang stehe, jede Gefahr eines Verlustes an Capital oder Zinsen oder jede Haftung für den ungeschmälerten Bestand des französischen Defensionsfonds von den in den Bereich der ständischen Wirksamkeit fallenden Staatskassen abgewendet werde. Die Regierung erwiderte am 25. Mai 1843 mit einer Darlegung des Sachverhältnisses, welcher die Bemerkung beigefügt wurde, dass «die ursprünglichen Garantien und Haftbarkeitsverhältnisse» «unverändert die nämlichen geblieben seien» und «unverändert fortbeständen». Nach dem Eintreffen dieses Schreibens glaubte der zweite Ausschuss in geheimer Sitzung vom 23. Juni 1843 nach einem Bericht des Abgeordneten Freiherrn von Rotenhahn die nachträgliche Zustimmung der Landstände zu jener Verwendung von Staatsgeldern beantragen zu können, «nachdem durch officiële Erklärung des Finanzministers Seiner Majestät des Königs vom 25. Mai 1843 das rechtliche Verhältniss anerkannt wurde, kraft welchen die in den Bereich ständischer

Wirksamkeit fallenden Staatskassen ganz und gar keine Haftungsverpflichtungen in Ansehung dieses Vorschusses treffen können noch dürfen». In diesem Sinne hat denn auch die Kammer der Abgeordneten einstimmig am 2. August 1843 in geheimer Sitzung beschlossen.

Vergleiche auch den erwähnten Vortrag des Abgeordneten Kolb S. 207 f.

Dieser Beschluss wurde in einem Augenblick gefasst, in welchem der griechische Staat nach dem Rückzahlungsvertrag vom 14./26. Februar 1842 weder mit der Entrichtung der Zinsen, noch mit der Tilgung des Capitals im Rückstande war.

Auch während des folgenden Landtages im Jahre 1846 fanden zwischen dem zweiten Ausschuss der Kammer der Abgeordneten und der Regierung in vertraulicher Form mündliche und schriftliche Verhandlungen statt. Seit den Ereignissen, welche sich am 15. September 1843 in Athen zugetragen hatten, war von dem griechischen Staate weder die vertragsmässige Entrichtung der Zinsen, noch die vertragsmässige Tilgung des Capitals zu erwirken gewesen. Der Berichterstatter des zweiten Ausschusses Freiherr von Lerchenfeld fand, es habe sich seit dem letzten Landtage nichts weiter in der Sache geändert, als dass die Rückzahlung in noch weitere Ferne gerückt sei. Gleichwohl glaubte er, «da die Rückzahlung an und für sich gesichert erscheine, die Rückzahlungsfrist noch nicht völlig abgelaufen und vorerst die betreffende Summe zu keiner besonderen Verwendung bestimmt sei», sowie «in der Voraus-

setzung, dass die königliche Regierung den Ständen bei dem nächsten Landtag genügende Vorlagen über die Rückzahlung dieses Betrages machen werde», dem Ausschusse und der Kammer vorschlagen zu sollen, «dass von weiteren Anträgen in dieser Sache vorerst Umgang genommen werde». Der zweite Ausschuss stimmte am 15. Mai 1846 in geheimer Sitzung dem Vorschlage des Freiherrn von Lerchenfeld bei, nachdem die Staatsminister des Innern, der Finanzen und des Aeussern, von Abel, Graf von Seinsheim, Freiherr von Gise, kraft königlicher Ermächtigung die Erklärung abgegeben hatten, «dass dem nächsten Landtage jedenfalls über die Bereinigung der auf das griechische Anlehen bezüglichen Fragen werde eine Vorlage gemacht werden». Der Antrag des zweiten Ausschusses wurde schon am folgenden Tage, am 16. Mai 1846, von der Kammer der Abgeordneten in geheimer Sitzung und in Gegenwart der genannten Staatsminister zum Beschluss erhoben.

Vergleiche auch den erwähnten Vortrag des Abgeordneten Kolb S. 208 f.

Eine entscheidende Wendung brachte der Landtag des Jahres 1849. Am 5. März 1849 erstattete der Abgeordnete Kolb aus Speyer im zweiten Ausschuss der Kammer der Abgeordneten Bericht über das griechische Anlehen und kam zu dem Antrag, die Kammer der Abgeordneten möge nicht nur Massregeln gegen diejenigen Beamten, welche die Auslieferung bayerischer Staatsgelder verfügt hätten, sondern auch unverzügliche

Einleitung von geeigneten Schritten beschliessen, «um den schleunigsten Rückersatz der gedachten Staatsgelder, soweit diese nicht anderweit gedeckt werden, aus dem Privatvermögen des vorigen Königs Ludwig von Bayern zu erlangen». Der zweite Ausschuss trat den Anträgen seines Berichterstatters noch am gleichen Tage bei.

Vergl. den Vortrag des Abgeordneten Kolb a. a. O. S. 211 ff.

Eine Berathung in der Kammer selbst wurde durch die Vertagung des Landtags am 7. März 1849 hinausgeschoben.

In diesem Augenblick fasste Seine Majestät der König Ludwig I. den Entschluss, den Anlass zu dem verfassungsrechtlichen Streit zu beseitigen und damit den Erörterungen in der Kammer der Abgeordneten ein Ziel zu setzen. Er erklärte sich in einem Handschreiben an das Staatsministerium der Finanzen vom 10. Mai 1849 bereit, gegen Abtretung «aller Rechte» aus dem griechischen Anlehen dem bayerischen Staate aus eigenem Vermögen zu ersetzen, was Griechenland an Capital und verfallenen Zinsen schuldete. Er bedang sich jedoch von der bayerischen Regierung eine Erklärung der Abtretung in «rechtsgiltiger Form» und das Versprechen aus, «fortwährend und eifrig bei der griechischen Regierung die Erfüllung ihrer Verbindlichkeit, sowohl was Abtragung des Capitals als was Zahlung der Zinsen betrifft, zu betreiben».

Schon am 12. Mai 1840 hatte die bayerische Centralstaatskasse von der Cabinetskasse Seiner Majestät

des Königs Ludwig I. durch Ueberweisung von baye-
rischen Staatspapieren und eine Ausgleichszahlung in
baarem Gelde dasjenige, was der griechische Staat an
Capital und an Zinsen bis zum 1. October 1848 schul-
dete, und darüber hinaus noch eine Mehrleistung von
etwa 13,000 Gulden erhalten. Wenige Tage später,
am 19. Mai 1849 wurde von dem Staatsministerium des
königlichen Hauses und des Aeussern und dem Staats-
ministerium der Finanzen zu Gunsten Seiner Majestät
des Königs Ludwig I. von Bayern eine Cessionsurkunde
ausgestellt, welche besagte:

«Nachdem zwischen Seiner Majestät dem König
Ludwig von Bayern und dem Königlich Bayerischen
Staats-Aerar rücksichtlich des Restes des in den Jahren
1835, 1836 und 1837 der Krone Griechenlands vorge-
schossenen Darlehens eine Uebereinkunft dahin getroffen
worden ist, dass Seine Majestät der König Ludwig an
die Stelle des ursprünglichen Gläubigers treten, und
nachdem die Königlich Bayerische Centralstaatskasse
für den Capitalsrest von 1,233,333 Gulden 20 Kreuzer,
sowie die rückständigen Zinsen per 296,000 Gulden,
womit die Königlich Griechische Regierung dem König-
lich Bayerischen Staatsärrar haftet, ihre Befriedigung
für die Gesamtschuldigkeit von 1,529,333 Gulden
30 Kreuzer bereits erhalten hat, so werden von Seite
des Königlichen Staatsministeriums der Finanzen alle
aus den mit der Krone Griechenland wegen dieses
Anlehens abgeschlossenen Verträgen dem Gläubiger
zustehenden Rechte auf Rückzahlung in Haupt- und
Nebensache Seiner Majestät dem Könige Ludwig von

Bayern in bester Rechtsform hiermit feierlich cedirt, auch von Seite des Königlichen Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Aeussern die bündigsten Zusicherungen gegeben, fortwährend und eifrig bei der Königlich Griechischen Regierung die Erfüllung ihrer Verbindlichkeit, sowohl was Abtragung des Capitals als Zahlung der Zinsen anbelangt, auf diplomatischem Wege betreiben zu wollen».

Die «Cessionsurkunde» ist auf Verlangen Seiner Majestät des Königs Ludwig I. am 18. Juni 1849 von Seiner Majestät dem regierenden Könige Maximilian II. «ihrem vollen Inhalte nach genehmigt, respective bestätigt» worden.

Der Wortlaut der königlichen Urkunde vom 18. Juni 1849, in welcher der Wortlaut der Cessionsurkunde vom 19. Mai 1849 eingerückt wurde, ist nach dem Original in der Anlage Nr. XV mitgetheilt.

Die beiden Kammern des Landtags aber erklärten, als die Sache nach einigen Monaten noch ein Mal zur Verhandlung kam, dass durch die «Ausgleichung» zwischen der Cabinetskasse Seiner Majestät des Königs Ludwig und dem Staatsministerium der Finanzen die Angelegenheit des griechischen Anlehens für die Staatskasse als vollkommen erledigt zu betrachten sei.

Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten im Jahre 1850 Beilagen-Band III S. 126 ff., 383 ff., Stenographische Berichte Band III S. 538, 565—576, 591, Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe im Jahre 1850 Beilagen-Band VI S. 3 ff., Protokoll-Band VII S. 6 ff., 11.

Die Verhandlungen mit der griechischen Regierung in den
Jahren 1850 bis 1860.

Von der Abtretung der Rechte des bayerischen Staates an Seine Majestät den König Ludwig I. von Bayern ist der griechischen Regierung zwei Mal amtliche Mittheilung gemacht worden. Einer jeden Mittheilung ist eine Mahnung an die griechische Regierung beigelegt worden, ihre vertragsmässigen Verbindlichkeiten gegen den nunmehrigen Gläubiger zu erfüllen.

Die erste Mittheilung erfolgte auf amtliches Ersuchen, welches der griechische Gesandte am bayerischen Hofe Schinas am 6./18. Juni 1850 an den bayerischen Minister des königlichen Hauses und des Aeussern von der Pfordten richtete. Der Gesandte erbat im Auftrage seines Ministeriums abschriftliche Mittheilung der Urkunde, durch welche die Rechte der bayerischen Regierung aus der griechischen Schuld im Mai 1849 an Seine Majestät den König Ludwig abgetreten worden seien.

Der Wortlaut der Note vom 6./18. Juni 1850 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. XVI mitgetheilt.

Die gewünschte Abschrift wurde nach eingeholter Zustimmung Seiner Majestät des Königs Ludwig I. am 15. Juli 1850 mit der «Bemerkung» übersendet, «dass durch die Uebereinkunft zwischen Seiner Majestät dem

Könige Ludwig und der bayerischen Staatsregierung an den staats- und völkerrechtlichen Verhältnissen des bayerisch-griechischen Darlehens eine Aenderung nicht vorgenommen worden sei». Der bayerische Minister konnte sich nicht versagen, mit der abschriftlichen Mittheilung der Urkunde einen bescheidenen Wunsch zu verbinden. «Seine Majestät der König Ludwig — so fügte er hinzu — hat durch jenes Darlehen und dessen einstweiligen Ersatz an die königlich bayerische Staatskasse aus eigenen Mitteln einen grossmüthigen Beweis seiner Liebe für Griechenland gegeben und die bayerische Regierung kann daher bei Mittheilung der fraglichen Urkunde nicht umhin, vermöge der in dieser selbst übernommenen Verpflichtung den Wunsch auszusprechen, dass es der königlich griechischen Regierung bald möglich sei, die regelmässige Entrichtung der Zinsen eintreten zu lassen».

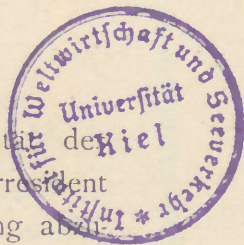
Der Wortlaut der Note vom 15. Juli 1850 ist in der Anlage Nr. XVII mitgetheilt.

Eine zweite Mittheilung erfolgte im Jahre 1859 nach einem Wunsche, welchen Seine Majestät der König Otto von Griechenland in einem Schreiben an Seine Majestät den König Maximilian II. von Bayern ausgesprochen hatte. König Otto wünschte «zu officiellen Gebrauche, nämlich zur eventuellen Vorlage an die griechischen Kammern» eine Erklärung des Inhalts, dass Seine Majestät der König Ludwig I. sich genöthigt gesehen, die bayerische Anlehensforderung an Griechenland auf sein Privatvermögen zu übernehmen.

Mit ausdrücklicher Zustimmung Seiner Majestät des Königs Ludwig I. wurde der bayerische Ministerresident in Athen angewiesen, die gewünschte Erklärung abzugeben. Der Ministerresident Graf von Hompesch entsprach dieser Weisung am 11. September 1859 in einer Note an den griechischen Minister des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Kunderiotis. Er fügte im Auftrage seiner Regierung die Bemerkung hinzu, dass die Forderung des Königs Ludwig rechtlich wohl begründet sei und dass die bayerische Regierung von der «anerkannten Vertragstreue» der griechischen Regierung bei dem «blühenden Zustand» der griechischen Finanzen in Bälde Massregeln zur Tilgung des Anlehens erwarte, welches nach dem Vertrage vom 14./26. Februar 1842 schon im Jahre 1848 hätte getilgt sein sollen.

Der Wortlaut der Note vom 11. September 1859 ist in der Anlage Nr. XIX mitgetheilt.

Der griechische Minister erwiderte einige Tage später, am 5./17. September 1859, dass er die Erklärung zur Kenntniss des Ministerrathes gebracht habe; dem Verlangen einer Rückzahlung setzte er die Bemerkung entgegen, dass die griechische Regierung nach Artikel XII Ziffer 6 des Vertrages von London vom 7. Mai 1832 verpflichtet sei, die ersten Einkünfte des Staates vor allem anderen für die jährliche Verzinsung und Tilgung des grossen Anlehens zu verwenden; über die Erfüllung dieser Verpflichtung seien in der jüngsten Zeit von den Schutzmächten Verhandlungen eröffnet



worden, vor deren Beendigung die griechische Regierung sich über die angesonnene Rückzahlung nicht aussprechen könne.

Der Wortlaut der Note vom 5./17. September 1859 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. XX mitgetheilt.

In mündlicher Verhandlung theilte Kunduriotis dem Grafen Hompesch mit, im Ministerrathe sei die Meinung ausgesprochen worden, «dass dem Könige Ludwig ein geschehenes Unrecht wieder gut zu machen wäre». Einen Erfolg haben diese beiden Mahnungen ebenso wenig gehabt wie andere Schritte, welche die bayerische Regierung in den Jahren 1850 bis 1860 unternahm.

Seine Majestät der König Ludwig I. hatte unmittelbar nach der Erwerbung der Forderung den Wunsch ausgesprochen, es möge in Athen durch diplomatische Verhandlungen dahin gewirkt werden, dass ein Zeitpunkt festgesetzt werde, von welchem an die laufenden Zinsen wieder gezahlt, die rückständigen Zinsen abgetragen, endlich das Capital selbst in Fristenzahlungen getilgt werden würde. Im Jahre 1852, als von der Absicht der griechischen Regierung verlautete, Verhandlungen mit den Schutzmächten über das grosse Anlehen anzuknüpfen und einen Plan zur Ordnung der Finanzen zu entwerfen, glaubte der bayerische Ministerresident in Athen Freiherr von Perglas den Augenblick gekommen, um einen amtlichen Schritt zu unternehmen. In einer Note an den griechischen Minister Païkos vom 8./20. Februar 1852 erinnerte er an die Erklärungen, welche dessen

Vorgänger im Amte, der Minister Kolokotronis in der Note vom 4. | 16. December 1848, der Minister Rhallis in der Note vom 20. März | 1. April 1849 abgegeben hätten. Jetzt zeige sich eine Gelegenheit, die damals ertheilten Zusicherungen dadurch zu verwirklichen, dass dem bayerischen Anlehen der gebührende Platz in dem neuen Finanzplan angewiesen werde.

Die Note des bayerischen Ministerresidenten Freiherrn von Perglas an den griechischen Minister Païkos vom 8. | 20. Februar 1852 ist in der Anlage Nr. XVIII abgedruckt.

Der griechische Finanzminister Christides erkannte in mündlicher Verhandlung mit dem Freiherrn von Perglas die «Wichtigkeit und Nothwendigkeit der Regulirung dieser Sache und wirklicher Zahlungsleistungen» unbedingt an;

so nach dem Berichte des bayerischen Ministerresidenten vom 29. April 1852;

gleichwohl ist nicht einmal eine amtliche Erwiderung der griechischen Regierung erfolgt. Der griechische Staatshaushalt befand sich damals, in Folge der seit mehreren Jahren missrathenen Korinthenenernte in trauriger Zerrüttung. Nach dem Ausbruch der orientalischen Krisis und so lange die Besetzung Griechenlands durch die Truppen der Westmächte dauerte, war an eine Regelung der Sache ebensowenig zu denken, obgleich im Jahre 1854 der griechische Finanzminister Provilengios dem bayerischen Ministerresidenten Freiherrn von Thüngen erklärte, dass es für Griechenland «Ehrensache» sei,

die «völlig begründete Forderung» Seiner Majestät des Königs Ludwig I. zu tilgen.

So nach dem Bericht des Freiherrn von Thüngen vom 18. Januar 1854.

Weitere Schritte wurden von der bayerischen Regierung erst nach dem Abzug der britischen und französischen Truppen unternommen, nachdem die Schutzmächte im Jahre 1857 eine Commission unter dem Vorsitz des britischen Gesandten am griechischen Hofe Sir Thomas Wyse gebildet hatten, um in Athen selbst die finanziellen Verhältnisse des griechischen Staates zu untersuchen. Die bayerische Regierung hielt es in diesem Augenblick für geboten, in London, Paris und St. Petersburg Verhandlungen anzuknüpfen. Der britische Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten Lord Malmesbury erklärte sich — in einer Note an den bayerischen Gesandten vom 16. November 1858 — gerne bereit nach dem Wunsche der bayerischen Regierung dahin zu wirken, dass die Forderung des Königs Ludwig in den Bericht der Commission aufgenommen werde; der französische und der russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Walewski und Fürst Gortschakoff glaubten — in mündlichen Verhandlungen mit den bayerischen Diplomaten — die Entscheidung dem freien Ermessen der Commission überlassen zu sollen, bei welchen die Forderung angemeldet werden möge. Die Commission nahm denn auch die Forderung des Königs Ludwig, welche von der griechischen Regierung selbst angezeigt worden war, in das Ver-

zeichniss der griechischen Schulden auf. Der Vorsitzende der Commission Sir Thomas Wyse erklärte dem bayerischen Ministerresidenten Grafen Hompesch, nachdem die Arbeiten mit dem Berichte vom 12. | 24. Mai 1859 abgeschlossen waren, «dass bei einigermaßen redlicher und vernünftiger Verwaltung der Einkünfte die griechische Regierung vollkommen im Stande sein würde, sämtlichen Verpflichtungen, wenn auch nicht im Ganzen, so doch theilweise nachzukommen»; er bezeichnete es als die Ansicht sämtlicher Mitglieder der Commission, «dass in der Forderungssache des Königs Ludwig die volle Zinsenzahlung sowie gewisse Procente zur Amortisirung des Capitals gefordert und geleistet werden können». In dem Berichte der Commission war die Summe von 900,000 Franken als das Minimum genannt, welches der griechische Staat Jahr für Jahr zur Verzinsung und Tilgung des grossen Anlehens beizutragen habe.

Am 21. October 1859 wurde der Bericht der Commission von den Gesandten der Schutzmächte der griechischen Regierung zur Berücksichtigung mitgetheilt. Damit war die Voraussetzung erfüllt, von welcher nach der oben erwähnten Erklärung des Ministers Kunduriotis eine Entscheidung des griechischen Staates über das bayerische Anlehen abhängen sollte. Wenige Monate später, am 14. | 26. Februar 1860, als die Antwort der griechischen Regierung auf die Forderung der Schutzmächte noch ausstand, richtete der bayerische Ministerresident Graf Hompesch eine neue Note an den griechischen Minister Zaïmis, worin er unter wieder-

holter Berufung auf die «Vertragstreue» der griechischen Regierung die baldige Rückzahlung der Schuld, einer «heiligen Schuld», an Seine Majestät den König Ludwig verlangte.

Der Wortlaut der Note vom 14. | 26. Februar 1860 ist in der Anlage Nr. XXI mitgeteilt.

Der griechische Minister Zaïmis begnügte sich jedoch am 26. Februar | 9. März 1860 zu erwidern, dass die griechische Regierung auch jetzt eine Entscheidung über das bayerische Anlehen nicht treffen könne, weil die Verhandlungen mit den Schutzmächten noch nicht zum Abschluss gekommen seien. In jedem Falle werde die griechische Regierung, sowie die Umstände eine Entscheidung gestatten würden, Massregeln ergreifen, um der gestellten Forderung gerecht zu werden.

Der Wortlaut der Note vom 26. Februar | 9. März 1860 ist nach dem Original, welches im Archiv des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern sich befindet, in der Anlage Nr. XXII mitgeteilt.

Nach Empfang dieser Note legte der bayerische Ministerresident Graf Hompesch am 28. Februar | 11. März 1860 amtliche Verwahrung dagegen ein, dass die griechische Regierung die Schuld an Seine Majestät den König Ludwig noch immer als Schuld aus dem bayerischen Anlehen bezeichne; er erhielt jedoch am 7. | 19. März 1860 von dem griechischen Minister Zaïmis die amtliche Erwidern, dass nach bekannten Rechtsgrundsätzen eine Forderung durch Abtretung an einen Dritten ihre rechtliche Natur nicht verändere, und dass

die griechische Regierung auch dem neuen Gläubiger gegenüber sich alle Einreden vorbehalte, welche sie dem bayerischen Staate hätte entgegensetzen können.

Die neuesten Schritte des bayerischen Ministerresidenten hatten zur Folge, dass in Athen durch königliche Entschliessung eine Commission eingesetzt wurde, um nach dem Beschluss des griechischen Nationalcongresses vom 16./28. März 1844 zu untersuchen, ob Forderungen an den bayerischen Staat rechtlich zu begründen seien. Die Commission bestand aus den Senatoren Christides und Provilengios, den Abgeordneten Platis und Kechajas, dem Vorsitzenden des Rechnungshofes Silivergos, dem Generalsecretär im Ministerium des Aeussern Delijannis, den Professoren der Universität Renieris und Potlis. Die bayerische Regierung beeilte sich, ihrem Vertreter in Athen die Thatsachen mitzutheilen, aus welchen sich ergibt, dass sie die Verpflichtungen aus dem Vertrage von London vom 7. Mai 1832 in genügendem Masse erfüllt habe.

Die Mittheilung erfolgte durch eine Ministerialentschliessung an den Grafen Hompesch vom 25. Juli 1860, welche in der Anlage Nr. XXIII abgedruckt ist.

Die Commission löste sich jedoch nach kurzer Zeit auf, ohne ihren Auftrag erledigt zu haben, da der Senator Christides sich weigerte, in die Commission einzutreten, Professor Potlis aber zum Justizminister ernannt wurde.

Die diplomatischen Verhandlungen mit der griechischen Regierung waren damit zu Ende. Seit Ausgang October 1862 war auch die diplomatische Verbindung zwischen Bayern und Griechenland abgebrochen.

FÜNFTER ABSCHNITT.

Der Uebergang der Rechte auf die durchlauchtigsten Erben weiland Seiner Majestät des Königs Ludwig I. von Bayern.

§ 14.

Der Erbvergleich zwischen Ihren Königlichen Hoheiten den Prinzen Luitpold und Adalbert von Bayern vom 19. Juni 1868 | 6. April 1869.

Am 29. Februar 1868 ist Seine Majestät der König Ludwig I. von Bayern mit Tod abgegangen. In seinem Testamente vom 21. Mai 1841 hatte der König den jeweiligen Thronfolger zu seinem Universalerben ernannt, zugleich aber verfügt, dass aus den angelegten Capitalien zwei nach Erstgeburtsrecht im Mannstamm zu vererbende Fideicommissen, das eine für die Linie Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold von Bayern, das andere für die Linie Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Adalbert von Bayern gebildet werden sollten. Weitere Bestimmungen über Bestandtheile und Vererbung beider Fideicommissen traf ein Codicill vom

29. December 1857; es enthielt insbesondere die Anordnung, dass die bis zum Todestage rückständigen Zinsen des Darlehens an Griechenland zu gleichen Theilen zu beiden Fideicommissen gehören sollten. Durch eine spätere Verfügung vom 20. Mai 1866 hatte aber der König, weil sein «Darlehen an Griechenland» nicht zurückbezahlt war, die ursprüngliche Verfügung dahin abgeändert, dass nur ein Fideicommiss für die Linie Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold von Bayern gebildet werden solle, welchem gewisse jährliche Leistungen an Seine Königliche Hoheit den Prinzen Adalbert von Bayern auferlegt wurden.

In Folge der getroffenen letztwilligen Verfügungen ist Seine Majestät der regierende König Ludwig II. von Bayern Universalerbe seines verewigten Grossvaters geworden. Zwischen Ihren Königlichen Hoheiten den Prinzen Luitpold und Adalbert von Bayern ist aber, da sich über die Rechtsbeständigkeit der abändernden letztwilligen Verfügung vom 20. Mai 1866 Zweifel erhoben hatten, am 19. Juni 1868 ein Erbvergleich abgeschlossen worden, welcher am 6. April 1869 mit Genehmigung und Zustimmung Seiner Majestät des Königs Ludwig II. von Bayern, sowie mit Zustimmung der sämtlichen durchlauchtigsten Agnaten des wittelsbachischen Königshauses förmlich beurkundet worden ist.

In dem Erbvergleiche vom 19. Juni 1868 ist unter Ziffer III wörtlich die folgende Vereinbarung enthalten:

«Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold überlassen Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Adalbert denjenigen Antheil, welchen Seine Königliche Hoheit Prinz

Luitpold für den Fall der Hinfälligkeit der letztwilligen Verfügungen Seiner Majestät des Königs Ludwig I. als Intestaterbe an die sogenannte griechische Schuld, das sind die Ansprüche des Rücklasses Seiner Majestät des Höchstseligen Königs an das Königreich Griechenland, haben würden, und versprechen, in Gemeinschaft mit Seinem Herrn Bruder, Prinz Adalbert, Königliche Hoheit, zu erwirken, dass auch von Seite der übrigen Intestaterben und des Testamentserben die gleiche Ueberlassung Höchstihrer Antheile vollzogen werde».

«Seine Königliche Hoheit der Prinz Adalbert von Bayern acceptiren diese Rechtsabtretung von Seite Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold und verpflichten Sich, für den Fall, dass gleiche Rechtsabtretung auch von Seite der übrigen Agnaten, Intestat- und Testaments-Erben erfolgen werde, sofort im Fideicommiss im Sinne der Beilage zum Testamente Seiner Majestät des höchstseligen Königs vom 21. Mai 1841 und des Codicills vom 29. December 1857 zu errichten, sobald diese Schuld ganz oder theilweise zur Heimzahlung gelangen sollte».

Weitere Bestimmungen über das in der Linie seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Adalbert von Bayern zu errichtende Fideicommiss sind in Ziffer II und V des Erbvergleichs vom 19. Juni 1868 enthalten.

Bei der Beurkundung des Erbvergleichs vom 6. April 1869 erklärte der Staatsminister des Königlichen Hauses und des Aeussern, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, als Vertreter Seiner Majestät des Königs Ludwig II. von Bayern, «dass Seine Majestät der

König dem vorstehenden Erbvergleiche vom 19. Juni 1868 Allerhöchst Ihre Zustimmung und Genehmigung ertheilen und auf die Allerhöchst Ihnen als Testaments- und Intestaterbe Seiner Majestät des Höchstseligen Königs Ludwig I. von Bayern zustehenden Rechte auf diejenige Summe, welche das Königreich Griechenland für die von Seiner Majestät dem Könige Ludwig I. diesem Staate gegebenen Darlehen an Capital und Zinsen schuldet, in Haupt- und Nebensache, nämlich sowohl bezüglich des Capitals von 1,233,333 Gulden 20 Kreuzer als der bereits rückständigen und noch weiterhin in Rückstand kommenden Zinsen zu Gunsten des nach Ziffer II, III und V des Erbvergleichs vom 19. Juni 1868 von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Adalbert oder Höchstdessen Rechtsnachfolgern zu fundirenden zweiten Fideicommisses verzichten».

In gleicher Weise erklärte der Bevollmächtigte Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Otto von Bayern, der k. Kämmerer und Major Joseph Keller Freiherr von Schleithem im Namen Seiner Königlichen Hoheit, «dass Höchstdieselben dem oben aufgeführten Erbvergleiche sowohl im Allgemeinen Höchst Ihren agnatischen Consens ertheilen, als auch auf Höchst- ihre eventuellen Intestaterbrechte bezüglich der mehrgedachten Darlehensschuld des Königreichs Griechenland an Seine Majestät den Höchstseligen König Ludwig I. von Bayern in Haupt- und Nebensache zu Gunsten des nach Ziffer II, III und V des Erbvergleichs vom 19. Juni 1868 von Seiner Königlichen Hoheit dem

Prinzen Adalbert oder Höchstdessen Successoren zu errichtenden Fideicommisses verzichten».

Ebenso erklärten die Vertreter der übrigen durchlachtigsten Agnaten und die Curatoren der zu erwartenden Nachkommenschaft «im Namen der von ihnen vertretenen durchlachtigsten Interessenten die Zustimmung zu dem obenstehenden zwischen Ihren Königlichen Hoheiten den Prinzen Luitpold und Adalbert abgeschlossenen und von Seiner Majestät dem Könige allergnädigst genehmigten Erbvergleiche».

In Folge dieser Erklärungen sind die Rechte weiland Seiner Majestät des Königs Ludwig I. von Bayern gegen den griechischen Staat ausschliesslich auf Seine Königliche Hoheit den Prinzen Adalbert von Bayern, nicht als freies Eigenthum, sondern als Bestandtheil eines nach dem Rechte der Erstgeburt im Mannstamm zu vererbenden Fideicommisses übergegangen.

§ 15.

Der gegenwärtige Gläubiger des griechischen Staates.

Als Bestandtheil eines nach dem Rechte der Erstgeburt im Mannstamm zu vererbenden Fideicommisses sind die Rechte gegen den griechischen Staat mit dem Tode Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Adalbert von Bayern am 21. September 1875 auf dessen ältesten Sohn Seine Königliche Hoheit den Prinzen Ludwig Ferdinand von Bayern übergegangen.

Um die Rechte des Gläubigers ausüben zu können, wird Seine Königliche Hoheit der Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern die griechische Regierung von dem Erwerbe der Forderung des bayerischen Staates durch Rechtsabtretung und Erbfolge unter Verweisung auf den Erbvergleich vom 19. Juni 1868 | 6. April 1869 zu benachrichtigen haben.

ZWEITER THEIL.

Die einzelnen Rechtsfragen.

ERSTER ABSCHNITT.

**Die rechtliche Natur der Forderung. Das
anzuwendende Recht. Die Mittel zur
Geltendmachung.**

Die Forderung aus den Darlehensverträgen, welche zwischen den Herrschern von Bayern und Griechenland in den Jahren 1835, 1836, 1837 abgeschlossen wurden, ist als eine Forderung von Staat gegen Staat begründet worden.

Der berechnigte Staat hat später, im Jahre 1849, alle Rechte aus den abgeschlossenen Verträgen an Seine Majestät den König Ludwig I. von Bayern abgetreten, welcher ehemals Herrscher, damals aber, nach dem Verzicht auf die Königskrone, Unterthan des regierenden Königs von Bayern war. Mit dem gesammten Vermögen des Cessionars sind auch die Rechte aus den abgeschlossenen Verträgen im Jahre 1868 durch Erbfolge an einen Souverän, an Seine Majestät den König Ludwig II. von Bayern gelangt. Von dem regierenden Herrn sind sie kurze Zeit später, im Jahre 1869, an einen Unterthan, an Seine Königliche Hoheit

den Prinzen Adalbert von Bayern abgetreten, von diesem endlich im Jahre 1875 kraft hausgesetzlicher Verfügung auf seinen erstgeborenen Sohn, auf Seine Königliche Hoheit den Prinzen Ludwig Ferdinand von Bayern vererbt worden.

Auf der anderen Seite ist in dem verpflichteten Staat im Jahre 1843 eine Aenderung der Verfassung und im Jahre 1863 ein Wechsel des Herrscherhauses eingetreten.

Es muss vor allem die Frage beantwortet werden, ob durch diese Wandelungen auf Seite des Gläubigers wie auf Seite des Schuldners an dem einmal begründeten Rechtsverhältniss etwas geändert worden ist.

§ 16.

Die Veränderungen auf Seite des Schuldners.

Nach einem allgemein anerkannten staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Grundsatz wird ein Staat weder durch eine Aenderung der Verfassung noch durch einen Wechsel des Herrscherhauses von den Schulden befreit, welcher ein rechtmässiger Herrscher nach der damals geltenden Verfassung für den Staat eingegangen hat. In diesem Sinne äussert sich bereits Vattel:

Le droit de gens liv. II chap. XIV §§ 215, 216.

«Dès qu'une puissance légitime contracte au nom de l'État, elle oblige la Nation elle-même, et par conséquent tous les conducteurs futurs de la société

les emprunts faits pour le service de l'État, les dettes créées dans l'administration des affaires publiques, sont des contrats de droit étroit, obligatoires pour l'État et la Nation entière. Rien ne peut la dispenser d'acquitter ces dettes-là. Dès qu'elles ont été contractées par une puissance légitime, le droit du créancier est inébranlable». In gleichem Sinn äussert sich Wheaton:

Elements of international law, part I chapt. II § 11.

«As to public debts . . . a mere change in the form of government, or in the person of the ruler, does not affect their obligation . . . The debts being contracted in the name of the State, by its authorized agents, for its public use, the nation continues liable for them, notwithstanding the change in its internal constitution. The new government succeeds to the fiscal rights, and is bound to fulfil the fiscal obligations of the former government. It becomes entitled to the public domain and other property of the State, and is bound to pay its debts previously contracted». In dem gleichen Sinn hat sich auch der griechische Justizminister Rhallis in den letzten Märztagen des Jahres 1849 gegen den bayerischen Ministerresidenten Freiherrn Pergler von Perglas ausgesprochen: «Le Ministère est d'avis, que la validité des traités, conclus par les gouvernements précédents selon les lois alors en vigueur ne saurait être contestée, et ce serait porter atteinte à la considération des chambres grecques, que de soupçonner, qu'elles pourraient jamais méconnaître ce principe. La chambre des députés n'a jamais exprimé de doute sur

la validité de la convention concernant l'emprunt de Bavière, et a même formellement reconnu ce principe ci-dessus, lorsqu'elle a eû à se prononcer sur l'emprunt Rothschild, en faisant porter au budget des dépenses le service de cet emprunt et au budget des recettes les paiements effectués par les puissances garantes pour le compte du gouvernement grec».

So nach dem Berichte des Ministerresidenten Freiherrn Pergler von Perglas vom 1. April 1849.

§ 17.

Die Veränderungen auf Seite des Gläubigers.

Es ist noch die andere Frage zu beantworten, ob der Uebergang der Forderung vom bayerischen Staate auf den ehemaligen Herrscher und späteren Unterthan des bayerischen Staates, von diesem auf den gegenwärtigen Herrscher und von diesem auf einen anderen Unterthan des bayerischen Staates und dessen Erben an dem bestehenden Rechtsverhältniss etwas geändert habe?

Die Beantwortung dieser Frage ist in doppelter Beziehung von Wichtigkeit, für das Recht, nach welchem die Forderung gegen den griechischen Fiscus beurtheilt werden soll, für die Mittel, welche zur Geltendmachung der Forderung angewendet werden können.

Es wird, insbesondere von französischen Gerichten, welche zu wiederholten Malen in derartigen Fällen angerufen worden sind, die Behauptung vertreten, dass

ein Vertragsverhältniss zwischen einem Staate und dem Unterthan eines anderen Staates ausschliesslich nach dem Rechte des vertragschliessenden Staates zu beurtheilen sei. Diese Behauptung wird aus dem Grundsatz von der wechselseitigen Unabhängigkeit der Staaten abgeleitet; kraft dieses Grundsatzes sei kein Staat in seinen Rechtsverhältnissen der Gesetzgebung eines anderen Staates unterworfen, es müsste denn sein, dass er sich freiwillig, durch ausdrückliche Vertragsbestimmung, der Gesetzgebung eines anderen Staates unterworfen habe.

So insbesondere ein vielbesprochenes Erkenntniss des Cassationshofes zu Paris vom 22. Januar 1849 in der Rechtssache eines französischen Gläubigers gegen die spanische Regierung: «Avec quelque personne qu'un État traite, cette personne, par le seul fait de l'engagement qu'elle contracte, se soumet aux lois, au mode de comptabilité et à la juridiction administrative ou judiciaire de cet État.» Das Erkenntniss vom 22. Januar 1849 ist veröffentlicht in der Sammlung von Sirey, vergl. Demangeat bei Foelix, traité de droit international privé 4^{ème} édition tom. I § 212 not. a pag. 418. In gleichem Sinne hat sich in neuerer Zeit, am 3. März 1876, die erste Civilkammer des Gerichtshofs der Seine in einer Rechtssache des Comptoir d'escompte und Genossen gegen die ottomanische Regierung ausgesprochen, Journal du droit international privé tom. III (1876) pag. 271.

Aus demselben Grundsatz von der wechselseitigen Unabhängigkeit der Staaten wird denn auch gefolgert, dass Verträge zwischen zwei Staaten, durch welche für das Vermögen der vertragschliessenden Staaten Rechte erworben und Verbindlichkeiten begründet werden, wie Kaufverträge, Schuldverträge u. s. w., weder nach dem Rechte des einen noch nach dem Rechte des

anderen Staates zu beurtheilen sind. Auf derartige Verträge seien vielmehr diejenigen Grundsätze anzuwenden, «welche sich, zumeist auf der Grundlage des römischen Rechtes, in dem Rechtssystem aller civilisirten christlichen europäischen Staaten gleichförmig entwickelt und behauptet haben», «mit Ausscheidung aller derjenigen Grundsätze, welche dem Privatrechte durch das innere Staatsinteresse eingepflanzt sind und z. B. die Formen der Rechtsgeschäfte betreffen.»

So August Wilhelm Heffter, das Europäische Völkerrecht der Gegenwart § 90 Ausgabe 6 S. 180 f., welcher jedoch eine «genauere Erörterung» darüber ablehnt, «wie sich in allen solchen Vertragsverhältnissen das Völkerrecht zum Privatrecht der Einzelstaaten verhalte».

Aus dem Grundsatz von der wechselseitigen Unabhängigkeit der Staaten muss aber auch gefolgert werden, dass bei derartigen Verträgen keiner der vertragschliessenden Staaten gezwungen werden kann, sich der Gerichtsbarkeit des anderen Staates zu unterwerfen, weder der verpflichtete Staat der Gerichtsbarkeit des berechtigten, noch der berechtigte Staat der Gerichtsbarkeit des verpflichteten. Der Satz, dass ein Staat auch in vermögensrechtlichen Angelegenheiten nicht gezwungen werden kann, sich der Gerichtsbarkeit eines anderen Staates zu unterwerfen, ist insbesondere von französischen Gerichten, aber auch von der englischen und belgischen Rechtspflege ausgesprochen und angewendet worden.

So insbesondere von dem Cassationshof zu Paris in dem bereits erwähnten Erkenntniss vom 22. Januar 1849, sowie gelegentlich

in einem neueren Erkenntniss vom 1. März 1875, *Journal du droit international privé* tom. III (1876) pag. 274. Aeltere Erkenntnisse französischer Gerichtshöfe, so insbesondere des Gerichtshofes zu Havre vom 25. Mai 1827 in einer Rechtssache gegen die Republik Haïti, des Gerichtshofes der Seine vom 2. Mai 1828 in einer Rechtssache gegen die spanische Regierung und in einer Rechtssache gegen die Republik Haïti, dann vom 16. April 1847 in einer Rechtssache gegen Mehemet Ali den Vicekönig von Aegypten, stellt zusammen Foelix, *traité du droit international privé* 4^{me} édition tom. I § 212 pag. 418, sowie Dalloz, *répertoire Vis Droit civil* num. 295 tom. XVIII pag. 105, vergl. dazu Phillimore, *commentaries upon international law*, 2. édition vol. II pag. 137—140, 608—625, welcher den Wortlaut der Erkenntnisse und Berichte über die Verhandlungen wiedergibt. Ein Erkenntniss des Appellhofes zu Paris vom 12. Januar 1856 in einer Rechtssache gegen den Bey von Tunis erwähnt Demangeat bei Foelix *traité du droit international privé* 4^{me} édition tom. I § 212 pag. 421. Neuere Erkenntnisse französischer Gerichtshöfe sind mitgetheilt von H. Becker, *emprunts d'États étrangers en France* (Paris 1874) pag. 103—105, sowie in *Journal du droit international privé* tom. I (1874) pag. 32, tom. III (1876) pag. 271, 274. Ueber die Rechtsprechung der englischen Gerichtshöfe vergl. Phillimore, *commentaries* 2. édition vol. II pag. 135—137, *Revue de droit international et de législation comparée* tom. VI (1874) pag. 617, *Journal du droit international privé* tom. II (1875) pag. 25; über die Rechtsprechung der belgischen Gerichtshöfe vergl. ein Erkenntniss des Appellhofes zu Brüssel vom 30. December 1840 und ein Erkenntniss des Gerichtshofes zu Antwerpen vom 11. November 1876, *Journal du droit international privé* tom. III (1876) pag. 329, 333, 339, 340.

Dem berechtigten Staate muss es demnach frei stehen, seine Rechte durch die Mittel des völkerrechtlichen Verkehres geltend zu machen. Es wird jedoch dem berechtigten Staat nicht verwehrt werden können, zur Geltendmachung seiner Rechte eine Klage bei den

Gerichten des verpflichteten Staates zu erheben, vorausgesetzt nur, dass der verpflichtete Staat nach seiner Gesetzgebung in vermögensrechtlichen Angelegenheiten vor seinen eigenen Gerichten Recht zu nehmen hat, und dass aus dem Vertragsverhältniss auch unter Privaten eine Klage erhoben werden könnte. Dass ein Staat vor den Gerichten eines anderen Staates als Kläger auftreten könne, ist in der englischen wie in der französischen Jurisprudenz anerkannt.

Vergl. für das englische Recht Phillimore, commentaries 2. edition vol. II pag. 143—147, sowie Westlake in der Revue de droit international et de législation comparée tom. VI pag. 616 suiv., für das französische Recht die Bemerkung von Demangeat bei Foelix, traité du droit international privé 4^{me} édition tom. I pag. 420, sowie H. Becker, emprunts d'États étrangers en France (Paris 1874) pag. 100 note 1, 2^{me} partie (Paris 1875) pag. 9 note 1.

Die oben bezeichnete doppelte Voraussetzung trifft aber in dem vorliegenden Falle zu. Denn das Rechtsverhältniss, welches durch die Verträge zwischen den Königreichen Bayern und Griechenland geschaffen wurde, ist ein Darlehensverhältniss; nach der griechischen Gesetzgebung aber gehört jeder privatrechtliche Anspruch über bereits erworbene Rechte, auch wenn er gegen den königlichen Fiskus gerichtet ist, zur Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte.

Artikel 1 des Gesetzes über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (πολιτική δικονομία) vom 2. 14. April 1834 bei 'Πάλλη Οι Έλληνικοί Κώδικες Ausgabe 4 Bd. I S. 225, in deutscher Sprache bei G. L. von Maurer, das griechische Volk Bd. III S. 623.

Es mag denn bemerkt werden, dass dasselbe, was von einem Staate gesagt worden ist, welcher gegen einen andern Staat Vermögensrechte geltend machen will, auch von einem Herrscher gelten muss, welcher gegen einen andern Staat Vermögensrechte erworben hat.

Steht jedoch der Unterthan eines andern Staates zu dem verpflichteten Staat in einem Vertragsverhältniss, so ist dem Berechtigten nur das eine Mittel einer gerichtlichen Geltendmachung seiner Rechte gegeben. Er wird sich darauf beschränken müssen, vor den Gerichten des verpflichteten Staates Recht zu suchen, selbst dann, wenn ein Gerichtsstand für den Schuldner in einem andern Staate nach dem Processrecht dieses Staates durch Arrestschlag oder auf anderem Wege begründet werden könnte. Er wird auch bei den Gerichten des verpflichteten Staates nur dann Recht suchen können, wenn der verpflichtete Staat nach seiner Gesetzgebung in vermögensrechtlichen Angelegenheiten vor seinen eigenen Gerichten Recht zu nehmen hat. Der Berechtigte kann allerdings die diplomatische Verwendung seiner eigenen Regierung anrufen; es steht jedoch lediglich in deren Ermessen, ob sie und wie weit sie den Unterthan bei der Geltendmachung seiner Rechte unterstützen will, welche derselbe ohne ihre Betheiligung durch Vertrag mit dem verpflichteten Staate erworben hat.

Vergleiche Phillimore, commentaries 2. edition vol. II pag. 8.

Nach der Erörterung der allgemeinen Grundsätze

des internationalen und des öffentlichen Rechts ist nunmehr die Frage zu beantworten, ob in dem vorliegenden Falle die Grundsätze anzuwenden seien, welche für Vertragsverhältnisse zwischen Staaten, oder die Grundsätze, welche für Vertragsverhältnisse zwischen einem Staat und dem Unterthan eines anderen Staates gelten. Diese Frage wird in dem ersteren Sinn zu entscheiden sein. Denn ein Vertrag ist nur zwischen dem bayerischen und dem griechischen Staate geschlossen worden; mit den durchlauchtigsten Rechtsnachfolgern des bayerischen Staates hat sich der griechische Staat niemals in eine Vereinbarung eingelassen. Auch dadurch, dass die griechische Regierung von der Abtretung der Rechte des bayerischen Staates an Seine Majestät den König Ludwig I. von Bayern Kenntniss genommen hat, ist dieselbe in kein Vertragsverhältniss zu Seiner Majestät dem König Ludwig I. von Bayern getreten. Ausdrücklich hat der griechische Minister Zaimis in einer schon erwähnten Note an den bayerischen Ministerresidenten Grafen Hompesch vom 7. | 19. März 1860 bemerkt, dass die griechische Regierung sich damit begnügt habe, von der Abtretung der Rechte des bayerischen Staates an Seine Majestät den König Ludwig I. von Bayern Kenntniss zu nehmen, dass sie aber keine Erklärung abgegeben habe, wodurch eine Novation des Schuldverhältnisses hätte bewirkt werden können; zutreffend hatte er den bayerischen Ministerresidenten darauf verwiesen, dass nach den Grundsätzen des Rechts eine Forderung durch Abtretung an einen Dritten nicht ihre

rechtliche Natur ändert, sondern nur die Person des Gläubigers wechselt.

D'après les principes de droit, une créance cédée par un tiers ne change pas, en vertu de la cession, son caractère et son nom originaux, mais seulement la personne du créancier.

Der griechische Minister Zaïmis wiederholte mit diesen Worten nur dasjenige, was zehn Jahre früher, am 15. Juli 1850 der bayerische Minister von der Pfordten dem griechischen Gesandten Schinas geschrieben hatte, «dass durch die Uebereinkunft zwischen Seiner Majestät dem Könige Ludwig und der bayerischen Staatsregierung an den staats- und völkerrechtlichen Verhältnissen des bayerischen Darlehens eine Aenderung nicht vorgenommen worden sei».

Anlage Nr. XVII.

Demgemäss ist die Forderung gegen den griechischen Fiscus ohne Rücksicht auf die Person des gegenwärtigen Gläubigers und deren staatsrechtliche Eigenschaft nach den Grundsätzen zu beurtheilen, welche für Vertragsverhältnisse zwischen Staaten gelten. Sie unterliegt somit nicht dem griechischen, aber auch nicht dem bayerischen Recht, sondern lediglich denjenigen Grundsätzen, welche sich in dem Rechtssystem aller civilisirten christlichen europäischen Staaten, zumeist auf der Grundlage des römischen Rechts gleichförmig ausgebildet und behauptet haben. Dies könnte im vorliegenden Fall insbesondere für die Verjährung, aber auch für den Zinsenlauf von Wichtigkeit werden. Selbst-

verständlich wird sich der griechische Staat der Forderung um so weniger entziehen können, wenn es sich zeigen sollte, dass er den Rechtsbestand der Schuld auch nach seiner eigenen Gesetzgebung nicht bestreiten könnte.

Zur Geltendmachung der Forderung stehen Mittel doppelter Art, völkerrechtlicher und privatrechtlicher Art zu Gebote. Die Geltendmachung der Forderung auf diplomatischem Wege kann nur von dem bayerischen Staate ausgehen, welcher durch Vertrag die Rechte gegen den griechischen Fiscus erworben hat. Der bayerische Staat wird sich jedoch, da der diplomatische Verkehr zwischen Bayern und Griechenland seit dem October 1862 abgebrochen ist, der Vermittelung der deutschen Reichsbehörden bedienen müssen. Der bayerische Staat ist nicht nur berechtigt dazu, die Forderung auf diplomatischem Wege geltend zu machen, er ist auch verpflichtet dazu; denn bei Abtretung der Rechte des bayerischen Staates an Seine Majestät den König Ludwig I. von Bayern sind von dem Staatsministerium des königlichen Hauses und des Aeussern mit ausdrücklicher Genehmigung des regierenden Königs Maximilian II. «die bündigsten Zusicherungen» erteilt worden, «fortwährend und eifrig bei der königlich griechischen Regierung die Erfüllung ihrer Verbindlichkeit, sowohl was Abtragung des Capitals als Zahlung der Zinsen anbelangt, auf diplomatischem Wege betreiben zu wollen». Eine gerichtliche Klage dagegen kann nur der gegenwärtige Gläubiger erheben, somit, so lange dem griechischen Staate von dem Erbver-

gleich vom 19. Juni 1868 | 6. April 1869 keine Kenntniss gegeben worden ist, Seine Majestät der König Ludwig II. von Bayern unter Vorlage des Testamentes weiland Seiner Majestät des Königs Ludwig I. von Bayern; wenn dem griechischen Staate Kenntniss gegeben wird, Seine Königliche Hoheit der Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern unter Vorlage des Erbvergleichs. Der Gläubiger, welcher bei einem griechischen Gerichte Klage erhebt, wird jedoch erwarten müssen, dass das griechische Gericht den Rechtsbestand der Forderung nach griechischem Rechte beurtheilt. Auch um deswillen wird es nothwendig sein, bei der Erörterung jeder einzelnen Rechtsfrage das in Griechenland geltende Recht heranzuziehen. Zur gerichtlichen Verfolgung seiner Rechte steht aber dem Gläubiger im vorliegenden Falle eine doppelte Klage zu Gebot, die persönliche Klage aus der Darlehensschuld, die dingliche Klage aus dem Pfandrecht.

Welcher Weg nun auch zur Geltendmachung der Forderung beschritten werden mag, so wird erwartet werden dürfen, dass der griechische Fiscus einredeweise die theilweise oder auch die völlige Erlöschung der Verbindlichkeit behaupten wird. Soweit diese Einreden nach der Lage der Acten vor auszusehen sind, sollen sie in den folgenden Abschnitten besprochen werden.

ZWEITER ABSCHNITT.

Die Einrede der Compensation.

Seit dem Beschluss des griechischen Nationalcongresses vom 16. | 28. März 1844 haben die griechischen Minister in mündlichen Verhandlungen mit den diplomatischen Vertretern der bayerischen Regierung wiederholt davon gesprochen, dass vermögensrechtliche Ansprüche gegen den bayerischen Staat erhoben werden könnten, um die Forderung des bayerischen Staates durch eine Gegenrechnung zu tilgen. Eine amtliche Andeutung in diesem Sinne ist nur von einem griechischen Minister dem Cultusminister Zaïmis, welcher interimistisch auch das Ministerium des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten verwaltete, im Jahre 1860, in der letzten Note gemacht worden, welche in Sachen des bayerischen Anlehens von der griechischen Regierung ausgegangen ist. In der schon erwähnten amtlichen Note vom 7. | 19. März 1860 erinnerte der Minister Zaïmis den bayerischen Ministerresidenten Grafen Hompesch an den Rechtsgrundsatz,

dass eine Forderung durch Abtretung an einen Dritten nicht ihre rechtliche Natur, sondern lediglich die Person des Gläubigers wechsele. Die griechische Regierung habe von der Abtretung der Forderung an den König Ludwig von Bayern Kenntniss genommen; sie habe aber keine Erklärung abgegeben, aus welcher eine Novation der Forderung und in weiterer Folge ein Verzicht auf irgend welche Einwendungen gegen den ursprünglichen Gläubiger abgeleitet werden könnte. Sie behalte alle Einreden, welche der bayerischen Regierung entgegenstehen würden, auch gegen Seine Majestät den König Ludwig von Bayern ausdrücklich vor.

Der Rechtsgrundsatz, an welchen der griechische Minister den bayerischen Ministerresidenten erinnerte, ist nicht zu bestreiten. Er greift nicht nur gegen den Cessionar des ursprünglichen Gläubigers, sondern auch gegen jeden Rechtsnachfolger des Cessionars durch. Es fragt sich somit lediglich, ob Forderungen des griechischen Staates gegen den bayerischen Staat rechtlich zu begründen sind? Da die griechische Regierung derartige Forderungen niemals bezeichnet, noch viel weniger begründet hat, so ist die Untersuchung lediglich auf den Beschluss des griechischen Nationalcongresses vom 16. | 28. März 1844 angewiesen.

§ 18.

**Der Vertrag zwischen Bayern und Griechenland
vom 1. November 1832.**

Nach dem Beschlusse des griechischen Nationalcongresses vom 16. | 28. März 1844 sollten die Forderungen des griechischen Staates an den bayerischen Staat nicht abgeleitet werden aus einem Vertrage, welcher zwischen diesen beiden Königreichen abgeschlossen worden ist. Der Beschluss des Nationalcongresses vermied es insbesondere, auf den Freundschafts- und Bündnissvertrag zurückzugreifen, welcher zwischen den beiden Kronen am 1. November 1832, wenige Monate nach der Erhebung des Prinzen Otto von Bayern auf den griechischen Königsthron errichtet worden war.

Der Wortlaut des Vertrages vom 1. November 1832 in Verbindung mit der Ratification Seiner Majestät des Königs von Bayern vom 9. December 1832 ist veröffentlicht im Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern 1833 S. 17—29, in griechischer Uebersetzung bei *Πάλλη, Οι Έλληνικοί Κώδικες* Ausgabe 4 Band IV S. 384 ff.

In diesem Vertrage waren allerdings Bestimmungen darüber enthalten, welche Leistungen der bayerische Staat dem jungen Königreiche zu machen habe; es waren aber ebenso Bestimmungen darüber getroffen worden, welche Leistungen der griechische Staat zu übernehmen habe. Für eine erschöpfende rechnerische Auseinandersetzung zwischen den beiden Staatskassen sind diese Bestimmungen unentbehrlich; sie sind aber

ihrem Inhalte nach nicht dazu geeignet, Forderungen der griechischen Staatskasse an die bayerische Staatskasse zu begründen, sondern vielmehr dazu, Forderungen der griechischen Staatskasse an die bayerische Staatskasse abzuweisen. Nach Artikel VIII des Vertrages sollte das von Seiner Majestät dem Könige von Bayern nach Griechenland zu entsendende Hülfs-corps «seine Gagen und Löhnungen gemäss den für den Kriegsfuss bestehenden Anordnungen und Einrichtungen des bayerischen Heeres für Rechnung der königlich bayerischen Kriegskasse fortbeziehen»; es sollte jedoch der letzteren «dafür, nach vorgängig gepflogener Liquidation und Abrechnung von der königlich griechischen Regierung nach Massgabe der diessfalls am 1. November 1832 getroffenen besonderen Vereinbarung vollständige Vergütung geleistet werden». Der Artikel VIII fügte hinzu: «Während ihres Aufenthaltes in Griechenland werden die bayerischen Truppen nach oben erwähnter Uebereinkunft Quartier und Verpflegung auf Kosten der dortigen königlichen Regierung erhalten». «Ingleichen» sollten nach Artikel IX des Vertrages «alle und jede auf die Mobilisirung, den Marsch und die Verpflegung, sowohl auf bayerischem als auf fremdem Gebiete, dann auf die Einschiffung und Ueberfahrt gedachter Truppen und des sie begleitenden Kriegs- und Ausrüstungsmaterials erlaufenden Kosten und Ausgaben von der Regierung Seiner Majestät des Königs von Griechenland bestritten, respective vergütet werden». «Dasselbe gilt — so fährt der Artikel IX des Vertrages fort — hinsichtlich der im Laufe der nächsten

zwei Jahre aus Bayern nach Griechenland abzusenden-
den Ergänzungsmannschaften, sowie in Ansehung der
einstigen Rückkehr der bayerischen Hülfsstruppen; alles
dieses nach den Bestimmungen des » am gleichen Tage
— 1. November 1832 — «hierüber abgeschlossenen
Nebenvertrages».

Der besondere Vertrag zwischen Bayern und Griechenland über
die Entsendung eines bayerischen Truppencorps vom 1. No-
vember 1832 ist in griechischer Uebersetzung abgedruckt bei
'Ράλλη, Οι Έλληνικοὶ Κώδικες Ausgabe 4 Band IV S. 398—413.

Auf diese vertragsmässigen Bestimmungen konnte die
bayerische Regierung sich berufen, wenn von der grie-
chischen Regierung irgend ein Versuch gemacht werden
wollte, die auf die bayerischen Hülfsstruppen erwach-
senen Auslagen zurückzufordern, Auslagen, welche von
der griechischen Regierung in der Uebersicht über die
Einnahmen und Ausgaben des griechischen Staates,
wie sie am 18.30. Mai 1845 der Kammer der Abgeord-
neten vorgelegt worden war, auf 4,748,050. 2 Drachmen
veranschlagt worden sind.

§ 19.

Der Vertrag zwischen Bayern und den Schutzmächten Griechenlands
vom 7. Mai 1832.

Wenn in dem Beschlusse der griechischen Natio-
nalversammlung vermieden war, auf die bestehenden
Verträge zwischen den Königreichen Bayern und
Griechenland zurückzugreifen, so sollte doch der Ver-

such gemacht werden, Forderungen an die bayerische Staatskasse aus den diplomatischen Verhandlungen abzuleiten, welche zwischen dem bayerischen Hofe und den Regierungen von Frankreich, Grossbritannien und Russland über die Errichtung des griechischen Königsthrones gepflogen worden waren. Auch in dieser Beziehung war es von der griechischen Nationalversammlung vermieden worden, auf eine bestimmte Erklärung des bayerischen Hofes hinzuweisen. Es war nicht Bezug genommen worden auf irgend einen Artikel des Vertrages vom 7. Mai 1832, in welchem das Ergebniss der Verhandlungen zwischen der Conferenz von London und dem Könige von Bayern zusammengefasst war; es war ebensowenig eine bestimmte Note des bayerischen Gesandten an die Conferenz von London oder irgend eine andere amtliche Erklärung als die Quelle der griechischen Ansprüche genannt. Es war lediglich die Aufforderung an die griechische Regierung gerichtet, zu untersuchen, ob sich nicht aus dem amtlichen Schriftenwechsel zwischen dem bayerischen Hofe und der Conferenz von London Ansprüche gegen die bayerische Staatskasse ableiten liessen.

Vergleiche den Wortlaut des Beschlusses oben § 10 S. 78.

Wollte nun der Versuch gemacht werden, aus den Verhandlungen, welche dem Vertrage von London vom 7. Mai 1832 vorausgingen, Forderungen der griechischen Staatskasse an die bayerische Staatskasse abzuleiten, so würde ein doppelter Einwand entgegen-

gesetzt werden können. Der eine ist formeller, der andere materieller Art. Ein jeder würde für sich allein genügen, um den Versuch rechtlich zurückzuweisen.

I. Der formelle Einwand wird dahin gefasst werden können, dass durch die Verhandlungen zwischen dem Könige von Bayern und den Herrschern von Frankreich, Grossbritannien und Russland allerdings Ansprüche gegen den bayerischen Staat, aber nicht Ansprüche des griechischen Staates begründet worden sind.

Aus den Grundsätzen, welche für die völkerrechtlichen Verträge ebenso wie für die privatrechtlichen Verträge angenommen sind, ergibt sich, dass durch den Vertrag vom 7. Mai 1832 die vertragschliessenden Theile wechselseitig Rechte erworben und Pflichten übernommen haben. Vertragschliessende Theile waren aber, wie der Eingang des Vertrages vom 7. Mai 1832 besagt, «Seine Majestät der König von Bayern einerseits, Ihre Majestäten der König der Franzosen, der König des vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland und der Kaiser aller Reussen andererseits.»

Es könnte die Frage aufgeworfen werden, ob «Seine Majestät der König von Bayern» den Vertrag lediglich in seiner Eigenschaft als Haupt des bayerischen Hauses oder zugleich in seiner Eigenschaft als Herrscher des bayerischen Staates abgeschlossen habe? Denn es ist im Eingange wie im Artikel II des Vertrages ausdrücklich gesagt, dass Seine Majestät der König von Bayern «handelnd in seiner Eigenschaft als Vormund» «im Namen seines noch minderjährigen Sohnes» die griechische Krone für den Prinzen Otto

von Bayern annehme. Indessen wird die aufgeworfene Frage in dem zweiten, ausgedehnteren Sinne entschieden werden müssen. Denn es ergibt sich aus dem übrigen Inhalt des Vertrages, insbesondere aus den Artikeln XIV und XV, dass durch denselben Verpflichtungen übernommen worden sind, welche nur von dem Herrscher des bayerischen Staates übernommen werden konnten, wie die Verpflichtung, die Anwerbung eines griechischen Truppencorps in Bayern zu gestatten, die Verpflichtung, bayerische Officiere zur Organisirung der griechischen Heeresmacht abzugeben; es wird daraus gefolgert werden müssen, dass Seine Majestät der König von Bayern den Vertrag nicht nur in seiner Eigenschaft als Haupt des bayerischen Hauses, sondern auch in seiner Eigenschaft als Herrscher des bayerischen Staates zu schliessen beabsichtigt und abgeschlossen habe. Die Bemerkung, dass Seine Majestät der König von Bayern «in seiner Eigenschaft als Vormund» «im Namen seines noch minderjährigen Sohnes» «handle», bezieht sich, wie auch der Wortlaut ergibt, nur auf diejenige vertragsmässige Erklärung, welche nur von dem Vormund und im Namen des Prinzen Otto von Bayern abgegeben werden konnte. Immerhin, auch wenn man anerkennt, dass der König von Bayern den Vertrag in doppelter Eigenschaft abgeschlossen hat, könnte man die weitere Frage aufwerfen, ob er die Zusagen in Artikel XI des Vertrages in der einen oder in der anderen Eigenschaft gegeben habe. Indessen wird man auch diese Frage dahin entscheiden müssen, dass auch diese Zusicherungen ebenso

wie jene in den Artikeln XIV und XV des Vertrages von dem Monarchen des bayerischen Staates ausgesprochen worden sind. Der Artikel XI enthält die Zusicherung, dass «der Prinz Otto von Bayern in dem ungeschmälernten Genuss seiner bayerischen Apanage verbleiben» solle. Dass diese Zusicherung von dem Herrscher des Staates abgegeben worden ist und nur von diesem abgegeben werden konnte, ergibt sich aus den Bestimmungen des königlichen Familienstatuts vom 6. August 1819 Titel VI §§ 1 und 3, wonach die Apanagen der nachgeborenen Prinzen auch damals schon ebenso wie nach Artikel VII des Gesetzes vom 1. Juli 1834 über die Festsetzung einer permanenten Civilliste von dem Könige auf die Staatskasse angewiesen wurden. Der Artikel XI enthält die weitere Zusicherung, dass der König von Bayern, «soweit es in seiner Macht stehe, die Stellung des Prinzen Otto in Griechenland erleichtern» werde. Die Tragweite dieser Zusicherung ergibt sich aus den Erklärungen, welche der Bevollmächtigte Seiner Majestät des Königs von Bayern, der ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister August Freiherr von Cetto den Schutzmächten Griechenlands auf der Conferenz zu London abzugeben ermächtigt war und abgegeben hat.

Die Erklärungen sind als Beilage A dem Protokoll Nr. 44 der Conferenz von London vom 26. April 1832 beigelegt und stimmen durchaus mit den Instructionen überein, welche der König von Bayern am 1. März 1832 seinem Bevollmächtigten ertheilt hatte; *Protocols of Conferences held in London relative to the affairs of Greece 1832 pag. 58-62.*

Die Erklärungen des bayerischen Bevollmächtigten sind in engem Anschluss an die von dem Könige erlassenen Instructionen unter verschiedenen Ueberschriften vertheilt. Unter der Ueberschrift «Apanage des Prinzen Otto» war gesagt: der König sei bereit, alles anzuwenden, was in seinen Kräften stehe, um die Mächte in dem edlen Unternehmen einer Wiederaufrichtung Griechenlands zu unterstützen. «Es ist wahr, dass seine grossmüthigen Absichten durch seine Pflichten beschränkt sind, und dass er nicht im Stande ist, ausserordentliche Opfer zu bringen, da er während der Zwischenzeit, welche die regelmässigen Versammlungen der Landstände scheidet, über keine Summe im Voranschlag des Staatshaushaltes verfügen kann, welche nicht im voraus ihre besondere Bestimmung erhalten hat; allein Seine Majestät der König wird den Prinzen Otto seinen Sohn im Genuss seiner Apanage belassen; er wird seine Stellung in Griechenland dadurch erleichtern, dass er ihm Geschäftsmänner aus der Zahl seiner Beamten beigibt, welchen er Urlaub bewilligen und den Gehalt aus der Staatskasse belassen wird; er wird ihn endlich dadurch unterstützen, dass er ihm unter den gleichen Bedingungen eine kleine Pflanzschule von Officieren verschafft und sich die Freiheit vorbehält, bei der Ausführung seines Unternehmens durch alle zu seiner Verfügung stehenden Mittel mitzuwirken». Einige weitere Erklärungen waren unter der Ueberschrift «Regentschaftsrath» und «Gefolge des Prinzen» gegeben. Der König, so war gesagt, werde die Mitglieder des Regentschaftsrathes aus seinen hohen Würdenträgern

wählen und denselben während ihres Aufenthaltes in Griechenland bis zur Volljährigkeit seines vielgeliebten Sohnes den gegenwärtigen Gehalt belassen und beschränkten Urlaub bewilligen mit dem Rechte in ihre dermaligen Aemter wieder einzutreten. Ebenso habe der König die Absicht, zu gestatten, dass in das Gefolge des Prinzen Persönlichkeiten aus dem bayerischen Offiziercorps aufgenommen werden, dazu befähigt, den Stamm der griechischen Heeresmacht auszubilden. Er werde diesen Officiern beschränkten Urlaub bewilligen, den Gehalt belassen und das Recht der Rückkehr nach Bayern vorbehalten, wenn deren Dienste in Griechenland nicht mehr erforderlich seien. Er werde überdies andern Officiern gestatten, den Prinzen seinen Sohn als Freiwillige zu begleiten; er glaube damit genügende Mittel zur Organisirung der Armee anzubieten. Dies werde zugleich den griechischen Staatsschatz erheblich erleichtern, indem es dem Staate erfahrene Officiere zur Verfügung stelle, welche ausgestattet mit den Mitteln einer unabhängigen Existenz, demselben nicht zur Last fallen würden. Es bedarf keiner Ausführung, dass derartige Zusicherungen nur von dem Herrscher des bayerischen Staates gegeben werden konnten. Auf Grund der Erklärungen des bayerischen Bevollmächtigten hatten aber die Vertreter der Schutzmächte in ihren Gegenvorschlägen die Bestimmungen entworfen, welche wörtlich in den Artikel XI wie in den Artikel XV des Vertrages vom 7. Mai 1832 aufgenommen worden sind.

Vergl. die Beilagen B und F zu dem erwähnten Protokoll Nr. 44 der Conferenz von London vom 26. April 1832, *Protocols of Conferences held in London 1832* pag. 62—65, 68—72.

Es wird daher angenommen werden müssen, dass durch den Artikel XI, ebenso wie durch die Artikel XIV und XV des Vertrages vom 7. Mai 1832 Verpflichtungen für den bayerischen Staat durch den Herrscher desselben begründet worden sind, allerdings nur, wie der Artikel XI besagt, «soweit es in seiner Macht steht», d. h., wie sich aus den Erklärungen des bayerischen Bevollmächtigten ergibt, soweit der König ohne die Mitwirkung der Landstände über die Mittel des Staates zu verfügen berechtigt war.

Allein auch in diesem beschränkten Umfang sind die Verpflichtungen lediglich denjenigen Mächten gegenüber eingegangen worden, welche mit Seiner Majestät dem Könige von Bayern den Vertrag vom 7. Mai 1832 abgeschlossen haben, das sind die Schutzmächte Griechenlands, Frankreich, Grossbritannien, Russland. Der griechische Staat hat an dem Vertrag vom 7. Mai 1832 keinen Theil genommen. Er ist weder ursprünglich vertragschliessender Theil gewesen, noch ist er später dem Verträge als vertragschliessender Theil beigetreten.

Allerdings haben die drei Höfe im Eingang des Vertrages erklärt, dass sie den Entschluss, die Krone des neuen griechischen Staates dem Prinzen Otto von Bayern anzubieten, gefasst hätten «in Ausübung der Gewalt, welche ihnen von dem griechischen Volke übertragen worden sei, einen Herrscher für das zu

einem unabhängigen Staate erhobene Griechenland zu wählen». Sie beriefen sich, als sie am 13. Februar 1832 in London sich zu dem Beschlusse vereinigten, mit dem Könige von Bayern in Unterhandlung zu treten, auf eine Erklärung des griechischen Senates vom 23. Juli | 4. August 1830 und auf eine Note der griechischen Regierung vom folgenden Tage 24. Juli | 5. August 1830, wodurch der Präsident Graf Johann Capodistrias jene Erklärung den Residenten der drei Mächte in Griechenland mitgetheilt hatte.

Beide Schriftstücke sind als Beilagen F und G dem Protokoll Nr. 35 der Conferenz von London vom 17. November 1830, als Beilagen A und B dem Protokoll Nr. 39 derselben Conferenz vom 13. Februar 1832 angefügt, *Protocols of Conferences held in London 1832* pag. 42, 43, 51, 52. In griechischem Wortlaut mit französischer Uebersetzung ist die Erklärung des Senates vom 23. Juli | 4. August 1832 abgedruckt bei *Ῥάλλη, Οἱ Ἑλληνοὶ Κώδικες* Ausgabe 4 Band IV S. 169—175.

Allein diese beiden Schriftstücke enthalten weder der Form noch dem Inhalt nach eine Vollmacht von Staat zu Staat, am wenigsten eine Vollmacht zum Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrages. Der Senat erklärte in überaus vorsichtiger Wendung, er könne über die Ernennung eines Souveräns eine Meinung nur aussprechen, indem er sich auf die Wünsche des griechischen Volkes stütze; er betrachte die Wahl eines Fürsten unter demselben Gesichtspunkt wie das Volk und wünsche sie mit demselben Feuer, mit welchem die Nation wünschen müsse, was ihr Glück und ihre Wiederherstellung bewirken könne; er erwarte mit

unbeschränktem Vertrauen in die Gerechtigkeit und Weisheit der Schutzmächte deren endgiltige Entschliessungen wie heilsame Fügungen der Vorsehung, indem er aus ihren bisherigen Wohlthaten für Griechenland einen Schluss auf diejenigen ziehe, welche sie demselben für die Zukunft sichern würden. Die Note der griechischen Regierung aber wiederholte lediglich die Versicherung, dass die Nation mit tiefem Danke die Wahl eines Fürsten erfahren werde, welchem die verbündeten Höfe die Durchführung ihrer grossmüthigen Absichten zu Gunsten Griechenlands anvertrauen würden. Die beiden Schriftstücke sprechen demnach nichts anderes aus, als die Ansicht, dass die Nation die Wahl eines Fürsten durch die Schutzmächte wünsche, und die Erwartung, dass sie die getroffene Wahl gutheissen werde. Sie vermeiden mit sichtlicher Sorgfalt jeden Ausdruck, der als eine rechtlich bindende Erklärung, als eine im voraus gegebene Zustimmung zu der getroffenen Wahl hätte ausgelegt werden können. Aber auch dann, wenn die Worte so gewählt worden wären, dass sie als eine rechtlich bindende Erklärung hätten ausgelegt werden können, — was die Grossmächte, wie es scheint wirklich angenommen haben, — würden sie doch immer nur die Zustimmung des Volkes zur Wahl eines Herrschers, nicht aber die Ertheilung einer Vollmacht zum Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrages enthalten. Die Erklärung wäre auch in diesem Falle nur ein staatsrechtlicher, nicht ein völkerrechtlicher Act. Das Gleiche muss auch von dem Beschlusse des griechischen Nationalcongresses von Pronia

vom 27. Juli | 8. August 1832 gesagt werden, wodurch die Erhebung des Prinzen Otto von Bayern auf den griechischen Königsthron «anerkannt» und «bestätigt» worden ist.

Der Wortlaut dieses Beschlusses mit französischer Uebersetzung ist abgedruckt bei *Ῥάλλη, Οι Ἑλληνικοὶ Κώδικες*, Ausgabe 4 Bd. IV S. 205—207.

Ueberdies wäre es auch rechtlich unmöglich gewesen, dass der griechische Staat bei dem Vertrage vom 7. Mai 1832 als vertragschliessender Theil mitwirkte. Denn nachdem in den beiden ersten Artikeln des Vertrages erklärt war, dass die erbliche Souveränität über Griechenland dem Prinzen Friedrich Otto von Bayern angeboten und im Namen dieses Prinzen von dessen Vormund angenommen worden sei, hätte ein völkerrechtlicher Vertrag für den griechischen Staat, sei es mit den Schutzmächten, sei es mit dem Könige von Bayern, nur von dem neuen Souverän oder von dessen rechtlichen Vertretern abgeschlossen werden können. Zu einer Vertretung des neuen Herrschers von Griechenland gegenüber dem Könige von Bayern waren aber die Schutzmächte nicht berechtigt. Aber auch der König von Bayern, obwohl Vormund des Prinzen, war nicht Vertreter des griechischen Königs, abgesehen davon, dass er in dieser Eigenschaft doch nicht mit sich selbst hätte einen Vertrag schliessen können. Die Ausübung der Souveränitätsrechte über Griechenland sollte vielmehr nach Artikel X des Vertrages vom 7. Mai 1832 durch die dem minderjährigen Könige beizugebende Regentschaft geschehen, die aber

im Augenblick des Vertragsschlusses noch nicht eingesetzt war. War aber der griechische Staat bei dem Vertrage vom 7. Mai 1832 nicht vertragschliessender Theil, so hat er aus diesem Vertrage ebensowenig als aus den vorausgehenden diplomatischen Verhandlungen Rechte erwerben können.

Was aber die Schutzmächte von Seiner Majestät dem Könige von Bayern ausbedungen haben, das haben sie sich aus politischen, nicht aus vermögensrechtlichen Interessen versprechen lassen. Sie haben daher auch nur politische, nicht vermögensrechtliche Ansprüche gegen den bayerischen Staat erworben. Der griechische Staat würde daher vermögensrechtliche Ansprüche gegen den bayerischen Staat auch nicht durch eine Abtretung von Seite der Schutzmächte erwerben können.

II. Würde aber auch der griechische Staat aus dem Vertrage vom 7. Mai 1832 und den vorausgegangenen diplomatischen Verhandlungen oder durch eine Abtretung von Seite der Schutzmächte vermögensrechtliche Ansprüche gegen den bayerischen Staat erworben haben, so würden dieselben gleichwohl nicht dazu verwendet werden können, um die Schuld des griechischen Staates an den bayerischen Staat und dessen erlauchten Cessionar durch eine Gegenrechnung zu tilgen. Denn die Verpflichtungen, welche Seine Majestät der König von Bayern in seiner Eigenschaft als Monarch durch den Vertrag vom 7. Mai 1832 übernommen hat, sind von demselben in ausreichendem Masse erfüllt worden. Einem Versuche, der von

griechischer Seite gemacht werden wollte, zum Zwecke der Compensation Gegenforderungen aufzustellen, würde daher nicht nur ein formeller, sondern auch ein materieller Einwand, die Replik der Erfüllung entgegenzusetzen werden können.

Um diese Replik zu begründen, ist zunächst der Inhalt des Vertrages vom 7. Mai 1832 festzustellen und sodann mit demselben dasjenige zu vergleichen, was Seine Majestät der König von Bayern an Leistungen gegenüber dem griechischen Staate erbracht hat.

Die Verpflichtungen, welche Seine Majestät der König von Bayern durch den Vertrag vom 7. Mai 1832 übernommen hat, beschränken sich auf folgende Punkte:

1) Verpflichtung, dem Könige von Griechenland die Mittel zur Anwerbung eines Truppencorps in Bayern zu erleichtern, «welches durch den griechischen Staat bewaffnet, ausgerüstet und bezahlt werden soll», «qui sera armé, équipé et soldé par l'État Grec»; Artikel XIV des Vertrages. Es ist klar, dass damit nur eine politische, nicht eine finanzielle Verpflichtung für den bayerischen Staat übernommen worden war. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung ist noch in dem gleichen Jahre, am 1. November 1832, zwischen Seiner Majestät dem Könige von Bayern und Seiner Majestät dem Könige von Griechenland ein besonderer Vertrag abgeschlossen worden.

Der Wortlaut dieses Vertrages vom 1. November 1832 in Verbindung mit der Ratification Seiner Majestät des Königs von Bayern vom 9. December 1832 ist veröffentlicht im Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern 1833 S. 713—730, in grie-

chischer Uebersetzung bei *Πάλλα, Οι Έλληνικοί Κώδικες* Ausgabe 4 Band IV S. 389—398. Im Regierungsblatt für das Königreich Bayern S. 731 f. befindet sich ein Patent des k. bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 14. Juni 1833, die Werbung eines griechischen Truppencorps betreffend. Vergl. dazu die Bekanntmachungen des k. griechischen Obersten und Werbecommissärs Wilhelm von Lesuire vom 15. Juni und 20. October 1833, welche dem Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern 1833 Nr. 29 und Nr. 38 als Anlagen beigegeben sind.

Auch dieser Vertrag ist durch seinen Inhalt nicht geeignet, finanzielle Verpflichtungen des bayerischen Staates, wohl aber finanzielle Verpflichtungen des griechischen Staates zu begründen.

2) Verpflichtung, dem Könige von Griechenland die Mittel zu erleichtern, «um die Mitwirkung einer gewissen Anzahl bayerischer Officiere zu erlangen, welche in Griechenland eine nationale Heeresmacht organisiren werden»; Artikel XV des Vertrages. Was der König von Bayern zu dem Ende thun wolle, hatte der bayerische Bevollmächtigte in der Erklärung gesagt, welche er nach den von seinem Monarchen erhaltenen Instructionen der Conferenz von London abgegeben hatte.

Vergl. die schon erwähnte Beilage A zu dem Protokoll Nr. 44 der Conferenz von London vom 26. April 1832 unter der Ueberschrift «Communication faite à la Conférence par le Plénipotentiaire Bavarois», *Protocols of Conferences held in London 1832* pag. 58—62.

Der König von Bayern werde — so war unter der Ueberschrift «Apanage des Prinzen Otto» gesagt — den Prinzen dadurch unterstützen, dass er ihm eine

kleine Pflanzschule von Officieren verschaffe, welchen er Urlaub bewilligen und den Gehalt aus der Staatskasse belassen werde. Und unter der Ueberschrift «Gefolge des Prinzen» war hinzugefügt, der König habe die Absicht, zu gestatten, dass in das Gefolge des Prinzen Persönlichkeiten aus dem bayerischen Officiercorps aufgenommen würden, dazu befähigt, den Stamm der griechischen Heeresmacht auszubilden. Er werde diesen Officieren beschränkten Urlaub bewilligen, den Gehalt belassen und das Recht der Rückkehr nach Bayern vorbehalten, wenn deren Dienste in Griechenland nicht mehr erforderlich seien. Er werde überdies andern Officieren gestatten, den Prinzen seinen Sohn als Freiwillige zu begleiten; er glaube damit genügende Mittel zur Organisirung der Armee anzubieten. Dies werde zugleich, — so war die Wirkung der ausgesprochenen Zusagen beschrieben, — den griechischen Staatsschatz erheblich erleichtern, indem es dem Staate erfahrene Officiere zur Verfügung stelle, welche ausgestattet mit den Mitteln einer unabhängigen Existenz demselben nicht zur Last fallen würden. Dass die Zusicherung des Königs, bayerischen Officieren erlauben zu wollen, dass sie den Prinzen seinen Sohn als Freiwillige begleiten dürften, nur eine politische, nicht eine finanzielle Verpflichtung begründete, ergibt sich von selbst. Dagegen wurde durch die zweimal wiederholte Zusicherung des Königs, bayerische Officiere unter Fortbezug des Gehalts und mit beschränktem Urlaub nach Griechenland zu entsenden, für den bayerischen Staat allerdings eine finanzielle Verpflichtung insoweit

übernommen, als der bayerische Staatsschatz den Gehalt auch für die Zeit auszuzahlen hatte, in welcher die Officiere nicht dem bayerischen, sondern dem griechischen Staate dienten. Diese Verpflichtung ist aber von dem bayerischen Staate in ausreichendem Maasse erfüllt worden. Nach einem von der königlich bayerischen Militärrechnungskammer an das königliche Kriegsministerium erstatteten Bericht vom 28. Juni 1860 waren in den Jahren 1832 bis 1837 mehrere Officiere mit Bezügen, andere in den Jahren 1832 bis 1841 als Freiwillige ohne Bezüge nach Griechenland beurlaubt. Der Inhalt dieses Berichtes ist durch eine Entschliessung des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern vom 25. Juli 1860 dem bayerischen Ministerresidenten in Athen zu geeignetem Gebrauche in den Verhandlungen mit der griechischen Regierung mitgetheilt worden.

Der Wortlaut der Entschliessung vom 25. Juli 1860 ist in der Anlage Nr. XXIII abgedruckt.

3) Verpflichtung, den Prinzen Otto von Bayern in dem ungeschmälerten Genuss seiner bayerischen Apagne zu belassen; Artikel XI des Vertrages. Es ist klar, dass aus dieser Zusicherung die griechische Staatskasse keine Rechte ableiten konnte. Es ist aber auch bekannt, dass diese Zusicherung vollständig erfüllt worden ist.

4) Verpflichtung des Königs von Bayern, soweit es in seiner Macht stehe, die Stellung des Prinzen Otto in Griechenland zu erleichtern, bis zu dem Zeit

punkte, wo das Einkommen der Krone dort ausgemittelt sein würde; Artikel XI des Vertrages. Was damit zugesichert werden wollte, hatte der bayerische Bevollmächtigte in derselben bereits oben erwähnten Erklärung angedeutet, welche er nach den von seinem Monarchen erhaltenen Instructionen der Conferenz von London abgegeben hatte.

Vergl. die schon erwähnte Beilage A zu dem Protokoll Nr. 44 der Conferenz von London vom 26. April 1832, *Protocols of Conferences held in London 1832* pag. 58—62.

Ausdrücklich war von dem bayerischen Bevollmächtigten gesagt worden, dass die grossmüthigen Absichten seines Herrschers durch dessen Pflichten beschränkt seien, dass sein Monarch nicht im Stande sei, ausserordentliche Opfer zu bringen, da er während der Zwischenzeit, welche die regelmässigen Versammlungen der Landstände scheide, über keine Summe im Voranschlag des Staatshaushaltes verfügen könne, welche nicht im voraus ihre besondere Bestimmung erhalten haben. Ausdrücklich war somit jede Verpflichtung abgelehnt, aus welcher sich eine Belastung des Staatsschatzes hätte ergeben können. Zugesichert war nur — unter der Ueberschrift «Apanage des Prinzen Otto», — dass der König von Bayern dem Prinzen Otto seinem Sohne Geschäftsmänner aus der Zahl seiner Beamten begeben werde, welchen er Urlaub bewilligen und den Gehalt aus der Staatskasse belassen wolle. Zugesichert war ferner — unter der Ueberschrift «Regentschaftsrath», — dass der König von Bayern die Mitglieder des

Regentschaftsrathes aus seinen hohen Würdenträgern wählen und denselben während ihres Aufenthaltes in Griechenland bis zur Volljährigkeit des Prinzen Otto seines Sohnes den gegenwärtigen Gehalt belassen und beschränkten Urlaub mit dem Rechte des Wiedereintritts in ihre dermaligen Aemter bewilligen werde. Diese Zusicherungen sind von Seiner Majestät dem Könige von Bayern erfüllt worden, wie sich aus den Thatsachen ergibt, welche durch die erwähnte Entschliessung des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern vom 25. Juli 1860

Anlage Nr. XXIII.

dem bayerischen Ministerresidenten in Athen mitgetheilt worden sind.

Nach alledem wird gesagt werden müssen: Die Einrede der Compensation konnte weder dem bayerischen Staate selbst, noch kann sie dem durchlauchtigsten Rechtsnachfolger des bayerischen Staates entgegengesetzt werden. An der Zuverlässigkeit dieses Ergebnisses wird um so weniger gezweifelt werden dürfen, als es bisher weder den griechischen Kammern noch der griechischen Regierung noch der Commission, welche zu dem Ende im Jahre 1860 von der griechischen Regierung eingesetzt wurde, gelungen ist, Forderungen des griechischen Staatsschatzes an den bayerischen Staatschatz auszumitteln.

DRITTER ABSCHNITT.

Die Einrede des Vergleichs.

§ 20.

Der Vertrag zwischen dem griechischen Staat und den Erben weiland
Seiner Majestät des Königs Otto von Griechenland.

Am 26. Juli 1867 ist Seine Majestät der König Otto von Griechenland zu Bamberg mit Tod abgegangen. In einer letztwilligen Verfügung vom 24. Mai | 5. Juni 1867 hatte er seiner Gemahlin der Königin Amalie von Griechenland die lebenslängliche Nutznutzung und den lebenslänglichen Gebrauch an seinem gesammten beweglichen und unbeweglichen Vermögen vermacht. Als Intestaterben waren in den Nachlass berufen der damals noch lebende Vater Seine Majestät der König Ludwig I. von Bayern, die beiden lebenden Brüder Ihre Königlichen Hoheiten die Prinzen Luitpold und Adalbert von Bayern, endlich die beiden Söhne des verstorbenen Bruders weiland Seiner

Majestät des Königs Maximilian II. von Bayern, nämlich Seine Majestät der regierende König Ludwig II. und Seine Königliche Hoheit der Prinz Otto von Bayern. Die beiden noch lebenden Schwestern und die Töchter einer verstorbenen Schwester waren nach Titel V § 3 des königlichen Familienstatuts vom 5. August 1819 von der Erbschaft ausgeschlossen.

Der Haupttheil des hinterlassenen Vermögens bestand aus Entschädigungsforderungen an die griechische Staatskasse. Die bedeutendste dieser Forderungen war dadurch entstanden, dass das königliche Schloss in Athen, welches König Otto aus seinen eigenen Mitteln erbaut hatte, im Jahre 1863 als Eigenthum des griechischen Staates erklärt worden war. Andere Forderungen waren erwachsen aus den Verwendungen für die Anlegung des Schlossgartens nebst Küchengarten, für die Vergrößerung und Verbesserung der Hofstallgebäude, für die Erbauung der Hofapotheke, für die auf dem sogenannten Ruff'schen Gute aufgeführten Gebäulichkeiten, für den Ankauf dreier Theaterlogen aus der Cabinetskasse. Ueberdies hatte die Civilliste von der griechischen Staatskasse rückständige Beträge für die Monate September und October 1862 und Rückerstattung von Auslagen zu fordern, welche sie für Rechnung des Cultusministeriums gemacht hatte. Weitere Forderungen wurden erhoben für die in Folge der Revolution von 1862 aus dem Hofstalle genommenen Pferde, Reitequipagen und sonstigen Gegenstände, sowie für den aus der Beschlagnahme und Nutzniessung des Gutes Heptalophos von 1862 bis 1863 erwachsenen

Schaden. Es waren im Ganzen zehn verschiedene Forderungen in den Instructionen aufgezählt, welche Ihre Majestät die Königin Amalie dem Bevollmächtigten ertheilte, den sie im Februar 1868 zu Verhandlungen mit der griechischen Regierung nach Athen entsandte. Von den Entschädigungsgeldern sollte der Bevollmächtigte zugleich die gesetzlichen Verzugszinsen verlangen. Weitere Verwendungen, welche aus der Cabinetskasse bestritten worden waren, für die Erbauung des polygonen Saales, für den Küchen- und Kellerbau, für den Ankauf und den Umbau des an das Palais zu Nauplia anstossenden Hauses, für die im Jahre 1857/58 vorgenommene Reparatur dieses Palais sollte der Bevollmächtigte in den Unterhandlungen erwähnen, ohne auf deren Rückerstattung mit Nachdruck zu bestehen.

Am 6./18. Juni 1868 gelang es dem Bevollmächtigten der Königin Amalie, J. Wening, mit dem griechischen Finanzminister Eustathios A. Simos als Vertreter der griechischen Staatskasse in Athen einen Vertrag abzuschliessen.

Der Vertrag zwischen der griechischen Regierung und den Erben weiland Seiner Majestät des Königs Otto vom 6. Juni 1868, in griechischer Sprache abgeschlossen, ist abgedruckt bei *Ῥάλλη, Οἱ Ἑλληνικοὶ Κώδικες* Auflage 4 Band IV S. 653 f.

Ihre Majestät die Königin Amalie handelte bei dem Abschluss, wie der Eingang des Vertrages ausdrücklich besagt, «in ihrem eigenen Namen als Vermächtnissnehmerin» «und zugleich im Auftrage der Erben weiland des Königs Otto, nämlich Seiner Majestät des Königs Ludwig II. von Bayern, Ihrer Königlichen

Hoheiten der Prinzen Otto, Luitpold und Adalbert von Bayern, wie die beigebrachten Vollmachten ausweisen, die richtig befunden und dem gegenwärtigen Vertrage beigelegt wurden». Einer der Miterben, Seine Majestät der König Ludwig I. von Bayern, war in der Zwischenzeit, nachdem er die Erbschaft seines Sohnes des Königs Otto angetreten hatte, am 29. Februar 1868 zu Nizza verstorben; seine sämtlichen Vermögensrechte waren auf Seine Majestät den regierenden König Ludwig II. von Bayern als Testamentserben übergegangen. Im Artikel I des Vertrages vom 6. 8. Juni 1868 wurde nun «nach beiderseitiger Uebereinkunft der Contrahenten» «der Betrag von 4,500,000 Drachmen als Werth *sämmtlicher* Ansprüche anerkannt, welche die genannten Erben und Vermächtnissnehmer *in dieser ihrer Eigenschaft* an die griechische Staatskasse haben für Ausgaben behufs der Erbauung des Schlosses zu Athen und der Anlegung der Schlossgärten, behufs Erbauung der königlichen Apotheke (nunmehr Kriegsministerium), sowie der Hofstallgebäude, ferner für Wegnahme von Mobilien und Beschädigung von Grundstücken, für einen rückständigen Theil der Civilliste *und auf Grund jedes anderen Anspruches, welchen die Genannten als Erben und Vermächtnissnehmer des Königs Otto an die griechische Staatskasse haben oder haben können*». Dem entsprechend lauteten auch die Vollmachtssurkunden, welche von Seiner Majestät dem Könige Ludwig II. von Bayern, Ihren Königlichen Hoheiten den Prinzen Otto, Luitpold und Adalbert von Bayern ausgestellt worden waren, dahin, dass Ihrer Majestät der

Königin Wittve Amalie von Griechenland die Vollmacht erteilt werde, einen «*Vergleich*» mit der königlich griechischen Regierung «*über alle Ansprüche abzuschliessen*», welche der Vollmachtgeber «*als Erbe weiland Seiner Majestät des Königs Otto von Griechenland an den griechischen Fiscus*» habe. Die griechische Regierung hatte ausdrücklich darauf bestanden, dass diese Erklärung mit diesen Worten in die Vollmachtsurkunden aufgenommen werde.

Nach dem Wortlaut des Vertrags und der Vollmachtsurkunden besteht kein Zweifel, dass die erlauchten Vollmachtgeber durch den Abschluss des Vertrags, indem sie mit der ausgeworfenen Entschädigung sich begnügten, auf alle Ansprüche verzichtet haben, welche sie als Erben weiland des Königs Otto von Griechenland aus irgend einem Titel gegen den griechischen Fiscus haben konnten, mochten diese Ansprüche im Verträge genannt sein oder nicht genannt sein. Es fragt sich nur, ob durch diesen Verzicht auch diejenigen Ansprüche gegen den griechischen Fiscus aufgegeben worden seien, welche bisher Seiner Majestät dem Könige Ludwig I. von Bayern zugestanden hatten und nach dem Tode dieses Monarchen auf einen der erlauchten Vollmachtgeber, auf Seine Majestät den König Ludwig II. von Bayern übergegangen waren. Diese Frage wird nach dem Wortlaut des Vertrags und der Vollmachtsurkunden wie nach den Verhandlungen, welche dem Abschluss des Vertrags vorausgegangen sind, verneint werden müssen.

Nach dem Wortlaut der Vollmachtsurkunden hat ein jeder der erlauchten Vollmachtgeber Ihrer Majestät der Königin Amalie Vollmacht zum Abschluss eines Vergleichs «über alle Ansprüche» ertheilt, welche der Vollmachtgeber *«als Erbe weiland Seiner Majestät des Königs Otto von Griechenland»* an den griechischen Fiscus habe, keineswegs aber Vollmacht zum Abschluss eines Vergleichs über alle Ansprüche, welche der Vollmachtgeber überhaupt an den griechischen Fiscus habe. In dem Vertrage selbst ist die Beschränkung, welche der Vollmacht beigelegt ist, mit augenfälliger Sorgfalt zwei Mal im ersten Artikel wiederholt. Zwei Mal ist gesagt, dass der Betrag von 4,500,000 Drachmen als Werth sämtlicher Ansprüche anerkannt worden sei, *«welche die genannten Erben in dieser ihrer Eigenschaft an die griechische Staatskasse haben»*, für einzelne ausdrücklich genannte Verwendungen, Beschädigungen, Rückstände «und auf Grund jedes anderen Anspruches, welchen die Genannten *als Erben des Königs Otto* an die griechische Staatskasse haben oder haben können». Nun sind aber die Ansprüche an die griechische Staatskasse, welche Seine Majestät der König Ludwig I. von Bayern von dem bayerischen Staate erworben hat, niemals Ansprüche weiland des Königs Otto von Griechenland gewesen. Es wurden daher die Ansprüche, welche der Erbe des Königs Ludwig I. von Bayern an die griechische Staatskasse zu erheben hatte, durch den Verzicht nicht berührt, welchen die Erben des Königs Otto von Griechenland *«in dieser ihrer Eigenschaft»* ausgesprochen haben.

Dass durch einen Vergleich über einen von mehreren vermögensrechtlichen Ansprüchen der Rechtsbestand der übrigen vermögensrechtlichen Ansprüche nicht berührt werde, ist im römischen wie im griechischen Rechte ausdrücklich gesagt. So findet sich im römischen Rechte der Ausspruch: Wenn in einem Vergleich über ein bestimmtes Rechtsverhältniss die Bestimmung aufgenommen wurde, «es werde nichts weiter gefordert werden», so soll gleichwohl die Klage aus anderen etwa obwaltenden Rechtsverhältnissen unberührt bleiben, selbst dann, wenn in dem Vergleiche nicht ausdrücklich gesagt war, «es werde aus diesem Grunde nichts weiter gefordert werden».

C. 31 Cod. de transactionibus 2, 4: Si de certa re pacto transactionis interposito hoc comprehensum erat «nihil amplius peti», etsi non additum fuerat «eo nomine», de ceteris quaestionibus integra permaneat actio.

Genau derselbe Ausspruch findet sich auch im griechischen Recht; er ist nicht nur in den Basiliken,

Basilicorum lib. XI tit. II c. 48 in der Ausgabe von Car. Guilielm. Ern. Heimbach, Basilicorum libri LX tom. I pag. 714,

sondern auch im Rechtsbuche des Harmenopoulos wiederholt.

Ὁ περὶ μιᾶς αἰτίας ἐνάγων καὶ διαλυόμενος, εἰ καὶ ῥητῶς ἐπαγάγοι, μὴδὲν πλέον ἀπαιτεῖν, καὶ μὴδὲ προσθήσει τὸ ταύτης ἔνεκεν τῆς αἰτίας, ὅμως ἐρρώμενος ἔχει τὰς ἕξ ἄλλων αἰτιῶν ἁρμοζούσας αὐτῷ κατ' ἐκείνου, πρὸς ὃν διελύσατο, ἀγωγὰς· τί γὰρ ὅτι περὶ παρακαταθήκης διελύσατο, εἶχε δὲ περὶ δανείου ἀγωγὴν; lib. I tit. X § 18 in der Ausgabe von G. E. Heimbach, Const. Harmenopuli manuale legum sive hexabiblos pag. 136.

Eine ausgedehntere Wirkung des Vergleichs würde nur dann behauptet werden können, wenn das gesammte Rechtsverhältniss anders gelagert wäre, als daselbe nach den Verträgen zwischen den Königreichen Bayern und Griechenland gelagert und von den sämtlichen Beteiligten, von der griechischen wie von der bayerischen Regierung aufgefasst worden ist. Setzen wir einen Augenblick den Fall, der bayerische Staat habe in den Jahren 1835 bis 1837 die Gelder nicht dem griechischen Staate, sondern Seiner Majestät dem König Otto von Griechenland persönlich vorgeschossen, Seine Majestät der König Otto von Griechenland aber habe die erhaltenen Summen darlehensweise der griechischen Staatskasse vorgestreckt. In diesem Falle würde eine doppelte Darlehensforderung zu unterscheiden sein: eine Darlehensforderung des bayerischen Staates an Seine Majestät den König Otto von Griechenland, welche später durch Abtretung an Seine Majestät den König Ludwig I. von Bayern übergegangen wäre, und eine Darlehensforderung Seiner Majestät des Königs Otto von Griechenland an die griechische Staatskasse. Diese letztere Forderung wäre durch den Vergleich, welchen die Erben weiland des Königs Otto von Griechenland am 6. 18. Juni 1868 mit dem griechischen Fiscus abgeschlossen haben, gegen die bedungene Entschädigung aufgegeben worden. Die rechtlichen Schicksale, welche die erstere Forderung dadurch erlitten hätte, dass Seine Majestät der König Ludwig I. von Bayern als Miterbe seinen Sohn den König Otto von Griechenland und dass weiterhin

ein anderer Miterbe, Seine Majestät der König Ludwig II. von Bayern als Testamentserbe seinen Grossvater den König Ludwig den I. von Bayern beerbt, dass endlich Seine Majestät der König Ludwig II. von Bayern seine Rechte an einen dritten Miterben weiland des Königs Otto von Griechenland, an den Prinzen Adalbert von Bayern abgetreten hat, sind an dieser Stelle nicht zu untersuchen. Die ganze Rechtsauffassung, wie sie hier für einen Augenblick gesetzt worden ist, entbehrt aber jeder Begründung. Denn es ergibt sich, wie bereits an einer früheren Stelle

vergl. oben § 4 S. 43—45

gezeigt worden ist, aus dem Wortlaut der Verträge, welche in den Jahren 1835 bis 1837 zwischen Seiner Majestät dem König von Bayern und Seiner Majestät dem König von Griechenland abgeschlossen worden sind, wie aus dem Wortlaut der Schuldurkunde, welche von Seiner Majestät dem König von Griechenland am 16./28. Februar 1837 ausgestellt worden ist, dass der bayerische Staat die Gelder nicht dem Könige von Griechenland persönlich, sondern dem griechischen Staate darlehensweise vorgestreckt hat. Damit fällt aber die einzige Voraussetzung, unter welcher eine ausgedehntere Wirkung des Vergleichs vom 6./18. Juni 1868 behauptet werden könnte.

In den Verhandlungen, welche der Unterzeichnung des Vergleichs vom 6./18. Juni 1868 vorausgegangen sind, ist die Tragweite der Verzichtsclausel im ersten Artikel des abzuschliessenden Vertrags und in den

auszustellenden Vollmachtsurkunden wiederholt zur Erörterung gekommen. Seine Majestät der König Ludwig II. von Bayern und die übrigen Erben weiland des Königs Otto von Griechenland haben die Ertheilung der Vollmacht und den Abschluss des Vertrags erst dann genehmigt, als der damalige Justizminister von Lutz in einem Gutachten vom 24. Mai 1868 dargelegt hatte, dass aus der Verzichtsclausel, so wie sie lautet, ein Verzicht auf Ansprüche gegen den griechischen Staat, welche aus der Verlassenschaft weiland Seiner Majestät des Königs Ludwig I. von Bayern herrühren, von einem unbefangenen urtheilenden Richter nicht gefolgert werden könne. An demselben Tage war in dem bayerischen Ministerium des königlichen Hauses und des Aeussern ein Telegramm aus Athen von dem Bevollmächtigten Ihrer Majestät der Königin Amalie dem Secretär J. Wening eingetroffen, welches besagte, der Vertrag enthalte weder einen Verzicht auf dynastische Rechte noch auf das bayerische Anlehen, sondern lediglich ein Arrangement über die Reclamationen der Erben König Ottos gegen den griechischen Fiskus. Und in einem späteren Schreiben an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeussern, Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst aus Rastede bei Oldenburg vom 7. Juli 1868 berichtete ebenderselbe Bevollmächtigte über den Abschluss des Vertrages: «Noch erlaube ich mir hinsichtlich des Passus im Artikel 1 des Vertrages: «und auf Grund jedes anderen Anspruches, welchen die Genannten als Erben u. s. w. des Königs

Otto an die griechische Staatskasse haben oder haben können» erläuternd Einiges zu berichten. Es fanden bei Gelegenheit der Redaction des Vertrages im Finanzministerium Besprechungen hierüber in Gegenwart der Herrn Oikonomides (Rechtsrath des Ministeriums) und Balanos (Advocat und Anwalt Ihrer Majestät der Königin Amalie) statt. Von der Cabinetskasse des höchstseligen Königs Otto waren nämlich noch einige Ausgaben bestritten worden, auf Grund welcher, wenn auch nicht mit besonderem Erfolge, ebenfalls Forderungen an die griechische Regierung hätten gestellt werden können. Von diesen Ausgaben war in meinem ausführlichen Exposé an das griechische Finanzministerium vom 7. | 19. März, welches ich auf Grund meiner von dem königlichen Staatsministerium unterm 4. Februar gutgeheissenen Instruktionen eingereicht hatte, Erwähnung gethan. Diese Ausgaben wurden bestritten für Erbauung des polygonen Saales (den Kammern als Sitzungssaal im Jahre 1843 überlassen, im Jahre 1850 abgebrannt), ferner behufs Ankaufs und Umbaus eines an das Schlösschen zu Nauplia anstossenden Hauses und behufs der im Jahre 1857/58 vorgenommenen Reparaturen dieses Schlösschens. Im Artikel I sind nun alle Ansprüche, für welche Entschädigung vereinbart wurde, einzeln und namentlich aufgezählt; die Worte: «jedes anderen Anspruches, welchen die Erben haben können» beziehen sich auf die obigen aus der Cabinetskasse bestrittenen Ausgaben».

Auch anderwärts wurde dieselbe Rechtsauffassung getheilt. Wenigstens berichtete der bayerische Ge-

sandte am russischen Hofe Graf Tauffkirchen dem Staatsminister Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst am 24. Mai | 5. Juni 1868: «Die russische Regierung würde einen solchen Versuch» — aus der Vollmacht einen Verzicht auf alle weiteren Ansprüche abzuleiten — «als illoyal und den Vorverhandlungen widersprechend entschieden bekämpfen».

Es kann daher dem durchlauchtigsten Gläubiger des griechischen Staates auch die Einrede des Vergleichs nicht entgegengesetzt werden.

VIERTER ABSCHNITT.

Die Einrede der Verjährung.

Seit dem 18. | 30. November 1843, an welchem Tage die nächstfällige Zahlung von Capital und Zinsen hätte erfolgen sollen, ist ein Zeitraum von mehr denn 36 Jahren, seit dem 18. | 30. November 1848, an welchem Tage die letzte Zahlung von Capital und Zinsen hätte erfolgen sollen, ist ein Zeitraum von mehr denn 31 Jahren verflossen. Es drängt sich die Frage auf, ob nicht die Forderung des bayerischen Staates und das zur Sicherung der Forderung dienende Pfandrecht durch Verjährung getilgt oder doch eine gerichtliche Klage durch Verjährung ausgeschlossen sei?

Allerdings könnte dagegen gefragt werden, ob diese Frage in dem vorliegenden Fall, in welchem ein Vertragsverhältniss zwischen Staaten begründet worden ist, überhaupt aufgeworfen werden dürfe. Denn die Verjährung ist ein Institut des positiven Rechts: Vertragsverhältnisse unter Staaten sollen aber, wie angenommen wird, weder ausschliesslich nach der Gesetzgebung des einen noch ausschliesslich nach der

Gesetzgebung des anderen Staates, sondern lediglich nach denjenigen allgemeinen Rechtsgrundsätzen beurtheilt werden, «welche sich, zumeist auf der Grundlage des römischen Rechtes, in dem Rechtssystem aller civilisirten christlichen europäischen Staaten gleichförmig entwickelt und behauptet haben.»

So August Wilhelm Heffter an der schon ein Mal erwähnten Stelle, das Europäische Völkerrecht § 90 Ausgabe 6 S. 181.

Immerhin, auch wenn man zugeben wollte, dass Vertragsverhältnisse zwischen Staaten der Verjährung ebenso unterworfen sind, wie Vertragsverhältnisse zwischen Unterthanen,

vergl. auch die Bemerkung von Weathon, elements of international law, second edition by Lawrence, London 1863 pag. 303,

würde man die Behauptung aufstellen können, dass die Verjährung in einem derartigen Falle lediglich nach den allgemein anerkannten und festgehaltenen Grundsätzen der römischen Verjährungslehre, nicht aber nach der Verjährungsgesetzgebung des einen oder des andern Staates zu beurtheilen sei. Indessen kann die Erörterung dieser Fragen umgangen werden, wenn es sich zeigen sollte, dass in dem vorliegenden Falle die Verjährung auch dann nicht eingetreten wäre, wenn das Vertragsverhältniss zwischen griechischen Unterthanen oder doch zwischen dem griechischen Staate auf der einen Seite, einem Unterthan des griechischen oder eines anderen Staates auf der anderen Seite begründet worden wäre.

Wirft man die weitere Frage auf, nach welchem Rechte in dem vorliegenden Falle, vorausgesetzt, dass das Vertragsverhältniss überhaupt der Verjährung unterworfen ist, der Eintritt der Verjährung zu beurtheilen sei, so wird man diese Frage für die Verjährung der beiden Klagen, welche dem Gläubiger zu Gebote stehen, für die Verjährung der Pfandklage ebenso wie für die Verjährung der Darlehensklage zu beantworten haben. Die Verjährung der einen wie der anderen Klage wird aber im vorliegenden Falle nach griechischem Rechte zu beurtheilen sein. Die Verjährung der Pfandklage wird nach griechischem Recht zu beurtheilen sein, weil die verpfändeten Rechte, nämlich die Einkünfte des griechischen Staates, dem griechischen Recht unterliegen, das Pfandrecht aber nach demjenigen Rechte zu beurtheilen ist, welchem die verpfändeten Sachen oder Vermögenswerthe unterworfen sind.

Vergl. beispielsweise die Erläuterung v. Bar's, das internationale Privat- und Strafrecht § 65 S. 220 ff., insbesondere S. 229.

Die Verjährung der Darlehensklage wird nach griechischem Rechte zu beurtheilen sein, weil Athen der Ort der Erfüllung wie der Ort des Vertragschlusses, die Hauptstadt des Schuldners wie derjenige Ort ist, an welchem der Schuldner vor seinen eigenen Gerichten Recht zu nehmen hat. In Athen ist der Rückzahlungsvertrag vom 14./26. Februar 1842 abgeschlossen worden, welcher zuletzt die Tage für die Rückzahlung bestimmt hat; in Athen konnte die griechische Regierung durch Auszahlung von Geld oder Aushändigung von Wechseln an die

bayerische Gesandtschaft ihre vertragsmässigen Verbindlichkeiten erfüllen. Die Verjährung der Klage aus einer Forderung soll aber entweder nach dem Rechte des Ortes zu beurtheilen sein, an welchem der Vertrag geschlossen worden ist, oder nach dem Rechte des Ortes, an welchem der Vertrag erfüllt werden soll, oder nach dem Rechte des Ortes, an welchem die Klage erhoben wird, oder, was von den meisten Rechtslehrern mit dem besten Grunde angenommen wird, nach dem Rechte des Ortes, an welchem der Schuldner seinen Wohnsitz hat.

Vergl. beispielsweise v. Bar in dem ebengenannten Werke § 79 S. 283 ff., Foelix, traité du droit international privé, 4^{me} édition par Demangeat tom. I § 100 pag. 239, Phillimore, commentaries upon international law vol. IV pag. 613—621.

Sollte sich aber in dem vorliegenden Falle zeigen, dass die Verjährung der Darlehensklage nicht einem besonderen Gesetze des griechischen Staates unterworfen sei, so wird sie nach dem in Griechenland geltenden römischen Rechte, somit nach eben demselben Rechte zu beurtheilen sein, nach welchem, wie oben gesagt wurde, Vertragsverhältnisse zwischen Staaten beurtheilt werden. Es ist zugleich dasselbe Recht, welches in München, der Hauptstadt des Gläubigers gilt, welches demnach angewendet werden müsste, wenn man die Auffassung vertreten wollte, welche ausnahmsweise vertheidigt wird, dass der Eintritt der Verjährung nach dem Rechte des Ortes zu beurtheilen sei, an welchem der Gläubiger seinen Wohnsitz hat.

§ 21.

Die Verjährung nach dem griechischen Gesetze vom 1. October 1852
über das öffentliche Rechnungswesen.

Am 1. October 1852 ist in Griechenland ein Gesetz über die Verwaltung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben des Staates und über das öffentliche Rechnungswesen des Reiches erlassen worden, in welchem Bestimmungen über die Verjährung von Staatsschulden getroffen sind.

Das Gesetz vom 1. October 1852 — *Νόμος ΣΙΒ' περί διοικήσεως τῶν δημοσίων ἐσόδων καὶ ἐξόδων καὶ περί δημοσίου λογιστικοῦ τοῦ Κράτους* — ist verkündigt im Regierungsblatt des Königreichs Griechenland — *Ἐφημερίς τῆς Κυβερνήσεως τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος* — vom 18. November 1862 Nr. 60 S. 525—543. Es ist auch abgedruckt bei *Ἑλλάς, Οἱ Ἕλληνες* *Κώδικες*, Auflage 4 Band II S. 484—535.

Die Bestimmungen sind in den sechsten Abschnitt des achten Hauptstückes eingereiht. Das achte Hauptstück des Gesetzes handelt von der Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres und deren Anerkennung, der sechste Abschnitt insbesondere von Zahlungsrückständen und dem Verfall der Rechte. Die Bestimmungen über die Verjährung von Staatsschulden lauten wörtlich:

«Artikel 69. Zu Gunsten des Fiscus verjährt und erlischt eine jede Staatsschuld, wenn sie wegen Mangels einer genügenden Begründung nicht anerkannt, wenn deren Zahlung nicht angewiesen und wenn dieselbe nicht bezahlt worden ist, binnen fünf Jahren vom Be-

ginn des Rechnungsjahres an. Diese Bestimmung hat in denjenigen Fällen keine Kraft, für welche Gesetze, besondere Verordnungen oder Verträge eine längere oder kürzere Verfallzeit angeordnet haben».

«Artikel 70. Die Bestimmung hat ferner für solche Schulden keine Kraft, welche innerhalb des bestimmten Termins in Folge von Hindernissen von Seite der Behörden nicht bezahlt worden sind, oder deren Zahlung wegen eines begonnenen Rechtsstreites aufgeschoben worden ist. Jeder Gläubiger hat das Recht, von dem zuständigen Minister eine Bescheinigung über seine rechtzeitige Anmeldung und über die Vorlage seiner Rechtstitel nachzusuchen und zu erhalten».

In Artikel 69 unterscheidet das Gesetz zwei Classen von Fällen, solche Fälle, in welchen die neue Bestimmung über die Verjährung von Staatsschulden Kraft haben, und solche Fälle, in welchen die neue Bestimmung keine Kraft haben soll. Ein Fall der letzteren Art liegt dann vor, wenn für eine Staatsschuld entweder durch Rechtssatz oder durch Rechtsgeschäft eine Verfallzeit festgesetzt ist, mag dieselbe später oder früher eintreten, als die vom Gesetze bestimmte Verjährungsfrist abläuft, im sechsten, siebenten, oder im ersten, zweiten Jahr vom Beginn des Rechnungsjahres an, in welchem die Schuld entstanden ist. In einem derartigen Falle gilt nicht die neue Bestimmung, sondern das bisherige Recht. Die Bestimmung des Gesetzes ist somit auf diejenigen Fälle beschränkt, in welchen vom griechischen Staate eine Schuld ohne bestimmte Verfallzeit geschuldet wird.

Würde man nun annehmen, was schon an sich bestritten werden kann, dass das neue Gesetz auf ältere Staatsschulden anzuwenden sei, welche vor der Erlassung des Gesetzes bestanden haben, so würde sich gleichwohl ergeben, dass das Gesetz nach seinem Inhalte nicht auf die Forderung angewendet werden könne, welche der bayerische Staat und dessen Rechtsnachfolger gegen die griechische Staatskasse erworben haben. Denn für diese Forderung waren durch Vertrag zwischen Gläubiger und Schuldner bestimmte Verfallzeiten festgesetzt worden. Es genügt zu dem Ende, auf den letzten zum Theil erfüllten zum Theil noch nicht erfüllten Vertrag zwischen der bayerischen und der griechischen Regierung vom 14. | 26. Februar 1842 zu verweisen, in welchem für die allmälige Rückzahlung des noch verbliebenen Schuldbetrages bestimmte Verfallzeiten festgesetzt worden sind.

Das griechische Gesetz vom 1. October 1852 enthält aber noch einen weiteren Ausspruch, nach welchem die neue Bestimmung über die Verjährung von Staatsschulden auf das bayerische Darlehen nicht angewendet werden kann. Es verfügt in Artikel 70: «Die Bestimmung hat ferner für solche Schulden keine Kraft, welche in Folge von Hindernissen von Seite der Behörden nicht bezahlt worden sind». Dass diese Voraussetzung bei dem bayerischen Darlehen zutrifft, ergibt die Geschichte des Schuldverhältnisses von dem Tage an, an welchem die vertragsmässigen Zahlungen an die bayerische Regierung eingestellt worden sind.

Aus dem einen wie aus dem anderen Grunde wird gefolgert werden dürfen, dass in dem vorliegenden Falle nicht nur die Verjährung der Klage auf Rückzahlung des Darlehens, sondern auch die Verjährung der Klage auf Entrichtung der Zinsen den Vorschriften des griechischen Gesetzes vom 1. October 1852 nicht unterworfen sei.

Bei dieser Sachlage kann die vielverhandelte Streitfrage, ob ein neues Gesetz über Verjährung auf ältere Schuldverhältnisse zu beziehen sei, völlig umgangen werden. Denn es stellt sich in dem vorliegenden Falle das gleiche Ergebniss heraus, mag man die Frage im bejahenden oder im verneinenden Sinne beantworten. Entscheidet man sich für die Bejahung der Frage, so gilt in dem vorliegenden Falle nach dem Inhalt des neuen Gesetzes selbst gleichwohl nicht die neue Bestimmung, sondern das bisherige Recht. Entscheidet man sich für die Verneinung der Frage, so verbleibt es schlechthin bei dem bisherigen Recht.

Es hat sich denn auch die griechische Regierung in den Erklärungen, welche sie in den Jahren 1859 und 1860 dem bayerischen Ministerresidenten gegeben hat, in keiner Weise darauf berufen, dass die Forderung nach dem griechischen Gesetze vom 1. October 1852 verjährt sei.

§ 22.

Die Verjährung nach römisch-griechischem Rechte.

Das Rechtsbuch des Harmenopoulos handelt an zwei verschiedenen Stellen von der Verjährung der Klagen, welche aus einem Darlehen entspringen. An der ersten Stelle lehrt der Verfasser:

«Die Klage aus einem Darlehen, wenn dieses von Anfang an als eine persönliche Schuld übernommen worden ist, wird durch eine Verjährung von dreissig Jahren beseitigt. Die Pfandklage erlischt in vierzig Jahren, wenn der Schuldner die Pfandsache besitzt».

Ἡ περὶ δανείου ἀγωγῇ, εἰ προσωπικῶς τὴν ἀρχὴν χρηματισθῇ, τῇ παραγραφῇ τῶν τριάκοντα ἐνιαυτῶν σβέννυται. Ἡ ὑποθηκαρία ἀγωγῇ τοῦ χρεώστου νεομένου τὸ πρᾶγμα τῇ τεσσαρακονταετίᾳ σβέννυται. Lib. I tit. III §§ 53 und 54 in der Ausgabe von G. E. Heimbach, Const. Harmenopuli manuale legum sive hexabiblos pag. 66.

An der zweiten Stelle wiederholt er beinahe mit denselben Worten die gleiche Bemerkung:

«Die Klage aus einem Darlehen, wenn dieses von Anfang an als eine persönliche Schuld übernommen worden ist, wird durch eine Verjährung von dreissig Jahren beseitigt; die Pfandklage dagegen wird auf vierzig Jahre ausgedehnt».

Ἡ περὶ τοῦ δανείου ἀγωγῇ εἰ μὲν προσωπικῶς χρηματισθῇ τὴν ἀρχὴν, τῇ παραγραφῇ τῶν λ'. ἐνιαυτῶν σβέννυται· ἢ δὲ ὑποθηκαρία εἰς τεσσαράκοντα ἐκτείνεται. Lib. III tit. V § 90 bei G. E. Heimbach pag. 416.

Der Verfasser gibt an beiden Stellen bekannte Sätze des römischen Rechtes wieder, welche auch in den Basiliken vorgetragen sind.

Vergl. Basilicorum lib. L tit. XIV c. 5 mit l. 3 Cod. 7, 39, Basilicorum lib. L tit. XIV c. 8 mit l. 7 Cod. eodem, Basilicorum lib. L tit. XV c. 1 mit l. 1 Cod. 7, 40; in der Ausgabe von C. G. E. Heimbach, Basilicorum libri LX tom. V pag. 78, 80, 83.

In dem vorliegenden Falle nun ist das Darlehen von Anfang an nicht bloß als eine persönliche Schuld übernommen, sondern zugleich durch die Bestellung von Pfandrechten gesichert worden. Dem Gläubiger und dessen Rechtsnachfolger stand zur Geltendmachung seiner Ansprüche nicht nur die Darlehensklage, sondern auch die Pfandklage zu Gebote. Demgemäss wird zunächst gefragt werden müssen, ob die Pfandklage verjährt sei? Würde sich ergeben, dass die Pfandklage verjährt ist, so würde eine gerichtliche Verfolgung der Sache überhaupt ausgeschlossen sein.

Um diese Frage beantworten zu können, muss man wissen, mit welchem Tage die Verjährung begonnen hat. Ausdrücklich ist in den Basiliken der bekannte Ausspruch der justinianischen Gesetzgebung wiedergegeben, dass für Schuldverhältnisse mit bestimmtem Verfalltag die Verjährung der Klagen erst mit dem Ablauf des Verfalltages beginne.

Basilicorum lib. L Tit. XIV c. 8: 'Επὶ δὲ τῶν ὑποθήκων ἐνοχῶν κελύει τὸν χρόνον ψηφίζεσθαι μετὰ τὸ . . . καταλαβεῖν τὴν ἡμέραν, bei C. G. E. Heimbach tom. V pag. 80, vergl. mit l. 7 § 4 Cod. de praescriptione XXX vel XL anno-

rum 7. 39: Illud autem plus quam manifestum est, quod in omnibus contractibus, in quibus . . . sub die certa . . stipulationes et promissiones vel pacta ponuntur, . . . post institutae diei certae . . . lapsum praescriptiones triginta aut quadraginta annorum, quae personalibus vel hypothecariis actionibus opponuntur, initium accipiunt.

Der Satz gilt nicht nur für die Forderungsklage, sondern ebenso für die Pfandklage. Man kann sich zum Beweise dafür noch auf eine andere Stelle der Basiliken berufen, in welcher ein Ausspruch des römischen Juristen Marcian wiedergegeben wird. Hat ein Gläubiger für die Eintreibung der Schuld eine Frist gewährt, so hat er die gleiche Frist auch für die Geltendmachung der Hypothek gewährt.

Basilicorum lib. XXV tit. VIII c. 5: 'Εὰν συμφωνήσω μὴ ἀπατήσαι τὸ χρεὶος εἰσω ἑναυτοῦ, δοκῶ καὶ περὶ τῆς ὑποθήκης τὸ αὐτὸ συμφωνεῖν, bei C. G. E. Heimbach tom. III pag. 91. vergl. I. 5 § 1 D. quibus modis pignus 20, 6.

Erst mit dem Ablauf des Verfalltages hat der Gläubiger die rechtliche Möglichkeit, die Klage anzustellen; erst von diesem Zeitpunkt an kann ihn der Vorwurf einer Versäumniss treffen, welche nach einer bestimmten Frist mit dem Verluste des Klagerechts bestraft wird.

Wendet man nun diese Rechtssätze auf den vorliegenden Fall an, so ergibt sich, dass die Verjährung der Pfandklage nicht schon von dem Tage an begonnen hat, an welchem die Verträge zwischen Bayern und Griechenland über die Begründung des Schuldverhältnisses und die Bestellung der Pfandrechte abge-

geschlossen worden sind, oder an welchem die Schuldurkunde des Königs von Griechenland mit der Erklärung der Pfandbestellung der bayerischen Regierung ausgehändigt worden ist, sondern frühestens von dem Tage an, an welchem eine Rückzahlung an Capital verfallen war, aber nicht bewirkt worden ist, d. i. frühestens vom 18. | 30. November 1843 an. Demgemäss kann bis zum 18. | 30. November 1883, diesen Tag eingerechnet, gegen die Pfandklage die Einrede der Verjährung überhaupt nicht vorgeschützt werden. Für diejenigen Schuldbeträge aber, welche erst in den Jahren 1844, 1845, 1846, 1847, 1848 zur Rückzahlung fällig geworden sind, würde die Pfandklage erst in den Jahren 1884, 1885, 1886, 1887, 1888, für jeden einzelnen Schuldbetrag vierzig Jahre nach dem Ablauf des jeweiligen Verfalltages verjähren.

Ebensowenig wie für das rückständige Capital ist die Pfandklage für die verfallenen Zinsen verjährt. Dass das Pfandrecht nicht nur für das Capital, sondern auch für die Zinsen bestellt sei, ist in der Schuldurkunde Seiner Majestät des Königs von Griechenland vom 16. | 28. Februar 1837 mit ausdrücklichen Worten gesagt, wenigstens für die Specialhypothek, welche für die beiden Vorschüsse von je einer Million Franken an den Zehentgefallen des griechischen Staates bestellt worden ist, und wird nach dem Zusammenhang der Schuldurkunde auch für das Pfandrecht angenommen werden müssen, welches als Generalhypothek für die beiden soeben genannten Vorschüsse und als Specialhypothek für den weiteren Vorschuss von einer Million Gulden

an den ergiebigsten und bereitesten Einkünfte des griechischen Staates bestellt worden ist. Nach den Erklärungen der Schuldurkunde bedarf es keines Eingehens auf die Frage, ob ein Pfandrecht auch ohne Vereinbarung der Parteien auf die Zinsen des geschuldeten Capitals sich erstrecke, eine Frage, welche von den Scholien zu den Basiliken an verschiedenen Stellen verneint wird.

Vergl. die Scholien zu Basilicorum lib. XXIII tit. III c. 53 bei Heimbach tom. II p. 721, zu Basilicorum lib. XXV tit. I c. 8 und c. 11 bei Heimbach tom. III pag. 55 und pag. 58.

Der erste Zinsbetrag, dessen Zahlung unterblieben ist, war am 18./30. November 1843 verfallen; demgemäss würde die Pfandklage wegen der rückständigen Zinsen frühestens am 18. | 30. November 1883 verjähren. Wegen derjenigen Zinsbeträge, welche erst in den Jahren 1844, 1845, 1846, 1847, 1848 und in den weiter folgenden Jahren verfallen sind, würde die Pfandklage auch noch in den Jahren 1884, 1885, 1886, 1887, 1888 und in den weiter folgenden Jahren erhoben werden können, jedoch mit Beschränkung auf denjenigen Capitalbetrag, wegen dessen die Pfandklage in einem gegebenen Zeitpunkt noch nicht verjährt wäre. Nach Verjährung der Pfandklage wegen des Capitals würde auch eine Pfandklage wegen der Zinsen nicht mehr erhoben werden können.

So lange die Pfandklage nicht verjährt ist, dauert das Schuldverhältniss fort, wenngleich die Forderungsklage bereits verjährt sein sollte. Es dauert

mindestens insoweit fort, als der Fortbestand der Schuld für den Fortbestand des Pfandrechts erforderlich ist.

Vergl. auch die Stelle in l. 2 Cod. de luitione pignoris 8, 30 (31): Intellegere debes, vincula pignoris durare personali actione submota; eine Stelle, welche in den Basiliken in folgender Weise wiedergegeben ist; *Κὰν ἐσβέσθῃ ἡ προσωπικὴ ἀγωγή, οὐδὲν ἦτορ ἢ τοῦ ἐνεχύρου σώζεται.* Basilicorum lib. XXV tit. VII c. 51 bei C. G. E. Heimbach tom. III pag. 88.

Es bietet insoweit eine genügende Grundlage, um gegen den Schuldner auf gerichtlichem wie auf völkerrechtlichem Wege vorzugehen.

Die Untersuchung wird sich nunmehr der weiteren Frage zuwenden müssen, ob die Darlehensklage in dem vorliegenden Falle verjährt sei. Auch die Verjährung der Darlehensklage beginnt nach den oben mitgetheilten Aussprüchen der Quellen

Basilicorum lib. I tit. XIV c. 8 bei C. G. E. Heimbach tom. V pag. 80, l. 7 § 4 Cod. de praescriptione XXX vel XL annorum 7, 39

von dem Verfalltage des Darlehens an. Die Verjährung der Darlehensklage hat demnach in dem vorliegenden Falle an denselben Terminen wie die Verjährung der Pfandklage begonnen. Seit den Verfalltagen des Darlehens, auch seit dem letzten Verfalltag vom 18./30. November 1848 ist aber ein Zeitraum von mehr als dreissig Jahren verflossen. Gleichwohl wird man behaupten müssen, dass die Darlehensklage noch nicht verjährt sei, weil die begonnene Verjährung mehr als ein Mal unterbrochen worden ist, und weil seit der

letzten Unterbrechung ein Zeitraum von dreissig Jahren noch nicht verstrichen ist.

In dem Gesetze des Kaisers Justinus über die Verjährung der Klagen aus dem Jahre 525

l. 7 § 5 Cod. de praescriptione XXX vel XL annorum 7, 39

ist bestimmt, dass die Verjährung der persönlichen wie der dinglichen Klagen unterbrochen werde, wenn ein Schuldner zur Anerkennung seiner Schuld eine zweite Schuldurkunde auf den Gläubiger ausgestellt habe; denn es wäre unredlich, — so begründet das Gesetz diese Verfügung, — wenn ein Schuldner Einwendungen erheben wollte, welcher über dieselbe Schuld eine zweite Schuldurkunde auf den Gläubiger ausgestellt habe, um nicht der Anschuldigung wegen Verzugs zu verfallen.

... si quis debitorum ad agnoscendum suum debitum secundam cautionem in creditorem exposuerit, tempora memoratarum praescriptionum interrupta esse videbuntur ... tam in personalibus quam in hypothecariis actionibus. Namque improbum est debitorem contradicere, qui, ne sub accusatione creditoris fiat, secundam in eum super eo debito cautionem exposuit.

In einem Gesetze des Kaisers Justinian aus dem Jahre 531 ist ausgesprochen, dass die Verjährung unterbrochen werde, wenn der Schuldner die Schuld anerkenne, sei es durch Leistung einer Abschlagszahlung, sei es durch andere Handlungen, welche der Kaiser in früheren Gesetzen vorgefunden und vermehrt habe;

Cum ... debitum agnoverint vel per solutionem vel per alios modos, quos in anterioribus sanctionibus interruptionibus et inveni-

mus positos et nos ampliavimus . . . l. 4 (5) pr. Cod. de duobus reis stipulandi 8, 39 (40)

wiederholt wird in dem Gesetze erwähnt, dass die Verjährung durch Anerkennung unterbrochen werde.

. . . qualicumque interruptione vel agnitione adhibita, l. 4 (5) § 1 cit.; . . . agnitionem . . . praejudicare . . . l. 4 (5) § 2 cit.

Unter den anderen Handlungen, welche der Kaiser in früheren Gesetzen vorgefunden und vermehrt hatte, wird abgesehen von der Ausstellung einer zweiten Schuldurkunde,

l. 7 § 5 Cod. 7, 39,

die Bestellung eines Pfandes oder die Ablieferung eines früher bestellten Pfandes

l. 7 § 5 Cod. 7, 39

oder die Entrichtung von Zinsen

l. 8 § 4 Cod. 7, 39

zu verstehen sein. Aus diesen Stellen des römischen Rechts hat die Rechtswissenschaft und die Rechtsprechung in Deutschland unbedenklich die Regel abgeleitet, dass die Verjährung durch Anerkennung unterbrochen werde; dadurch werde «sowohl die Nachlässigkeit des Berechtigten, als die Präsumtion der Tilgung, die aus der bisherigen Versäumniss entstand, aufgehoben», und es könne «eine neue Verjährung nur von dem Zeitpunkt des Anerkenntnisses anfangen».

So v. Savigny, System des heutigen Römischen Rechts Bd. V S. 314.

Immerhin wird der aufgestellten Regel nach dem Vorgange v. Savigny's die eine oder die andere Beschränkung beigelegt. «Nicht jeder blos mündlichen oder schriftlichen Rede» könne «diese wichtige Wirkung» beigelegt werden, «sondern nur einer solchen Handlung, welche die Natur eines Rechtsgeschäftes hat».

So v. Savigny a. a. O.

Es müsse «ein Act vorliegen, in welchem sich der Wille kundgibt, die Schuld als eine bestehende gelten zu lassen», ohne dass «gerade ein die ganze Schuld umfassender Anerkennungsvertrag» erforderlich wäre.

So Bähr, die Anerkennung als Verpflichtungsgrund, Aufl. 2 S. 194, im Anschluss an die oben erwähnte Aeusserung v. Savigny's.

«Jedes rechtliche Ereigniss, welches sich als Anerkennung des klägerischen Rechts betrachten lässt, muss die Verjährung der persönlichen Klage unterbrechen, da durch das vorgenommene Rechtsgeschäft constatirt wird, dass der Schuldner nichts dem Rechte des Gläubigers widersprechendes prätendirt».

So Demelius, Untersuchungen aus dem römischen Civilrechte Bd. I S. 100.

Oder es wird für die Unterbrechung der Klageverjährung verlangt, dass eine schriftliche Erklärung gegeben werde, dass «die Schrift zugleich eine Anerkennung enthält, und daher als neuer Schuldschein angesehen werden kann».

So Bruns, das constitutum debiti, in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte Bd. I S. 108.

Als Handlungen, welche besonders geeignet sind, die Verjährung zu unterbrechen, sind von der deutschen Rechtsprechung erklärt worden die «allgemeine Anerkennung eines verbliebenen Schuldverhältnisses bei Gelegenheit der letzten Abschlagszahlung», sowie die «Bitte um Zahlungsfrist für Berichtigung des verbliebenen Postens».

Vergl. die Erkenntnisse in J. A. Seuffert's Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten Bd. X Nr. 223, Bd. XVI Nr. 91, Bd. XIX Nr. 113.

In der That ist in einer Fristerbittung ein ebenso klares Schuldbekenntniss als in einer Abschlagszahlung oder in einer Schuldurkunde enthalten.

Was aus den Quellen des römischen Rechts durch Rechtswissenschaft und Rechtsprechung in Deutschland abgeleitet worden ist, muss auch für das römische Recht in Griechenland gelten. In den Basiliken ist die obenerwähnte Verfügung aus dem Verjährungsgesetze des Kaisers Justinus

l. 7. § 5 Cod. 7, 39

mit den Worten wiedergegeben, dass die Verjährung unterbrochen werde, wenn der Schuldner zur Anerkennung seiner Schuld eine zweite Urkunde ausstelle.

Εἰ δὲ καὶ ὁ χρεώστης ποιῇ δευτέραν γραμματικὴν ἀσφάλειαν, πάλιν διαρρήγνυσσι τὸν χρόνον τούτων τῶν παραγραφῶν.
Basilicorum lib. L tit. XIV c. 8 bei Heimbach tom. V pag. 80.

Bei der Wiedergabe des Gesetzes von Kaiser Justinian aus dem Jahre 531 aber

l. 4 (5) Cod. 8, 39 (40)

ist schlechthin ausgesprochen, dass die Verjährung unterbrochen werde, wenn ein Schuldner die Schuld anerkannt habe.

ἴαν τινεὶ τῶν χρωστῶν ἐπέγνωσαν τὸ χρεὸς καὶ κατέβαλον ἢ ἐνῆχθησαν ... Basilicorum lib. XXVI tit. III c. 5 bei C. G. E. Heimbach tom. III pag. 109.

Es ist nunmehr die Frage zu beantworten, ob die griechische Regierung seit dem 18./30. November 1843 der bayerischen Regierung gegenüber Erklärungen abgegeben hat, in welchen eine Anerkennung des bestehenden Schuldverhältnisses ausgesprochen ist? Zu dem Ende sind die amtlichen Erklärungen zusammenzustellen und zu erläutern, welche seit dem 18./30. November 1843 entweder von dem griechischen Ministerium an den diplomatischen Vertreter Bayerns in Athen oder von dem diplomatischen Vertreter Griechenlands in München an das bayerische Ministerium gerichtet worden sind.

Die Reihe dieser Erklärungen beginnt mit einer Note des griechischen Ministers des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Kolettis an den bayerischen Ministerresidenten von Gasser in Athen vom 12./24. März 1846.

Anlage Nr. X; vergl. oben § 11 S. 87 f.

Die Tragweite dieser Erklärung wird durch den Inhalt wie durch den Anlass derselben bestimmt. Den Anlass hatte eine Note des bayerischen Ministerresi-

denten von Gasser vom 21. November neuen Styls 1843 gegeben.

Anlage Nr. IX; vergl. oben § 11 S. 86 f.

Die bayerische Note hatte daran erinnert, dass die griechische Regierung in dringender Geldverlegenheit von dem bayerischen Staate Vorschüsse erbeten und erhalten habe; sie hatte darauf hingewiesen, dass die Fristen für die Rückzahlung des Capitals und die Entrichtung der Zinsen vertragsmässig festgesetzt, aber seit den Ereignissen vom 3. | 15. September 1843 nicht mehr eingehalten worden seien; sie hatte endlich hervorgehoben, dass die Schuld nicht einmal in das griechische Budget aufgenommen worden sei, welches der Finanzminister den Kammern vorgelegt habe; sie hatte um deswillen von der griechischen Regierung zwar nicht Wiederaufnahme der Zahlungen, aber doch eine «befriedigende Erklärung» verlangt. Obwohl überzeugt, dass die griechische Regierung nicht beabsichtige, wohlerworbene und vertragsmässige Rechte zu verletzen, müsse der bayerische Ministerresident doch wünschen, seiner Regierung «beruhigende Beweise» liefern zu können. Damit war der griechischen Regierung die Frage vorgelegt, ob sie bereit sei, das bestehende Schuldverhältniss anzuerkennen; ein «beruhigender Beweis» und eine «befriedigende Erklärung» konnte, da die Wiederaufnahme der Zahlungen nicht verlangt wurde, nur in einer Anerkennung des Schuldverhältnisses gefunden werden. Die Antwort des griechischen Ministers wurde erst nach Ablauf von vier

Monaten, nach reiflicher Erwägung und in voller Kenntniss des Sachverhalts gegeben; sie selbst entschuldigte die längere Zögerung damit, dass der Minister sich vorher eine genaue Kenntniss der Verhandlungen und Verträge über das bayerische Anlehen habe verschaffen wollen. Die Erklärung, welche der diplomatische Vertreter der bayerischen Regierung verlangt hatte, wurde durch eine Verweisung auf zwei andere Actenstücke gegeben. Das eine war der Note des griechischen Ministers in Abschrift beigelegt; es war das Protokoll über die Sitzung der griechischen Kammer der Abgeordneten vom 18. | 30. Mai 1845, in welcher der Finanzminister eine Uebersicht über die Rechnungsergebnisse der Jahre 1833 bis 1843 vorgelegt hatte. In der kurzen Darlegung, mit welcher der Finanzminister die Vorlage dieser Uebersicht begleitete, hatte er die Summen aufgezählt, welche dem griechischen Staate aus dem Anlehen Rothschild, aus dem bayerischen Anlehen wie aus den Vorschüssen der französischen Regierung zugeflossen waren.

Vergl. die Mittheilung oben § 11 S. 84 und 88.

Das andere Actenstück war die Uebersicht über die Rechnungsergebnisse selbst, welche der Kammer der Abgeordneten an jenem Tage vorgelegt worden war. In dieser Uebersicht war der ursprüngliche Betrag des bayerischen Anlehens, die Summe der geleisteten Abschlagszahlungen und der noch verbliebene Schuldrest ziffermässig nachgewiesen.

Vergl. die Mittheilung oben § 11 S. 83 f.

Der bayerische Ministerresident werde sich — so war in der Note des griechischen Ministers gesagt — aus dem abschriftlich mitgetheilten Actenstück überzeugen, dass in demselben das bayerische Anlehen ausdrücklich erwähnt werde, wie es denn auch in die allgemeine Uebersicht der Rechnungsergebnisse aufgenommen worden sei. Die griechische Regierung hatte damit gegenüber dem diplomatischen Vertreter des bayerischen Staates die Erklärungen wiederholt, welche sie in der Kammer der Abgeordneten abgegeben hatte. Jene Erklärungen enthielten aber eine Anerkennung des bestehenden Schuldverhältnisses; demgemäss ist diese Anerkennung auch der bayerischen Regierung gegenüber ausgesprochen worden. Die Antwort der griechischen Regierung wird auch um der Form willen als verbindend betrachtet werden müssen; denn sie ist von dem berufenen Vertreter der griechischen Regierung in amtlicher und schriftlicher Form abgegeben worden. Ist diese Auffassung richtig, so ist wegen der seit dem 18. 30. November 1843 verfallenen Beträge an Capital und Zinsen die Verjährung der Schuldklage bis zum 12. 24. März 1876, die Verjährung der Pfandklage aber bis zum 12. 24. März 1886 hinausgerückt worden.

Ein zweiter Schriftenwechsel zwischen der griechischen und bayerischen Regierung fällt in die letzten Tage des Jahres 1848 und in die Frühjahrsmonate des Jahres 1849; er gehört somit einer Zeit an, in welcher auch die letzten Beträge an Capital und weitere Be-

träge an Zinsen verfallen waren. Am 15. December neuen Styls 1848 hatte der bayerische Ministerresident Freiherr von Perglas an die griechische Regierung das Ersuchen gestellt, die «förmliche Anerkennung» des bayerischen Anlehens durch die griechischen Kammern herbeiführen zu wollen. Er glaubte diesen Schritt von der «Gerechtigkeit und Vertragstreue» der griechischen Regierung erwarten zu dürfen; denn das bayerische Anlehen beruhe auf «geheiligten Verträgen und Vereinbarungen», durch welche die geleisteten Vorschüsse beurkundet und die Fristen für die Rückzahlung des Capitals und die Entrichtung der Zinsen festgesetzt worden seien.

Anlage Nr. XI; vergl. oben § 11 S. 89—91.

Schon am folgenden Tage, am 4./16. December 1848, hatte der griechische Minister des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Kolokotronis erwidert, der Ministerrath habe beschlossen, sich «unverzüglich» mit dem bayerischen Anlehen zu befassen, «um zu einer Regelung dieser Angelegenheit zu schreiten und die erforderlichen Arbeiten für die Vorlage eines Gesetzentwurfes an die Kammern vorzubereiten».

Anlage Nr. XII; vergl. oben § 11 S. 91.

In welchem Sinne der bayerische Ministerresident eine «förmliche Anerkennung» des bayerischen Anlehens durch die griechischen Kammern verstanden und verlangt hatte, ergibt sich mit voller Deutlichkeit aus

einer zweiten Note, welche er drei Monate später, am 29. März 1849, an den Justizminister und Verweser des Ministeriums des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Rhallis richtete.

Anlage Nr. XIII; vergl. oben § 11 S. 92.

Er hob hervor, dass die in der früheren Note verlangten und von der griechischen Regierung verheissenen Massregeln lediglich dazu dienen könnten, die «unbestreitbare Giltigkeit der zwischen den beiden Königreichen abgeschlossenen Darlehensverträge zu befestigen», und verlangte nach einem von seiner Regierung erhaltenen Befehle «in Kraft der Verträge» eine «Abschlagszahlung». Auf diese Forderung erwiderte der griechische Minister nach einem Beschluss des Ministerathes in einer Note vom 20. März | 1. April 1849 mit einer Bitte um weitere Nachsicht von Seite des Gläubigers.

Anlage Nr. XIV; vergl. oben § 11 S. 92 f.

Er erinnerte zunächst daran, dass die griechische Regierung, «beseelt von dem Wunsche ihre Verpflichtungen zu erfüllen», in schwieriger Finanzlage erhebliche Abschlagszahlungen an Bayern geleistet habe; er erklärte, dass die Zahlungen auf diese Schuld nur in Folge politischer Ereignisse unterbrochen worden seien, welche die finanziellen Schwierigkeiten vermehrt hätten; er hob hervor, dass die Schutzmächte in Würdigung dieser Lage seit mehreren Jahren die Summen für die Entrichtung der Zinsen und für die planmässige Tilgung

des garantirten Anlehens aus ihrem Schatze vorge-
 streckt hätten, ohne auf der sofortigen Wiedererstattung
 dieser Vorschüsse zu bestehen. «Nichtsdestoweniger»,
 so schloss er seine Erwiderung, «wagen wir uns zu
 schmeicheln, dass unsere täglichen Anstrengungen für
 die fortschreitende Entwicklung der Hülfquellen des
 Landes uns bald in den Stand setzen werden zu be-
 weisen, wie eifersüchtig die Regierung des Königs be-
 strebt ist, die Vertragstreue unversehrt zu wahren, und
 uns erlauben werden, von den Kammern die Ermäch-
 tigung zum Vollzuge des fraglichen Vertrages zu er-
 bitten». In dieser Note ist eine Anerkennung des be-
 stehenden Schuldverhältnisses in verschiedenen Wend-
 ungen ausgesprochen. Es ist erklärt, dass die früheren
 Abschlagszahlungen von der griechischen Regierung
 geleistet worden seien, um ihre Verpflichtungen zu er-
 füllen (*faire honneur à ses engagements*); es ist ferner
 erklärt, dass die Zahlungen nur durch politische Ereig-
 nisse und deren Rückwirkung auf die finanziellen Ver-
 hältnisse Griechenlands unterbrochen worden seien, und
 damit die Auffassung abgewehrt, als ob die Unter-
 brechung der Zahlungen auf den Versuch zurückzu-
 führen sei, den Bestand des Schuldverhältnisses zu be-
 streiten; es ist endlich ausgesprochen, dass die Er-
 mächtigung der Kammern zum Vollzug des Vertrages,
 d. h. zur Beschaffung der Mittel für den Vollzug des
 Vertrages, nicht aber, dass sie zur rechtlichen Giltig-
 keit des Vertrages erforderlich sei; die rechtliche Gil-
 tigkeit des Vertrages wird vielmehr bei jeder dieser
 Erklärungen wie bei der Betheuerung der griechischen

«Vertragstreue» vorausgesetzt. In jeder dieser Wendungen ist somit ein Schuldbekenntniss enthalten, abgegeben von dem berufenen Vertreter der griechischen Regierung nach einhelligem Beschluss des Ministerraths in amtlicher und schriftlicher Form. Ist diese Auffassung richtig, so ist wegen der sämmtlichen Capitalbeträge und wegen der bis dahin verfallenen Zinsbeträge die Verjährung der Schuldklage bis zum 20. März | 1. April 1879, die Verjährung der Pfandklage aber bis zum 20. März | 1. April 1889 hinausgerückt.

Ein kurzer Schriftenwechsel zwischen der griechischen und der bayerischen Regierung hat sich im Jahre 1850 entsponnen. Am 6. | 18. Juni 1850 richtete der griechische Gesandte am bayerischen Hofe Schinas nach einem Befehle seiner Regierung und im Namen des Finanzministeriums an den bayerischen Minister des königlichen Hauses und des Aeussern von der Pfordten die Bitte um abschriftliche Mittheilung der Urkunde, durch welche die Ansprüche der bayerischen Regierung aus der griechischen Schuld (*les droits de réclamation du Gouvernement bavarois par rapport à la dette grecque*) an Seine Majestät den König Ludwig abgetreten worden seien. Der bayerische Minister entsprach diesem Ersuchen am 15. Juli 1850 und fügte den Wunsch bei, «dass es der königlich griechischen Regierung bald möglich sei, die regelmässige Entrichtung der Zinsen eintreten zu lassen».

Anlagen Nr. XVI und XVII; vergl. oben § 13 S. 105 f.

Es wird kaum bestritten werden können, dass ein Schuldner seine Schuld anerkennt, wenn er den bisherigen Gläubiger um abschriftliche Mittheilung der Urkunde ersucht, wodurch die Forderung an einen Dritten abgetreten worden ist. Darnach ist aber die Verjährung der Schuldklage bis zum 6.18. Juni 1880, die Verjährung der Pfandklage bis zum 6.18. Juni 1890 hinausgerückt.

Die letzten amtlichen Erklärungen der griechischen Regierung sind in den Jahren 1859 und 1860 dem bayerischen Ministerresidenten in Athen Grafen Hompesch gegeben worden. Am 11. September 1859 hatte der bayerische Ministerresident «im Namen Seiner Majestät des Königs Maximilian II.» erklärt, dass der bayerische Staat seine Rechte aus dem griechischen Anlehen im Jahre 1849 an den König Ludwig durch förmliche Urkunde abgetreten habe; er hatte zugleich nach erhaltenem Befehl die Erwartung seiner Regierung ausgesprochen, «dass die griechische Regierung bei ihrer anerkannten Vertragstreue und im Hinblick auf den blühenden Zustand ihrer Finanzen nicht säumen werde, die erforderlichen Massregeln für die Rückerstattung des Darlehens zu ergreifen, welche nach dem Vertrage vom 26. 14. Februar 1842 bereits im Jahre 1848 hätte bewirkt sein sollen».

Anlage Nr. XIX; vergl. oben § 13 S. 106 f.

Der griechische Minister des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Kunduriotis erwiderte wenige Tage später, am 5. 17. September 1859, dass

er die Erklärung des bayerischen Ministerresidenten zur Kenntniss des Ministerrathes gebracht habe; der Aufforderung der bayerischen Regierung, die Rückzahlung zu bewirken, begegnete er mit dem Einwand, dass dem grossen von den Schutzmächten garantirten Anlehen ein Vorzugsrecht vor dem bayerischen Anlehen zukomme. Nach Artikel XII Ziffer 6 des Vertrages von London vom 7. Mai 1832 sei die griechische Regierung verpflichtet, für die Entrichtung der jährlichen Zinsen und für die jährliche theilweise Tilgung des garantirten Anlehens die ersten Einkünfte des Staates zu verwenden, in der Weise, dass die reinen Einnahmen des griechischen Staatsschatzes vor Allem zu diesen Zahlungen bestimmt seien und zu keinem anderen Zwecke verwendet werden dürften. In der jüngsten Zeit hätten die Schutzmächte Verhandlungen eröffnet, um die Summe festzusetzen, mit welcher die griechische Regierung den Bedarf dieses Anlehens zu decken habe; den Ausgang dieser Verhandlungen müsse die griechische Regierung abwarten, ehe sie sich über die angesonnene Rückzahlung aussprechen könne.

Anlage Nr. XX; vergl. oben § 13 S. 107 f.

Ebendieselbe Antwort gab einige Monate später, am 26. Februar | 9. März 1860, der Cultusminister Zaïmis, welcher zugleich das Ministerium des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten verwaltete, auf eine zweite Note des bayerischen Ministerresidenten Grafen Hompesch vom 14. | 26. Februar 1860.

So lange die Verhandlungen mit den Schutzmächten nicht beendet seien, könne die griechische Regierung über die Rückzahlung des bayerischen Anlehens keine Entscheidung treffen; sobald die Umstände eine Entscheidung gestatteten, werde die griechische Regierung nicht säumen, auf die geeigneten Mittel zu denken, um derselben Folge zu geben. Diese neue Note wiederholte nur, was bereits in der ersten Note vom 5. | 17. September 1859 gesagt war. Die erste Note aber enthielt ein rückhaltloses Schuldbekenntniss. Denn sie begegnete der Aufforderung der bayerischen Regierung, die Rückzahlung zu bewirken, nicht mit der Erklärung, dass der griechische Staat die Schuld bestreite, sondern mit dem Hinweis, dass er nach den bestehenden Verträgen zuvor einen anderen Gläubiger befriedigen müsse. Ist diese Auffassung richtig, so ist wegen der längst verfallenen Capitalbeträge und wohl auch wegen der bis dahin verfallenen Zinsbeträge die Verjährung der Schuldklage bis zum 5. | 17. September 1889, die Verjährung der Pfandklage bis zum 5. | 17. September 1899 hinausgerückt.

Nach dem Ergebniss dieser Untersuchung ist im gegenwärtigen Augenblick weder die Darlehensklage, noch die Pfandklage verjährt. Es wird demnach dem durchlauchtigsten Gläubiger des griechischen Staates auch die Einrede der Verjährung nicht entgegengesetzt werden können.

FÜNFTER ABSCHNITT.

Das Rechtsverhältniss des bayerischen Staates und seiner Rechtsnachfolger zu den übrigen Gläubigern Griechenlands.

Der griechische Staat hat ausser dem bayerischen Anlehen in früherer und späterer Zeit weitere Anlehen aufgenommen und zwar, soviel bekannt ist, wenigstens theilweise unter Verpfändung eben derselben Einnahmequellen, an welchen dem bayerischen Staate ein Pfandrecht eingeräumt ist. Es wird hienach die Erörterung der Frage nicht umgangen werden können, ob einem dieser Pfandrechte der Vorrang vor dem Pfandrecht des bayerischen Staates zukommt?

§ 23.

Das griechische Anlehen aus den Jahren 1824 und 1825.

Als das älteste unter den griechischen Anlehen wird dasjenige genannt, welches in den Jahren 1824

und 1825 von den Bevollmächtigten der damaligen provisorischen Regierung mit englischen Bankhäusern abgeschlossen worden ist.

Eine Geschichte dieses Anlehens gibt Casimir Leconte, *étude économique de la Grèce*, Paris 1847, pag. 181—185, dessen Mittheilungen von Pierre A. Moraitinis, *la Grèce telle qu'elle est*, Paris 1877, pag. 526—529 wörtlich wiedergegeben sind.

In den Darlehensverträgen vom 21. Februar 1824 und vom 7. Februar 1825 ist den Gläubigern für die Rückzahlung des Capitals ein Pfandrecht an den griechischen Nationalgütern (*biens nationaux*) eingeräumt worden. Nach einer Mittheilung, welche von einem Gläubiger in der jüngsten Zeit der Oeffentlichkeit übergeben wurde, ist in den Schuldurkunden überdies ein Pfandrecht an den Einkünften Griechenlands, jedoch nicht für die Rückzahlung des Capitals, sondern nur für die Entrichtung der Zinsen bestellt worden. Das Anlehen, von einer provisorischen Regierung zu schlechten Bedingungen abgeschlossen, ist aber von keiner der späteren regelmässigen Regierungen, weder von der Regierung des Grafen Capodistrias noch von den königlichen Regierungen, und ebensowenig von der Conferenz der Schutzmächte in London anerkannt worden. In den Uebersichten über die finanziellen Verhältnisse des griechischen Staates ist das Anlehen bis in die neueste Zeit als eine nicht anerkannte Schuld — *dette différée* — aufgeführt. Erst am 4. September 1878 soll nach ebenderselben Mittheilung ein Abkommen zwischen zwei Bevollmächtigten der griechischen Regierung und

zwei Vertretern der Gläubiger abgeschlossen worden sein, wodurch den Gläubigern gegen einen Verzicht auf ihr Pfandrecht an den Gütern und Einkünften Griechenlands und gegen Rückgabe der Schuldkunden neue Schuldkunden auf einen weit geringeren Nominalbetrag angeboten worden sind. Das Abkommen hat die Genehmigung der griechischen Kammern, aber nicht die Zustimmung der sämtlichen Gläubiger gefunden. Soweit die Gläubiger den angebotenen Umtausch vorgenommen haben, ist das Pfandrecht derselben an den Einkünften Griechenlands und damit jeder Anlass zu einem Zusammenstoss mit dem Pfandrecht des bayerischen Staates und seiner Rechtsnachsfolger beseitigt. Soweit die Gläubiger den angebotenen Umtausch nicht vorgenommen haben, ist die Forderung derselben nach wie vor eine nicht anerkannte Forderung, das Pfandrecht derselben nach wie vor ein nicht anerkanntes Pfandrecht. Es wird daher nicht zu besorgen sein, dass von dieser Seite gegen die endliche Rückzahlung des bayerischen Anlehens eine rechtlich begründete Einsprache erhoben werde.

§ 24.

Das grosse Anlehen aus dem Jahre 1833 und die Forderungen der Schutzmächte.

Schwieriger ist die Untersuchung über das Verhältniss, in welchem das bayerische Anlehen zu dem grossen Anlehen von 60 Millionen Franken steht,

welches unter der Bürgschaft der Schutzmächte mit dem Hause Rothschild abgeschlossen worden ist.

Die erreichbaren Aufschlüsse über dieses Anlehen sind oben in der Einleitung S. 2 ff. zusammengestellt.

In dieser Beziehung ist ein doppeltes Rechtsverhältniss zu unterscheiden :

1) das Rechtsverhältniss des griechischen Staates zu dem ursprünglichen Gläubiger, welcher das Darlehen gegeben hat und zu dessen Rechtsnachfolgern, d. h. das Rechtsverhältniss des griechischen Staates zu dem Hause Rothschild und zu den jeweiligen Inhabern der Partialobligationen, welche vom Hause Rothschild weiter begeben worden sind;

2) das Rechtsverhältniss des griechischen Staates zu den Schutzmächten, welche die Bürgschaft für das Darlehen übernommen und kraft der übernommenen Bürgschaft die jeweiligen Gläubiger des griechischen Staates zum weitaus überwiegenden Theile aus eigenen Mitteln wegen Hauptschuld und Zinsen befriedigt haben.

Demgemäss ist auch für den bayerischen Staat in seiner Eigenschaft als Gläubiger des griechischen Staates und für die Rechtsnachfolger des bayerischen Staates eine doppelte Frage zu beantworten:

1) In welchem Verhältniss befand sich die Forderung des bayerischen Staates und seiner Rechtsnachfolger aus dem Anlehen der Jahre 1835, 1836, 1837, soweit dasselbe nicht zurückbezahlt worden ist, zu der Forderung des Hauses Rothschild und seiner Rechts-

nachfolger aus dem grossen von den Schutzmächten garantirten Anlehen vom Jahre 1833?

2) In welchem Verhältniss befindet sich die Forderung des bayerischen Staates und seiner Rechtsnachfolger, soweit dieselbe nicht getilgt ist, zu der Forderung der Schutzmächte auf Rückerstattung derjenigen Summen, welche sie kraft der übernommenen Bürgschaft zur Befriedigung der jeweiligen Inhaber griechischer Partialobligationen aus eigenen Mitteln verwendet haben?

I. Die Schutzmächte hatten sich im Vertrag von London vom 7. Mai 1832 zur Uebernahme der Bürgschaft für das grosse Anlehen nur unter gewissen «Bedingungen» bereit erklärt, welche in dem zwölften Artikel des Vertrages zusammengefasst worden sind. Von diesen Bedingungen kommt hier nur diejenige in Betracht, welche an letzter Stelle, in Artikel XII Ziffer 6, vereinbart worden ist. «Der Herrscher von Griechenland und der griechische Staat sollen gehalten sein, zur Berichtigung der jährlichen Zinsen und Rückzahlungsbeträge für diejenigen Abtheilungen des Anlehens, welche unter der Bürgschaft der drei Höfe ausgegeben worden wären, die ersten Einkünfte des Staates zu verwenden, in der Art, dass die wirklichen Einnahmen des griechischen Schatzes vor allem zur Berichtigung dieser Zinsen und Rückzahlungsbeträge bestimmt und zu keinem anderen Zwecke verwendet werden sollen, so lange nicht der Dienst für diejenigen Abtheilungen des Anlehens, welche unter der Bürgschaft der drei Höfe ausgegeben wären, für das laufende Jahr voll-

kommen gesichert sein wird. Die diplomatischen Vertreter der drei Höfe in Griechenland sollen besonders angewiesen werden, die Erfüllung dieser letzten Bestimmung zu überwachen».

Vergl. oben in der Einleitung S. 2 f.

Wie aus dem Wortlaut erhellt, sollte durch diese Bestimmung verhütet werden, dass die Schutzmächte von den Gläubigern des griechischen Staates aus der Bürgschaft in Anspruch genommen würden. Zu dem Ende wurde dem griechischen Staate eine bestimmte Verwendung der öffentlichen Einkünfte als «Bedingung» vorgeschrieben und den Schutzmächten das Recht vorbehalten, die Erfüllung dieser «Bedingung» zu überwachen. Der griechische Staat fügte sich dieser «Bedingung» in dem Augenblick, in welchem er die Bürgschaft der Grossmächte annahm oder nachsuchte; er übernahm damit die vertragsmässige Verpflichtung gegen die Schutzmächte, die gesetzte «Bedingung» zu erfüllen. Ein Recht für die Gläubiger des griechischen Staates war durch die Bestimmung des Vertrages von London nicht begründet. Ebensowenig war in dem Vertrag von London der Fall vorgesehen, dass die Schutzmächte kraft der übernommenen Bürgschaft an die Gläubiger des griechischen Staates Zahlungen leisten würden. Denn der Vertrag spricht nur davon, dass die ersten Einkünfte des griechischen Staates zur Berichtigung der *jährlichen* Zinsen und der *jährlichen* Rückzahlungsbeträge verwendet, dass der Dienst des Anlehens für das *laufende Jahr* gesichert werden

solle. Wie es mit der Rückerstattung etwaiger Zahlungen zu halten sei, welche die Grossmächte kraft ihrer Bürgschaft zu leisten haben würden, darüber war in dem Vertrag von London keine Vereinbarung getroffen.

Die Bestimmungen in Artikel XII des Vertrages von London sind wörtlich aufgenommen worden in das britische Gesetz vom 16. August 1832, wodurch der König des vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland ermächtigt wurde, für das griechische Anlehen unter den vereinbarten Bedingungen die Bürgschaft zu übernehmen. Auf die Bestimmungen des Vertrages von London ist verwiesen in dem französischen Gesetz vom 14. Juni 1833, wodurch dem französischen Finanzminister die gleiche Ermächtigung ertheilt wurde. Ob die Bestimmungen des Vertrages von London auch in dem russischen Ukas vom 26. März | 7. April 1833 wiedergegeben wurden, welcher die russische Bürgschaft für das Anlehen ausgesprochen hat, ist nicht bekannt.

Vergl. die Angaben oben in der Einleitung S. 6.

An dem einmal begründeten Rechtsverhältniss ist durch eine derartige Wiedergabe oder Verweisung keine Aenderung eingetreten.

In dem Darlehensvertrag zwischen dem Hause Rothschild und dem griechischen Staate ist, soweit sich das ermitteln lässt, zur Sicherheit der Darlehensgläubiger eine doppelte Bestimmung aufgenommen worden. Aus dem Vertrage von London ist die Bestimmung

wiederholt, dass die wirklichen Einnahmen des griechischen Schatzes zu keinem anderen Zwecke verwendet werden dürfen, so lange nicht die verfallenden Zinsen und die planmässigen Rückzahlungsbeträge für das laufende Jahr vollkommen gedeckt seien.

Vergl. die Angabe von Johann Ludwig Klüber, pragmatische Geschichte der Wiedergeburt Griechenlands, Frankfurt am Main 1833, S. 512.

Damit hatte der griechische Staat die Verpflichtung, die öffentlichen Einkünfte in einer bestimmten Art zu verwenden, auch gegenüber den Darlehensgläubigern eingegangen. Zu gleicher Zeit aber wurde in dem Artikel IV des Darlehensvertrages von der griechischen Regierung ein Pfandrecht an allen Gütern und Einkünften des Staates, insbesondere an dem gesamten Ertrage der Steuern bestellt. Dass die Bestellung des Pfandrechts nur zu Gunsten der Darlehensgläubiger, nicht zu Gunsten der Schutzmächte geschah, ergibt sich zunächst aus dem Wortlaut des Artikels IV: «Unabhängig von der Bürgschaft, welche für das gegenwärtige Anlehen von den drei Grossmächten geleistet worden ist, weist die griechische Regierung zur Sicherheit und als Generalhypothek für das gegenwärtige Anlehen die sämtlichen Güter und Einkünfte des Staates und insbesondere den ganzen Ertrag der Steuern an».

Der Wortlaut des Artikels IV ist mitgeteilt in dem Memorandum der französischen Regierung, welches dem Protokoll Nr. 67 der Konferenz zu London vom 17. August 1837 als Anlage beigelegt worden ist, *Protocols of Conferences held in London relative to the affairs of Greece 1832—1837* pag. 29. Die Worte lauten:



«Indépendamment de la garantie donnée au présent emprunt par les trois Grandes Puissances, le Gouvernement Grec assigne la garantie et pour hypothèque générale du présent emprunt, tous les biens et revenus de l'Etat, et notamment le produit total des impôts».

Ebendasselbe ergibt sich daraus, dass die Schutzmächte an dem Darlehensvertrag zwischen dem Hause Rothschild und dem griechischen Staate in keiner Weise beteiligt waren, so zwar, dass ihre Bevollmächtigten auf der Londoner Konferenz von dem Vertrage und dessen Inhalt niemals amtliche Kunde erhielten.

Vergl. die Erklärung des britischen Bevollmächtigten, welche dem Protokoll Nr. 66 der Konferenz von London vom 8. August 1837 als Anlage B beigelegt ist, *Protocols of Conferences held in London relative to the affairs of Greece 1832—1837* pag. 27: «The Undersigned, Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, . . . feels it necessary to record, that the loan contract, . . . to which the three Powers were no Parties, has never been communicated by the Greek Government either to the British Government or to the Conference . . .»

Von dem Pfandrecht nun, welches durch den Vertrag zwischen dem Hause Rothschild und dem griechischen Staate zu Gunsten des ursprünglichen Darlehensgläubigers und seiner Rechtsnachfolger im Jahre 1833 bestellt worden ist, muss behauptet werden, dass dasselbe, so lange es bestand, mindestens teilweise den Vorrang vor dem Pfandrecht hatte, welches durch den Vertrag zwischen dem bayerischen und dem griechischen Staate im Jahre 1837 begründet worden ist. Den Vorrang hatte zweifellos das Pfandrecht, welches für die beiden ersten Serien des grossen

Anlehens als Sicherheit dienen sollte; denn die Ausgabe der beiden ersten Serien ist, wie bereits in der Einleitung erwähnt wurde, noch im Jahre 1833 erfolgt, mit der Ausgabe der Papiere ist aber auch das Pfandrecht zu rechtlichem Bestande gelangt. Nicht ebenso einfach ist die Frage zu beantworten, ob und inwieweit auch dem Pfandrecht für die dritte Serie des grossen Anlehens ein Vorrang vor dem Pfandrecht des bayerischen Staates zukam.

Soviel sich ermitteln lässt, ist mit der Ausgabe der dritten Serie erst begonnen worden, nachdem der Darlehensvertrag vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 zwischen den Königreichen Bayern und Griechenland abgeschlossen und wenigstens provisorisch ratificirt worden war. Allerdings hatte die Conferenz von London schon am 16. April 1836 die Ausgabe eines Theiles der dritten Serie bis zum Betrage von 1,212,000 Franken, oder die Ausgabe von 1212 Obligationen der dritten Serie und durch einen erläuternden Beschluss vom 23. Juli 1836 die Ausgabe von weiteren 126 Obligationen, sohin im Ganzen die Ausgabe von 1338 Obligationen der dritten Serie gestattet, um damit den am 1. März 1836 verfallenen Betrag für die Verzinsung und Tilgung der beiden ersten Serien zu decken.

Vergl. die Protokolle Nr. 60 und 61 der Conferenz von London vom 16. April und 23. Juli 1836, *Protocols of Conferences held in London relative to the affairs of Greece 1832—1837* pag. 23, 24.

Noch in demselben Jahre, am 30. August 1836 hatte die Conferenz von London die Ausgabe eines ebenso

grossen Theiles der dritten Serie gestattet, um damit den am 1. September 1836 verfallenen Betrag für die Verzinsung und Tilgung der beiden ersten Serien zu decken; sie hatte zugleich die Ermächtigung ausgesprochen, eine weitere Anzahl von Obligationen der dritten Serie auszugeben, welche erforderlich wäre, um die Verzinsung und Tilgung der etwa schon begebenen Obligationen der dritten Serie zu bestreiten.

Vergl. das Protokoll Nr. 62 der Conferenz von London vom 3. August 1836, *Protocols of Conferences 1832—1837* pag. 24.

Die Ausgabe dieser Obligationen ist aber, wie sich urkundlich feststellen lässt, erst im folgenden Jahre, am 5. April 1837, erfolgt, nachdem die Conferenz von London in der Zwischenzeit, am 9. Februar 1837, noch ein Mal die Ausgabe eines weiteren Theiles der dritten Serie gestattet hatte, um den am 1. März 1837 verfallenen Betrag für die Verzinsung und Tilgung des Anlehens flüssig zu machen.

Vergl. das Protokoll Nr. 64 der Conferenz von London vom 9. Februar 1837, *Protocols of Conferences 1832—1837* pag. 25.

Die Gründe, welche die Ausgabe der Papiere verzögert haben, sind oben im ersten Abschnitt des ersten Theils § 3 S. 29 ff. dargelegt, vergl. noch S. 42.

Am 5. April 1837, nach dieser dreimaligen Ermächtigung, sind drei Mal 1338, d. i. 4014 Obligationen der dritten Serie mit Zinsengenuss vom 1. März 1837 an in Umlauf gesetzt worden,

vergl. das Protokoll, welches am 12. September 1837 zu Paris von dem griechischen Gesandten am französischen Hofe, den

Bevollmächtigten Frankreichs, Grossbritanniens und Russlands und den Gebrüdern von Rothschild unterzeichnet worden ist, *Moniteur Universel* 1837 pag. 2121,

oder ebensoviel als zur dreimaligen Verzinsung und Tilgung der beiden ersten Serien des Anlehens erforderlich war. Der verbliebene Rest der dritten Serie ist noch später, zum Theil mit Bewilligung der Conferenz von London,

vergl. das Protokoll Nr. 66 der Conferenz von London vom 8. August 1837, *Protocols of Conferences 1832—1837* pag. 26,

zum Theil mit Bewilligung der einzelnen Schutzmächte,

vergl. darüber die Mittheilungen, welche der französische Finanzminister Lacave-Laplagne am 29. April 1843 der Kammer der Abgeordneten machte, *Exposé des motifs et projet de loi relatif à l'emprunt grec 1843*, *Moniteur Universel* 1843 pag. 989

ausgegeben worden. Und zwar sind, soweit sich dies urkundlich feststellen lässt, 977 Obligationen der dritten Serie britischer Unterabtheilung oder die von Grossbritannien im Jahre 1836 garantierte Million am 5. August 1837, 1472 Obligationen der dritten Serie am 5. October 1837, weitere 977 Obligationen der dritten Serie am 23. Januar 1838 in Umlauf gesetzt worden.

Vergl. die Protokolle, welche am 12. September 1837 und am 10. Mai 1838 von dem griechischen Gesandten am französischen Hofe, den Bevollmächtigten Frankreichs, Grossbritanniens und Russlands und den Gebrüdern von Rothschild zu Paris unterzeichnet worden sind, *Moniteur Universel* 1837 pag. 2121, 1838 pag. 1310.

Dagegen ist der Vertrag, durch welchen der bayerische Staat die Hingabe des Darlehens, der griechische Staat die Bestellung des Pfandrechts versprach, am 25. December 1836 alten, 6. Januar 1837 neuen Styls zu München unterzeichnet worden. Eine provisorische Ratificationsurkunde ist von Seiner Majestät dem König von Griechenland sogleich am folgenden Tage, am 26. December 1836 alten, 7. Januar 1837 neuen Styls zu Tegernsee ausgefertigt und noch am gleichen Tage von dem griechischen Gesandten am bayerischen Hofe dem bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeussern übersendet worden. Die definitive Ratificationsurkunde Seiner Majestät des Königs von Griechenland, ebenso die Schuldurkunde, in welcher die Bestellung des Pfandrechts ausgesprochen worden ist, beide unterzeichnet zu Athen, geben als Tag der Ausstellung den 16. | 28. Februar 1837 an. Der Tag der Ausstellung ist allerdings erst bei der Auswechsellung der Ratificationen von dem griechischen Gesandten mit eigener Hand in die beiden Urkunden eingesetzt worden; der griechische Gesandte war jedoch durch eine besondere Entschliessung Seiner Majestät des Königs von Griechenland vom 16. | 28. Februar 1837 zu dieser Einsetzung ermächtigt worden. Von Seiner Majestät dem König von Bayern wurde der Vertrag am 3. März 1837 ratificirt. Die eine Hälfte des neu bewilligten Darlehens im Betrage von 500,000 Gulden ist bereits am 10. Januar 1837, die andere Hälfte im gleichen Betrage von 500,000 Gulden am 12. April 1837 durch Vermittelung des Bankier Simon Freiherrn von

Eichthal der griechischen Regierung von der bayerischen Centralstaatskasse ausbezahlt worden. Die Auswechsellung der Ratificationen hat nach Ausbezahlung des Darlehens am 18. | 30. April 1837 in München stattgefunden. Endlich war in dem Vertrage vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 vereinbart, dass der erste Vorschuss von einer Million Franken, welchen der bayerische Staat dem griechischen Schatze nach dem Vertrage vom 30. Juni | 12. Juli 1835 gewährt hatte, spätestens binnen zwei Monaten nach der Auswechsellung der Ratificationen getilgt, dass aber dem griechischen Schatze ein neuer Vorschuss im gleichen Betrage auf neue Rechnung und unter neuen Bedingungen gegeben werden sollte. Diese Vereinbarung ist bei der Auswechsellung der Ratificationen, am 18. | 30. April 1837, dadurch erfüllt worden, dass der bayerische Staatsminister dem griechischen Gesandten die Schuldurkunde über den ersten Vorschuss, ausgestellt zu Athen am 29. August | 10. September 1835, zurückgab und dafür die neue Schuldurkunde über das gesammte Darlehen, ausgestellt zu Athen am 16. | 28. Februar 1837, in Empfang nahm.

Vergl. über diese Vorgänge die Darstellung im ersten Abschnitt des ersten Theils § 3 S. 29 ff., insbesondere S. 32, 34, 36—40.

Vergleicht man nun die Zeitpunkte, in welchen Darlehen und Pfandrecht der Gläubiger aus der dritten Serie sowie Darlehen und Pfandrecht des bayerischen Staates entstanden sind, so stellt sich das folgende Verhältniss heraus.

Das Pfandrecht für die Darlehensforderung des bayerischen Staates, soweit dieselbe zur Zeit noch besteht, ist nicht schon mit dem Abschluss des Darlehensvertrages vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 entstanden. In dem Vertrage vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 hat die griechische Regierung nicht die Erklärung abgegeben, dass sie ein Pfandrecht bestelle, sondern lediglich das Versprechen, dass sie ein Pfandrecht bestellen werde. Aus diesem Grunde ist es unerheblich, dass am 26. December 1836 | 7. Januar 1837 die provisorische Ratificationsurkunde Seiner Majestät des Königs von Griechenland dem bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeussern übersendet worden ist. Auch mit der Ausstellung der Schuldurkunde vom 16. | 28. Februar 1837 war das Pfandrecht des bayerischen Staates noch nicht entstanden. Denn zum Abschluss des Pfandvertrages genügt nicht die Erklärung des Pfandschuldners, dass er das Pfandrecht bestelle; es ist überdies erforderlich, dass diese Erklärung zur Kenntniss des Pfandgläubigers gelange. Das Pfandrecht des bayerischen Staates ist demnach erst mit der Aushändigung der Schuldurkunde Seiner Majestät des Königs von Griechenland an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeussern, somit erst am 18. | 30. April 1837 bestellt worden. An diesem Tage ist es seinem vollen Umfange nach zu rechtlichem Bestande gelangt, da die eine Darlehensforderung des bayerischen Staates im Betrage von einer Million Gulden bereits durch die leihweisen Zahlungen vom 10. Januar und 12. April 1837

begründet war, während die andere Darlehensforderung im Betrage von einer Million Franken mit dem Austausch der älteren gegen die neuere Schuldurkunde am 18. | 30. April 1837 begründet worden ist.

Dagegen ist das Pfandrecht für die dritte Serie schon im Jahre 1833 durch den Vertrag zwischen dem griechischen Staate und dem Hause Rothschild bestellt worden. Die Forderung aber, zu deren Sicherung das Pfandrecht dienen sollte, ist erst einige Jahre später und auch dann nicht auf ein Mal, sondern nach und nach, in theilweisen Beträgen zu verschiedenen Zeitpunkten entstanden. Die Forderung konnte überhaupt erst entstehen, nachdem und soweit die Schutzmächte die Ausgabe der dritten Serie bewilligt hatten. Die Forderung entstand in dem Augenblicke, in welchem das Haus Rothschild die Obligationen, deren Ausgabe bewilligt worden war, zu dem vertragsmässigen Preise übernahm. Es wird bis zur Erbringung eines Gegenbeweises anzunehmen sein, dass die Uebernahme an demjenigen Tage erfolgte, welcher urkundlich als der Tag der Ausgabe der Obligationen verzeichnet ist, sohin für die ersten 4014 Stücke am 5. April 1837, für weitere 977 Stücke am 5. August 1837, für fernere 1472 Stücke am 5. October 1837 u. s. w. Erst mit der Entstehung der Forderung ist auch das schon früher bestellte Pfandrecht für die Forderung zu rechtlichem Bestande gelangt.

Hienach ging das Pfandrecht für die ersten 4014 Obligationen der dritten Serie, welche am 5. April 1837 ausgegeben worden sind, dem Pfandrecht des

bayerischen Staates vor. Dagegen hing das wechselseitige Rangverhältniss zwischen dem Pfandrecht des bayerischen Staates und dem Pfandrecht für den übrigen Theil der dritten Serie von der Beantwortung der weiteren Frage ab, ob das Alter eines Pfandrechts, welches für eine künftige Forderung bestellt worden ist, sich nach dem Zeitpunkt der Bestellung oder nach dem späteren Zeitpunkt richte, in welchem die Forderung und mit der Forderung das Pfandrecht zu rechtlichem Bestande gelangt ist.

Würde man zur Entscheidung dieser Frage auf die Quellen des römischen Rechts zurückgehen, so würde man verschiedene Aussprüche finden, zwischen welchen ein Widerstreit zu bestehen scheint. Auf der einen Seite ist gesagt, dass das Alter eines Pfandrechts, welches zur Sicherheit für ein künftiges Darlehen bestellt worden ist, sich nicht nach dem Zeitpunkt der Bestellung, sondern nach dem späteren Zeitpunkt richte, in welchem das Darlehen ausbezahlt worden ist. Als Grund für diese Entscheidung wird angegeben, dass es auch nach der Pfandbestellung immer noch in der Gewalt des Schuldners gestanden habe, das Darlehen anzunehmen oder nicht anzunehmen.

l. 11 pr. D. qui potiores in pignore 20, 4; vergl. l. 4 D. quae res pignori 20, 3. Beide Stellen sind in die Basiliken aufgenommen, Basilicorum lib. XXV tit. V c. 9 pr., tit. IV c. 4 bei C. G. E. Heimbach tom. III pag. 80, 77.

Auf der anderen Seite ist gesagt, dass das Alter eines Pfandrechts, welches zur Sicherheit für die künftige Rückerstattung einer versprochenen Dos bestellt worden

ist, sich nach dem Zeitpunkt der Bestellung richte, nicht nach dem späteren Zeitpunkt, in welchem die versprochene Dos ausbezahlt worden ist. Als Grund für diese Entscheidung wird angegeben, dass es nach dem Versprechen der Dos nicht mehr in der Gewalt des Gläubigers gestanden habe, die versprochene Dos nicht auszubezahlen.

l. 1 pr. D. qui potiores in pignore 20, 4. Auch diese Stelle ist in die Basiliken aufgenommen, Basilicorum lib. XXV tit. V c. 1 bei C. G. E. Heimbach tom. III pag 78.

Aus diesen Entscheidungen, welche einander zu widersprechen scheinen, sich aber wechselseitig ergänzen, haben neuere Romanisten den Satz abgeleitet, dass das Alter eines Pfandrechts, welches zur Sicherheit für ein künftiges Darlehen bestellt worden ist, sich in zwei Fällen nach dem Zeitpunkt der Bestellung, nicht nach dem späteren Zeitpunkt richte, in welchem das Darlehen ausbezahlt worden ist, nämlich erstens dann, wenn es nicht mehr in der Gewalt des Schuldners gestanden habe, das Darlehen nicht anzunehmen, zweitens dann, wenn es nicht mehr in der Gewalt des Gläubigers gestanden habe, das Darlehen nicht auszubezahlen.

Vergl. v. Vangerow, Lehrbuch der Pandekten Aufl. 7 Bd. I § 372 Anm. 3 S. 837 f., Regelsberger, zur Lehre vom Altersvorzug der Pfandrechte S. 36 ff., Dernburg, das Pfandrecht Bd. I S. 527 ff., Windscheid, Lehrbuch des Pandektenrechts Aufl. 5 Bd. I § 242 Anm. 8 S. 790.

Die Regel nun, welche die neueren Romanisten aus den Entscheidungen der Quellen abgeleitet haben, ist

bereits im Rechtsbuch des Harmenopoulos ausgesprochen:
 «In denjenigen Fällen, in welchen der Pfandnehmer zur Erfüllung des Geschäfts gezwungen werden kann, wie beispielsweise bei der Dos, sehen wir nicht auf die Ausbezahlung des Geldes, sondern sagen, dass das Geschäft vom Augenblick der Abschliessung an wirksam gewesen sei. In denjenigen Fällen aber, in denen es von der Willkür des Pfandnehmers und des anderen Vertragschliessenden abhängt, das Geschäft zu erfüllen oder nicht zu erfüllen, sehen wir auf die Ausbezahlung des Geldes, nicht auf den Zeitpunkt des Abschlusses».

Ἐφ' ὧν θεμάτων ὁ τὴν ὑποθήκην λαβὼν ἀνάγκη ἔχει πληρῶσαι τὸ συνάλλαγμα, ὡς ἐπὶ τῆς προικός, ἐπὶ τούτων οὐ προσέχουεν τῇ ἀριθμῇ, ἀλλὰ φασὲν βέβαιον εἶναι τὸ συνάλλαγμα ἔξ ἀρχῆς ὅτε καὶ γέγονεν ἐφ' ὧν δὲ θεμάτων ἐν γνώμῃ αὐτοῦ καὶ τοῦ συναλλάξαντος κείται πληρωθῆναι τὸ συνάλλαγμα ἢ τουναντίον, ἐπὶ τούτων τῇ ἀπαριθμῇ προσέχουεν, καὶ οὐ τῇ ἀρχῇ τοῦ συναλλάγματος. Lib. III tit. V § 44 in der Ausgabe von G. E. Heimbach, Const. Harmenopuli manuale legum pag. 400.

Dieser Satz des griechischen Rechts wird in dem vorliegenden Fall aus einem doppelten Grund anzuwenden sein, einmal um deswillen, weil nach einer allgemein anerkannten Regel des internationalen Privatrechts das Pfandrecht nach demjenigen Rechte zu beurtheilen ist, welchem die verpfändeten Vermögenswerthe unterliegen,

vergl. beispielsweise die Erörterung v. Bar's, das internationale Privat- und Strafrecht § 79 S. 283 ff.,

sodann um deswillen, weil ein Vertrag zwischen einem Staate und dem Unterthan eines anderen Staates, wie

der Vertrag zwischen Griechenland und dem Hause Rothschild, ausschliesslich nach dem Rechte jenes Staates beurtheilt werden soll.

Vergl. die Erörterung oben im ersten Abschnitt des zweiten Theils
§ 17 S. 127 f.

Wendet man nun jenen Satz des griechischen Rechts auf den vorliegenden Fall an, so kömmt es für denjenigen Theil der dritten Serie, welche erst nach dem 18. | 30. April 1837 begeben worden ist, lediglich auf die Bestimmungen an, welche der Darlehensvertrag zwischen dem Hause Rothschild und dem griechischen Staate enthält. Wenn das Haus Rothschild von dem griechischen Staate gezwungen werden konnte, den Rest der dritten Serie zu dem vereinbarten Preise zu übernehmen, so ging das Pfandrecht für den Rest der dritten Serie kraft des Vertrages vom Jahre 1833 dem Pfandrecht des bayerischen Staates aus der Schuldurkunde vom Jahre 1837 vor. Wenn dagegen das Haus Rothschild die freie Wahl hatte, den Rest der dritten Serie abzunehmen oder nicht abzunehmen, so ging das Pfandrecht des bayerischen Staates aus der Schuldurkunde vom 16./28. Februar 1837 dem Pfandrecht für denjenigen Theil der dritten Serie vor, welcher erst nach dem 18. | 30. April 1837 begeben worden ist. Doch würde auch in dem letzteren Fall das Pfandrecht für den Rest der dritten Serie den Vorrang behaupten, wenn der griechische Staat von dem Hause Rothschild hätte gezwungen werden können, den gesammten Betrag des grossen Anlehens bis auf den letzten Rest auszugeben.

Die entscheidenden Bestimmungen sind in dem zehnten Artikel des Darlehensvertrages mit dem Hause Rothschild enthalten.

Der Inhalt, zum Theil auch der Wortlaut des Artikels X ist in dem Berichte mitgetheilt, welchen der Abgeordnete Drouyn-de-Lhuys am 3. October 1848 der französischen Nationalversammlung erstattet hat, *Moniteur Universel* 1848 pag. 2754. Der Auszug aus diesem Berichte bei G. F. de Martens, *nouveau recueil général des traités* tom. XIII pag. 629, enthält gerade diese Mittheilung nicht.

Nach dem zehnten Artikel des Vertrages war der Verkauf oder die Begebung des Anlehens durch die griechische Regierung an die Gebrüder von Rothschild endgiltig für diejenigen zwei Drittel, d. h. für diejenigen 40 Millionen, deren Ausgabe durch die Conferenz von London gestattet worden war. Die Begebung, so fügte der Vertrag hinzu, «ist für das andere Drittel» — 20 Millionen — «frei oder in der Wahl der Gebrüder von Rothschild allein; das heisst: nachdem die Conferenz von London in ihrem letzten Protokolle vom 13. November 1832 erklärt hat, dass sie für den Augenblick nur die Ausgabe von zwei Dritttheilen des Anlehens gestatte, so ist vereinbart, dass nur diese zwei Dritttheile durch die Herren von Rothschild fest übernommen sind, und dass diese die Freiheit behalten, das letzte Dritttheil des gegenwärtigen Anlehens zu den im gegenwärtigen Vertrage festgesetzten Preisen und Bedingungen zu nehmen oder nicht zu nehmen, sowie die drei Mächte durch ihre Minister auf einer Versammlung der Conferenz erklärt haben, dass sie die

Ausgabe dieses letzten Drittheils unter ihrer besonderen Bürgschaft gestatten».

«Il a été stipulé, dans l'art. 10 du traité, que la vente ou négociation de l'emprunt par le gouvernement grec à MM. de Rothschild était définitive pour les deux tiers, soit pour les 40 millions de capital, dont l'émission était autorisée par la conférence de Londres. «Elle est, ajoute le traité, à l'égard de l'autre tiers (20 millions), facultative ou à option pour MM. de Rothschild frères seulement, c'est à dire que la conférence de Londres, dans son dernier protocole du 13 novembre 1832, ayant décidé qu'elle n'autorisait pour le moment que l'émission des deux tiers de l'emprunt, il est entendu que ces deux tiers sont seuls pris ferme par MM. de Rothschild, et que ceux-ci conserveront la faculté de prendre ou d'abandonner le dernier tiers du présent emprunt, aux prix et conditions fixés par le présent contrat, à l'époque à laquelle les trois puissances auront, par leurs ministres réunis en conférence, déclaré qu'elles autorisent l'émission de ce dernier tiers sous leur garantie spéciale». So die Mittheilung im Bericht des Abgeordneten Drouyn-de-Lhuys. Das Protokoll vom 13. November 1832 ist das Protokoll Nr. 55 der Conferenz von London, *Protocols of Conferences held in London relative to the affairs of Greece 1832—1837* pag. 12.

Das Haus Rothschild hat auch von dieser Freiheit Gebrauch gemacht. Im Jahre 1848 war von der französischen Abtheilung der dritten Serie ein Betrag von zwei und einer halben Million Franken (2,599,338 fr. 66 c.) noch nicht begeben. Die französischen Staatspapiere waren damals in Folge der politischen Ereignisse sehr tief gesunken; die französische Regierung konnte die Geldmittel zur Erfüllung der Verbindlichkeit aus der übernommenen Bürgschaft nur zu sehr ungünstigen Bedingungen beschaffen. Sie beabsichtigte daher, den noch verfügbaren Rest der dritten Serie

zur Deckung der verfallenen Zinsen und zur planmässigen Tilgung der früher ausgegebenen Papiere zu verwenden. Das Haus Rothschild weigerte sich aber entschieden, den Rest der dritten Serie zu dem vereinbarten Preise zu übernehmen, indem es sich auf den Artikel X seines Vertrages mit dem griechischen Staate berief.

Vergl. darüber den eben erwähnten Bericht des Abgeordneten Drouyn-de-Lhuys, sowie den Bericht, welchen der Abgeordnete de Flavigny am 7. November 1849 der gesetzgebenden Nationalversammlung erstattet hat, *Moniteur Universel* 1849 pag. 3627. In dem letzteren Berichte heisst es: «Lorsque à la suite de la révolution de Février, le Gouvernement français vit rapidement disparaître les ressources de son crédit, le ministre des finances, dans la vue d'exonérer le trésor, au moins temporairement, d'un fardeau que les circonstances rendaient plus pesant, fut ramené à l'idée d'employer ce qui restait encore en réserve des obligations de la 3^e série au service des intérêts et de l'amortissement; mais la maison Rothschild se refusa catégoriquement à l'appel qui lui fut adressé: le prix de 90 fr., qui lui avait assuré de grands bénéfices depuis 1833, devenait tout à coup très-désavantageux; les rentes françaises elles-mêmes ayant subi une dépréciation énorme: cette maison repoussa donc la demande du ministre des finances en revendiquant le droit d'option, stipulé par l'art. 10 de son traité avec la Grèce».

Allerdings ist damals in der französischen Nationalversammlung die Behauptung ausgesprochen worden, dass das Haus Rothschild sich des Wahlrechtes begeben habe, indem es nach dem Verlangen der Konferenz von London, späterhin nach dem Verlangen der einzelnen Mächte, den britischen und den russischen Antheil der dritten Serie vollständig und von dem

französischen Antheil der dritten Serie einen grösseren Betrag übernommen habe.

So in dem Bericht des Abgeordneten Drouyn-de-Lhuys.

Doch ist diese Behauptung ein Jahr später in der gesetzgebenden Nationalversammlung zu Paris als unhaltbar erklärt worden.

So in dem Bericht des Abgeordneten de Flavigny: Dans le rapport précité du 3 octobre 1848, fait à l'assemblée constituante, quelques doutes sont émis sur le maintien de ce droit d'option en faveur des concessionnaires de l'emprunt: la commission semble pencher à croire que le droit d'option a été perimé et que le Gouvernement français pourrait contraindre la maison Rothschild à accepter à l'ancien cours de 90 fr. les 2,500,000 fr. d'obligations restées en réserve. L'acceptation intégrale des parts afférentes à la Grande-Bretagne et à la Russie, dans cette 3^e série, et l'acceptation successive de plusieurs émissions de la part afférente à la France, semblaient impliquer, aux yeux de la commission, une renonciation réelle à la faculté de l'option. En examinant de plus près la question, il faut bien reconnaître qu'on trouverait difficilement un tribunal qui voulut admettre cette prétention contre les concessionnaires de l'emprunt. Dans un contrat de cette nature, toutes les stipulations sont de droit strict; les considérations d'équité ne sauraient prévaloir contre la lettre même du contrat; le droit d'option est très-nettement formulé en faveur de la maison Rothschild. Il n'est dit nulle part que ce droit est indivisible . . . un droit si formel ne saurait être supprimé par induction et par une renonciation prétendue implicite».

Wie das Haus Rothschild die freie Wahl hatte, die dritte Serie zu nehmen oder nicht zu nehmen, so hatte auch der griechische Staat die freie Wahl, die dritte Serie zu begeben oder nicht zu begeben.

Dies ist in den beiden erwähnten Berichten ausdrücklich anerkannt. So sagt der Abgeordnete Drouyn-de-Lhuys in dem Bericht vom 3. October 1848: «Sans doute c'est librement et volontairement que les émissions successives ont été faites par le gouvernement grec». In gleichem Sinne äussert sich der Abgeordnete de Flavigny in dem Berichte vom 7. November 1849: «Si lors de la première émission partielle de la 3^e série, les concessionnaires eussent demandé à être assurés que la totalité de la série serait émise, cette exigence eut été repoussée par le Gouvernement».

Nach dem Ergebniss dieser Untersuchung hatte das Pfandrecht des bayerischen Staates den Vorrang vor dem Pfandrecht für denjenigen Theil der dritten Serie, welche erst nach dem 18./30. April 1837 begeben worden ist, musste aber dem Pfandrecht für die beiden ersten Serien und für diejenigen 4014 Stücke der dritten Serie, welche am 5. April 1837 begeben worden sind, den Vorrang einräumen. Für den gesammten Betrag des grossen Anlehens, auch für den Rest der dritten Serie, konnten die Schutzmächte darauf bestehen, dass der griechische Staat die Verpflichtung erfülle, welche ihm durch Artikel XII Ziffer 6 des Vertrages von London auferlegt worden war. Sie konnten dem griechischen Staate gegenüber darauf bestehen, obwohl derselbe an dem Vertrage von London nicht als vertragschliessende Macht betheiligt war, weil er diese Verpflichtung in dem Augenblick übernommen hatte, in welchem er die Bürgschaft der Schutzmächte für das grosse Anlehen nachsuchte und annahm. Sie konnten auch vom bayerischen Staate, mit welchem sie den Vertrag von London abgeschlos-

sen hatten, verlangen, dass er den griechischen Staat nicht an der Erfüllung der übernommenen Verpflichtung hindere. Sie konnten daher Jahr für Jahr, so lange das grosse Anlehen nicht getilgt war, in Athen Einsprache dagegen erheben, dass aus den Einkünften des griechischen Schatzes Zahlungen an den bayerischen Staat oder dessen Rechtsnachfolger geleistet würden, so lange nicht für das laufende Jahr die Beträge für die verfallenden Zinsen und die planmässige Tilgung des grossen Anlehens gedeckt seien. Sie konnten auch in München Einsprache erheben, so lange der bayerische Staat der Gläubiger war. Nur gegen den Rechtsnachfolger des bayerischen Staates konnten sie das Recht der Einsprache nicht geltend machen, weil der Rechtsnachfolger zwar die Rechte des bayerischen Staates aus dem Darlehensvertrag vom Jahre 1837 erworben, nicht aber die Verpflichtungen des bayerischen Staates aus dem Vertrage von London vom Jahre 1832 übernommen hatte. Durch die Einsprache in Athen oder in München konnten die Schutzmächte sich dagegen schützen, dass sie aus der eingegangenen Bürgschaft in Anspruch genommen würden.

II. Seit einer längeren Reihe von Jahren ist das grosse Anlehen getilgt,

vergl. die Angaben oben in der Einleitung S. 8 f.,

zu einem kleinen Theile aus den eigenen Mitteln des griechischen Schatzes, zum weitaus überwiegenden Theile durch die Zahlungen, welche die Schutzmächte

kraft der übernommenen Bürgschaft an die Gläubiger des griechischen Staates geleistet haben. Von Seite der ursprünglichen Gläubiger des griechischen Staates ist daher nicht mehr zu besorgen, dass sie den Vorrang ihres Pfandrechts vor dem Pfandrecht des bayerischen Staates und seiner Rechtsnachfolger geltend machen. Ebenso ist die Verpflichtung gegenstandslos geworden, welche dem griechischen Staate durch Artikel XII Ziffer 6 des Vertrages von London auferlegt worden war, da diese Verpflichtung sich nur auf die Verwendung der öffentlichen Einkünfte zur Berichtigung der *«jährlich»* verfallenden Zinsen und zur planmässigen *«jährlichen»* Tilgung des Anlehens bezog. Dagegen sind die Schutzmächte Gläubiger des griechischen Staates geworden. Es fragt sich, ob die Schutzmächte für ihre Forderungen ein Pfandrecht erworben haben, welches dem Pfandrecht des bayerischen Staates vorgehen würde?

Ein Pfandrecht hätten die Schutzmächte auf verschiedenem Wege erwerben können, entweder durch Rechtsabtretung oder durch hypothekarische Succession oder durch Bestellung einer Cautionshypothek. Eine Abtretung der Forderung in Verbindung mit dem Pfandrecht hätte in jedem einzelnen Falle durch einen Vertrag mit den jeweiligen Gläubigern bewirkt werden müssen, deren Guthaben die Schutzmächte aus eigenen Mitteln bezahlt haben. Eine hypothekarische Succession dagegen wäre ebenso wie der Erwerb einer Cautionshypothek durch einen Vertrag mit dem Schuldner zu bewirken gewesen. Eine Cautionshypothek würde

den Vorrang vor dem Pfandrecht des bayerischen Staates und seiner Rechtsnachfolger nur dann behaupten können, wenn die Bestellung vor dem 18. | 30. April 1837 vorgenommen worden wäre. Eine hypothekarische Succession dagegen würde den Schutzmächten den Rang der befriedigten Darlehensgläubiger gesichert haben, wenn nur ein Vertrag mit dem griechischen Staate abgeschlossen worden wäre, so lange die Forderung der Darlehensgläubiger nicht durch Rückzahlung getilgt war. Es wird jedoch von den Schutzmächten weder ein Erwerb des Pfandrechts durch Vertrag mit den Gläubigern noch ein Erwerb des Pfandrechts durch Vertrag mit dem Schuldner nachzuweisen sein.

1) Es lässt sich nicht nachweisen, dass die Schutzmächte die Forderung der griechischen Gläubiger in Verbindung mit dem Pfandrecht durch Abtretung erworben haben. Es lässt sich im Gegentheile nachweisen, dass eine derartige Abtretung von den Schutzmächten nicht verlangt, von den Gläubigern nicht erklärt worden ist. Den Beweis dafür erbringen die amtlichen Protokolle, welche vom Jahre 1834 an Jahr für Jahr über die Tilgung des grossen Anlehens aufgenommen worden sind.

Die Protokolle sind vom Jahre 1834 bis zum Schlusse des Jahres 1868 in ununterbrochener Reihenfolge zum Theil dem vollständigen Wortlaut nach, zum Theil im Auszug durch den Moniteur veröffentlicht worden. Es sind der Zeitfolge nach die folgenden:

- 1) vom 10. September 1834 für den ersten Tilgungstermin —
1. März 1835 — Moniteur Universel 1834 pag. 1832, 1849;

- 2) vom 16. März 1835 für den zweiten Tilgungstermin — 1. September 1835 — *Moniteur Universel* 1835 pag. 620, 631, 635;
- 3) vom 15. September 1835 für den dritten Tilgungstermin — 1. März 1836 — *Moniteur Universel* 1835 pag. 2140;
- 4) vom 19. März 1836 für den vierten Tilgungstermin — 1. September 1836 — *Moniteur Universel* 1836 — pag. 547;
- 5) vom 12. September 1836 für den fünften Tilgungstermin — 1. März 1837 — *Moniteur Universel* 1836 pag. 1891;
- 6) vom 20. März 1837 für den sechsten Tilgungstermin — 1. September 1837 — *Moniteur Universel* 1837 pag. 693;
- 7) vom 12. September 1837 für den siebenten Tilgungstermin — 1. März 1838 — *Moniteur Universel* 1837 pag. 2121;
- 8) vom 10. Mai 1838 für den achten Tilgungstermin — 1. September 1838 — *Moniteur Universel* 1838 pag. 1310;
- 9) vom 4. October 1838 für den neunten Tilgungstermin — 1. März 1839 — *Moniteur Universel* 1838 pag. 2310;
- 10) vom 24. Januar 1839 mit der Ankündigung, dass die gezogenen Obligationen am 1. März 1839 zurückbezahlt werden sollen, *Moniteur Universel* 1839 pag. 196;
- 11) vom 22. Juli 1839 mit der gleichen Ankündigung für den 1. September 1839, *Moniteur Universel* 1839 pag. 1544;
- 12) vom 20. Januar 1840 für den 1. März 1840, *Moniteur Universel* 1840 pag. 192;
- 13) vom 16. Juli 1840 für den 1. September 1840, *Moniteur Universel* 1840 pag. 1750;
- 14) vom 18. Januar 1841 für den 1. März 1841, *Moniteur Universel* 1841 pag. 304;
- 15) vom 19. Juli 1841 für den 1. September 1841, *Moniteur Universel* 1841 pag. 1868;
- 16) vom 21. Januar 1842 für den 1. März 1842, *Moniteur Universel* 1842 pag. 213;
- 17) vom 19. Juli 1842 für den 1. September 1842, *Moniteur Universel* 1842 pag. 1704;
- 18) vom 18. Januar 1843 für den 1. März 1843, *Moniteur Universel* 1843 pag. 158;
- 19) vom 25. Juli 1843 für den 1. September 1843, *Moniteur Universel* 1843 pag. 1962;

- 20) vom 18. Januar 1844 für den 1. März 1844, Moniteur Universel 1844 pag. 135;
- 21) vom 20. Juli 1844 für den 1. September 1844, Moniteur Universel 1844 pag. 2388;
- 22) vom 29. Januar 1845 für den 1. März 1845, Moniteur Universel 1845 pag. 255;
- 23) vom 24. Juli 1845 für den 1. September 1845, Moniteur Universel 1845 pag. 2233;
- 24) vom 14. Februar 1846 für den 1. März 1846, Moniteur Universel 1846 pag. 419;
- 25) vom 25. Juli 1846 für den 1. September 1846, Moniteur Universel 1846 pag. 2097;
- 26) vom 23. Januar 1847 für den 1. März 1847, Moniteur Universel 1847 pag. 152;
- 27) vom 24. Juli 1847 für den 1. September 1847, Moniteur Universel 1847 pag. 2290;
- 28) vom 1. Februar 1848 für den 1. März 1848, Moniteur Universel 1848 pag. 300;
- 29) vom 29. August 1848 für den 1. September 1848, Moniteur Universel 1848 pag. 2396;
- 30) vom 9. Februar 1849 für den 1. März 1849, Moniteur Universel 1849 pag. 1169;
- 31) vom 10. August 1849 für den 1. September 1849, Moniteur Universel 1849 pag. 2842;
- 32) vom 8. Februar 1850 für den 1. März 1850, Moniteur Universel 1850 pag. 918;
- 33) vom 14. und vom 23. August 1850 für den 1. September 1850, Moniteur Universel 1850 pag. 2892;
- 34) vom 28. Februar 1851 für den 1. März 1851, Moniteur Universel 1851 pag. 667;
- 35) vom 29. August 1851 für den 1. September 1851, Moniteur 1851 pag. 2497;
- 36) vom 12. Februar 1852 für 1. März 1852, Moniteur Universel 1852 pag. 310;
- 37) vom 7. August 1852 für den 1. September 1852, Moniteur Universel 1852 pag. 1303;
- 38) vom 19. Februar 1853 für den 1. März 1853, Moniteur Universel 1853 pag. 218;

- 39) vom 23. August 1853 für den 1. September 1853, Moniteur Universel 1853 pag. 948;
- 40) vom 23. Februar 1854 für den 1. März 1854, Moniteur Universel 1854 pag. 238;
- 41) vom 30. August 1854 für den 1. September 1854, Moniteur Universel 1854 pag. 967;
- 42) vom 26. Februar 1855 für den 1. März 1855, Moniteur Universel 1855 pag. 239;
- 43) vom 29. August 1855 für den 1. September 1855, Moniteur Universel 1855 pag. 971;
- 44) vom 26. Februar 1856 für den 1. März 1856, Moniteur Universel 1856 pag. 235;
- 45) vom 26. August 1856 für den 1. September 1856, Moniteur Universel 1856 pag. 959;
- 46) vom 13. Februar 1857 für den 1. März 1857, Moniteur Universel 1857 pag. 778;
- 47) vom 15. Juli und vom 14. August 1857 für den 1. September 1857, Moniteur Universel 1857 pag. 778, 903;
- 48) vom 13. Januar und vom 22. Februar 1858 für den 1. März 1858, Moniteur Universel 1858 pag. 59, 245;
- 49) vom 2. und vom 23. August 1858 für den 1. September 1858, Moniteur Universel 1858 pag. 967, 1051;
- 50) vom 4. und vom 16. Februar 1859 für den 1. März 1859, Moniteur Universel 1859 pag. 139, 191;
- 51) vom 5. und vom 11. August 1859 für den 1. September 1859, Moniteur Universel 1859 pag. 899, 931;
- 52) vom 2. und vom 20. Februar 1860 für den 1. März 1860, Moniteur Universel 1860 pag. 143, 215, 218;
- 53) vom 26. Juli 1860 für den 1. September 1860, Moniteur Universel 1860 pag. 903;
- 54) vom 9. Februar 1861 für den 1. März 1861, Moniteur Universel 1861 pag. 183;
- 55) vom 14. August 1861 für den 1. September 1861, Moniteur Universel 1861 pag. 1231;
- 56) vom 8. Februar 1862 für den 1. März 1862, Moniteur Universel 1862 pag. 175;
- 57) vom 6. und vom 23. August 1862 für den 1. September 1862, Moniteur Universel 1862 pag. 1167, 1239;

- 58) vom 3. Februar 1863 für den 1. März 1863, Moniteur Universel 1863 pag. 178;
- 59) vom 8. August 1863 für den 1. September 1863, Moniteur Universel 1863 pag. 1047;
- 60) vom 10. Februar 1864 für den 1. März 1864, Moniteur Universel 1864 pag. 221;
- 61) vom 25. Juli 1864 für den 1. September 1864, Moniteur Universel 1864 pag. 987;
- 62) vom 26. Januar 1865 für den 1. März 1865, Moniteur Universel 1865 pag. 90;
- 63) vom 31. Juli 1865 für den 1. September 1865, Moniteur Universel 1865 pag. 1091;
- 64) vom 25. Januar 1866 für den 1. März 1866, Moniteur Universel 1866 pag. 110;
- 65) vom 14. August 1866 für den 1. September 1866, Moniteur Universel 1866 pag. 1037;
- 66) vom 7. Februar 1867 für den 1. März 1867, Moniteur Universel 1867 pag. 133;
- 67) vom 6. August 1867 für den 1. September 1867, Moniteur Universel 1867 pag. 1094;
- 68) vom 4. Februar 1868 für den 1. März 1868, Moniteur Universel 1868 pag. 213;
- 69) vom 4. August 1868 für den 1. September 1868, Moniteur Universel 1868 pag. 1182.

Für die Jahre 1869 und 1870 sind die Protokolle im Journal officiel de l'Empire français nicht veröffentlicht worden.

An den Verhandlungen, welche in diesen Protokollen beurkundet sind, haben regelmässig, soweit die Veröffentlichungen im Moniteur dies erkennen lassen, ein Vertreter der griechischen Regierung, je ein Vertreter der Schutzmächte, endlich die Gebrüder Rothschild Theil genommen. Einige Jahre hindurch, vom 23. Januar 1847 bis zum 23. Februar 1854

Nr. 26—40 nach der obigen Zählung

war ein Vertreter der griechischen Regierung nicht zugegen. An zwei Verhandlungen vom 10. September 1834 und vom 19. Juli 1841

Nr. 1 und 15 nach der obigen Zählung

hat ein Vertreter der französischen, an drei Verhandlungen, vom 15. September 1835, vom 19. Juli 1841, endlich vom 30. August 1854

Nr. 3, 15, 41 nach der obigen Zählung

hat ein Vertreter der russischen Regierung nicht Theil genommen; doch ist nur in dem letzten Fall, vom 30. August 1854, die Tilgung des Anlehens wie die Entrichtung der Zinsen aus den Mitteln der Schutzmächte bewirkt worden. An allen Verhandlungen haben die Gebrüder Rothschild Theil genommen. Doch hätten die Gebrüder Rothschild die Erklärung, dass sie die Forderung gegen den griechischen Staat und das mit der Forderung verbundene Pfandrecht den Schutzmächten abtreten, nur für diejenigen Obligationen abgeben können, welche zum Zwecke der Tilgung von den Gebrüdern Rothschild zurückgekauft worden waren; eine Prüfung der Nummern müsste dann ergeben, ob die zurückgekauften Obligationen zu den beiden ersten Serien und zu den ersten 4014 Obligationen der dritten Serie gehören, deren Pfandrecht den Vorrang vor dem Pfandrecht des bayerischen Staates behauptete, oder zu den übrigen Obligationen der dritten Serie, deren Pfandrecht einen späteren Rang einnahm. Von den Inhabern derjenigen Obligationen, welche durch das

Loos zur Rückzahlung bestimmt wurden, könnte eine Erklärung des Inhalts, dass sie die Forderung gegen den griechischen Staat und das mit der Forderung verbundene Pfandrecht an die Schutzmächte abtreten, nur dann angenommen werden, wenn mit der Bekanntgabe der Verloosung die Ankündigung verbunden worden wäre, dass die Inhaber der verloosten Obligationen gegen Abtretung ihrer Forderung aus den Mitteln der Schutzmächte befriedigt werden würden; eine Prüfung der Nummern müsste dann wieder ergeben, ob die verloosten Obligationen zu den beiden ersten Serien und zu denjenigen 4014 Stücken der dritten Serie gehören, deren Pfandrecht den Vorrang vor dem Pfandrecht des bayerischen Staates behauptete, oder zu den übrigen Stücken der dritten Serie, deren Pfandrecht einen späteren Rang einnahm. Aus dem Wortlaut der Protokolle lässt sich aber nachweisen, dass eine Abtretung der Forderung an die Schutzmächte von den Gebrüdern Rothschild als den Inhabern der zurückgekauften Obligationen nicht erklärt worden ist und von den Inhabern der verloosten Obligationen nicht angenommen werden kann.

In den ersten Jahren ist im *Moniteur* regelmässig ein doppeltes Protokoll vom gleichen Tage veröffentlicht worden, so vom 16. März 1835 bis zum 18. Januar 1841, dann vom 21. Januar 1842 bis zum 25. Juli 1843, endlich als letztes das Protokoll vom 29. Januar 1845.

Nr. 3—14, 16—19, 22 nach der obigen Zählung.

Das eine Protokoll gibt an, wie viele Obligationen nach dem Darlehensvertrag für den nächsten Tilgungstermin getilgt werden sollen, wie viele Obligationen zu diesem Zwecke zurückgekauft, wie viele Obligationen durch das Loos zur Rückzahlung zu bestimmen seien. Es verzeichnet sodann die Nummern der zurückgekauften wie die Nummern der verloosten Obligationen und kündigt an, dass die verloosten Obligationen mit den verfallenen Coupons am nächsten Tilgungstermin von dem Hause Rothschild bezahlt werden würden. Das andere Protokoll beurkundet, dass früher zurückgekaufte wie früher verlooste und bezahlte Obligationen in Gegenwart der unterzeichnenden Theilnehmer durch Aufdrückung eines Stempels vernichtet und in zwei Hälften zerschnitten worden seien, von denen die eine Hälfte zerstört, die andere zur Verfügung der griechischen Regierung gestellt worden sei. In den späteren Jahren ist das zweite Protokoll entweder nicht mehr aufgenommen, oder, worauf die gelegentliche Veröffentlichung des Protokolls vom 29. Januar 1845 schliessen lässt, nicht mehr veröffentlicht worden, vielleicht um deswillen, weil die Veröffentlichung dieses Protokolls für die Gläubiger aus dem grossen griechischen Anlehen ohne jede Erheblichkeit war. Auch das Verhältniss des griechischen Staates zu den Schutzmächten kann aus dem ersten Protokoll mit genügender Sicherheit festgestellt werden.

Der Wortlaut des ersten, später des einzigen durch den Moniteur veröffentlichten Protokolls ist, von redactionellen Aenderungen abgesehen, fünfunddreissig

Jahre hindurch, vom 10. September 1834 bis zum 4. August 1868 der gleiche geblieben, mochten die Gelder zur Befriedigung der Gläubiger aus den Mitteln des griechischen Staates oder aus den Mitteln der Schutzmächte oder theilweise aus den Mitteln des griechischen Staates, theilweise aus den Mitteln der Schutzmächte entnommen werden. Das Protokoll gibt in allen Fällen die Anzahl der Obligationen an, welche vertragsmässig von dem gesammten Anlehen wie von einer jeden der drei Abtheilungen, der englischen, der französischen, der russischen Abtheilung, für den nächsten Termin «getilgt» werden sollen.

«Conformément au contrat d'emprunt, . . . obligations doivent être *amorties* pour le . . semestre d'amortissement dudit emprunt, savoir . . obligations de la série garantie par l'Angleterre, . . obligations de la série garantie par la France, . . obligations de la série garantie par la Russie». Oder: «. . obligations grecques dont . . obligations de la série garantie par l'Angleterre, . . obligations de la série garantie par la France, . . obligations de la série garantie par la Russie doivent être amorties pour le . . semestre d'amortissement de l'emprunt grec» (oder «pour le . . tirage de l'amortissement de l'emprunt grec»).

Das Protokoll gibt ferner an, ob und inwieweit die «Tilgung» durch Rückkauf von Obligationen bewirkt werden konnte und inwieweit die «Tilgung» durch Verlosung von Obligationen zu bestimmen sei.

Die regelmässige Formel lautet: «Cet amortissement n'ayant pu être effectué par rachats au-dessous du pair que pour . . obligations de la série garantie par . . , il a dû être procédé au tirage au sort des . . obligations de la série garantie par . . » Oder: «Cet amortissement n'ayant pu être effectué par rachats au-dessus du pair pour aucune des garanties, il a dû être procédé au tirage au sort pour la totalité de l'amortissement».

Das Protokoll verzeichnet endlich die Nummern der zurückgekauften Obligationen mit der Bemerkung, dass der Rückkauf zum Zwecke der Tilgung bewirkt worden sei,

«Bordereau des . . obligations de la série garantie par . . , dont le rachat au-dessous du pair a été effectué pour l'amortissement du semestre au . . . 18 . . »

und die Nummern der verloosten Obligationen mit der Ankündigung, dass dieselben zur «Tilgung» bestimmt seien und am nächsten Verfalltag bei dem Hause Rothschild zurückbezahlt werden würden.

Die regelmässige Formel lautet: «Les . . obligations portant les numéros ci-dessus détaillés, designées (oder destinées) pour être amorties, seront remboursées au pair le . . . 18 . . , avec le coupon échu (oder à échoir) ledit jour, au domicile de Messieurs de Rothschild frères, banquiers à Paris etc.»

Diese Formeln mit unerheblichen Aenderungen der Wort- und Satzstellung sind in denjenigen Jahren angewendet worden, in welchen die Tilgung des Anlehens aus den Mitteln des griechischen Staates bewirkt worden ist, in den Jahren 1834 und 1835, in welchen die Gelder zur Befriedigung der Gläubiger den beiden ersten Serien, in den Jahren 1836 und 1837, in welchen die Gelder der dritten Serie des Anlehens, in den Jahren 1841 und 1842, in welchen die Gelder den Einkünften des griechischen Staates entnommen worden sind. Die gleichen Formeln sind in denjenigen Jahren angewendet worden, in welchen die Tilgung des Anlehens ausschliesslich aus den Mitteln der Schutzmächte

bewirkt worden ist, was seit dem Jahre 1843, nachdem die englische und die russische Abtheilung der dritten Serie vollständig ausgegeben war, Jahr für Jahr ohne Unterbrechung geschah. Die gleichen Formeln sind endlich in denjenigen Jahren angewendet worden, in welchen die Tilgung des Anlehens zum Theil aus den Mitteln des griechischen Staates, zum Theil aus den Mitteln der Schutzmächte bewirkt worden ist, ohne dass in den Protokollen unterschieden worden wäre zwischen denjenigen Obligationen, welche vom Hauptschuldner, und denjenigen Obligationen, welche von den Bürgen bezahlt wurden. So in den Jahren 1838, 1839, 1840, in welchen die Tilgung der französischen Abtheilung aus den Mitteln des französischen Staates, die Tilgung der englischen und der russischen Abtheilung durch eine weitere Ausgabe der dritten Serie, sohin aus den Mitteln des griechischen Staates bewirkt worden ist.

Vergl. für die französische Abtheilung die französischen Gesetze vom 24. April 1838 und vom 26. Juli 1839, sowie die königlichen Ordonnanzen vom 24. August und vom 29. September 1840, wodurch Credite zur Tilgung der französischen Abtheilung des griechischen Anlehens für die Verfalltermine vom 1. März und vom 1. September der Jahre 1838, 1839, 1840 eröffnet worden sind, Bulletin des Lois du Royaume de France IX série tom. XVI pag. 613, tom. XIX pag. 70, tom. XXI pag. 400, 526. Für die englische und die russische Abtheilung vergl. die Angaben, welche der französische Finanzminister Lacave-Laplagne am 29. April 1843 in der Kammer der Abgeordneten machte, als er den Entwurf zu dem Gesetze vom 24. Juli 1843 vorlegte, Exposé des motifs et projet de loi relatif à l'emprunt grec, Moniteur Universel 1843 pag. 989.

Gleichwohl wird in den Protokollen aus den gleichen Jahren zwischen der Tilgung der französischen Abtheilung auf der einen Seite, der Tilgung der englischen und der russischen Abtheilung auf der anderen Seite nicht unterschieden.

Es gehören hieher die sechs Protokolle Nr. 8 bis 13 nach der obigen Zählung. So heist es im Protokoll Nr. 8 vom 10. Mai 1838:

«Les obligations portant les 246 numéros détaillés ci-dessus dont

85 de la série garantie par l'Angleterre,

80 de la série garantie par la France,

81 de la série garantie par la Russie,

246 désignées pour être amorties, seront remboursées au pair le 1^{er} septembre 1838 avec le coupon à échoir ledit jour au domicile de MM. de Rothschild frères, banquiers, rue Laffitte n° 15, à Paris». Ebenso in dem Protokoll Nr. 9 vom 4. October 1838:

«Les obligations portant les 267 numéros détaillés ci-dessus, dont

90 de la série garantie par l'Angleterre,

85 de la série garantie par la France,

92 de la série garantie par la Russie

267 désignées pour être amorties, seront remboursées au pair le 1^{er} mars 1839, avec le coupon à échoir ledit jour» &c. Ganz die gleiche Wendung wird in den Protokollen Nr. 10 vom 24. Januar 1839 für den Verfalltermin vom 1. März 1839, Nr. 11 vom 22. Juli 1839 für den Verfalltermin vom 1. September 1839, Nr. 12 vom 20. Januar 1840 für den Verfalltermin vom 1. März 1840, Nr. 13 vom 16. Juli 1840 für den Verfalltermin vom 1. September 1840 gebraucht, in dem letzten für die verloosten englischen und französischen Obligationen, während die russischen Obligationen damals zurückgekauft werden konnten.

Nicht minder bemerkenswerth ist ein Vorgang im Jahre 1843. Damals wurde für den Verfalltermin vom 1. September 1843 die Tilgung der französischen Abtheilung zum grösseren Theile aus den Mitteln des griechischen,

zum kleineren Theile aus den Mitteln des französischen Staates bestritten.

Vergl. die königliche Ordonnanz vom 16. December 1843, deren Artikel 1 besagt: «Il est ouvert à notre ministre secrétaire d'état des finances, sur l'exercice 1843, un crédit extraordinaire de 193,906 fr. 69 c., pour parfaire, avec la somme de 333,333 fr. 33 c., fournie par le gouvernement grec, celle de 527,240 fr. 2 c., qui est nécessaire au remboursement des intérêts et de l'amortissement exigibles au 1^{er} septembre 1843 de la partie afférente à la garantie de la France, sur l'emprunt contracté en 1832 par ce gouvernement». Bulletin de Lois IX série tom. XXVII pag. 865.

Gleichwohl wird in dem Protokoll für den gleichen Verfalltermin unter den Obligationen der französischen Abtheilung ein Unterschied nicht gemacht.

Es gehört hieher das Protokoll Nr. 19 vom 25. Juli 1843, welches besagt: «Les 126 obligations» (de la série garantie par la France) «portant les numéros ci-dessus détaillés, désignée pour amorties, seront remboursées au pair le 1^{er} septembre 1843, avec le coupon échu ledit jour» &c.

Aus allen diesen Actenstücken ergibt sich, dass die Schutzmächte die griechischen Gläubiger in eben derselben Weise befriedigt haben, wie der griechische Staat selbst, dass sie die Zahlungen zur Tilgung des Anlehens lediglich in Erfüllung der übernommenen Verpflichtung bewirkt haben, ohne sich die Rechte der Gläubiger abtreten zu lassen, dass sie mit der eigenen Forderung gegen den griechischen Staat auf Rückerstattung der geleisteten Vorschüsse sich begnügt haben. Bekräftigt wird dieses Ergebniss durch das zweite Protokoll, welches in der ersten Zeit im unmittelbaren Anschluss an das eben besprochene Protokoll durch

den Moniteur veröffentlicht worden ist. In dem zweiten Protokoll wird bezeugt, dass früher zurückgekauft ebenso wie früher verlooste und durch das Haus Rothschild eingelöste griechische Obligationen in Gegenwart der sämtlichen Beteiligten durch Aufdrückung eines Stempels vernichtet und in zwei Hälften zerschnitten worden sind, von denen die eine Hälfte zerstört, die andere Hälfte der griechischen Regierung zur Verfügung gestellt worden ist.

Die regelmässige Formel lautet: «Et le même jour, . . . en présence des dénommés au procès-verbal qui précède, immédiatement après le tirage des . . . obligations destinées à l'amortissement, il a été procédé à l'annulation de . . .» Es folgen die Nummern der einzelnen Obligationen mit Angabe der Rückkaufszeit oder des Ziehungstages; sodann wird fortgefahren: «Ensemble . . . obligations. En conséquence, les . . . obligations ci-dessus détaillées ont été frappées d'un timbre d'annulation et coupées en deux moitiés. Une moitié a été détruite et anéantie séance tenante, et l'autre moitié a été mise de côté pour être tenue à la disposition du gouvernement grec».

In dieser Weise ist nachweisbar nicht nur mit denjenigen Obligationen verfahren worden, welche aus den Mitteln des griechischen Staates, sondern auch mit solchen Obligationen, welche aus den Mitteln der Schutzmächte eingelöst worden sind.

So sind laut des oben beigebrachten Nachweises aus den Mitteln des französischen Staates die griechischen Obligationen französischer Abtheilung eingelöst worden, welche durch die Ziehung vom 10. Mai 1838 zur Rückzahlung für den 1. September 1838 bestimmt worden sind. Nun sind aber von den griechischen Obligationen französischer Abtheilung, welche am 10. Mai 1838 gezogen worden waren, 19 Stücke am 24. Januar 1839 (Protokoll Nr. 10), 14

Stücke am 22. Juli 1839 (Protokoll Nr. 11), 4 Stücke am 20. Januar 1840 (Protokoll Nr. 12), 1 Stück am 21. Januar 1842 (Protokoll Nr. 16), 2 Stücke am 18. Januar 1843 (Protokoll Nr. 18), je nachdem sie zur Einlösung gekommen waren, vernichtet worden. Ebenso ist oben der Nachweis beigebracht worden, dass die Gelder zur Tilgung des griechischen Anlehens für den 1. September 1843 zu etwa $2\frac{1}{5}$ vom französischen, zu etwa $3\frac{1}{5}$ vom griechischen Staate bereit gestellt worden sind. Gleichwohl sind von den 126 griechischen Obligationen französischer Abtheilung, welche am 25. Juli 1843 zur Rückzahlung für den 1. September 1843 gezogen worden sind (Protokoll Nr. 19), 122 Stücke am 29. Januar 1845 vernichtet worden (Protokoll Nr. 22). Vorausgesetzt wird dabei, dass für den Verfalltermin vom 1. September 1843 die Gelder verwendet wurden, welche von dem französischen Könige durch die oben mitgetheilte Verordnung vom 16. December 1843 angewiesen worden sind. Wären für den Verfalltermin vom 1. September 1843 die Gelder verwendet worden, welche durch das französische Gesetz vom 24. Juli 1843 angewiesen worden sind, so wäre die gesammte Tilgung aus den Mitteln des französischen Staates bewirkt, gleichwohl aber wären die eingelösten Obligationen, gerade so wie nach der Ziehung vom 10. Mai 1838 vernichtet worden.

Wären die zurückgekauften und zurückbezahlten Obligationen nicht zerstört worden, so würde damit zwar ein Beweis entfallen, an dem Rechtsverhältniss aber zwischen den Gläubigern, den Schutzmächten und Griechenland, wie es durch das erste Protokoll festgestellt ist, nichts geändert werden.

Keinen Aufschluss gewähren die Protokolle über diejenigen Zahlungen, welche die Schutzmächte zur Verzinsung der nicht getilgten Obligationen geleistet haben. Wenn nicht einmal nachgewiesen werden kann, dass die Schutzmächte sich das Recht auf Rückzahlung des Capitals von den Gläubigern haben abtreten lassen,

so wird noch weniger angenommen werden können, dass sie für jeden einzelnen Zinstermin von jedem einzelnen Gläubiger sich das Recht aus dem verfallenen Coupon haben abtreten lassen. Es wird das um so weniger angenommen werden dürfen, da die Gläubiger nicht wussten und in vielen Fällen nicht einmal wissen konnten, ob sie aus den Mitteln des Hauptschuldners oder aus den Mitteln der Bürgen bezahlt würden.

Was aus diesen Protokollen für das Verhältniss der drei Schutzmächte zum griechischen Staate sich ergibt, das lässt sich für Frankreich allein noch aus einer weiteren Reihe von Urkunden nachweisen. Es sind die Gesetze und Verordnungen, durch welche vom Jahre 1838 bis zum Jahre 1870 mit nur wenigen Unterbrechungen Semester für Semester oder doch Jahr für Jahr dem Finanzminister ein Credit eröffnet worden ist, um die Gläubiger des griechischen Staates, soweit Frankreich die Bürgschaft für das grosse Anlehen übernommen hatte, wegen Hauptschuld und Zinsen zu befriedigen.

Aus der Regierungszeit des Königs Louis Philipp Gesetze vom 24. April 1838 und vom 26. Juli 1839, Ordonnanzen des Königs vom 24. August und 29. September 1840, Gesetz vom 24. Juli 1843, Ordonnanz des Königs vom 16. December 1843, Gesetz vom 21. April 1844, Ordonnanz des Königs vom 26. August 1844, Gesetz vom 21. Juni 1845, Ordonnanz des Königs vom 12. September 1845, Gesetz vom 31. Mai 1846, Ordonnanz des Königs vom 4. October 1846, Gesetz vom 12. Juli 1847, Ordonnanz des Königs vom 1. September 1847, sämmtlich abgedruckt im Bulletin des Lois du Royaume de France IX série tom. XVI pag. 613, tom. XIX pag. 70, tom. XXI pag. 400, 526, tom. XXVII pag. 77, 845, tom. XXVIII pag. 371, tom. XXIX

pag. 381, tom. XXX pag. 602, tom. XXXI pag. 589, tom. XXXII pag. 379, tom. XXXIII pag. 801, tom. XXXV pag. 88, 696; aus der Zeit der zweiten Republik Erlass vom 1. März 1848, Decret vom 14. October 1848, Gesetz vom 1. März 1849, Decret vom 29. August 1849, Gesetz vom 27. Februar 1850, Decret vom 15. August 1850, Gesetz vom 20. März 1851, Decrete vom 20. August 1851, 9. Februar 1852, 18. August 1852, sämmtlich im Bulletin des Lois de la République française X série tom. I pag. 409, tom. II pag. 524, tom. III pag. 185, tom. IV pag. 238, tom. V pag. 137, tom. VI pag. 405, tom. VII pag. 397, tom. VIII pag. 328, tom. IX pag. 369, tom. X pag. 397; endlich aus der Zeit des dritten Kaiserreichs kaiserliche Decrete vom 5. Februar und 20. August 1853, 11. Februar und 12. August 1854, 26. April und 25. Juli 1855, 7. Februar und 11. August 1856, 31. Januar und 5. August 1857, Gesetz vom 10. April 1858, kaiserliches Decret vom 23. August 1858, Gesetz vom 16. April 1859, kaiserliche Decrete vom 29. August 1859, 8. Februar und 4. August 1860, 30. Januar und 5. August 1861, Gesetz vom 16. April 1862, sodann die Finanzgesetze vom 2. Juli 1862 Artikel 45, vom 13. Mai 1863 Artikel 28, vom 8. Juni 1864 Artikel 24, vom 8. Juli 1865 Artikel 26, vom 18. Juli 1866 Artikel 24, vom 31. Juli 1867 Artikel 27, vom 2. August 1868 Artikel 28, vom 8. Mai 1869 Artikel 27, vom 27. Juli 1870 Artikel 35, sämmtlich im Bulletin des Lois de l'Empire français XI série tom. I pag. 332, tom. II pag. 470, tom. III pag. 429, tom. IV pag. 242, tom. V pag. 807, tom. VI pag. 208, tom. VII pag. 405, tom. VIII pag. 452, tom. IX pag. 146, tom. X pag. 567, tom. XI pag. 465, tom. XII pag. 281, tom. XIII pag. 523, tom. XIV pag. 535, tom. XV pag. 146, tom. XVI pag. 571, tom. XVII pag. 227, tom. XVIII pag. 466, tom. XIX pag. 606, tom. XX pag. 9, tom. XXI pag. 805, tom. XXIII pag. 842, tom. XXVI pag. 82, tom. XXVIII pag. 137, tom. XXX pag. 157, tom. XXXII pag. 192, tom. XXXIII pag. 471, tom. XXXVI pag. 101. Dazu kommen noch diejenigen französischen Finanzgesetze, durch welche die ausserordentlichen Credite nachträglich genehmigt worden sind, welche die französische Regierung durch die oben zusammengestellten Decrete eröffnet hatte.

In keinem dieser Erlasse ist gesagt, dass dem Finanzminister ein Credit eröffnet werde, um die Rechte der ursprünglichen Gläubiger des griechischen Staates zu erwerben; es wird vielmehr lediglich gesagt, dass dem Finanzminister ein Credit eröffnet werde, um an Stelle der griechischen Regierung Zinsen und Hauptschuld zu bezahlen, soweit Frankreich die Bürgschaft für das grosse Anlehen übernommen habe.

Die regelmässig wiederkehrende Formel der Gesetze aus der Regierungszeit des Königs Louis Philipp lautet: «Il est ouvert au ministre des finances un crédit de . . . , à l'effet de pourvoir, à défaut du gouvernement de la Grèce, au paiement du semestre échu . . . des intérêts et de l'amortissement de l'emprunt négocié le 12 janvier 1833 par ce gouvernement, jusqu'à concurrence de la portion garantie par le trésor de France, en exécution de la loi du 14 juin 1833 et de l'ordonnance royale du 9 juillet suivant». So Artikel I der Gesetze vom 24. April 1838, 26. Juli 1839, 24. Juli 1843, 21. April 1844, 21. Juni 1845, 31. Mai 1846, 12. Juli 1847. Ebendieselbe Formel ist in den gesetzlichen Erlassen aus der Zeit der zweiten Republik angewendet, so im Decret vom 14. October 1848, in den Gesetzen vom 1. März 1849, 27. Februar 1850, 20. März 1851. Kürzer, aber dem Inhalte nach übereinstimmend, ist die Formel in den Ordonnanzen des Königs Louis Philipp: «Il est ouvert à notre ministre secrétaire d'état des finances, sur l'exercice 18.., un crédit extraordinaire de . . . , pour subvenir au remboursement des intérêts et de l'amortissement exigibles au . . . , de la partie de l'emprunt grec garantie par la France», Artikel I der Ordonnanzen vom 24. August und 29. September 1840; «il est ouvert à notre ministre secrétaire d'état des finances, sur l'exercice 1843, un crédit extraordinaire de 193,906 fr. 69 c., pour parfaire, avec la somme de 333,333 fr. 33 c. fournie par le gouvernement grec, celle de 527,240 fr. 2 c., qui est nécessaire au remboursement des intérêts et de l'amortissement exigibles au 1^{er} septembre 1843, de la partie afférente à la garantie de la France sur l'emprunt

contracté en 1833 par ce gouvernement», Artikel 1 der Ordonnanz vom 16. December 1843, eine Formel, welche, obwohl vereinzelt nach Lage des Falles, doch das Vorbild für die späteren Erlasse geworden ist; «il est ouvert au ministre secrétaire d'état des finances, sur l'exercice 18.., un crédit extraordinaire de . . . , nécessaire au remboursement des intérêts et de l'amortissement exigibles au . . . , de la partie afférente à la garantie de la France sur l'emprunt contracté en 1833 par le gouvernement grec», Artikel 1 der Ordonnances vom 26. August 1844, 12. September 1845, 4. October 1846, während Artikel 1 der Ordonnanz vom 1. September 1847 die Formel der Gesetze unter Weglassung der verweisenden Schlussworte — en exécution de la loi du 14 juin 1833 . . . — wiederholt. Die Formel der Ordonnances aus den Jahren 1844, 1845, 1846 ist denn auch mit nur wenigen durchaus unerheblichen Aenderungen in den Decreten aus der Zeit der zweiten Republik und des zweiten Kaiserreichs beibehalten, so in den Decreten des Präsidenten der Republik vom 29. August 1849, 15. August 1850, 20. August 1851, 9. Februar und 18. August 1852, in den Decreten des Kaisers vom 5. Februar und 20. August 1853, vom 11. Februar und 12. August 1854, vom 26. April und 25. Juli 1855, vom 7. Februar und 11. August 1856, vom 31. Januar und 5. August 1857, vom 29. August 1859, vom 8. Februar und 4. August 1860, vom 30. Januar und 5. August 1861; sie ist ferner benützt in den Gesetzen aus der Zeit des zweiten Kaiserreichs vom 10. April 1858, vom 16. April 1859 und vom 16. April 1862, endlich in den Finanzgesetzen, welche vom Jahre 1862 bis zum Jahre 1870 erlassen worden sind. Vereinzelt, jedoch dasselbe besagend, ist die Formel im Erlass des französischen Finanzministers vom 1. März 1848: «Vu le décret rendu par le gouvernement provisoire le 29 Février, qui autorise le ministre des finances à mettre à la disposition de MM. Rothschild la somme nécessaire au service du semestre des arrérages et de l'amortissement de la portion de l'emprunt grec garantie par la France, semestre échu au 1^{er} mars, le caissier central du trésor est autorisé à remettre à MM. Rothschild pour ce service la somme de . . .

In keinem dieser Erlasse ist gesagt, dass mit den gegenwärtigen Gläubigern oder mit dem Hause Rothschild, dem ursprünglichen Gläubiger des griechischen Staates, ein Vertrag abgeschlossen worden sei oder abgeschlossen werden solle, um deren Rechte zu erwerben; es wird vielmehr lediglich auf das französische Gesetz vom 14. Juni 1833 und die königliche Ordonnanz vom 9. Juli 1833 verwiesen, wodurch der französische Staatsschatz mit der Bürgschaft für den dritten Theil des griechischen Anlehens belastet worden ist.

So in den oben erwähnten Gesetzen aus der Regierungszeit des Königs Louis Philipp und aus der Zeit der zweiten französischen Republik; ebenso in den Ordonnanzen des Königs seit dem 26. August 1844, in den Decreten des Präsidenten der Republik seit dem 29. August 1849 und in den Decreten des Kaisers seit dem 5. Februar 1853.

In zahlreichen Erlassen wird allerdings ein Schreiben des Hauses Rothschild an die französische Regierung erwähnt; doch enthielt dasselbe lediglich die Anzeige, dass die griechische Regierung die Gelder zur Deckung der verfallenden Beträge nicht zur Verfügung gestellt habe, somit lediglich eine Aufforderung zur Zahlung, nicht aber eine Abtretung von Rechten.

So in den Decreten des Präsidenten der Republik seit dem 9. Februar 1852 und in den Decreten des Kaisers seit dem 5. Februar 1853. Die regelmässig wiederkehrende Formel lautet: «Vu la lettre de MM. de Rothschild frères . . ., par laquelle ces banquiers font connaître, que la provision nécessaire au service du semestre échéant le . . . ne leur a point été faite».

Demgemäss wird denn auch vorgeschrieben, dass die zu leistenden Zahlungen rechtlich und rechnerisch als Vorschüsse an die griechische Regierung zu betrachten und zu behandeln seien.

So heisst es in Artikel 2 des Gesetzes vom 24. April 1838: «Les paiements qui seront faits en vertu de l'autorisation donnée par l'article précédent auront lieu à titre d'avances à recouvrer sur le gouvernement de la Grèce». Diese Formel ist in Artikel 2 der späteren Gesetze aus der Regierungszeit des Königs Louis Philipp, in den gesetzlichen Erlassen aus der Zeit der zweiten Republik, endlich in den Gesetzen aus der Zeit des zweiten Kaiserreichs wiederholt. Auch in dem oben erwähnten Erlass des Finanzministers vom 1. März 1848 heisst es am Schluss: «laquelle somme sera portée à un compte d'avances pour le service de l'emprunt grec garanti par la France».

Wie als Rechtsgrund für die zu leistenden Zahlungen lediglich die Verpflichtung aus der übernommenen Bürgschaft angegeben ist, so hat sich auch der französische Staat mit der Forderung gegen den griechischen Staat auf Rückerstattung der Vorschüsse begnügt, ohne auf eine Abtretung der Rechte der Gläubiger zu dringen.

Dass dieses die Auffassung der französischen Regierung wie der parlamentarischen Körperschaften Frankreichs gewesen ist, bezeugen überdies verschiedene Aeusserungen, welche bei der Berathung der französischen Gesetze gefallen sind. Durchweg werden die Zahlungen, welche zur Befriedigung der griechischen Gläubiger aus dem französischen Staatsschatz angewiesen wurden, als Vorschüsse an den griechischen Staatsschatz bezeichnet. So äusserte der Abgeordnete Baron de Varenne in dem Bericht, welchen er am

6. Juni 1845 der Kammer erstattete: «la France . . . se mit en mesure d'en faire le service avec ses propres fonds et *d'accepter le trésor grec pour débiteur direct de ces avances* . . . les avances faites directement au trésor hellénique pour le service de six semestres, en vertu des lois de 24 avril 1838, 26 juillet 1839 et 10 juin 1841 sont . . . de 2,762,444 fr. 70 c».

Moniteur Universel 1843 pag. 1458.

Im gleichen Sinne erklärte der Finanzminister, als er am 24. März 1845 der Kammer der Abgeordneten einen Gesetzentwurf vorlegte: «En travaillant, de concert avec ses alliés, à dégager la garantie collective accordée à la Grèce, le Gouvernement du Roi ne négligera pas non plus le soin des intérêts distincts et des réclamations non moins légitimes que nous avons à faire valoir, par suite des *avances que nous avons faites plusieurs fois sur nos propres fonds au gouvernement grec pour le service de la portion de l'emprunt* qui était sous notre garantie».

Moniteur Universel 1845 pag. 694.

Dass die französische Regierung das Verhältniss der beiden anderen Schutzmächte zum griechischen Staate in derselben Weise auffasste, wie das Verhältniss Frankreichs zum griechischen Staate, zeigt eine Aeusserung desselben Ministers Lacave-Laplagne in der Darlegung, mit welcher er am 17. Februar 1844 der Kammer der Abgeordneten einen Gesetzentwurf vorlegte: «les trois

cours de France, d'Angleterre et de Russie, engagées dans l'avenir de ce royaume par la garantie qu'elles ont donnée à son emprunt et *les avances en numéraire qu'elles ont faites pour en assurer le service*, avaient jugé opportun de rouvrir à Londres les conférences».

Moniteur Universel 1844 pag. 357.

Genau in derselben Weise fasste auch das britische Cabinet das Rechtsverhältniss zwischen Grossbritannien und Griechenland auf. Den Beweis dafür erbringt eine Erklärung, welche der erste Lord des Schatzes Gladstone am 22. März 1869 im Hause der Gemeinen auf eine Anfrage des Abgeordneten Kirk gab: «It is true that a sum of L. 1,139,198 has been paid by England since the year 1843 up to the present time, and that it has been paid to Greece in the sense of being paid in order to prevent defalcation in the regular dividends on a certain portion of a Loan on behalf of Greece, which Loan was contracted under our guarantee».

Hansard's Parliamentary Debates, third series vol. CXCIV pag. 1896.

Alles dieses beweist, dass die Schutzmächte nicht beabsichtigt haben, die Forderungen der Darlehensgläubiger an den griechischen Staat und das zur Sicherung der Forderungen dienende Pfandrecht gegen vertragsmässige Abfindung an sich zu bringen.

2) Ebensowenig wird sich nachweisen lassen, dass die Schutzmächte ein Pfandrecht mit dem Range, welcher

dem Pfandrecht der Darlehensgläubiger zukam, durch sogenannte hypothekarische Succession erworben haben.

Nach den Grundsätzen des römischen Rechts kann derjenige, welcher einem Schuldner die Mittel zur Befriedigung eines Pfandgläubigers gewährt, sich von dem Schuldner das Pfandrecht des abgefundenen Gläubigers einräumen lassen.

l. 3 D. quae res pignori 20, 3; l. 12 § 8 D. qui potiores in pignore 20, 4; l. 1 Cod. de his qui in priorum creditorum 8, 18 (19). Diese drei Stellen sind in die Basiliken aufgenommen worden, Basilicorum lib. XXV tit. IV c. 3, tit. V c. 10, tit. IV c. 13, bei C. G. E. Heimbach tom. III pag. 77, 81, 78.

Das Pfandrecht des abgefundenen Gläubigers geht nicht von Rechtswegen auf denjenigen über, welcher die Gelder vorgestreckt hat; es ist vielmehr erforderlich ein Vertrag zwischen demjenigen, welcher die Gelder vorgestreckt hat, und dem Schuldner, wodurch dieser dem neuen Gläubiger ein Pfandrecht und zwar das Pfandrecht des befriedigten Gläubigers einräumt.

So ausdrücklich l. 3 D. 20, 3: *etiamsi ita contractum sit, ut antecedens dimitteretur, non aliter in ius pignoris succedet, nisi convenerit, ut sibi eadem res esset obligata; neque enim in ius primi succedere debet, qui ipse nihil convenit de pignore.* Ebenso l. 1 Cod. 8, 18 (19): *Non omnimodo succedunt in locum hypothecarii creditoris hi, quorum pecunia ad creditorem transit. Hoc enim tunc observatur, cum is, qui pecuniam postea dat, sub hoc pacto credat, ut idem pignus ei obligetur et in locum eius succedat.* In der gleichen Weise sind die Voraussetzungen für die sogenannte hypothekarische Succession auch in den Basiliken bezeichnet. Basilicorum lib. XXV tit. IV c. 3 (l. 3 D. 20, 3): *Ὁ δανειζων ἐπὶ τῷ προτέρῳ δανειστῇ οὐχ ὑπε-*

σέρχεται τὸν τόπον αὐτοῦ· εἰ μὴ συμφωνήσῃ τὸ ἐνέχυρον ὑποκείσθαι αὐτῷ. Basilicorum lib. XXV tit. V c. 10 (= l. 12 § 8 D. 20, 4): παρὰ σοῦ ἐδανείσάμην ἐφ' ᾧ τῷ πρώτῳ καταβαλεῖν καὶ εἰς τόπον αὐτοῦ ὑπεισελθεῖν σε. προτιμότερος εἶ τοῦ δευτέρου, bei C. G. E. Heimbach tom. III pag. 77, 81.

Es verhält sich demnach mit dem abgeleiteten Erwerb eines Pfandrechts anders als mit dem abgeleiteten Erwerb eines persönlichen Vorzugsrechts im Concourse des Schuldners. Wer Geld zur Abfindung eines bevorzugten Gläubigers gegeben hat, erwirbt von Rechtswegen, ohne Vertrag mit dem Schuldner, das Vorzugsrecht des abgefundenen Gläubigers im Concurs.

l. 24 § 3 D. de rebus auctoritate iudicis possidendis 42, 5; l. 2 D. de cessione bonorum 42, 5. Die letztere Stelle enthält folgenden Ausspruch von Ulpian: In personalibus actionibus qui postea quidem contraxerunt, verum ut pecunia eorum ad priores creditores perveniat, in locum eorum succedunt. Beide Stellen sind in die Basiliken übergegangen. Basilicorum liber IX tit. VII c. 24, tit. V c. 2 bei Heimbach tom. I pag. 472, 464. Der Ausspruch Ulpians ist mit den Worten wiedergegeben: 'Εν ταῖς προσωπικαῖς οἱ δανείσαντες ἐφ' ᾧ τοῖς πρώτοις δοθῆναι δανείσταῖς, εἰς τὸν τόπον αὐτῶν ὑπεισέρχονται. In dieser Fassung ist der Ausspruch in das Rechtsbuch des Harmenopoulos übergegangen, lib. III tit. V § 55 in der Ausgabe von G. E. Heimbach, Const. Harmenopuli manuale legum pag. 404.

Wollte man nun die Grundsätze des römischen Rechts auf den vorliegenden Fall anwenden, so könnte zunächst der Einwand erhoben werden, dass die Quellen des römischen Rechts die sogenannte hypothekarische Succession nur zu Gunsten eines Gläubigers zulassen, welcher zur Befriedigung eines älteren Pfandgläubigers ein Darlehen gegeben hat, nicht aber zu

Gunsten eines Bürgen, welcher in Erfüllung der übernommenen Verpflichtung Geld zur Befriedigung eines älteren Pfandgläubigers verwendet hat. Dieser Einwand würde jedoch durch eine doppelte Erwägung, durch eine rechtliche und durch eine thatsächliche, zu beseitigen sein. Rechtlich könnte gesagt werden, dass eine hypothekarische Succession durch jedes Abfindungsgeschäft begründet werden könne, gleichviel in welche Form dasselbe eingekleidet sei, nicht bloß durch ein Darlehensgeschäft, welches in den Quellen des römischen Rechts nur beispielsweise genannt sei.

Dies nimmt in der That an Dernburg, das Pfandrecht Bd. II § 162 S. 504 f.

Thatsächlich aber könnte gesagt werden, dass die Schutzmächte, wie die vorausgehende Untersuchung erwiesen hat, ihre Zahlungen in der That als ein Darlehen an den griechischen Staat betrachtet und behandelt wissen wollten.

Wäre aber auch der zuerst erhobene Einwand beseitigt, so würde gleichwohl, soviel sich aus den erreichbaren Mittheilungen erschliessen lässt, der Nachweis nicht zu erbringen sein, dass der griechische Staat den Schutzmächten durch einen Vertrag ein Pfandrecht für ihre Forderungen und zwar gerade das Pfandrecht des Hauses Rothschild und seiner Rechtsnachfolger eingeräumt habe.

Die Bestimmung in Artikel XII Ziffer 6 des Vertrages von London vom 7. Mai 1832 enthält eine derartige Einräumung nicht, weder der Form noch dem

Inhalt nach. An dem Vertrage von London war der griechische Staat als vertragschliessende Macht nicht betheiligt. Die Bestimmung in Artikel XII Ziffer 6 des Vertrages bezieht sich ferner, wie bereits oben dargelegt worden ist, nur auf die Forderungen der Gläubiger, welche dem griechischen Staate das Darlehen von 60 Millionen Franken gegeben haben, des Hauses Rothschild und seiner Rechtsnachfolger, nicht aber auf die Forderungen der Schutzmächte wegen Rückerstattung der Gelder, welche zur Befriedigung jener Gläubiger verwendet worden sind. Es könnte daher nicht einmal behauptet werden, dass in Artikel XII Ziffer 6 dem griechischen Staate die Auflage gemacht worden sei, den Schutzmächten für diese Forderungen ein Pfandrecht zu bestellen.

Ein Vertrag zwischen dem griechischen Staate und den Schutzmächten über die Rückerstattung der vorschussweisen Zahlungen an die Darlehensgläubiger ist am 14. September 1843 zu Athen unterzeichnet worden. Ueber den Inhalt des Vertrages ist nur so viel bekannt geworden, dass die Rückerstattung der geleisteten Vorschüsse durch eine klug berechnete Ausgabe von griechischen Schatzscheinen erfolgen sollte.

So nach der Mittheilung, welche der französische Finanzminister Lacave-Laplagne am 17. Februar 1844 der Kammer der Abgeordneten machte: «Les représentants des trois cours communiquèrent au cabinet d'Athènes un projet de convention qui . . . réglait le remboursement des avances au moyen d'une émission sagement combinée des bons du trésor grec. Après de longues hésitations, le gouvernement du roi Othon accéda à cette convention, qui fut signée à Athènes le 14 septembre dernier» ;

Moniteur Universel 1844 pag. 357. Gleichen Inhalts ist die Mittheilung des französischen Finanzministers in der Kammer der Abgeordneten vom 24. März 1845, Moniteur Universel 1845 pag. 694.

Dass den Schutzmächten ein Pfandrecht für ihre Forderungen eingeräumt worden sei, wird nicht erwähnt, nicht einmal angedeutet. Würde aber auch der Vertrag eine solche Bestimmung enthalten, so wäre sie, wie der gesammte Inhalt des Vertrages, rechtlich belanglos. Denn der Vertrag vom 14. September 1843 ist niemals zu rechtlichem Bestande gelangt. Die griechischen Ministerien, welche in Folge der Umwälzung vom 15. September 1843 zur Leitung der Geschäfte berufen wurden, konnten sich nicht entschliessen, Seiner Majestät dem Könige Otto die Ratification des Vertrages anzurathen.

Vergl. darüber die Mittheilungen, welche der französische Finanzminister am 3. März 1846 der Kammer der Abgeordneten machte, Moniteur Universel 1846 pag. 563, sowie den Bericht, welchen der Abgeordnete Marquis de Sainte-Aulaire am 28. März 1846 der Kammer erstattete, Moniteur Universel 1846 pag. 820.

Eine neue Vereinbarung zwischen Griechenland und den Schutzmächten kam nach langen Verhandlungen im Juni 1860 zu Stande. Soviel sich ermitteln lässt, ist diese Vereinbarung nicht in einer Vertragsurkunde niedergelegt, sondern durch den Austausch diplomatischer Noten hergestellt worden. Es sind auf der einen Seite drei Noten vom 9. | 21. October 1859, welche die Gesandten der drei Schutzmächte in Athen an den griechischen Minister des königlichen Hauses

und der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet haben, auf der anderen Seite eine Note vom 9. | 21. Juni 1860, welche der griechische Minister an einen jeden der drei Gesandten erliess. In den Noten vom 9. | 21. October 1859 forderten die Gesandten der Schutzmächte im Auftrage ihrer Regierungen, dass der griechische Staat fortan und zwar vom Beginn des laufenden Jahres an Jahr für Jahr 900,000 Franken aus seinen Mitteln zu dem Dienst des grossen Anlehens beitrage, welcher seit einer Reihe von Jahren ausschliesslich auf den Kassen der Schutzmächte gelastet hatte. In der Note vom 9. | 21. Juni 1860 erwiderte der Minister Kunduriotis, dass die griechische Regierung sich entschlossen habe, auf diese Forderung einzugehen, und dass die griechischen Kammern den verlangten Credit hiefür bewilligt hätten.

Abschriften der gewechselten Noten sind dem bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe mitgetheilt worden.

Die Rechtsbeständigkeit dieser Vereinbarung ist ausdrücklich aufrechterhalten in dem Vertrage, welchen die Schutzmächte einige Jahre später, am 24. März 1864, mit dem Königreich Griechenland über die Vereinigung der jonischen Inseln mit dem griechischen Staate abgeschlossen haben.

Vergl. den Artikel VI des Vertrages vom 24. März 1864, welcher lautet: Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté l'Empereur des toutes les Russies sont convenues de faire abandon, en faveur de Sa Majesté le Roi George 1^{er},

chacune de quatre mille livres sterling par an, sur les sommes que le Trésor grec s'est engagé à payer annuellement à chacune d'elles, en vertu de l'arrangement conclu à Athènes par le Gouvernement grec, avec le concours des Chambres grecques, au mois de juin 1860. Il est expressément entendu que ces trois sommes, formant un total de douze mille livres sterling annuellement, seront destinées à constituer une dotation personnelle de Sa Majesté le Roi George 1^{er} en sus de la liste civile fixée par la loi de l'Etat. L'avènement de Sa Majesté au trône hellénique n'apportera d'ailleurs aucun changement aux engagements financiers que la Grèce a contractés par l'Article XII de la convention du 7 mai 1832, envers les Puissances garantes de l'emprunt, ni à l'exécution de l'engagement pris par le Gouvernement hellénique, au mois de juin 1860, sur la représentation des trois Cours; G. Fr. de Martens, nouveau recueil général de traités tom. XVIII pag. 67.

Ueber die Rückerstattung derjenigen Summen, welche die Schutzmächte zur Befriedigung der griechischen Gläubiger verwendet haben oder noch verwenden würden, ist weder in der Vereinbarung vom Juni 1860 noch im Vertrag vom 24. März 1864 eine Bestimmung getroffen; auch eine pfandrechtliche Sicherheit für die Forderungen der Schutzmächte ist weder in jener Vereinbarung noch in diesem Verträge bestellt. Vielmehr begnügt sich der Vertrag vom 24. März 1864 ebenso wie die Noten der Schutzmächte vom 9. | 21. October 1859 damit, die Verpflichtung des griechischen Staates nach Artikel XII Ziffer 6 des Vertrages von London vom 7. Mai 1832 aufrecht zu halten, eine Verpflichtung, deren Tragweite bereits oben dargelegt worden ist.

Ob vor der völligen Tilgung des grossen An-

lehens im Sommer des Jahres 1871 noch ein weiterer Vertrag zwischen Griechenland und den Schutzmächten abgeschlossen worden ist, kann nicht gesagt werden. Ein späterer Vertrag würde aber eine hypothekarische Succession nicht mehr zu begründen vermögen, wie denn auch jeder frühere Vertrag eine hypothekarische Succession nur für den im Augenblick des Vertragschlusses noch nicht getilgten Anlehensrest begründet haben würde.

3) Es bliebe demnach nur die Annahme übrig, dass die Schutzmächte für ihre Forderungen sich eine sogenannte Cautionshypothek vom griechischen Staate hätten bestellen lassen. Ein derartiges Pfandrecht würde, vorausgesetzt, dass es dieselben Vermögenswerthe ergriffe, wie das Pfandrecht des bayerischen Staates, den Vorrang vor diesem behaupten, wenn es vor dem Pfandrecht des bayerischen Staates bestellt worden wäre, obgleich die Forderung der Schutzmächte erst nach der Forderung des bayerischen Staates entstanden ist. Denn nachdem die Schutzmächte einmal die Bürgschaft für das griechische Anlehen übernommen hatten, hing es nicht mehr von ihrer Entscheidung ab, ob sie Gläubiger des griechischen Staates werden wollten. Unter dieser Voraussetzung bestimmt sich aber, wie bereits oben dargelegt worden ist, das Alter eines Pfandrechts, welches für eine künftige Forderung bestellt wird, nach dem Zeitpunkt der Bestellung, nicht nach dem späteren Zeitpunkt, in welchem die Forderung zur Entstehung gelangt.

Vergl. oben S. 215 ff.



Es wird sich jedoch der Nachweis nicht erbringen lassen, dass der griechische Staat vor dem Jahre 1837 den Schutzmächten ein Pfandrecht für ihre Forderungen bestellt habe. Dass in dem Vertrage von London eine derartige Pfandbestellung weder der Form noch dem Inhalt nach gefunden werden könne, ist bereits oben gezeigt worden. Ein Vertrag zwischen dem griechischen Staate selbst und den Schutzmächten über das grosse Anlehen ist aber vor dem 14. September 1843 nicht unterzeichnet worden.

III. Das Ergebniss dieser Untersuchung kann in folgende Sätze zusammengefasst werden.

Das Pfandrecht für die beiden ersten Serien des grossen Anlehens hatte, so lang es bestand, den Vorrang vor dem Pfandrecht des bayerischen Staates und seiner Rechtsnachfolger, soweit dasselbe zur Zeit noch besteht. Ebendasselbe gilt von dem Pfandrecht für einen kleineren, für denjenigen Theil der dritten Serie, welcher vor dem 18./30. April 1837 von dem Hause Rothschild fest übernommen worden ist.

Dagegen hatte das Pfandrecht des bayerischen Staates und seiner Rechtsnachfolger, soweit es zur Zeit noch besteht, den Vorrang vor dem Pfandrecht für den übrigen, den weitaus grösseren Theil der dritten Serie, so lange dieses Pfandrecht bestanden hat.

Wäre nun das Pfandrecht für das grosse Anlehen, soweit die Gläubiger aus den Mitteln der Schutzmächte und nicht aus den Mitteln des griechischen Staates befriedigt worden sind, von den Schutzmächten erworben worden, so würde das Pfandrecht für die Forder-

ungen der Schutzmächte, soweit diese Forderungen nicht durch Rückerstattung aus dem griechischen Schatze getilgt sind, den Rang theilweise vor, theilweise nach dem Pfandrecht des bayerischen Staates einnehmen.

Es lässt sich aber nicht nachweisen, dass die Schutzmächte das für das grosse Anlehen begründete Pfandrecht an sich gebracht haben, sei es durch Vertrag mit den Gläubigern — Abtretung der Forderung in Verbindung mit einer Abtretung des Pfandrechts —, sei es durch Vertrag mit dem Schuldner — sogenannte hypothekarische Succession.

Ebensowenig lässt sich nachweisen, dass sich die Schutzmächte für ihre etwaigen Forderungen gegen den griechischen Staat von vorneherein ein Pfandrecht — eine Cautionshypothek — hätten bestellen lassen, welchem ein Vorrang vor dem Pfandrecht des bayerischen Staates zukäme.

Demgemäss ist der bayerische Staat und dessen durchlauchtigster Rechtsnachfolger der älteste Pfandgläubiger des griechischen Staates.

§ 25.

Die griechischen Anlehen aus späterer Zeit.

In späteren Zeiten hat der griechische Staat weitere Anlehen in erheblicher Anzahl und in verschiedenen kleineren und grösseren Beträgen aufgenommen.

Eine Uebersicht über die Anlehen, welche in den Jahren 1853, 1863, 1864 | 65, 1866, 1867, 1868, 1869 | 70 neu aufgenommen

worden sind, hat der Secretär der britischen Gesandtschaft zu Athen R. G. Watson in einem Bericht über die finanzielle Lage Griechenlands vom 31. Juli 1870 mitgeteilt, Reports by Her Majesty's secretaries of embassy and legation on the manufactures, commerce &c., of the countries in which they reside, presented to both Houses of Parliament by Command of Her Majesty, February 1871, pag. 162—167. Die Mittheilung ist einem Berichte entnommen, welchen der griechische Finanzminister Delijannis einige Wochen vorher dem Könige von Griechenland erstattet hatte. Weitere Mittheilungen über spätere Anlehen bis zum Schlusse des Jahres 1874 gibt ein Bericht, welchen der Secretär der britischen Gesandtschaft zu Athen Edward B. Malet am 27. März 1875 erstattet hat, Reports by Her Majesty's secretaries of embassy and legation on the manufactures, commerce &c., part III, presented to both Houses of Parliament by Command of Her Majesty, June 1875, pag. 226. Der letztere Bericht ist benützt in dem Buche von Lewis Sergeant, New Greece pag. 109, woselbst weitere Anlehen von 1876 und 1877 erwähnt werden. Beide Berichte sind in dem Gothaischen Genealogischen Hofkalender benützt, in den Jahrgängen 1872—1875 der Bericht von Watson, in den Jahrgängen 1876 und 1877 der Bericht von Malet. In den Jahrgängen von 1878 und 1879 finden sich weitere Angaben über griechische Anlehen aus den Jahren 1876 und 1877 nach einem Berichte von Wyndham.

Soviel bekannt ist, wurde für die Verzinsung und Tilgung von einzelnen dieser Anlehen ein Pfandrecht an einzelnen Einkünften des griechischen Staates, so an den Einkünften der Zollstätten in Syra, im Piräus, in Patras bestellt.

Vergl. den eben erwähnten Bericht von R. G. Watson vom 31. Juli 1870 pag. 161, sowie einen weiteren Bericht desselben Diplomaten vom 12. Juli 1871, Reports of Her Majesty's secretaries of embassy and legation on the manufactures, commerce &c.,

presented to both Houses of Parliament by Command of Her Majesty, August 1871 pag. 265.

Selbstverständlich hat das Pfandrecht, welches zu Gunsten des bayerischen Staates an den sämtlichen Einkünften des griechischen Staates begründet ist, den Vorrang vor jedem späteren Pfandrecht, welches an einzelnen Einkünften des griechischen Staates bestellt ist. Denn der Satz des römischen Rechts, dass einem älteren Generalpfandrecht der Vorrang vor einem jüngeren Specialpfandrecht zukomme,

l. 2 D. qui potiores in pignore 20, 4; l. 6 Cod. qui potiores in pignore 8, 17,

ist nicht nur in die Basiliken,

Basilicorum lib. XXV tit. V c. 2 (= l. 2 D. cit.), c. 33 (= l. 6 Cod. cit.) bei C. G. E. Heimbach tom. III pag. 79, 83,

sondern auch in das Rechtsbuch des Harmenopoulos übergegangen.

Ὁ προγενέστερος δανειστής ὑποθήκην ἔχων γενικὴν καλλίων ἐστὶ τοῦ ἰδικῆν μετ' αὐτὸν ὑποθήκην λάβοντος, lib. III tit. V § 45 in der Ausgabe von G. E. Heimbach, Const. Harmenopuli manuale legum pag. 400.

SECHSTER ABSCHNITT.

Die Grösse der Forderung.

§ 26.

Die rückständigen Zinsen.

Die rückständige Schuld des griechischen Staates besteht seit dem 18. | 30. November 1842

- 1) aus dem Restbetrag des einen Darlehens von einer Million Gulden mit 766,666 Gulden 40 Kreuzer,
- 2) aus dem anderen Darlehen von einer Million Franken oder 466,666 Gulden 40 Kreuzer.

Vergl. oben § 9 S. 76.

Von einem jeden der beiden Darlehen sind nach dem Vertrage vom 25. December 1836 | 6. Januar 1837 Jahr für Jahr Zinsen zu 4 vom Hundert zu entrichten.

Artikel II Absatz 1 Ziffer 3.

Demgemäss sind an Zinsen verfallen

- 1) von dem Restbetrag des einen Darlehens zu 766,666 Gulden 40 Kreuzer in jedem Jahre 30,666 Gul-

den 40 Kreuzer, somit in 37 Jahren bis zum 18. | 30. November 1879 — die laufenden Jahreszinsen nicht eingerechnet — 1,134,666 Gulden 40 Kreuzer;

2) von dem andern Darlehen zu 1,000,000 Franken oder 466,666 Gulden 40 Kreuzer in jedem Jahre 40,000 Franken oder 18,666 Gulden 40 Kreuzer, somit in 37 Jahren bis zum 18. | 30. November 1879 — die laufenden Jahreszinsen nicht eingerechnet — 1,480,000 Franken oder 690,666 Gulden 40 Kreuzer.

Der Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen beläuft sich somit auf 1,825,333 Gulden 20 Kreuzer.

Dieser Betrag kann nach denjenigen Grundsätzen, welche für Vertragsverhältnisse unter Staaten gelten,

vergl. oben § 17 S. 127 f., 133 f.,

ohne Rücksicht auf etwaige Zinsbeschränkungen gefordert werden, welche etwa in dem einen Staate bestanden haben oder bestehen sollten.

Dass das Pfandrecht auch für die verfallenen Zinsen bestellt sein solle, ist in der Schuldurkunde Seiner Majestät des Königs Otto von Griechenland vom 16. | 28. Februar 1837 ausdrücklich gesagt.

Anlage Nr. IV; vergl. oben § 22 S. 181.

SCHLUSS.

Für das bayerische Anlehen ist das Wort des griechischen Staates in der feierlichsten Form verpfändet, in welcher das Wort eines Staates verpfändet werden kann, in der Form der völkerrechtlichen Verträge. Rechtlich begründete Einwendungen gegen den Bestand des Schuldverhältnisses zu erheben, ist der griechischen Regierung bisher nicht gelungen. Vor allen anderen Forderungen gegen den griechischen Staat hat die Forderung aus dem bayerischen Anlehen kraft des mit der Forderung verbundenen Pfandrechts den Vorrang. Griechische Staatsmänner, wie der Minister Rhallis im Jahre 1849, der Minister Provilengios im Jahre 1854, haben erklärt, dass es für Griechenland ein Gebot der «Vertragstreue», eine Sache der «Ehre» sei, den Verpflichtungen aus dem bayerischen Anlehen gerecht zu werden.

Von den sämtlichen Darlehen, welche der griechische Staat jemals in früherer oder späterer Zeit aufgenommen hat, ist das bayerische Darlehen zu den vortheilhaftesten Bedingungen abgeschlossen worden,

zu Bedingungen, wie sie nur einem Staate mit den blühendsten Finanzen und in den günstigsten Zeiten gewährt zu werden pflegen. Der griechische Staatsschatz hat den vollen Schuldbetrag in baarem Gelde ohne jeden Abzug zu dem niedrigen Zinsfuss von 4 Procent erhalten. Das grosse Anlehen von 60 Millionen Franken, für welches die Schutzmächte die Bürgschaft übernommen hatten, ist von dem griechischen Staate zum Cours von 94 Procent gegen eine Commissionsgebühr von 2 Procent, sohin mit einem Capitalverlust von 8 Procent, und zu dem Zinsfuss von 5 Procent abgeschlossen worden. In neuerer Zeit hat der griechische Staat verschiedene Anlehen zu einem Zinssatz von 8 Procent aufgenommen.

Das bayerische Darlehen ist in einem Zeitpunkt gegeben worden, in welchem der griechische Staatsschatz in schwerer Geldverlegenheit und nicht im Stande war, die Mittel zur Führung der öffentlichen Verwaltung anderweitig zu beschaffen. Auch die Schutzmächte zögerten, die finanzielle Hülfe, welche sie in Artikel XII des Vertrages von London zugesichert hatten, ohne weitere Bedingungen zu gewähren. Die Grossmuth eines Herrschers, welcher seit vielen Jahren einer der feurigsten Philhellenen gewesen war, half dem jungen Staate über einen der schlimmsten Augenblicke hinweg; ebendieselbe Grossmuth gestand bereitwillig eine wiederholte Verschiebung der Rückzahlungsfristen zu, um die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte Griechenlands zu ermöglichen. Dass durch die «grossmüthig geleistete Geldhülfe» eine «heilige Verpflichtung»

tung» für Griechenland begründet worden sei, hat der griechische Minister Zographos im Jahre 1838 gegenüber der bayerischen wie gegenüber der britischen Regierung ausgesprochen.

Um Hülfe zu bringen, hat der König von Bayern zu Gunsten des griechischen Staates über Mittel, welche zeitweise zu seiner Verfügung standen, in rechtlich zulässiger Weise, aber auf die Gefahr hin verfügt, die vorgestreckten Summen, wenn sie nicht rechtzeitig wieder eingingen, aus seinem eigenen Vermögen erstatten zu müssen. Die Folge seiner grossmüthigen Hülfeleistung war, dass sein Vermögen und das Vermögen seiner Erben um den rückständigen Capitalbetrag und die verfallenen Zinsen geschmälert worden und bis zur Stunde geschmälert ist. «Dass dem Könige Ludwig ein geschehenes Unrecht wieder gut zu machen» sei, ist im Jahre 1859 auch im griechischen Ministerrath ausgesprochen worden.

Wenn der griechische Staat sich entschliessen wird, den begründeten Forderungen aus dem bayerischen Anlehen endlich gerecht zu werden, so wird er sagen können, dass er die Verträge gehalten, dass er eine Ehrenschild abgetragen, dass er nicht als undankbar gegen einen seiner ersten Wohlthäter sich bewiesen habe.

ANLAGEN.



*Bei dem Abdruck der Urkunden ist die Schreibweise der Urschrift
beibehalten worden.*

I.

V e r t r a g

zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu München
am 30. Juni | 12. Juli 1835.

Sa Majesté le Roi de Bavière et Sa Majesté le Roi de la Grèce, considérant que par le retard momentané qu'éprouve l'émission de la troisième Série de l'emprunt garanti par l'Article XII de la Convention du 7. Mai 1832 l'Etat grec se trouve dans le besoin urgent d'un secours pécuniaire instantané et Sa Majesté le Roi de Bavière désirant prêter ce secours pour manifester l'intérêt constant que Sa dite Majesté ne cesse de prendre au bien-être de la Nation et de la Monarchie grecques, ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi de Bavière, le Sieur Frédéric Auguste Baron de Gisé, son Chambellan, Ministre d'Etat dirigeant le Département de Sa Maison Royale et des Affaires étrangères et Conseiller d'Etat actuel, grand croix de l'Ordre du mérite civil de la couronne de Bavière, de l'Ordre de Saint Léopold d'Autriche, de l'Ordre de Saint Alexandre Newsky de Russie, en diamans, de l'Ordre de l'Aigle rouge de Prusse et Commandeur de l'Ordre du Lion des Pays-bas;

et Sa Majesté le Roi de la Grèce, le Sieur Alexandre Mavrecordato, Conseiller d'Etat en service extraordinaire de Sa Majesté le Roi de la Grèce, Grand-Commandeur de Son Ordre royal du Sauveur, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près la Cour royale de Bavière;

Lesquels, après s'être réservé l'échange de leurs pleins-pouvoirs respectifs, sont convenus, sauf les ratifications subséquentes de leurs Hautes Cours, des Articles suivans :

ARTICLE PREMIER.

Le Gouvernement Grec, ayant besoin d'un secours pécuniaire instantané, à l'effet de couvrir le déficit qui se manifeste encore dans les recettes courantes de l'Etat, voulant assurer en même tems la gestion régulière de l'administration publique et désirant de subvenir au premier et au plus pressant besoin de l'Etat, vu que l'émission de la troisième Série de l'emprunt, quoique à prévoir avec certitude, dépend encore de quelques formalités à remplir, prescrites par la conférence de Londres, considérant en même tems qu'un emprunt contracté envers des maisons de banque, porterait préjudice à la négociation de la troisième Série et causerait une perte et un dommage très sensible à l'Etat grec et à ses intérêts financiers, a résolu de s'adresser à cet effet à Sa Majesté le Roi de Bavière.

Lequel voulant de Son côté pourvoir à ces dits besoins urgens de l'Etat grec, a consenti à lui prêter, moyennant paiement d'intérêts à raison de quatre pour cent, une somme totale de quatre cent soixante six mille six cent soixante six florins, quarante Kreutzers, monnaie d'Empire, équivalente à un million de francs, à titre d'avance, remboursable dans les termes ci-après stipulés. La dite somme pourra être perçue près la caisse centrale de l'Etat de Bavière par la personne qui prouvera être dûment autorisée à cette fin, moyennant des pleins-pouvoirs légalement délivrés et contre la remise de l'obligation originale, dont il est fait mention dans l'article subséquent.

ARTICLE SECOND.

Au moment de la perception de la susdite somme, le Gouvernement Grec délivrera au Gouvernement Bavarois une obligation par laquelle il garantira le paiement de la somme prêtée, comme une avance, reçue à compte des sommes mises à sa disposition par l'émission de la troisième Série de l'emprunt, garanti par la France, l'Angleterre et la Russie par l'article douze de la convention de Londres du 7. Mai 1832. Reconnaisant non seulement le droit du Gouvernement Bavarois aux susdites garanties pour la somme par lui prêtée, mais lui accordant en sus les mêmes droits réservés aux Puissances susmentionnées par le paragraphe six de l'article douze de la dite Con-

vention, lesquels consacrent les premiers revenus de l'Etat et les premières recettes effectives du trésor grec au remboursement du Capital et des intérêts, à quatre pour cent, de la somme ci-dessus prêtée, aux termes de leur échéance, le gouvernement grec renonce en même tems à toute exception, spécialement à celle de la valeur non reçue ou à celle de la valeur non dûment versée, s'engageant à protéger et à garantir la susdite avance faite par le gouvernement Bava- rois contre toute opposition ou exception qui pourraient être faites ou être appuyées sur une disposition législative ou institution grecques quelconques, promettant de remplir toutes les formalités qui pourraient être requises à cet égard et s'engageant à tenir le gouvernement Ba- varois à couvert de toute poursuite ou opposition qui, de ce chef, pourraient être dirigées contre lui.

Pour plus de sûreté du Gouvernement Bava- rois, le Gouvernement grec engagera non seulement la troisième Série de l'emprunt de soixante millions de francs pour servir d'hypothèque au remboursement à faire sur ses premiers produits de la somme d'un million de francs prêtée; mais il déposera encore les premières obligations partielles de cette Série aussitôt après leur émission et au montant d'une somme totale de deux millions de francs entre les mains du dit gouvernement Ba- varois pour lui servir de gage jusqu'au terme du paiement, à moins que le Gouvernement Bava- rois ne préfère d'accepter au lieu de ce dépôt, des lettres de change parfaitement valables et acceptées, jointes à un acte d'expromission délivré par le Gouvernement grec.

ARTICLE TROISIÈME.

Le remboursement de la somme prêtée se fera au premier Octobre, mil huit cent trente six en un seul paiement total, au montant d'une somme de quatre cent soixante six mille cent soixante six florins quarante Kreutzers, monnaie d'Empire, y joints les intérêts dûs à quatre pour cent sur la dite somme et à percevoir pour tous le tems que le trésor royal bava- rois aura été dessaisi de la somme avancée. Il sera cependant loisible au gouvernement grec d'effectuer le remboursement dans un tems plus rapproché que le terme ci-dessus fixé.

Si des circonstances imprévues plaçaient le Gouvernement Bava- rois dans la nécessité de se procurer la rentrée de l'avance faite sur la troisième Série de l'emprunt avant ou après le terme de l'échéance, en réalisant les dépôts placés entre ses mains, le Gouvernement Grec reconnaîtra le service que la Bavière lui a rendu en subvenant à ses

besoins urgens par l'avance de la susdite somme, en prenant à sa charge toutes les pertes qui, du chef de cette aliénation, résulteraient pour le Gouvernement Bavarois.

ARTICLE QUATRIÈME.

Afin d'ajouter encore aux garanties déjà accordées par la présente Convention, ainsi que pour assurer l'exacte rentrée des avances faites par le Gouvernement Bavarois, le Gouvernement Grec s'engage à charger le Baron d'Eichthal déjà nanti de la négociation de l'emprunt de soixante millions de francs, y compris la troisième Série, et à lui donner les pleins-pouvoirs exclusifs et irrévocables pour percevoir et remettre les sommes provenant de la dite troisième Série de l'emprunt. Ces dits pleins-pouvoirs ou leur confirmation, s'il en est besoin, seront remis par le Gouvernement grec au Gouvernement bavarois pour être transmis par lui au dit Baron d'Eichthal.

Ce dernier s'engagera sous serment ou de toute autre manière trouvée satisfaisante vis-à-vis du Gouvernement Bavarois, en recevant de ses mains les pleins-pouvoirs à lui délivrés par le Gouvernement grec, d'opérer sur les premiers fonds provenant du produit de la troisième Série de l'emprunt, le remboursement de la somme prêtée et avancée par la Bavière, y compris les intérêts échus jusqu'au jour du remboursement, c'est-à-dire, au plus tard au premier Octobre de l'année mil huit cent trente six.

ARTICLE CINQUIÈME.

La présente Convention sera ratifiée par les Hautes Parties contractantes, et les ratifications seront échangées à Munich dans l'espace de trois mois ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Munich le ^{douze}_{trente} du mois de ^{Juillet}_{Juin} de l'an de grâce mil huit cent trente cinq.

(L. S.) signé: Auguste Baron de Gise.

(L. S.) signé: A. Mavrocordato.

Der Vertrag ist von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland am 29. August / 10. September 1835 zu Athen, von Seiner Majestät dem Könige von Bayern am 19. November 1835 zu München ratificirt, die Ratificationen sind am 20. November 1835 zu München ausgetauscht worden.



II.

V e r t r a g

zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu Athen
am 10./22. März 1836.

Seine Majestät der König von Bayern und Seine Majestät der König von Griechenland haben die Hindernisse erwogen, welche der Verwirklichung der dritten Serie des im Artikel XII des Staats-Vertrages von London vom 7. Mai 1832 festgesetzten Anleihens noch entgegenstehen und haben sich von den Gefahren überzeugt, welche bey deren längerem Verzuge den Griechischen Staat unter den bestehenden Verhältnissen bedrohen.

Um die nachtheiligen Folgen einer möglichen Stockung in dem Finanz-Haushalte dieses Staates um so gewisser zu verhüten, haben Seine Majestät der König von Bayern auf angelegentliches Ersuchen Seiner Majestät des Königs von Griechenland und in neuer Bethätigung Ihrer stets bewährten Gesinnungen sich geneigt gefunden, dem Griechischen Staate für den Fall, dass demselben die vollständige oder theilweise Verwirklichung der 3^{ten} Serie obenerwähnten Anleihens die nöthigen Geldmittel nicht zu rechter Zeit gewähren sollte, nochmals mit einem Vorschusse zu Hilfe zu kommen, und hierüber eine Uebereinkunft mit Seiner Majestät dem Könige von Griechenland einzugehen.

Zu solchem Ende haben bevollmächtigt Seine Majestät der König von Bayern Seinen bevollmächtigten Minister und ausserordentlichen Gesandten am königlich Griechischen Hofe, Staatsrath Ritter von Kobell, Commandeur des Civil-Verdienst-Ordens der bayerischen Krone, Gross-Kreutz des Königlich Griechischen Erlöser-Ordens, des Kaiser-

lich Königlich österreichischen Leopolds-Ordens, des Kaiserlich russischen St. Anna-Ordens, Ritter der k. franz. Ehren-Legion, und des Königlich Sächsischen Verdienst-Ordens, Commandeur und Ritter mehrerer anderer Orden;

Seine Majestät der König von Griechenland Seinen Staats-Kanzler, Joseph Ludwig Grafen von Armansperg, Gross-Kreutz des königlich griechischen Erlöser-Ordens, des Civil-Verdienst-Ordens der Bayerischen Krone, des kaiserlich Oesterreichischen Leopold-Ordens, des Kaiserlich Russischen St. Annen-Ordens, des Kaiserlich Brasilianischen Ordens vom Südstern, des Königlich preussischen rothen Adler-Ordens, des Königlich Neapolitanischen Ordens vom heil Januar, des Ordens der Württembergischen Krone, des churhessischen Löwen-Ordens etc. etc., welche unter Vorbehalt nachträglichen Austausches ihrer in gehöriger Form ausgefertigten Vollmachten und Allerhöchsten Genehmigung ihrer Monarchen nachstehende Punkte verabredet haben:

Artikel I.

Seine Majestät der König von Bayern verbinden Sich, der Königlich Griechischen Regierung beym längeren Ausbleiben der 3ten Serie Vorschüsse auf die laufenden Zehentgefälle (namentlich die Zehent-Pacht-Schillinge) des Jahres 1836 bis zum Betrage von einer Million Franken oder 466,666 fl. 40 Xr. im 24 fl.-Fusse in der nachfolgend bestimmten Weise leisten zu lassen.

Artikel II.

Die Königlich Griechische Regierung wird diese Vorschüsse nur dann und in dem Maasse in Anspruch nehmen, als die 3te Serie des Anleihens von 60 Millionen Franken nicht ganz oder theilweise vor dem Eingehen der Zehentgefälle von 1836 emittirt werden sollte.

Artikel III.

Die Zahlung des im Artikel I bedungenen Vorschusses soll in Wechseln, ausgestellt vom Wechselhause Freyherrn von Eichthal zu München, geschehen, welche die Königlich Bayerische Gesandtschaft am Königlich Griechischen Hofe in Verwahrung erhalten wird, um von ihr unter Beobachtung des vorstehenden Artikels II und des folgenden Artikels IV an die Königlich Griechische General-Cassa auf deren Verlangen verabfolgt zu werden.

Artikel IV.

Ebengenannte Casse ist dagegen verbunden, für den jedesmal zu empfangenden Betrag eine von dem Königlich Griechischen Staats-Sekretär der Finanzen oder dessen gehörig ermächtigten Stellvertreter kontrasignirte Kasse-Anweisung auf die Zehentgefälle des laufenden Jahres auszufertigen und der Königlich Bayerischen Gesandtschaft zur Verfügung einzuhändigen. In diesen Anweisungen ist der Empfang des jedesmaligen Vorschusses zu bescheinigen und auszudrücken, dass die General-Casse verpflichtet ist, den Betrag derselben nebst den vom Tage des empfangenen Vorschusses an bis zu dessen Zurückzahlung verfallenen Zinsen zu 4 vom Hundert in dem Maasse, wie die Zehentgefälle, namentlich die Zehent-Pachtschillinge des Jahres 1836 eingehen, unverzüglich und unweigerlich an den rechtmässigen Inhaber der Kassenanweisungen zurückzuerstatten. Ein Formular dieser Kassenanweisungen ist gegenwärtigem Vertrage beigelegt.

Artikel V.

Die Königlich Bayerische Regierung ist berechtigt, diese Anweisungen, wenn sie beym Eingange der Zehentgefälle und auf erfolgte Anmeldung von der Griechischen General-Casse nicht sofort eingelöst werden sollten, auch unter ihrem Nennwerthe zu veräussern und der etwa dadurch entstehende Verlust fällt der Königlich Griechischen Regierung zur Last.

Artikel VI.

Da der Rückzahlungstermin des von der Königlich Bayerischen Regierung bereits in Folge der Convention vom $\frac{12. \text{ July}}{30. \text{ Juni}}$ 1835 auf die sämmtlichen Staats-Einnahmen des Jahres 1835 geleisteten Vorschusses von einer Million Franken mit dem $\frac{1. \text{ October}}{19. \text{ September}}$ 1836 verfällt, so wird hiemit festgesetzt, dass, wenn zur Verfallzeit die 3^{te} Serie des Anleihe von 60 Millionen Franken nicht ganz oder theilweise eingegangen und die Rückzahlung ebenbesagten Vorschusses geleistet wäre, die Königlich Griechische General-Casse Anweisungen nach der in vorstehendem Artikel IV bestimmten Form bis zum Betrage von einer Million Franken nebst den verfallenen Zinsen, gleichfalls aus den zuerst eingehenden Zehentgefällen des Jahres 1836 zahlbar, ausstellen und der Königlich Bayerischen Gesandtschaft am Königlich Griechischen Hofe zur Verfügung behändigen soll. Hierdurch erhält jedoch

dasjenige keinen Abbruch, was in den Artikeln IV und V gegenwärtigen Vertrages über die Rückzahlung des Vorschusses auf die Zehentgefälle von 1836 bestimmt ist.

Artikel VII.

Die Königlich Griechische Regierung leistet auf alle Einreden gegen die obigen Bestimmungen ebenso Verzicht, wie dieses im Artikel II des Vertrages vom ^{12. July}_{30. Juni} 1835 hinsichtlich des früheren Vorschusses geschehen ist und so, als ob diese Verzichtleistung wörtlich in gegenwärtiger Urkunde eingerückt wäre.

Artikel VIII.

Vorstehende Uebereinkunft wird von den Allerhöchsten Höfen genehmigt und die Ratifications-Urkunden binnen drey Monaten, oder womöglich früher zu München ausgewechselt werden.

Gefertigt zu Athen am ¹⁰₂₂ März 1836.

gez.: Egid von Kobell.
(L. S.)

gez.: Armansperg
(L. S.)

Abschrift.

Königreich Griechenland.
Verwaltungs-Jahr 1836.

Lit. }
Nr. } des Journals.

Cassa-Assignment

über Drachmen oder Franken
oder Gulden im 24 fl.-Fuss,

welche der Königlich Bayerischen Regierung in Wecheln, ausgestellt vom Banquier-Hause Baron von Eichthal in München, à Conto des vertragsmässig bedungenen Vorschusses auf die griechischen Staats-Cassa-Gefälle des laufenden Jahres 1836 durch die hiesige Königlich Bayerische Gesandtschaft an die unterfertigte General-Casse gutgemacht worden sind. Der Betrag gegenwärtiger Casse-Assignment nebst den hievon verfallenen Zinsen nach 4% wird nach den näheren

Bestimmungen des Vertrages in dem Maasse aus den Zehentgefällen.
namentlich den Zehentpachtschillingen des Jahres 1836 von der Ge-
neral-Cassa an den rechtmässigen Inhaber derselben unverzüglich und
unweigerlich zurückbezahlt, als diese Zehentgefälle eingehen werden.

Athen den 1836

Königlich Griechische General-Cassa.

(L. S)

Gut für

N N

General-Cassier.

N. N.

Controleur.

Gesehen und für gültig und vollziehbar erklärt

Athen, den

(L. S.) N. N.

Staats-Sekretär der Finanzen.

*Der Vertrag ist von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland am
19. | 31. März 1836 zu Athen, von Seiner Majestät dem Könige von Bayern
am 2. Juni 1836 zu München ratificirt, die Ratificationen sind am 27. Juli
| 8. August 1836 zu München ausgetauscht worden.*

III.

V e r t r a g

zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu München
am 25. December 1836 | 6. Januar 1837.

Sa Majesté le Roi de Bavière et Sa Majesté le Roi de la Grèce ayant pris en considération mûre et itérative les circonstances qui s'opposent encore à la réalisation de la troisième Série de l'emprunt, circonstances, dont il résulte des empêchements graves pour l'administration financière de la Grèce, voulant assurer en même tems d'une manière efficace et définitive la prospérité de la Monarchie grecque, Sa Majesté le Roi de Bavière désirant surtout manifester par de nouveaux témoignages l'intérêt constant que Sa dite Majesté prend au bien-être de la Nation et de la Monarchie grecque, sont convenus de faire une nouvelle convention par laquelle seront assurés d'une part les droits et les prétentions de la Couronne de Bavière, dérivant des conventions antécédantes et des avances faites en vertu d'icelles, en prêtant d'autre part à l'Etat grec les moyens d'assistance nécessaires pour réaliser définitivement l'ordre et la régularité dans son administration financière.

A cette fin Leurs dites Majestés ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi de Bavière, le Sieur Frédéric Auguste Baron de Gise, Son Chambellan, Ministre d'Etat dirigeant le Département de Sa Maison Royale et des affaires étrangères et Conseiller d'Etat actuel, Chevalier de St. Hubert, Grand-Croix de l'Ordre du mérite civil de

Bavière, Grand - Croix de l'Ordre Impérial de Léopold d'Autriche, Chevalier de l'Ordre de St. Alexandre Newsky en diamans, Chevalier Grand-Croix de l'Ordre de l'Aigle rouge de Prusse, Grand-Croix de l'Ordre du Sauveur, Chevalier de l'Ordre de fidélité de Bade, Grand-Croix de l'Ordre de Zaehringen et Commandeur de l'Ordre du Lion des Pays-bas,

et Sa Majesté le Roi de la Grèce, le Sieur Alexandre Mavrocordato, Conseiller d'Etat en service extraordinaire de Sa Majesté le Roi de la Grèce, Grand-Croix de Son Ordre royal du Sauveur, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près la Cour Royale de Bavière,

Lesquels, après s'être réservés l'échange de leurs plein-pouvoirs respectifs, sont convenus, sauf les ratifications subséquentes de Leurs Hautes Cours des Articles suivans:

ARTICLE I.

Sa Majesté le Roi de la Grèce s'engage:

- 1) à ce que les intérêts échûs de l'avance faite par Sa Majesté le Roi de Bavière en vertu de la Convention du $\frac{12 \text{ Juillet}}{30 \text{ Juin}}$ 1835, au montant d'un Million de Francs, seront acquittés de même que ceux, dûs pour le montant du second Million de Francs avancé à la Monarchie grecque par la Convention en date d'Athènes du $\frac{22}{10}$ Mars 1836 aussitôt que faire se pourra et au plûtard jusqu'au 1^{er} Avril 1837 au taux et dans la valeur prescrite par les deux Conventions susmentionnées;
- 2) que le secours pécuniaire fourni à la Grèce par suite de la Convention du $\frac{12 \text{ Juillet}}{30 \text{ Juin}}$ 1835 au montant d'un Million de Francs et devant être remboursé sur le montant des premières sommes dévolûes à la Grèce par l'émission de la troisième Série, à quelle fin le Chef de la Maison de banque Eichthal de cette ville, le Sieur Simon Baron d'Eichthal y a été obligé, par serment, sera remboursé au plûtard dans le terme de deux mois à dater de l'échange des ratifications de la présente convention;
- 3) que les garanties affectées aux avances faites par la Bavière en vertu des Conventions du $\frac{12 \text{ Juillet}}{30 \text{ Juin}}$ 1835 et du $\frac{22}{10}$ Mars 1836

au montant de deux Millions de Francs par suite de l'hypothèque assignée aux dites avances sur des recettes spéciales du trésor grec, nommément pour l'année 1836, soient transportées aux mêmes recettes et revenus des années subséquentes et hypothéquées sur icelles jusqu'à l'extinction totale du Capital et des intérêts.

ARTICLE II.

Sa Majesté le Roi de Bavière s'engage par contre, que dans Sa sollicitude pour le bien-être et l'avenir de la Grèce Elle consentira:

- 1) à ce que le Million de Francs, remboursable à la Bavière en exécution de la Convention du ^{12 Juillet}_{30 Juin} 1835 et en vertu de l'Article I § 2 de la présente Convention, sera prêté à l'Etat grec à compte nouveau et sous les clauses et conditions stipulées ci-après;
- 2) à ce qu'il soit sursis au remboursement de la seconde avance faite par la convention du ²²₁₀ Mars 1836 au montant d'un Million de Francs pour le terme d'un an à dater du jour de la signature de la présente convention;
- 3) à ce qu'en sus de l'avance nouvelle et de la prolongation de remboursement accordées par le présent Article il soit accordé à la Grèce par le trésor royal de Bavière, aux fins et à l'effet prévus par la présente et les deux précédentes conventions une avance nouvelle d'un Million de Florins, moyennant paiement d'intérêts annuels à raison de quatre pour cent, lesquels continueront à être acquittés par le gouvernement grec aux termes d'échéance tant pour le Million de florins prêté par la présente convention, que pour les deux autres Millions de Francs provenant des avances faites par suite des deux conventions précédentes relatées dans la présente convention.

En échange des susdites dispositions, Sa Majesté le Roi de la Grèce s'engage explicitement et formellement:

- 1) à faire acquitter et payer les intérêts à quatre pour Cent pour les sommes ci-dessus spécifiées de deux Millions de Francs et d'un Million de Florins à leurs échéances sans difficulté aucune et sans qu'il soit nécessaire de les réclamer ou faire réclamer ultérieurement;

- 2) à commencer au plûtard dans le terme de deux ans à dater de la présente convention à faire opérer le remboursement des sommes avancées par la présente convention, moyennant des payemens à compte, à faire dans les proportions les plus élevées et dans les termes les plus rapprochés possibles;
- 3) d'affecter et de faire servir à ces payemens à compte et remboursemens effectifs, les recettes de l'Etat les plus productives et les plus disponibles.

Il est bien entendu toutes fois, que le Gouvernement grec aura pleine liberté de faire des remboursemens partiels à la Bavière, même avant le terme fixé par la présente convention, et à telle époque qui lui conviendra, dans telles sommes que ses moyens pécuniaires lui permettront et qu'il lui sera même loisible, d'opérer le remboursement des sommes avancées par la présente convention, y compris les intérêts échûs, dans un seul et même payement.

ARTICLE III.

Les sommes que le gouvernement grec aura à recevoir de la Bavière en vertu de la présente convention pourront être perçues à sa demande en lettres de change à sa convenance. De même le remboursement des sommes à faire à la Bavière en Capital et intérêts pourra être effectué de la même manière, sous condition cependant, que la Maison de banque, chargée des dits payemens, sera désignée préalablement, et que le gouvernement grec prendra à son compte toute différence ou perte résultant pour la Bavière de ce mode de payement, en se chargeant d'avance de les couvrir et d'en dédommager le gouvernement bavarois.

ARTICLE IV.

Sa Majesté le Roi de la Grèce s'engage en même tems, à délivrer ultérieurement à Sa Majesté le Roi de Bavière contre restitution des obligations fournies antérieurement en vertu des deux conventions précédentes, une obligation nouvelle en dûe forme, comprenant toutes les avances et engagemens contractés par la présente convention, promettant de faire remettre la dite obligation au gouvernement bavarois le plutôt que faire se peut.

ARTICLE V.

Le Gouvernement grec prend en même tems l'engagement formel de garantir la validité de la présente convention contre toute opposi-

tion ou réclamation tendant à l'infirmier, de quelque part que cette opposition ou réclamation vienne, promettant surtout de garantir la dite convention en tout et en partie contre toute atteinte quelconque qui pourrait vouloir y être portée du chef de formalités provenant de la législation ou organisation administrative de la Grèce, se chargeant de mettre le gouvernement bavarois par rapport aux droits et prétentions à lui concédées par la présente convention à l'abri de toute difficulté, qui pourrait vouloir lui être suscitée quant à l'exécution de la présente convention, sans même que le gouvernement bavarois ait besoin de faire à cet égard des démarches ultérieures et particulières, Sa Majesté le Roi de la Grèce promettant de faire exécuter la présente convention le plus consciencieusement possible.

ARTICLE VI.

La présente convention sera ratifiée par les hautes parties contractantes et les ratifications seront échangées à Munich dans l'espace de trois mois ou plutôt si faire se peut.

Sa Majesté le Roi de Bavière consentant cependant par suite des sentiments voués à Sa Majesté le Roi de la Grèce, à ce que la présente convention soit mise à exécution en ce qui concerne les prestations essentielles accordées par la Bavière avant même que la ratification de Sa Majesté le Roi de la Grèce puisse être délivrée d'Athènes en bonne et dûe forme, il est convenu, que Sa Majesté le Roi de la Grèce, pour donner plus de sûreté au trésor bavarois, délivrera un acte de ratification provisoire de la présente convention, en chargeant Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire accrédité près Sa Majesté le Roi de Bavière, à délivrer conjointement une quittance en bonne et dûe forme des sommes à percevoir du trésor royal de Bavière pour le compte de Sa Majesté Hellénique, le dit Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire se justifiant en même tems par un plein-pouvoir donné à lui par Sa Majesté le Roi de la Grèce de l'autorisation à lui dévolue pour délivrer légalement la quittance susmentionnée.

A l'échange des ratifications la Ratification provisoire de Sa Majesté le Roi de la Grèce sera restituée au plénipotentiaire grec chargé de procéder à cette échange, et la quittance provisoire avec le Plein-pouvoir royal y annexé lui seront également remis en échange de l'Obligation formelle délivrée par Sa Majesté le Roi de la Grèce en bonne et dûe forme en vertu de l'Article IV de la présente Convention.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Munich le $\frac{6 \text{ Janvier } 1837}{25 \text{ Décembre } 1836}$

(L. S.) signé: Auguste Baron de Gise.

(L. S.) signé: A. Mavrocordato.

Der Vertrag ist von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland am 16. / 28. Februar 1837 zu Athen, von Seiner Majestät dem Könige von Bayern am 3. März 1837 zu München ratificirt worden. Die Ratificationen sind zu München am 18. / 30. April 1837 ausgetauscht worden, worüber das nachfolgende Protocoll aufgenommen worden ist:

Les Soussignés chargés de faire l'échange des Actes de Ratification de la Convention conclue à Munich le $\frac{6 \text{ Janvier } 1837}{25 \text{ Décembre } 1836}$ se sont réunis ce jourd'hui $\frac{30^{\text{ième}}}{18^{\text{ième}}}$ Avril 1837 à l'hôtel du Ministère des affaires étrangères, et après avoir échangé leurs Pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont opéré l'échange des ratifications de la Convention susmentionnée.

Procédant en suite à l'exécution de l'Article VI de la susdite Convention, l'Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de la Grèce, soussigné, a remis au Ministre d'Etat de Sa Majesté le Roi de Bavière chargé du Département de la Maison Royale et des affaires étrangères, également soussigné, l'obligation délivrée par Sa Majesté le Roi de la Grèce en vertu de l'Article IV de la Convention du $\frac{6 \text{ Janvier } 1837}{25 \text{ Décembre } 1836}$ en date d'Athènes le $\frac{16}{28}$ Février 1837 pour le montant des sommes avancées par suite de la dite convention et de celles qui l'ont précédées.

Ont été remis en échange à Monsieur l'Envoyé extraordinaire de Sa Majesté le Roi de la Grèce l'Acte de Ratification provisoire délivré par Sa Majesté Hellénique, conformément à l'Article VI susmentionné en date de Tegernsee du $\frac{26 \text{ Décembre } 1836}{7 \text{ Janvier } 1837}$ ainsi que les Pleins-pouvoirs donnés à Monsieur Mavrocordato sous la même date, plus les obligations et duplicata d'Assignations spécifiés dans l'annexe jointe au présent Procès-verbal. Lui a été également remis un ordre à la Légation de Bavière à Athènes, à l'effet que restitution soit faite par elle au Gouvernement grec de l'assignation de la Caisse générale

grecque émise le $\frac{20 \text{ Avril}}{1^{\text{er}} \text{ Mai}}$ 1836 pour la première moitié de la seconde avance et déposée dans les Archives de la dite Légation.

De plus a été stipulé expressément, que les quittances délivrées par le Baron d'Eichthal de cette ville contre reçu du paiement d'un Million de Florins, faite par la Caisse centrale de Bavière, en exécution de la convention du $\frac{6 \text{ Janvier } 1837}{25 \text{ Décembre } 1836}$ seront restituées subséquemment, si elles n'ont pu être comprises au nombre des Obligations, Assignations et Quittances dont la spécification est ci-annexée.

Le tout convenu et signé en présence du Conseiller au Ministère des Finances, Sieur Weigand, lequel a été autorisé expressément par le dit Ministère à faire remise des obligations, assignations et quittances spécifiées ci-joint et déposées jusqu'à ce jour à la Caisse centrale de Bavière à charge de recevoir en échange l'obligation délivrée en date d'Athènes le $\frac{16}{28}$ Février 1837 par Sa Majesté le Roi Othon.

La dite Obligation ayant été remise entre ses mains, Monsieur le Conseiller Weigand en donne acte et reçu, en apposant au présent Procès-verbal sa signature conjointement avec les Plénipotentiaires chargés de procéder à l'échange des ratifications.

En foi de quoi les soussignés ont signé et apposé les cachets de leurs armes.

Fait à Munich le $\frac{30}{18}$ Avril 1837.

signé: Auguste Baron de Gise.

signé: M. Weigand. signé: A. Mavrocordato.

Le Plénipotentiaire de Sa Majesté Hellénique, après avoir exhibé l'Ordonnance royale datée d'Athènes le $\frac{16}{28}$ Février a. c. sub No. 20342, lui donnant l'autorisation (Art. 2 § 4) de mettre la date laissée en blanc dans l'original de la ratification royale et de l'obligation de Sa Majesté le Roi de la Grèce, y a procédé en mettant de sa propre main la date du $\frac{\text{seize}}{\text{vingt-huit}}$ Février.

(L. S.) signé: A. Baron de Gise.

(L. S.) signé: A. Mavrocordato.

(L. S.) signé: M. Weigand.

Annexe au Procès-verbal du 30/18 Avril 1837.

Spécification des quittances et obligations.

- 1) Obligation délivrée par Sa Majesté le Roi de la Grèce pour la somme d'un Million de Francs, équivalent à 466,666 fl. 40 Xr. en date du ^{29 Août}_{10 Septembre} 1835.
- 2) Quittance de la Maison d'Eichthal No. 40,910 du 16 Juillet 1835, au montant de 466,666 fl. 40 Xr.
- 3) Quittance de la Maison d'Eichthal du 9 Avril 1836 au montant de 233,333 fl. 20 Xr.
- 4) Quittance de la Maison d'Eichthal du 17 Août 1836 au montant de 233,333 fl. 20 Xr.
- 5) Quittance de la Maison d'Eichthal du 10 Janvier 1837 au montant de 500,000 florins.
- 6) Quittance de la Maison d'Eichthal du 12 Avril 1837 au montant de 500,000 florins.

IV.

S c h u l d u r k u n d e

ausgestellt von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland zu
Athen am 16. | 28. Februar 1837.

Othon par la Grâce de Dieu Roi de la Grèce savoir faisons: que le
Gouvernement grec a reçu du Gouvernement bavarois, en conformité
des conventions signées entre la Grèce et la Bavière le $\frac{30 \text{ Juin}}{12 \text{ Juillet}}$ 1835,
 $\frac{10}{22}$ Mars 1836 et $\frac{25 \text{ Décembre } 1836}{6 \text{ Janvier } 1837}$, en argent comptant, la somme de
1,933,333 fl. 20 Xr. — un million neuf cent trente trois mille trois
cent trente trois florins, vingt Kreutzer — argent d'Empire, ou 4,640,000
— quatre millions six cent quarante mille Drachmes, afin de pouvoir
subvenir aux dépenses courantes et indispensables de l'Etat. En don-
nant quittance de cette somme le Gouvernement grec renonce à toute
exception, spécialement à celle de la valeur non reçue, ou à celle de
la valeur non dûment versée, s'engageant non seulement à en payer
quatre pour cent d'intérêt par an aux termes de leur échéance, mais
à rembourser le capital, si cela n'a pas déjà eu lieu plutôt, de manière
à ce qu'il en acquittera au bout d'un an, à compter du $\frac{25 \text{ Décembre } 1836}{6 \text{ Janvier } 1837}$,
un million de francs ou 466,666 fl. 40 Xr. et le reste de 1,466,666 fl.
40 Xr. moyennant des payemens à compte qu'il fera à commencer au
plutard dans le terme de deux ans, à dater du $\frac{25 \text{ Décembre } 1836}{6 \text{ Janvier } 1837}$, dans les
proportions les plus élevées et dans les termes les plus rapprochés
possibles. Comme hypothèque spéciale le Gouvernement grec engage

au Gouvernement bavarois pour les deux avances qu'il lui a faites en vertu des conventions du $\frac{30 \text{ Juin}}{12 \text{ Juillet}}$ 1835 et $\frac{10}{22}$ Mars 1836 au montant de deux millions de francs ou 933,333 fl. 20 Xr. argent d'Empire ou 2,240,000 Drachmes les revenus des dimes de l'Etat grec des années suivantes jusqu'à l'extinction totale du capital et des intérêts, et pour la nouvelle avance d'un million de florins les recettes de l'Etat les plus productives et les plus disponibles, en les affectant en même tems aussi comme hypothèque générale au paiement des deux premières avances susdites.

En foi de quoi Nous avons signé la présente Obligation pour la faire délivrer au Gouvernement bavarois et y avons fait apposer le sceau de Notre Royaume.

Athènes le $\frac{\text{seize}}{\text{vingt-huit}}$ Février 1837.

(L. S.) signé: Othon.

signé: (*nom illisible*).

Obligation
pour la somme
de 1,933,333 florins 20 Xr.
ou
4,640,000 Drachmes.

V.

V e r t r a g

zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu Athen
am 15. | 27. Januar 1838.

Sa Majesté le Roi de Bavière et Sa Majesté le Roi de la Grèce considérant les circonstances qui ont influé si désavantageusement sur l'état des finances de la Grèce dans le courant de l'année 1837, et Sa Majesté le Roi de Bavière désirant manifester par de nouveaux témoignages l'intérêt constant qu'Elle ne cesse de prendre au bien-être de la Nation et de la Monarchie grecques, sont convenus de faire une convention supplémentaire et additionnelle aux trois conventions antécédentes, par laquelle seront fixés et assurés les termes et modes tant du remboursement des capitaux que du paiement des intérêts, en observant consciencieusement et sans aucun changement les garanties affectées aux avances faites par la Bavière en vertu des susdites trois conventions.

A cette fin Leurs dites Majestés ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires savoir:

Sa Majesté le Roi de Bavière le Sieur Clément Auguste Comte de Waldkirch, Son Chambellan et Son chargé d'Affaires près la Cour de Sa Majesté Hellénique, chevalier de l'ordre de St. Jean de Jérusalem, et Sa Majesté le Roi de la Grèce le Sieur Andronic Païcos, Son Secrétaire d'Etat au Département de la Justice et ad intérim à celui de Sa Maison Royale et des Relations Extérieures, Chevalier de la Croix d'Or de Son Ordre Royal du Sauveur.

Lesquels après s'être réservé l'échange ultérieure de leurs Pleins-Pouvoirs respectifs, sont convenus, sauf les ratifications subséquentes de leurs hautes Cours, des articles suivans.

ARTICLE I.

Sa Majesté le Roi de Bavière dans sa sollicitude pour le bien-être de la Grèce consent :

1) à ce que le remboursement de la seconde avance faite par la convention du $\frac{10}{22}$ Mars 1836 au montant d'un million de francs, auquel il avait déjà été sursis par la Convention du $\frac{25 \text{ Décembre } 1836}{6 \text{ Janvier } 1837}$ Article II pour un an à dater du jour de la signature de la dite convention, soit effectué en quatre termes et reparté comme suit :

250,000 francs payables à trois mois de terme, à partir du 19 31 Décembre 1837, avec les intérêts respectifs de cette somme à quatre pour cent,

250,000 francs à six mois de terme, à partir de la même date avec les intérêts respectifs,

250,000 francs à neuf mois et

250,000 francs à douze mois de terme avec les intérêts, pour les quelles toutes ces sommes le gouvernement grec a déjà émis quatre obligations payables en quatre termes et au montant de francs 252,500 la première, francs 255,000 la seconde, francs 257,500 la troisième, et francs 260,000 la quatrième et les a délivrées entre les mains de la Légation de Sa Majesté Bavaroise en Grèce :

2) à ce que le remboursement de l'avance d'un million de florins de Rhin accordée par la Convention du $\frac{25 \text{ Décembre } 1836}{6 \text{ Janvier } 1837}$ et celui du million de francs provenant de l'avance faite en vertu de la Convention du $\frac{30 \text{ Juin}}{12 \text{ Juillet}} 1835$ et prêtée à compte nouveau par la Convention du $\frac{25 \text{ Décembre } 1836}{6 \text{ Janvier } 1837}$ article II § 1, commence à être opéré moyennant des paiemens à compte de l'année 1839 pour une somme de 500,000 francs dans les termes suivans :

le 19/31 Mars 1839 125,000 francs

le 18/30 Juin 1839 125,000 francs

le 18/30 Septembre 1839 125,000 francs

le 19/31 Décembre 1839 125,000 francs.

Les années suivantes le remboursement des dites avances continuera à être effectué moyennant de paiemens à compte de 1'000,000

francs par an jusqu'à l'extinction complète de la dette ; il aura lieu en portions égales et dans les mêmes termes qui sont stipulés ci-dessus pour l'année 1839. On ajoutera aux sommes les intérêts respectifs.

ARTICLE II.

En échange des dispositions de l'article I, Sa Majesté le Roi de la Grèce s'engage :

1) à faire opérer le remboursement des avances faites par la Bavière, moyennant les paiemens à compte et dans les termes ci-dessus spécifiés à l'article I 1 et 2 ;

2) à faire acquitter et payer les intérêts à quatre pour cent pour les sommes spécifiées à l'article I 1 § 2 (en tant qu'elles ne seront remboursées) à leurs échéances, savoir : le $\frac{31}{19}$ Mars 1838, 1839, 1840, 1841, 1842 sans difficulté aucune et sans qu'il soit nécessaire de les réclamer ou faire réclamer ultérieurement ;

3) à ce que les paiemens partiels soient effectués ou par des assignations reconnues et garanties sur les rentrées de la 3^{me} série, ou par des lettres de change ou des obligations sur la Caisse Publique qui seront délivrées pour chaque somme à payer, dans les termes ci-dessus indiqués, trois mois avant l'échéance du terme.

Il est bien entendu que le Gouvernement Grec aura la pleine liberté de faire des remboursemens partiels à la Bavière, même avant le terme fixé par la présente convention et à telle époque qu'il lui conviendra dans telles sommes que ses moyens pécuniaires lui permettront, et qu'il lui sera même loisible d'opérer le remboursement des sommes avancées par la présente Convention, y compris les intérêts échus, dans un seul et même paiement.

Du reste le Gouvernement Grec s'engage en même tems à s'acquitter entièrement de sa dette au plus tard le 19/31 Mars 1840, dans le cas où il aurait réalisé à cette époque toute la 3^{me} série de l'emprunt.

4) à ce que le gouvernement Grec prendra à son compte toute différence ou perte résultant pour la Bavière de ce mode de paiement, en se chargeant d'avance de les couvrir et d'en dédomager le Gouvernement Bavarois.

5) à ce que toutes les garanties, hypothèques et autres sûretés accordées par les trois Conventions précédentes pour assurer l'exacte rentrée des avances faites par le Gouvernement Bavarois soient entière-

ment maintenues et reconnues de même par la présente Convention pour l'acquittement des sommes susmentionnées.

ARTICLE III.

La présente Convention qui ne fixe que le mode et les termes du remboursement des avances faites par la Bavière et du paiement des intérêts en exécution des trois Conventions en date du $\frac{30 \text{ Juin}}{12 \text{ Juillet}}$ 1835, $\frac{10}{22}$ Mars 1836, et du $\frac{25 \text{ Décembre 1836}}{6 \text{ Janvier 1837}}$ ne déroge en rien à toutes les autres stipulations faites et à tous les droits acquis par ces susdites Conventions.

ARTICLE IV.

Le Gouvernement Grec prend l'engagement formel de garantir la validité de la présente Convention de la même manière qu'il l'a fait par l'article V de la Convention du $\frac{25 \text{ Décembre 1836}}{6 \text{ Janvier 1837}}$. Elle sera signée par le Secrétaire d'Etat au Département des Finances de la Grèce en sa qualité d'exécuteur des remboursements, de concert avec le Plénipotentiaire de Sa Majesté Hellénique qui promet de la faire exécuter le plus consciencieusement possible.

ARTICLE V.

La présente Convention sera ratifiée par les hautes Parties contractantes et les ratifications en seront échangées dans l'espace de deux mois, ou plutôt si faire se peut.

Fait à Athènes, ce $\frac{15}{27}$ Janvier mil huit cent trent huit.

(L. S.) signé : Comte de Waldkirch.

(L. S.) signé : A. Païcos.

(L. S.) signé : G. Spaniolacki
Secrétaire d'Etat au Département
des Finances.

Der Vertrag ist von Seiner Majestät dem Könige von Bayern am 8. März 1838 zu München, von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland am 13./25. März 1838 zu Athen ratificirt, die Ratificationen sind am 14./26. März 1838 zu Athen ausgewechselt worden.

VI.

V e r t r a g

zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu Athen am
30. April | 12. Mai 1838.

Sa Majesté le Roi de Bavière et Sa Majesté le Roi de la Grèce unis de sentimens pour soulager autant que possible l'état des finances de la Grèce, et Sa Majesté le Roi de Bavière ayant égard aux instances itératives et pressantes qui Lui ont été adressées à cet effet par Sa Majesté le Roi de la Grèce, voulant en même tems donner une preuve nouvelle et irrécusable de l'intérêt constant qu'Elle voue à la Nation et à la Monarchie Hellénique, sont convenus de régler ultérieurement et définitivement par une Convention additionnelle aux Conventions précédentes du $\frac{30 \text{ Juin}}{12 \text{ Juillet}}$ 1835, -- du $\frac{10}{22}$ Mars 1836, -- du $\frac{25 \text{ Décembre } 1836}{6 \text{ Janvier } 1837}$ et du $\frac{15}{27}$ Janvier 1838 les termes et modes tant du remboursement de capitaux avancés par la Bavière que le paiement des intérêts qui Lui en sont dûs, ont nommé à cet effet pour Leurs Plénipotentiaires: Savoir:

Sa Majesté le Roi de Bavière le Sieur Clément Auguste Comte de Waldkirch, Son Chambellan et Son Chargé d'Affaires près la Cour de Sa Majesté Hellénique, Chevalier de l'ordre de St. Jean de Jérusalem, et

Sa Majesté le Roi de la Grèce le Sieur Constantin Zographo, Son Conseiller d'Etat en service extraordinaire, Son Secrétaire d'Etat au Département de Sa Maison Royale et des Relations Extérieures, Commandeur de l'ordre Royal du Sauveur,

les quels après s'être réservés l'échange ultérieur de leurs Pleins-Pouvoirs respectifs sont convenus, sauf les ratifications subséquentes de leurs Hautes Cours, des articles suivans.

ARTICLE I.

Sa Majesté le Roi de Bavière, dans Sa sollicitude constante pour le bien-être de la Grèce, consent à ce que les remboursemens des avances faites par la Bavière tels qu'ils ont été fixés par l'article 1^{er} de la Convention du $\frac{15}{27}$ Janvier 1838 pour être effectués dans le courant des années 1838, 1839 et suivantes, soient transférés pour les mêmes sommes et dans les mêmes termes fixés dans l'article 1^{er} de la Convention précitée des années 1838, 1839 et suivantes, aux années 1840, 1841, 1842, 1843 et 1844, y mettant toutefois la condition expresse que les intérêts à 4% des dites avances faites par la Bavière à la Grèce, seront acquittés régulièrement et annuellement aux termes d'échéance, tant pendant les années pendant les quelles il est sursis au remboursement du capital que pendant celles suivantes, aux quelles sont transférés les remboursemens, et que ces intérêts seront acquittés chaque fois dans les proportions analogues aux sommes qui resteront dues, et à celles qui sont remboursées.

ARTICLE II.

En échange des dispositions de l'article 1^{er} Sa Majesté le Roi de Grèce s'engage :

1) à faire opérer le remboursement des avances faites par la Bavière exactement et religieusement aux termes stipulés par l'article 1^{er} de la présente Convention moyennant des payemens à compte à commencer du $\frac{31}{19}$ Mars 1840 et à continuer pendant les années 1841, 1842, 1843 et 1844 jusqu'à l'extinction totale de la dette le tout conformément aux dispositions réglementaires de la Convention du $\frac{15}{27}$ Janvier 1838;

2) à faire acquitter et payer annuellement les intérêts à 4% pour les sommes avancées et restant dues à la Bavière aux termes d'échéance, savoir :

le $\frac{31}{19}$ Mars 1838, 1839, 1840, 1841, 1842, 1843, 1844 et jusqu'à l'extinction totale des capitaux avancés, sans difficulté aucune et sans qu'il soit nécessaire de les réclamer ou faire réclamer ultérieurement;

3) à ce que les paiemens partiels soient effectués ou par des assig-

nations reconnues et garanties, ou par des lettres de change ou des obligations sur la Caisse publique qui seront délivrées pour chaque somme à payer dans les termes ci-dessus indiqués, trois mois avant l'échéance du terme.

Il est bien entendu que le Gouvernement Grec aura la pleine liberté de faire des remboursements partiels à la Bavière même avant le terme fixé par la présente Convention, et à telle époque qui lui conviendra, dans telles sommes que ses moyens pécuniaires lui permettront et qu'il lui sera même loisible d'opérer le remboursement des sommes avancées par la présente convention y compris les intérêts échûs dans un seul et même paiement. Du reste le Gouvernement Grec s'engage à s'acquitter de sa dette dès le ¹⁹/₃₁ Mars 1840 — moyennant paiement d'une somme même plus forte que celle fixée pour ce terme par la présente Convention dans le cas où il aurait réalisé à cette époque les moyens pécuniaires qui le mettraient à même d'opérer ce remboursement plus élevé.

4) à ce que le Gouvernement Grec prendra à son compte toute différence ou perte résultant pour la Bavière de ce mode de paiement, en se chargeant d'avance de les couvrir et d'en dédomager le Gouvernement Bavarois.

5) à ce que toutes les garanties, hypothèques, et autres suretés accordées par les quatre Conventions précédentes pour assurer et garantir l'exacte rentrée des avances faites par le Gouvernement Bavarois, soient entièrement maintenues et reconnues de même par la présente Convention pour l'acquittement des sommes susmentionnées.

ARTICLE III.

La présente Convention additionnelle n'étant faite que pour transférer 1) les termes de paiement du capital des avances faites par la Bavière des époques fixées à cet effet par la Convention du ¹⁵/₂₇ Janvier 1838 aux termes fixés par les articles I et II de la présente Convention additionnelle, et pour garantir 2) le paiement exact et annuel des intérêts dûs à 4% des sommes avancées, il est bien entendu que par elle il ne sera dérogé en rien à toutes les autres stipulations faites et et à tous les droits acquis par les Conventions précédentes en date du ^{30 Juin}/_{12 Juillet} 1835, ¹⁰/₂₂ Mars 1836, ^{25 Décembre}/_{6 Janvier} 1837 et du ¹⁵/₂₇ Janvier 1838.

ARTICLE IV.

Le Gouvernement Grec prend l'engagement formel de garantir la validité de la présente Convention de la même manière qu'il l'a fait par l'article 5 de la Convention du $\frac{25 \text{ Décembre } 1836}{6 \text{ Janvier } 1837}$. Elle sera signée par le Secrétaire d'Etat au Département des Finances de la Grèce, en sa qualité d'exécuteur des remboursements des capitaux et des paiemens d'intérêts, de concert avec le Plénipotentiaire de Sa Majesté Hellenique qui promet de la faire exécuter consciencieusement.

ARTICLE V.

La présente Convention sera ratifiée par les Hautes Parties contractantes et les ratifications en seront échangées dans l'espace de deux mois, ou plutôt si faire se peut.

Fait à Athènes ce $\frac{30 \text{ Avril}}{12 \text{ Mai}}$ mil huit cent trente huit.

(L. S.) signé: Comte de Waldkirch.

(L. S.) signé: C. Zographo.

signé:

Le Secrétaire d'Etat au Département des Finances:

(L. S.) G. Spaniolacki.

Der Vertrag ist von Seiner Majestät dem Könige von Bayern am 27. Juni 1838 zu Aschaffenburg, von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland am 22. Juni / 4. Juli 1838 zu Athen ratificirt, die Ratificationen sind am 12. / 24. Juli 1838 zu Athen ausgewechselt worden.

VII.

V e r t r a g

zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu Athen
am 14. | 26. Januar 1840.

Sa Majesté le Roi de Bavière, et Sa Majesté le Roi de la Grèce, Avisant aux moyens de soulager l'état des finances de la Grèce et Sa Majesté le Roi de Bavière ayant égard à la demande qui Lui en a été faite par Sa Majesté le Roi de la Grèce pour faciliter l'équilibre entre les dépenses et les recettes du Trésor Grec et voulant donner à Sa dite Majesté et à Son Gouvernement une nouvelle preuve de Sa constante sollicitude, sont convenues de faire un article additionnel à la Convention du ^{30 Avril}/_{12 Mai} 1838 et ont nommé à cet effet pour Leurs Plénipotentiaires savoir :

Sa Majesté le Roi de Bavière le Comte Clément de Waldkirch, Son Chambellan et Chargé d'affaires près la Cour de Sa Majesté Hellénique, Chevalier de l'Ordre du mérite civil de la Couronne de Bavière, Grand Commandeur de l'Ordre Royal Grec du Sauveur, et Chevalier de Saint-Jean de Jérusalem,

Sa Majesté le Roi de la Grèce le Sieur Andronic Païcos, Secrétaire d'Etat de Son Département de la Justice, dirigeant par intérim le Ministère de Sa Maison Royale et des Relations extérieures, Commandeur de Son Ordre Royal du Sauveur,

Lesquels se sont convenus de l'Article suivant :

Article premier et unique.

Sa Majesté le Roi de Bavière consent à ce que les remboursements des avances faites par la Bavière à la Grèce fixés par la Convention du ^{30 Avril}/_{12 Mai} 1838 aux années 1840 et 1841 soient transportés de l'une à l'autre des dites années, de manière à ce que le paiement du Million de francs stipulé aux quatre termes de 1840 soit transféré aux mêmes termes de 1841, tandis que le remboursement de 500,000 francs affecté à l'année 1841 sera effectué aux mêmes termes de l'année 1840, en tenant compte au Gouvernement Bavarois des intérêts qui lui seront dûs en plus, pour le montant des sommes dont le remboursement est transporté à l'année subséquente, lesquels intérêts seront acquittés conjointement avec le paiement transféré à l'année 1841.

Le présent article additionnel n'ayant trait qu'à la seule transposition des sommes remboursables en 1840 et 1841, il est bien entendu que toutes les autres clauses, stipulations, et réserves, contenues dans la Convention du ^{30 Avril}/_{12 Mai} 1838 ainsi que dans les Conventions précédentes en tant qu'elle s'y rapporte, seront maintenues en pleine et entière vigueur, et applicables également au remboursement dont la transposition est stipulée ci-dessus, le tout de manière à ce que hormis la dite transposition d'une année à l'autre des susdites sommes à rembourser, il ne soit porté aucune autre altération ni atteinte aux Conventions susmentionnées.

Le présent article additionnel à la Convention du ^{30 Avril}/_{12 Mai} 1838 aura la même force et valeur, comme s'il était inséré mot à mot dans la dite Convention, il sera ratifié de même par les deux Cours respectives, et les ratifications en seront échangées dans le terme de deux mois ou plutôt, si faire se peut.

Fait à Athènes le ^{quatorze}/_{vingt-six} Janvier Mil huit Cent quarante.

(L. S.) signé : Comte Waldkirch.

(L. S.) signé : A. Païcos.

Der Vertrag ist von Seiner Majestät dem Könige von Bayern am 8. März 1840 zu München, von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland am 12. / 24. März 1840 zu Athen ratificirt, die Ratificationen sind am 12. / 24. März 1840 zu Athen ausgewechselt worden.

VIII.

V e r t r a g

zwischen Bayern und Griechenland abgeschlossen zu Athen
am 14.26. Februar 1842.

Sa Majesté le Roi de Bavière et Sa Majesté le Roi de la Grèce animés toujours du même désir de prêter à la Grèce l'appui et le secours que les circonstances extraordinaires dans les quelles Elle se trouve placée, rendent nécessaire, et Sa Majesté le Roi de Bavière prenant en considération les charges nouvelles et inévitables que les arrangemens avec la Porte Ottomane exigeront par suite du concert des Grandes Puissances, donnant suite aux instances de Sa Majesté Hellénique, et voulant constater de nouveau l'intérêt qu'Elle porte à la Grèce, sont convenus de régler par la présente Convention définitive, faisant suite et corroborant les Conventions précédentes du ^{30 Juin}_{12 Juillet} 1835, du ¹⁰₂₂ Mars 1836, du ^{25 Décembre 1836}_{6 Janvier 1837}, du ¹⁵₂₇ Janvier 1838, du ^{30 Avril}_{12 Mai} 1838 et du ¹⁴₂₆ Janvier 1840, les termes et les modes tant du remboursement des capitaux avancés par la Bavière, que le paiement des intérêts qui lui en sont dûs, ont nommé à cet effet pour Leurs Plénipotentiaires, savoir :

Sa Majesté le Roi de Bavière, le Comte Othon de Bray, Son Chambellan, Son Ministre Résident en Grèce, Chevalier de Son Ordre de St. Michel, de celui de la Légion d'honneur et de l'Ordre de St. Jean de Jérusalem, et

Sa Majesté le Roi de la Grèce le Sieur Jacques Rizo, Son Conseiller d'Etat, Secrétaire d'Etat au Département de Sa Maison Royale et des Relations Extérieures, Commandeur de Son Ordre Royal du Sauveur, Commandeur Grand-Croix de l'Ordre de l'étoile polaire de Suède, Grand-Croix de l'Ordre d'Isabelle la Catholique d'Espagne, et de l'Ordre de Léopold de Belgique,

Les quels, après s'être réservé l'échange ultérieur de leurs pleins-pouvoirs respectifs, sont convenus, sauf les ratifications subséquentes de leurs hautes Cours, des Articles suivans :

ARTICLE I.

Sa Majesté le Roi de Bavière consent à ce que les remboursemens des avances faites par la Bavière, tels qu'ils ont été fixés par l'article 1^{er} de la Convention du $\frac{30 \text{ Avril}}{12 \text{ Mai}}$ 1838, et par l'article unique de la Convention du $\frac{14}{26}$ Janvier 1840 soient réglés pour la somme de 2,917,711 francs formant le montant de la dette dont la Grèce est encore débitrice — déduction faite des six paiemens opérés par Elle dans le courant des années 1840 et 41 — de la manière suivante :

250,000 francs seront acquittés le $\frac{18}{30}$ Novembre 1842;

250,000 francs au $\frac{18}{30}$ Novembre 1843;

500,000 francs en parts égales aux trois termes du $\frac{18 \text{ Février}}{2 \text{ Mars}}$, $\frac{19}{31}$ Mai et $\frac{18}{30}$ Novembre de l'année 1844;

500,000 francs en parts égales aux termes du $\frac{18 \text{ Février}}{2 \text{ Mars}}$, $\frac{19}{31}$ Mai et $\frac{18}{30}$ Novembre 1845;

500,000 francs en parts égales aux termes du $\frac{18 \text{ Février}}{2 \text{ Mars}}$, $\frac{19}{31}$ Mai et $\frac{18}{30}$ Novembre 1846;

500,000 francs en parts égales aux termes du $\frac{18 \text{ Février}}{2 \text{ Mars}}$, $\frac{19}{31}$ Mai et $\frac{18}{30}$ Novembre 1847;

417,711 francs en trois termes égaux au $\frac{18 \text{ Février}}{2 \text{ Mars}}$, $\frac{19}{31}$ Mai et $\frac{18}{30}$ Novembre 1848, auquel terme la somme totale de la dette au montant de 2,917,711 francs équivalens à 1,350,000 florins se trouvera complètement remboursée.

Il est expressément stipulé, que les intérêts à 4 % de la totalité des avances faites par la Bavière à la Grèce et dûes encore par cette

dernière, seront acquittés régulièrement et annuellement aux termes stipulés ci-dessus pour les remboursemens partiels.

Ces intérêts seront acquittés chaque fois selon l'espace du tems pour le quel ils seront dûs, dans des proportions analogues aux sommes qui resteront dûes et à celles qui se trouveront être remboursées.

Il est bien entendu que les intérêts du Capital restant susmentionné, et qui sont dûs pour le laps de tems écoulé depuis le $\frac{19}{31}$ Mars de l'année passée, seront payés le $\frac{19}{31}$ Mars prochain de l'année courante.

ARTICLE II.

En échange des dispositions de l'article 1^{er} Sa Majesté le Roi de la Grèce S'engage :

1) à faire opérer le remboursement des avances faites par la Bavière exactement et religieusement aux termes stipulés par l'article 1^{er} de la présente Convention moyennant des paiemens à compte, à commencer du $\frac{18}{30}$ Novembre 1842 et à continuer aux termes ci-dessus stipulés à l'article 1^{er} aux années subséquentes de 1842 à 1848, jusqu'à l'extinction totale de la dette ;

2) à faire acquitter et payer annuellement les intérêts à 4 pour cent pour les sommes avancées et restant dûes à la Bavière aux termes d'échéance, en même tems et aux mêmes termes que les remboursemens partiels fixés par l'article 1^{er} de la présente Convention jusqu'à l'extinction totale des capitaux avancés, sans difficulté aucune et sans qu'il soit nécessaire de réclamer, ou faire réclamer ces intérêts ;

3) à ce que les paiemens partiels soient effectués ou par des assignations reconnues et garanties, ou par des lettres de Change ou des obligations sur la caisse publique, qui seront délivrées pour chaque somme à payer dans les termes indiqués à l'article 1^{er} trois mois avant l'échéance du terme.

Il est bien entendu que le Gouvernement Grec aura la pleine liberté de faire des remboursemens partiels à la Bavière, même avant les termes fixés par la présente Convention, et à quelle époque que lui conviendra, dans telle somme que ses moyens pécuniaires lui permettront, et qu'il lui sera même loisible d'opérer le remboursement des sommes avancés, y compris les intérêts échus, dans un seul et même paiement. Du reste le Gouvernement Grec s'engage à s'acquitter de sa dette dès le $\frac{18}{30}$ Novembre 1842 moyennant paiement d'une somme même plus forte que celle fixée pour ce terme par la présente Con-

vention, ainsi que pour les termes suivans, dans le cas où il aurait réalisé à cette époque les moyens pécuniaires, qui le mettraient à même d'opérer des remboursemens plus élevés.

4) à ce que le Gouvernement Grec prendra à son compte toute différence ou perte résultant pour la Bavière de ce mode de paiement, en se chargeant d'avance de les couvrir et d'en dédommager le Gouvernement Bavarois.

5) à ce que toutes les garanties, hypothèques et autres sûretés, accordées par les six Conventions précédentes pour assurer et garantir l'exacte rentrée des avances faites par le Gouvernement Bavarois, soient entièrement maintenues, reconnues et renouvelées de même par la présente Convention pour l'acquittement des sommes encore dûes.

ARTICLE III.

La présente Convention définitive n'étant faite que pour transférer

1) les termes des paiemens du capital et des intérêts des avances faites par la Bavière, des époques fixées à cet effet par les Conventions précédentes, aux termes fixés par les articles 1^{er} et 2^{me} de la présente Convention et

2) pour garantir de nouveau le paiement exact et annuel des intérêts dûs à 4 % des sommes avancées, il est bien entendu que par elle il ne sera dérogé en rien à toutes les autres stipulations faites et à tous les droits et autres garanties acquises par les Conventions précédentes en date des $\frac{30 \text{ Juin}}{12 \text{ Juillet}}$ 1835, $\frac{10}{22}$ Mars 1836, $\frac{25 \text{ Décembre}}{6 \text{ Janvier}}$ 18 $\frac{36}{37}$, $\frac{16}{27}$ Janvier 1838, $\frac{30 \text{ Avril}}{12 \text{ Mai}}$ 1838 et $\frac{14}{26}$ Janvier 1840.

Ces stipulations ainsi que toutes les autres clauses et réserves contenues dans les susdites Conventions, en tant qu'elles ne se rapportent pas aux termes des paiemens, seront maintenues en pleine et entière vigueur, et applicables également aux remboursemens, dont le transfert est stipulé ci-dessus, de manière à ce que hormis le dit transfert des susdites sommes à rembourser, il ne soit porté aucune autre altération ni atteinte aux Conventions susmentionnées.

ARTICLE IV.

Le Gouvernement Grec prend l'engagement formel de garantir la validité de la présente Convention de la même manière qu'il l'a fait

par l'article 5^{me} de la Convention du $\frac{25 \text{ Décembre}}{6 \text{ Janvier}}$ 18 $\frac{36}{37}$. Elle sera signée par le Directeur au Département des Finances de la Grèce en sa qualité d'exécuteur des remboursemens des capitaux, et des paiemens d'intérêts, de concert avec le Plénipotentiaire de Sa Majesté Hellénique qui promet de la faire exécuter consciencieusement.

ARTICLE V.

La présente Convention sera ratifiée par les hautes Parties Contractantes, et les ratifications en seront échangées dans l'espace de deux mois ou plus tôt si faire se peut.

Fait à Athènes le $\frac{14}{26}$ Février 1842.

(L. S.) signé: Comte de Bray. (L. S.) signé: J. Rizo.

(L. S.) signé: Tissamenos.

Der Vertrag ist von Seiner Majestät dem Könige von Bayern am 30. März 1842 zu München, von Seiner Majestät dem Könige von Griechenland am 13. 25. April 1842 zu Athen ratificirt, die Ratificationen sind am 15. 27. April 1842 zu Athen ausgetauscht worden.

IX.

N o t e

des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe von Gasser
an den griechischen Minister Kolettis vom 21. November 1845.

Athènes, le 21 Novembre 1845.

Monsieur le Ministre,

Vous n'ignorez pas, Monsieur le Ministre, que par le retard de l'émission de la troisième Série de l'emprunt le Gouvernement de Sa Majesté Hellénique s'étant trouvé dans le besoin urgent d'un secours pécuniaire, a recouru à la Bavière et lui a demandé un emprunt.

Sa Majesté le Roi, mon auguste Souverain, voulant manifester par de nouveaux témoignages l'intérêt constant qu'Elle ne cesse de prendre au bien-être de la Nation et de la Monarchie Grecques, a donné suite à ces instances, et les sommes dont on était convenu ont été délivrées et les termes et modes du remboursement des capitaux et du paiement des intérêts fixés et assurés.

Par une série de conventions il est constaté que le Roi, mon Maître, ne s'est jamais refusé à des facilités que les difficultés de la situation du Gouvernement Hellénique ont réclamées.

Mais les évènements du mois de Septembre 1843 ont fait sursis à l'accomplissement des engagements contractés par la Grèce envers la Bavière, et dès ce moment non seulement tout paiement a cessé, mais même le chiffre de la dette ne figure point dans le budget que le Ministère des finances de Sa Majesté Hellénique a présenté aux chambres.

Bien qu'il n'entre point, j'en suis persuadé, dans les intentions du Gouvernement de Sa Majesté Hellénique de laisser porter préjudice à des droits acquis et reposants sur la foi des traités, il m'importe néanmoins d'en donner des preuves rassurantes à mon Gouvernement.

En Vous priant, Monsieur le Ministre, de vouloir bien m'honorer à cet égard d'une explication satisfaisante, je saisis avec empressement cette occasion pour vous renouveler les assurances de ma haute considération.

(Signé:) de Gasser.

X.

N o t e

des griechischen Ministers Kolettis an den bayerischen Minister-
residenten von Gasser vom 12./24. März 1846.

Athènes, le $\frac{12}{24}$ Mars 1846.

Monsieur le Chevalier,

Si j'ai tardé à répondre à l'office que Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire le 21 Novembre de l'année passée, c'est que je désirais avoir auparavant une connaissance exacte des négociations et conventions relatives à la dette en question.

Maintenant je ne saurais mieux répondre à Votre communication qu'en Vous adressant ci-joint copie du court exposé, par le quel Monsieur Metaxà soumit à la Chambre des Députés au mois de Mars de l'année dernière, étant alors Ministre des Finances, le compte général des recettes et des dépenses de la Grèce pendant la période décennale de 1833 à 1843.

Vous y verrez, Monsieur le Chevalier, qu'il y est fait mention expresse de l'emprunt de Bavière, le quel est aussi porté dans l'Exposé général des comptes.

Agréez, Monsieur le chevalier, l'assurance de ma haute considération.

(Signé) J. Colettis.

Monsieur

Monsieur le Chevalier de Gasser
Ministre Résident de Bavière etc.

XI.

N o t e

des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe Freiherrn
Pergler von Perglas an den griechischen Minister Kolokotronis vom
15. December 1848.

Athènes, le 15 Décembre 1848.

Monsieur le Ministre,

Je m'honore, Monsieur le Ministre, d'appeler Votre attention sur une affaire, dont — je le sais, — Vous appréciez toute l'importance: celle de la reconnaissance formelle par les Chambres grecques de l'emprunt fait de la Bavière à la Grèce.

Un pareil acte de justice et de loyauté ne sera pas pénible au gouvernement de Sa Majesté Hellénique, car Vous n'ignorez pas, Monsieur le Ministre, que cet emprunt repose sur des traités et conventions sacrées, qui constatent d'une part les sommes délivrées dans le tems par la Bavière à la Grèce, et fixent d'une autre les termes et les modes de remboursement des capitaux et du payement des intérêts. L'accomplissement de ces engagements contractés par la Grèce à été interrompu depuis cinq ans. Si la situation financière de la Grèce ne permet pas d'y faire face aujourd'hui, le Gouvernement de Sa Majesté Hellénique n'hésitera cependant pas d'accorder à l'emprunt même la position qui lui revient, en le faisant reconnaître par ses Chambres.

Par conséquent, et assuré d'avance des bonnes et loyales intentions du Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Grèce, je réclame, Monsieur, Vos bons offices de vouloir bien l'engager à procéder à cet acte, et je saisis avec bien du plaisir cette occasion pour Vous renouveler l'assurance etc.

(Signé:) Baron de Perglas.

XII.

N o t e

des griechischen Ministers Kolokotronis an den bayerischen Minister-
residenten Freiherrn Pergler von Perglas vom 4. 16. December 1848.

Athènes, le $\frac{4}{16}$ Décembre 1848.

Monsieur le Baron,

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre que Vous m'avez écrite, en date d'hier, pour appeler mon attention sur l'affaire de l'Emprunt de la Bavière, en demandant, que le Gouvernement du Roi prenne des mesures pour que cet Emprunt soit formellement reconnu par les Chambres. Je suis heureux de pouvoir Vous informer en réponse, Monsieur le Baron, que j'ai immédiatement saisi le Conseil des Ministres, de Votre demande, concernant cet emprunt, fait de la Bavière à la Grèce, et il a été décidé, en Conseil, que nous nous en occuperions, sans retard, afin de procéder à la régularisation de cette affaire, et préparer les travaux nécessaires pour la présentation aux Chambres d'un projet de loi à cet égard.

Charmé d'avoir ainsi répondu aux justes désirs de Votre Gouvernement, je Vous réitère, Monsieur le Baron, les assurances de ma haute Considération.

(Signé:) Const. Th. Colocotronis.

Monsieur

Monsieur le Baron de Perglas,
Ministre Résident de Bavière etc.

XIII.

N o t e

des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe Freiherrn
Pergler von Perglas an den griechischen Minister Rhallis vom
29. März 1849.

Athènes, 29 Mars 1849.

Monsieur le Ministre,

Dans l'office que Monsieur Colocotronis m'a adressé sous date du
 $\frac{4}{16}$ Décembre 1848, il a bien voulu m'assurer que le Gouvernement pro-
céderait immédiatement à la régularisation de l'affaire concernant l'em-
prunt fait de la Bavière à la Grèce.

Mon Gouvernement a beaucoup apprécié cette bonne disposition
du Gouvernement Hellénique d'aviser à des mesures, qui ne feraient
du reste que cimenter la validité incontestable des traités conclus
entre les deux Royaumes au sujet de cet emprunt.

J'ai eu l'avantage de m'exprimer il y a quelque tems dans ce sens
vis-à-vis de Monsieur Votre prédécesseur, et j'ai eu l'honneur de Vous
informer Vous-même, Monsieur le Ministre, de la situation actuelle de
cette affaire en Bavière.

En cette dernière considération et dans la juste supposition que
le Gouvernement de Sa Majesté Hellénique s'est entièrement éclairé
sur cette affaire, je me permets, autorisé par mon Gouvernement, de
réclamer Vos bons offices, Monsieur le Ministre, pour que le Gouver-
nement me fasse un à-compte en vertu des traités concernant cet
emprunt.

Veuillez en même tems agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance
de ma plus haute considération.

(Signé): Baron de Perglas.

A Monsieur

Monsieur Rhally, Ministre de la
Justice, Dirigeant le Ministère
de la Maison Royale et des Affaires
Etrangères de Sa Majesté Hellénique
etc. etc.

XIV.

N o t e

des griechischen Ministers Rhallis an den bayerischen Ministerresidenten Freiherrn Pergler von Perglas vom 20. März | 1. April 1849.

Athènes, le $\frac{20 \text{ Mars}}{1 \text{ Avril}}$ 1849.

Monsieur le Baron,

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre que Vous m'avez écrite en date du $\frac{17}{29}$ Mars pour me rappeler les engagements relatifs à l'emprunt fait de la Bavière à la Grèce et demander au nom de Votre Gouvernement le paiement d'un à-compte.

J'ai immédiatement porté cette communication à la connaissance du Cabinet; mes Collègues et moi nous l'avons prise en sérieuse considération, et je m'empresse de Vous adresser la réponse, quo d'un commun accord nous y avons arrêtée.

Vous n'ignorez pas, Monsieur le Baron, que malgré la gêne financière dans laquelle la Grèce se trouvait en 1842 et 1843 le Gouvernement du Roi, animé du désir de faire honneur à ses engagements, fit alors payer à la Bavière des sommes considérables pour le compte de l'Emprunt en question.

Le service de cette dette n'a été interrompu que par suite d'événements politiques qui ne pouvaient qu'encroûter les susdites difficultés.

C'est une vérité que la France, la Grande Brétagne et la Russie ont reconnue en servant depuis plusieurs années sur leur trésor les fonds nécessaires pour le paiement des intérêts et de l'amortissement de l'emprunt de 60,000,000, qu'elles avaient garanti, sans insister sur le remboursement immédiate de ces avances.

Nous osons néanmoins nous flatter que les efforts journaliers que nous faisons pour le développement progressif des ressources du pays, ne tarderont pas à nous mettre à même de prouver combien le Gouvernement du Roi est toujours jaloux de maintenir intacte la foi due aux traités et nous permettront de demander aux Chambres l'autorisation de procéder à l'exécution du traité dont il s'agit.

Veillez, Monsieur le Baron, faire valoir ces considérations auprès de Votre Gouvernement et agréer l'assurance de ma haute Considération.

(Signé:) G. A. Rhally.

Monsieur
Monsieur le Baron de Perglas,
Ministre Résident de Sa Majesté
le Roi de Bavière.

XV.

U r k u n d e

Seiner Majestät des Königs Maximilian II. von Bayern Über die Abtretung der Rechte des bayerischen Staates an Seine Majestät den König Ludwig I. von Bayern von 18. Juni 1849.

Maximilian II.

von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben etc. etc.

Wir erklären hiermit, dass Wir die von Unseren Staats-Ministerien des Hauses und des Aeussern, dann der Finanzen bezüglich des griechischen Darlehens unterm 19. vorigen Monats gefertigte Cessions-Urkunde, lautend:

Nachdem zwischen Seiner Majestät dem König Ludwig von Bayern und dem Königlich Bayerischen Staats-Aerar rücksichtlich des Restes des in den Jahren 1835, 1836 und 1837 der Krone Griechenlands vorgeschossenen Darlehens eine Uebereinkunft dahin getroffen worden ist, dass Seine Majestät König Ludwig an die Stelle des ursprünglichen Gläubigers treten, und nachdem die Königlich Bayerische Central-Staatskassa für den Kapitalsrest von 1,233,333 fl. 20 kr. sowie die rückständigen Zinsen pr. 296,000 fl., womit die Königlich Griechische Regierung dem Königlich Bayerischen Staats-Aerar haftet, ihre Befriedigung durch Ueberlassung Bayerischer Staats-Obligationen für die Gesamt-Schuldigkeit von 1,529,333 fl. 20 kr. bereits erhalten hat, so werden von Seite des Königlichen Staatsministeriums der Finanzen alle aus den mit der Krone Griechenland wegen dieses Anlehens abgeschlossenen Verträgen dem Gläubiger zustehenden Rechte auf Rückzahlung in Haupt- und Nebensache Seiner Majestät dem König Ludwig von Bayern, in bester Rechtsform hiemit feierlich cedirt, auch von Seite des

Königlichen Staats-Ministeriums des Königlichen Hauses und des Aeussern die bündigsten Zusicherungen gegeben, fortwährend und eifrig bei der Königlich Griechischen Regierung die Erfüllung ihrer Verbindlichkeit, sowohl was Abtragung des Kapitals als Zahlung der Zinsen anbelangt, auf diplomatischen Wege betreiben zu wollen.

Zur Beurkundung alles dessen wird gegenwärtige Cessions-Urkunde von den unterfertigten Königlichen Staats-Ministerien ausgestellt.

München, den 19. Mai 1849.

Die Königlichen Staats-Ministerien
des Königlichen Hauses und
des Aeussern: der Finanzen:
(gez. :) von der Pfordten. (gez. :) Dr. Aschenbrenner.

(L. S.)

ihrem vollen Inhalte nach genehmigen respective bestätigen.

So geschehen München, den 18. Juni 1849.

(gez.) Max.

(L. S.)

(gez.) v. Kleinschrod.

Auf Königlich Allerhöchsten Befehl
der Generalsekretär, Ministerialrath
(gez.) Rappel.

Das griechische Anlehen
betreffend.

XVI.

N o t e

des griechischen Gesandten am bayerischen Hofe Schinas an den
bayerischen Staatsminister von der Pfordten vom 6. 18. Juni 1850.

Munich, le ⁶/₁₈ Juin 1850.

Le soussigné, envoyé extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Grèce près la Cour Royale de Bavière, à l'honneur de porter à la connaissance de Son Excellence Monsieur von der Pfordten, Président du Conseil des Ministres, Ministre de la Maison du Roi et des affaires étrangères, que le Ministère Royal Grec des affaires étrangères l'a chargé, au nom du Ministère des Finances, en date du ¹⁵/₂₇ Mai et sub Nr. 2577, de demander au Ministère de Sa Majesté le Roi de Bavière et d'envoyer à Athènes copie de l'acte par le quel les droits de réclamation du Gouvernement Bavarois, par rapport à la dette grecque, ont été cédés (en Mai 1849) à Sa Majesté le Roi Louis.

Le soussigné prend la liberté de prier Son Excellence Monsieur von der Pfordten de vouloir bien donner les ordres nécessaires afin que copie de l'acte susmentionné lui soit communiquée, et saisit cette occasion pour Lui offrir l'assurance réitérée de sa haute considération.

(Signé:) C. D. Skhinas.

A Son Excellence
Monsieur von der Pfordten,
Président du Conseil des Ministres,
Ministre de la Maison du Roi
et des affaires étrangères etc. etc.
à Munich.

XVII.

N o t e

des bayerischen Staatsministers von der Pfordten an den griechischen Gesandten am bayerischen Hofe Schinas vom 15. Juli 1850.

München, den 15. Juli 1850.

Der Unterzeichnete hat die Ehre gehabt, die Note vom 18. Juni dieses Jahres zu empfangen, durch welche Seine etc. im Namen der königlich griechischen Regierung den Wunsch ausgesprochen hat, eine Abschrift derjenigen Akte zu erhalten, durch welche die Darlehens-Forderung der bayerischen Regierung an Griechenland im Jahre 1849 an Seine Majestät den König Ludwig cedirt worden ist.

Der Unterzeichnete übersendet nun in der Anlage die gewünschte Abschrift, und erlaubt sich die Bemerkung beizufügen, dass durch die Uebereinkunft zwischen Seiner Majestät dem König Ludwig und der bayerischen Staatsregierung an den staats- und völkerrechtlichen Verhältnissen des bayerisch-griechischen Darlehens eine Aenderung nicht vorgenommen worden sey. Seine Majestät der König Ludwig hat durch jenes Darlehen und dessen einstweiligen Ersatz an die königlich bayerische Staatskassa aus eigenen Mitteln einen grossmüthigen Beweis seiner Liebe für Griechenland gegeben und die bayerische Regierung kann daher bei Mittheilung der fraglichen Urkunde nicht umhin, vermöge der in dieser selbst übernommenen Verpflichtung den Wunsch auszusprechen, dass es der königlichen Regierung bald möglich sei, die regelmässige Entrichtung der Zinsen eintreten zu lassen.

Der Unterzeichnete ergrëift etc. etc.

gez. Pfordten.

An den
königlich griechischen
Gesandten etc. Schinas

XVIII.

N o t e

des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe Freiherrn
Pergler von Perglas an den griechischen Minister Païkos vom
8. | 20. Februar 1852.

Athènes, $\frac{8}{20}$ Février 1852.

Monsieur le Ministre,

Au moment où le Gouvernement Grec, ainsi que Vous avez bien voulu m'en informer, se dispose d'entamer des négociations au sujet du grand emprunt avec les Puissances protectrices de la Grèce et va leur proposer un nouveau plan financier pour l'acquittement de sa dette, je manquerais à mes ordres précis, si je ne saisisais pas cette occasion pour appeler l'attention du Gouvernement Grec sur l'emprunt fait de la Bavière à la Grèce.

Vous n'ignorez pas, Monsieur le Ministre, ce que Messieurs Vos prédécesseurs, feu Monsieur Colocotroni sous date du $\frac{4}{19}$ Décembre 1848 et Monsieur Rhallys sous date du $\frac{20 \text{ Mars}}{1 \text{ Avril}}$ 1849, ont bien voulu m'assurer sur les demandes que j'étais dans le cas de leur adresser. Il se présente à présent l'occasion de réaliser ces assurances en accordant et assurant à l'emprunt bavarois dans le futur plan financier la position qui lui est due et qui lui dérive par des conventions et traités sacrés.

Autorisé par mon Gouvernement, je Vous prie en sorte, Monsieur le Ministre, de prendre en considération dans le plan financier que Vous allez arrêter, les droits de la Bavière. — Aussi peu que les obligations de la Grèce envers les Puissances, qui existaient lorsque le Gouvernement Grec a conclu la convention du 14 Février 1842 et les suivantes, aient pu empêcher ces conclusions, bien moins peuvent elles être un empêchement aujourd'hui, d'assigner au service de l'emprunt

bavarois une quote proportionnée à celle qui va être offerte aux Puissances. C'est précisément l'ordre de mon Gouvernement de saisir la première occasion où le Gouvernement Grec s'occuperait de sa dette extérieure pour faire obtenir à l'emprunt bavarois le paiement régulier des intérêts, celui des arriérés et de fixer un plan d'amortissement.

En m'acquittant de ces ordres, je me réfère en même tems à l'entretien verbal que j'ai eu l'honneur d'avoir avec Vous, Monsieur le Ministre, dans lequel je me suis permis de Vous démontrer l'importance particulière du règlement de cette affaire.

Je ne doute pas que Vous voudrez bien y porter la plus sérieuse attention et Vous prie de me faire connaître les intentions du Gouvernement de Sa Majesté Hellénique à son égard.

Agréez etc.

(Signé :) Baron de Perglas.

XIX.

N o t e

des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe Grafen
Hompesch an den griechischen Minister Kunduriotis vom
11. September 1859.

Athènes, 11 Septembre 1859.

Lors des difficultés financières de la Grèce en 1835, 1836 et 1837 le Gouvernement Grec s'était adressé au Gouvernement de la Bavière en le priant de lui venir en aide par un prêt s'élevant à la somme de 1,933,333 florins 20 kreutzer.

Sa Majesté le Roi Louis, alors Chef de l'état, ne consultant que Son affection paternelle pour Sa Majesté le Roi Othon et Ses vives et constantes sympathies pour la nation Hellénique, s'est empressé de faire droit à la demande du Gouvernement Grec.

Confiant dans les promesses de Son auguste Fils et l'exécution des traités signés à cet égard par la Grèce, Sa Majesté fournit les sommes nécessaires sur des fonds disponibles alors. Le Gouvernement Grec ayant manqué à ses engagements relativement au remboursement de cet emprunt, le Roi Louis s'est vu obligé plus tard de prendre les sommes ainsi avancées sur Sa fortune particulière pour les restituer aux caisses de l'état. — Le soussigné Ministre Résident de Sa Majesté le Roi de Bavière est chargé aujourd'hui de déclarer au Gouvernement Hellénique au nom de Sa Majesté le Roi Maximilien II, qu'en conséquence de ces circonstances le Gouvernement de Sa Majesté a cédé au Roi Louis par un acte formel en 1849 les titres qu'il possédait relativement à l'emprunt susmentionné. Le Soussigné a l'honneur de prier Son Excellence Monsieur Coundouriotis, Ministre des Affaires étrangères, de vouloir bien porter cette déclaration à la connaissance du Gouvernement de Sa Majesté Hellénique. Il a été également chargé de faire observer à cette occasion que la créance du Roi Louis se trouve ainsi légalement fondée en droit et que le Gou-

vernement Bava­rois s'attend à ce que le Gouver­nement Hellé­nique dans sa loyauté reconnue et vu l'état florissant de ses finances ne tardera pas à prendre les mesures né­cessaires pour effectuer le rem­boursement de cet emprunt, qui d'après le traité du $\frac{26}{14}$ Fév­rier 1842 devait avoir lieu déjà en 1848.

En priant Son Excellence de vouloir bien l'informer aussitôt que possible des résolutions adop­tées à cet égard par Son Gouver­nement, le Soussigné profite de cette occasion pour Lui renouveler l'assurance de sa très-haute considération.

(Signé :) Comte de Hompesch.

A Son Excellence
Monsieur Coundouriotis
Ministre de la Maison du Roi
et des Relations extérieures etc. etc.

N o t e

des griechischen Ministers Kunduriotis an den bayerischen Minister-
residenten Grafen Hompesch vom 5. | 17. September 1859.

Athènes le $\frac{5}{17}$ Septembre 1859.

Le soussigné Ministre de la Maison Royale et des Relations Extérieures de Sa Majesté Hellénique a l'honneur d'accuser réception à Monsieur le Comte de Hompesch, Ministre Résident de Sa Majesté le Roi de Bavière, de sa note en date du 11 de ce mois, et de l'informer en même temps qu'il s'est empressé de porter à la connaissance du Cabinet Hellénique sa déclaration que le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Bavière a cédé à Sa Majesté le Roi Louis, par un acte formel en 1849, les titres de l'emprunt fait par la Bavière à la Grèce.

Quant à la seconde demande du Gouvernement Bavarois relative au remboursement de l'emprunt en question, Monsieur Coundouriotis s'empresse de faire observer à Monsieur le Comte de Hompesch que d'après le paragraphe 6 de l'article 12 du Traité conclu à Londres le 7 Mai 1832, le Gouvernement Grec est tenu d'affecter au paiement des intérêts et du fond d'amortissement annuels de l'emprunt garanti par la France, la Grande-Bretagne et la Russie les premiers revenus de l'Etat, de telle sorte que les recettes seront consacrées avant tout au paiement des dits intérêts et du dit fond d'amortissement, sans pouvoir être employés à aucun autre usage. Dernièrement les Puissances qui ont garanti l'emprunt de 60 millions sont entrées en négociations avec le Gouvernement Hellénique afin de déterminer d'accord avec lui la somme par laquelle il doit contribuer au service de l'emprunt. Ces négociations n'étant pas encore arrivées à leur terme, le Gouvernement Grec ne peut qu'attendre leur issue avant de se prononcer sur le remboursement qui lui est demandé.

Monsieur Coundouriotis profite de cette occasion pour renouveler à Monsieur le Comte de Hompesch les assurances de sa haute considération.

(Signé:) A. G. Coundouriotis.

Monsieur
Monsieur le Comte de Hompesch,
Ministre Résident de Sa Majesté
le Roi de Bavière.

XXI.

N o t e

des bayerischen Ministerresidenten am griechischen Hofe Grafen
Hompesch an den griechischen Minister Zaïmis vom 14. | 26.
Februar 1860.

Athènes, le $\frac{26}{14}$ Février 1860.

Monsieur le Ministre,

Par une note de la légation du Roi en date du 11 Septembre
de le Gouvernement Hellénique avait été prié de faire droit à la récla-
mation du Roi Louis de Bavière quant au remboursement des sommes
avancées par lui dans le temps au nom de la Bavière à la Grèce. —

Le Gouvernement Grec par l'entremise du Ministère des affaires
étrangères répondit en date du $\frac{5}{17}$ du même mois qu'Il ne pourrait se
prononcer sur le remboursement demandé que lorsque la somme Lui
serait connue qui serait exigée de Lui par les puissances protectrices
comme service de l'emprunt de 60 millions garanti par elles.

Cette somme est connue aujourd'hui, car un crédit a été demandé
aux Chambres Grecques pour y suffire. De plus le Budget pour 1861
venant d'être également présenté aux Chambres sans qu'il y soit fait
mention des sommes dues au Roi Louis, j'ai l'honneur de rappeler au
souvenir de Votre Excellence la demande de remboursement, faite il
y a quelques mois, et de La prier de vouloir bien m'informer quelles
sont les intentions du Gouvernement Hellénique à cet égard.

Confiant dans sa loyauté j'ose exprimer l'espoir que l'omission
dans le Budget pour 1861, mentionnée ci-dessus, ne doit pas être con-
sidérée par le Gouvernement Bavarois comme un refus de faire droit
à une dette -- sacrée -- selon la propre expression de plusieurs mem-
bres du Cabinet actuel de Sa Majesté Hellénique.

Je profite etc. etc.

(Signé:) Comte de Hompesch.

A Son Excellence
Monsieur Zaïmis etc. etc.

XXII.

N o t e

des griechischen Ministers Zaïmis an den bayerischen Minister-
residenten Grafen Hompesch vom 26. Februar | 9. März 1860.

Athènes, le $\frac{26. \text{Février}}{9 \text{ Mars}}$ 1860.

Monsieur le Comte,

J'ai reçu l'office que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser en date du $\frac{14}{26}$ Février pour me renouveler la demande de remboursement des sommes avancées autrefois par la Bavière et m'exprimer à la fois le désir de savoir les intentions du Gouvernement hellénique à cet égard.

Permettez-moi, Monsieur le Comte, de vous faire observer en réponse, tout en me référant à ce que mon prédécesseur vous avait déjà fait connaître par sa communication du $\frac{5}{17}$ Septembre 1859, que les négociations relatives au règlement définitif de l'emprunt de 60 millions n'étant pas encore finies, le Cabinet hellénique n'est pas en état de prendre dès à présent une décision à l'égard de l'emprunt bavarois et que c'est par cette raison que le susdit emprunt n'a pu figurer dans le budget annuel du Royaume.

Toutefois le Gouvernement du Roi aussitôt que les circonstances lui permettront de prendre une décision à ce sujet, ne manquera pas d'aviser aux moyens propres à y donner suite.

Agréez, Monsieur le Comte, l'assurance de ma haute considération.

(Signé:) Th. A. Zaïmis.

Monsieur le Comte de Hompesch,
Ministre Résident de Bavière etc.

XXIII.

E n t s c h l i e s s u n g

des bayerischen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des
 Aeussern an den bayerischen Ministerresidenten am griechischen
 Hofe Grafen Hompesch vom 25. Juli 1860.

München, den 25. Juli 1860.

Euer Hochgeboren haben mir mit Schreiben vom 12. Mai laufenden Jahres Nummer 47 Copie eines Schriftstückes vorgelegt, welches Ihnen von einem Mitgliede der Commission für Untersuchung angeblicher Forderungen Griechenlands an Bayern zu dem Zwecke zugestellt worden ist, um darüber Auskunft zu erhalten, ob und in wie weit Seine Majestät der König Ludwig von Bayern die darin wörtlich wiedergegebenen Erklärungen des bayerischen Gesandten in London vollzogen habe.

Nach Durchsicht der einschlägigen Akten des königlichen Staatsministeriums und unter Benützung der dessfalls von andern Ministerien erhaltenen Aufschlüsse, sehe ich mich nunmehr in der Lage, Ihnen über obige Frage Nachstehendes zu geeignetem Gebrauche zu eröffnen.

Im Eingange des besagten, in Abschrift anruhenden Schriftstückes wird die Behauptung aufgestellt, dass die daselbst aufgeführten Erklärungen des königlichen Gesandten in London eine Interpretation oder Erläuterung des Sinnes des, am 7. Mai 1832 zwischen den drei Schutzmächten und Bayern abgeschlossenen Londoner Vertrages enthalten.

Es ist nun schon nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen unzulässig, eine Erklärung, welche einige Wochen vor dem Abschlusse eines Vertrages von einem der Contrahenten abgegeben worden ist, und auf welche der spätere Vertrag keinen bindenden Bezug nimmt, als eine Erläuterung der von diesem Contrahenten übernommenen Vertragsverbindlichkeiten zu betrachten, insbesondere dann, wenn die frühere Erklärung ein grösseres Maass von Verbindlichkeiten enthält als der spätere Vertrag selbst.

Im vorliegenden Falle aber kann obige Behauptung des anruhenden Schriftstückes schon deshalb nicht für richtig erkannt werden, weil der bayerische Gesandte, nach jener Erklärung und wenige Tage vor dem Abschlusse des Londoner Vertrages vom 7. Mai, nämlich am 2. Mai 1832 in der Conferenz bekanntlich eine weitere Erklärung abgegeben hat, welche lautet: «er sei nicht ermächtigt, in eine formelle Verpflichtung (engagement) die Befugniss (faculté) zu verwandeln, welche Sich Seine Majestät der König vorbehalten habe, so viel als möglich die Lage des Prinzen Otto in Griechenland zu erleichtern. Was Seine Majestät Sich bewogen finden werden in dieser Beziehung zu thun, dies wolle Sie von freien Stücken thun und Sich als Verdienst aufgerechnet wissen, daher nicht zugeben, dass man diess von Ihr (Seiner Majestät) als ein Recht verlange».

Zweifelsohne konnte demnach in dieser Beziehung von Seiner Majestät dem Könige Ludwig nur das verlangt werden, was sich in den betreffenden Bestimmungen des fünf Tage später abgeschlossenen Londoner Vertrages als Verbindlichkeit Seiner Majestät ausgesprochen findet. Alles andere, was über die Grenzen dieser ganz allgemein gehaltenen Verpflichtungen hinausging, oder innerhalb derselben dem Ermessen des Königs überlassen worden ist, war Sache Seines freien Willens.

Seiner Majestät der König haben nun, auch was die vorliegende Frage betrifft, den dessfalls übernommenen Vertragsverbindlichkeiten volles Genüge geleistet und zwar nicht blos den Verpflichtungen des Artikel 11, sondern auch den hier gleichfalls in Betracht kommenden Bestimmungen der Artikel 14 und 15 des Londoner Vertrages entsprochen.

Was zunächst den Artikel 11 dieses Vertrages betrifft, so hat sich Seine Majestät der König verpflichtet, — abgesehen von der Apanage — so viel an Ihnen gelegen, des Prinzen Otto Stellung in Griechenland zu erleichtern, bis zu dem Zeitpunkte, wo das Einkommen der Krone dort ausgemittelt sein wird.

Demgemäss haben nun Seine Majestät

- 1) dem Prinzen Otto von Bayern behufs Höchstdessen Etablierung in Griechenland einen Zuschuss von 50,000 Gulden auszahlen lassen — eine Leistung, wozu der König in keiner Weise verpflichtet war;
- 2) der Person des Prinzen zwei bayerische Offiziere als Adjutanten und zu anderer Verwendung beigegeben, nämlich die Hauptleute, den Grafen von Saporta und den Freiherrn von Asch und es wurde beiden



ein Urlaub für die Dauer ihrer Verwendung in Griechenland unter Fortbezug ihrer bayerischen Gagen bewilligt, und zwar dem Ersteren vom September 1832 bis Dezember 1834 und vom Januar 1835 bis Dezember 1837, dem zweiten vom Februar 1832 bis Oktober 1834.

Obwohl weder der Artikel 11, noch ein anderer Artikel des Londoner Vertrages eine derartige Verbindlichkeit festsetzt, hat der König ferner von freien Stücken die in dem anruhenden Schriftstück unter den Titeln: «Apanage des Prinzen Otto» und «Regentschaftsrath» enthaltenen Erklärungen seines Gesandten in nachstehender Weise in Vollzug gesetzt:

A. bayerische Civilbeamte.

1) Die Mitglieder der griechischen Regentschaft und zwar: der bayerische Minister ausser Dienst, Graf von Armansperg, der Staatsrath von Maurer, der Generalmajor von Heideck und der im Juli 1834 den Staatsrath von Maurer ersetzende Staatsrath von Kobell bezogen während ihrer Verwendung im griechischen Dienste – Graf Armansperg auch noch als griechischer Staats-Kanzler – einen jährlichen Gehalt von je 12,000 fl. aus der bayerischen Staatskasse und es blieben denselben die schon erworbenen Rechte, namentlich die Pensionsansprüche, sowie der Rücktritt in ihre Diensteskategorie in Bayern vorbehalten.

2) Mit demselben bayerischen Geldbezüge von 12,000 fl. und den gleichen Vorbehalten fungirte der bayerische Regierungspräsident von Rudhart in Griechenland als Ministerrathspräsident.

3) Für die Dauer des Aufenthalts der Regentschaft in München haben die, derselben zur Verfügung gestellten zwei Hilfsarbeiter, der Canzleisecretär A. Forster und der Funktionär Mayrhofer ihre bayerischen Gehalte fortbezogen.

4) Einer nicht geringen Anzahl bayerischer Beamten (so dem geheimen Legationsrath von Abel, dem Regierungsdirector von Greiner, dem spätern Ministerialrathe von Feder, dem geheimen Sekretär von Solomé, dem geheimen Staatsrathsregistrator Stademann, dem Obergeometer Gebhard, dem Rechnungskommissär Frey, dem Canzleisecretär Forster u. s. w.) ist behufs ihrer Verwendung in griechischen Diensten entweder ein mehrjähriger Urlaub oder die Entlassung aus dem bayerischen Dienste vorbehaltlich ihres Rücktritts in denselben und der schon erworbenen pragmatischen Rechte bewilligt worden.

Von diesen bayerischen Beamten haben der der Regentschaft beigegebene Regierungsdirector Greiner und der Obergeometer Gebhard,

wie es scheint, wenigstens ihren bayerischen Standesgehalt von 2000, beziehungsweise von 600 Gulden, der geheime Secretär Solomé und der geheime Registrator Stademan gleichfalls einen Theil ihrer bisherigen Geldbezüge von Bayern fortbezogen. Allen ist aber bei ihrer Rückkehr oder dem Rücktritt der Griechenland geleistete Dienst bei Berechnung ihrer Dienstzeit und namentlich ihrer Pensionsansprüche in Bayern zu Gute gekommen.

B. Das Militär anlangend

wo allerdings auch der, aber sehr vieles dem freien Willen des Königs Ludwig überlassende Artikel 15 des Londoner Vertrages in Betracht kommt, — so erhielten abgesehen von den bereits oben Genannten, dem Generalmajor von Heideck und den Hauptleuten, Grafen Saporta und Freiherrn von Asch,

1) einen mehrjährigen Urlaub der Oberstlieutenant von Schmalz, die Hauptleute L. Lüder, Freiherr von Brandt, der Oberlieutenant (Hauptmann) Josef Lehmaier, der Unterlieutenant Freiherr von Varicourt und der Veterinärarzt G. Horsch (letzterer ist hierauf im Dezember 1839 aus dem bayerischen Dienste entlassen worden und in griechische Dienste übergetreten).

2) Hat nach Ausweis der beiden Anlagen eine namhafte Anzahl bayerischer Offiziere und Militärbeamte die erbetene Entlassung aus dem bayerischen Heerverbände und die Erlaubniss zum Uebertritte in griechische Dienste erhalten.

Sämmtliche aus Griechenland zurückgekehrte Offiziere und Militärbeamte sind in ihrer früheren Charge im bayerischen Heere wieder angestellt worden.

3) Laut Artikel 14 des Londoner Vertrages endlich waren Seine Majestät der König lediglich verpflichtet, dem Prinzen Otto die Mittel zu erleichtern, um für seinen Dienst, als König von Griechenland, ein auf 3500 Mann zu bringendes Truppencorps in Bayern anzuwerben. Bekanntlich haben aber Seine Majestät, über die Grenzen dieser Verpflichtung hinausgehend, ein vollständig ausgebildetes und von verlässigen und tüchtigen Offizieren befehligtes bayerisches Truppencorps im obigen Betrage nach Griechenland gesendet und Seiner Majestät dem Könige Otto zur Verfügung gestellt, welches Corps durch die in Griechenland allmählig eintreffenden und einexercirten Freiwilligen allmählig ersetzt und welchem seine Dienstzeit in Griechenland als bayerischer Dienst angerechnet worden ist.

Obwohl nun mit dem Vorstehenden noch nicht alles erschöpft ist, was Seine Majestät der König Ludwig zur Erleichterung der Lage Seiner Majestät des Königs Otto von Griechenland gethan hat, so glaube ich mich doch einer weiteren Ausführung um desswillen enthalten zu können, weil schon aus dem Obigen zur Genüge hervorgeht, wie König Ludwig nicht bloß den Höchstdemselben desfalls obliegenden Verbindlichkeiten gerecht geworden ist, sondern überdiess aus freiem Willen Vieles gethan hat, wozu Seine Majestät in keiner Weise verpflichtet war. —

Empfangen Ew. etc.

gez. : Pelkhoven.

An
den königlichen Ministerresidenten
Grafen Hompesch, Athen.

Angebliche Forderungen Griechen-
lands an Bayern betreffend.



